

# RheinlandPfalz



## Landentwicklung und Ländliche Bodenordnung



**Nachrichtenblatt  
Heft 40 / 2003**



**Landentwicklung und Ländliche Bodenordnung**

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

	Seite
<b>Aus der Rechtsprechung:</b> .....	<b>118</b>
<b>Ehrungen:</b> .....	<b>125</b>
<b>R. Engelmann:</b> Zum Gedenken an August Trimpe, 1919 - 2003 .....	<b>125</b>
<b>H. Müllen:</b> Ltd. Vermessungsdirektor a.D. Franz-Josef Neuser verstorben ..	<b>126</b>
<b>J. Wagner:</b> Frau Unger im Ruhestand / Ministeriumsgeschichte geschrieben	<b>127</b>
<b>Personalveränderungen:</b> .....	<b>127</b>
<b>Literaturübersicht:</b> .....	<b>129</b>
<b>Nachrichten und Pressemeldungen:</b> .....	<b>130</b>
<b>Impressum:</b> .....	<b>144</b>

## IM BLICKPUNKT

### Grünes Licht für Agrarverwaltungsreform in Rheinland-Pfalz<sup>\*)</sup>

Stellvertretender Ministerpräsident und Staatsminister Hans-Artur Bauckhage, Mainz



Abb.1: Stellvertretender Ministerpräsident und Staatsminister Hans-Artur Bauckhage

Das Konzept zur Neuorganisation der Agrarverwaltung steht. Jetzt sind die Weichen für eine effiziente Agrarverwaltung gestellt. Mit deutlich weniger Aufwand soll bei diesem ehrgeizigen Reformprojekt ein qualifiziertes Dienstleistungsangebot für den ländlichen Raum erhalten werden, um die Betriebe im Wettbewerb zu unterstützen und die Entwicklung der Regionen zu sichern.

Nach umfangreichen Beratungen mit allen betroffenen Institutionen und Verbänden kann das in seinen Eckpunkten bereits im November 2002 vorgestellte Konzept jetzt umgesetzt werden. Die Reform war notwendig geworden, weil sich die Zahl der Betriebe allein von 1991 bis 2001 um rund 40 Prozent auf knapp 31 000 verringert hat. Dabei gibt es heute andere Beratungstechniken und Kommunikationsmöglichkeiten als noch vor zehn Jahren. Gleichzeitig sind die Betriebe größer und spezialisierter geworden, die Betriebsleiter sind meist besser ausgebildet und stellen andere Anforderungen an die Beratung als früher.

#### Ausgangssituation

Heute bestehen noch sieben Staatliche Lehr- und Versuchsanstalten (SLVA), eine Staatliche Lehr- und Forschungsanstalt (SLFA), drei Landesanstalten der Landwirtschaftsverwaltung, neun Kulturämter sowie eine Technische Dienststelle der Landeskulturverwaltung (Luftbild- und Rechenstelle), also 21 selbstständige Einheiten mit insgesamt 11 Außen- bzw. Nebenstellen und insgesamt 1580 Beschäftigten. Der Personal- und Sachaufwand beziffert sich momentan auf ca. 80 Millionen Euro pro Jahr.

#### Aufgabenkritik und Ziele

Die bewährte Einheit von Schule, Beratung und Versuchswesen soll auf hohem Niveau erhalten werden. Die Landeskulturverwaltung mit der Bodenordnung wird integriert. Auf weniger Standorten wird eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen landwirtschaftlicher Selbstverwaltung und staatlicher Verwaltung auf den Weg gebracht. Das sind die Grundzüge der Reform.

Nach einer gründlichen Aufgabenkritik werden deshalb die Bereiche Finanz- und Förderberatung, die allgemeine Betriebsberatung und die Beratungen zu Einkommensalternativen (Direktvermarktung und Urlaub auf Bauern- und Winzerhöfen) auf die Landwirtschaftskammer übertragen. Gleichzeitig wandert der Bereich Grünlandversuche als bisher einziges versuchstechnisches Aufgabenfeld der Landwirtschaftskammer an die staatlichen Dienststellen.

Mit der Reform werden Einsparungen von rund 40 Prozent bei den Personalkosten und von rund 50 Prozent bei den Sachkosten bis 2015 angestrebt.

<sup>\*)</sup> Pressemeldung vom 6. Mai 2003 und Rede des Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Ministers für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Hans-Artur Bauckhage, anlässlich der Pressekonferenz zur Agrarverwaltungsreform am 19. November 2002

Betriebsbedingte Kündigungen oder Entlassungen wird es aber nicht geben. Hierarchische Strukturen sollen durch moderne Organisationsformen abgelöst werden. Zu den Maßnahmen gehören die Stärkung von Team- und Gruppenarbeit, die Optimierung oder Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung sowie die Integration sämtlicher vorhandener EDV-Systeme.

## Standorte

In Rheinland-Pfalz wird es in Zukunft sechs selbstständige Dienstleistungszentren für den ländlichen Raum (DLR) mit bestimmten landesweiten Zuständigkeitsgebieten für spezielle Bereiche und der erforderlichen Regionalberatung geben:

- ☐ Dienstleistungszentrum Rheinpfalz mit Sitz in Neustadt a.d.W.
- ☐ Dienstleistungszentrum Westpfalz mit Sitz in Münchweiler/Kaiserslautern
- ☐ Dienstleistungszentrum Rheinhessen/Nahe/Hunsrück mit Sitz in Bad Kreuznach/Oppenheim
- ☐ Dienstleistungszentrum Mosel mit Sitz in Berncastel-Kues
- ☐ Dienstleistungszentrum Eifel mit Sitz in Bitburg
- ☐ Dienstleistungszentrum Westerwald-Osteifel mit Sitz in Montabaur

Übergangsweise werden an den vier Standorten Trier (DLR Mosel), Prüm (DLR Eifel), Mayen (DLR Westerwald-Osteifel) und Simmern (DLR Rheinhessen/Nahe/Hunsrück) Personal und Räumlichkeiten bleiben, um laufende Bodenordnungsverfahren und andere Beratungs-Projekte zu beenden.

Die Agrarforschung für die Bereiche Ökologie und grüne Gentechnik soll zukünftig in Form einer gemeinnützigen GmbH wahrgenommen werden. Die Forschung in Weinbau und Phytomedizin soll bei dem DLR Rheinpfalz verbleiben, weil diese Bereiche eng mit Beratung und Versuchswesen verbunden sind.

## Ausblick

Die Reform soll organisatorisch zum 1. September 2003 in Kraft treten. Bis dahin erfolgen die Neuabgrenzung der Aufgabenbezirke sowie die Neuorganisation der Dienstleistungszentren. Die notwen-

digen personellen Maßnahmen erfolgen in enger Abstimmung mit den Betroffenen und den Personalvertretungen. Weitere erforderliche Schritte sind u. a. Umbaumaßnahmen an Gebäuden, die Anpassung der Informationstechnologie, die Einführung neuer Abläufe, die Erarbeitung neuer Aufgabenkataloge und Stellenbeschreibungen sowie die Ausschreibung und Besetzung von Stellen aufgrund der Einrichtung neuer Behörden.

## Auszüge aus der Rede des Ministers bei der „Pressekonferenz zur Agrarverwaltungsreform am 19.11.2002“ als ergänzende Information:

Ich möchte Ihnen heute die Eckpunkte der vorgesehenen Reform der Agrarverwaltung des Landes Rheinland-Pfalz vorstellen.

Wir haben in Rheinland-Pfalz eine leistungsfähige Landwirtschaft und eine leistungsfähige Agrarverwaltung. Die Landwirtschaft spielt in Rheinland-Pfalz auf Grund geografischer und klimatischer Vorzüge eine besondere Rolle. Immerhin werden mehr als 36 Prozent der Fläche des Landes, das sind 720 000 Hektar, landwirtschaftlich genutzt.

Neben der Tierhaltung in den Mittelgebirgsregionen sind Getreide, Zuckerrüben und Kartoffeln, Obst und Gemüse und natürlich Wein in Rheinland-Pfalz zuhause. Und in einigen Bereichen, vor allem im Gemüse und Weinanbau, sind unsere Landwirte und Winzer führend. An diesen Erfolgen hat ganz sicher die Agrarverwaltung einen gehörigen Anteil. Sie schult die künftigen Betriebsleiter, berät und gibt mit den Ergebnissen der durchgeführten Versuche den Landwirten und Winzern Informationen für eine erfolgreiche Betriebsführung an die Hand.

Wie sieht die Struktur der Agrarverwaltung in Rheinland-Pfalz heute aus?

Aus der Präsentation ersehen Sie die Standorte der sieben Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalten, einer Staatlichen Lehr- und Forschungsanstalt und drei Landesanstalten der Landwirtschaft, die landesweite Aufgaben haben. Hinzu kommen neun Kulturämter als Behörden für die Bodenordnung mit einer technischen Dienststelle - das ist die Luftbild- und Rechenstelle - als so genannte Landeskulturverwaltung.

Die staatlichen Lehr- und Landesanstalten haben im Unterschied zu klassischen Verwaltungsbehörden mit eng abgegrenztem Gesetzesvollzug einen weit gefassten Förderauftrag für die landwirtschaftli-



chen Betriebe. Sie sind Bildungs- und Innovationszentren im ländlichen Raum.

Ihre zentralen Aufgaben waren und sind die Qualifikation der Betriebsleiter durch Schulung und Beratung. Hinzu kommt als dritte Säule das landwirtschaftliche Versuchswesen.

Der Standard der Berufsausbildung in den Grünen Berufen ist sehr hoch. Hier können sich andere Bereiche ein Beispiel nehmen. Dies hängt sicher damit zusammen, dass die Lehrkräfte nicht nur in der Schule, sondern auch in der Beratung der Betriebe und in dem landwirtschaftlichen Versuchswesen eingesetzt sind und so Theorie und Praxis zu einem Ganzen verbinden können.

Die Beratung und das landwirtschaftliche Versuchswesen an den staatlichen Lehranstalten unterstützen Landwirte, Gärtner und Winzer in ihrem Bemühen, mit einem bedarfsgerechten Einsatz von Düngemitteln und einer optimierten Pflanzenschutzstrategie gesunde Rohstoffe für gesunde Lebensmittel zu erzeugen. Diese Kombination von Schulung des landwirtschaftlichen Nachwuchses, der Beratung der Betriebe verbunden mit eigenen Versuchen und Forschung garantiert einen hohen Leistungsstandard in der Verwaltung, aber auch eine praxisbezogene, qualifizierte Aufgabenwahrnehmung für unsere Land- und Weinwirtschaft. Nicht ohne Grund nutzen die gut ausgebildeten und erfolgreichen Leiter größerer landwirtschaftlicher Betriebe das Bildungs- und Beratungsangebot der landwirtschaftlichen Dienststellen besonders intensiv.

Die Landeskulturverwaltung trägt mit einer an den wirtschaftlichen Bedürfnissen ausgerichteten Bodenordnung ganz entscheidend dazu bei, dass die Betriebe wirtschaftlich arbeiten können.

Wenn das alles so gut ist, warum dann Veränderungen?

In der Landwirtschaft erleben wir seit einigen Jahren einen erheblichen Strukturwandel. Die Betriebsstrukturen in der Landwirtschaft wandeln sich zu größeren Einheiten, zu Spezialbetrieben mit qualifizierteren Betriebsleitern, an die immer höhere Erwartungen gerichtet werden. Die Anforderungen an Pflanzenschutz und Tierhaltung sind deutlich gestiegen. Wir haben heute nicht mehr den Betrieb, der alles in sich vereint, von der Hühnerhaltung über Milchkühe bis zum Getreide- und Kartoffelanbau. Wir haben heute Betriebe, die sich spezialisieren und dem Weltmarkt stellen müssen. Auch die Entwicklung der Betriebszahlen sprechen eine deutliche Sprache. Während es 1991 noch 51 330 landwirtschaftliche Betriebe in Rheinland-Pfalz gab, hat

sich diese Zahl bis 2001 auf 30 834 Betriebe verringert. Dies sind 20 496 Betriebe weniger, also ein Rückgang von fast 40 Prozent.

Auch im Bereich der Landeskulturverwaltung bleibt diese Entwicklung nicht ohne Auswirkungen. Die Agrarstrukturverbesserung ist eine bedeutende Aufgabe der Bodenordnung, der auch weiterhin hohe Priorität eingeräumt werden muss. Die ungünstige Flurverfassung in Rheinland-Pfalz, das sind kleine oder weit auseinander liegende Einheiten, wirken sich nachteilig für unsere Landwirte im Wettbewerb aus. Gegenüber anderen Agrargebieten im Bundesgebiet kann dieser Nachteil mit circa 200 Euro pro Hektar beziffert werden. Hier ist die Bodenordnung gefordert, um die wirtschaftlich notwendige und erforderliche Anpassung der Flurverfassung vorzunehmen. Sie muss durch Beratung sowie schnelle und kostengünstige Zusammenlegungsmaßnahmen den Strukturwandel in der Landwirtschaft und im Weinbau zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirte und Winzer unterstützen.

Die Agrarverwaltung muss reagieren, wenn sie auch in Zukunft eine sich wandelnde Landwirtschaft unterstützend und beratend begleitend will. Wir müssen uns auf Aufgaben konzentrieren, die nicht nur für die Landwirtschaft, sondern darüber hinaus für die Entwicklung des ländlichen Raumes und die Verbraucher insgesamt wichtig sind. Denken Sie an den Pflanzenschutz, eine gesunde Ernährung oder die Entwicklungsarbeit der Landeskulturverwaltung für Landwirtschaft, Gewerbe und Tourismus.

Heute bieten wir wie erwähnt noch unsere Dienstleistungen für die Landwirtschaft in elf selbstständigen Dienststellen mit insgesamt neun Außenstellen an. Bei der Landeskulturverwaltung sind es zehn selbstständige Dienststellen mit einer Außenstelle. Diese breite Streuung hatte sicher ihre Berechtigung vor mehr als zehn Jahren. Sie ist aber in diesem Umfang heute sicher nicht mehr erforderlich. Heute brauchen wir ein Regionenkonzept, in dem jede Region entsprechend ihres speziellen Bedarfs berücksichtigt ist. Hierzu wollen wir Dienststellen zusammenfassen, um in den Regionen Dienstleistungen aus einer Hand anbieten zu können.

Ganz sicher zwingt uns auch die Kostensituation der öffentlichen Haushalte dazu, vorhandene Strukturen auf den Prüfstand zu stellen.

Es ist zu klären,

- ob sie weiter erforderlich sind,

- wie sie verändert werden müssen,
- wie sie kostengünstiger arbeiten können.

(....)

Wir wollen vor allem eine an dem Bedarf der Praxis orientierte Reform für eine Struktur, die dem Landwirt und Winzer und dem gesamten ländlichen Raum Dienstleistungen anbietet und die Hilfen gibt, die im Wettbewerb und für die Entwicklung der Regionen erforderlich sind.

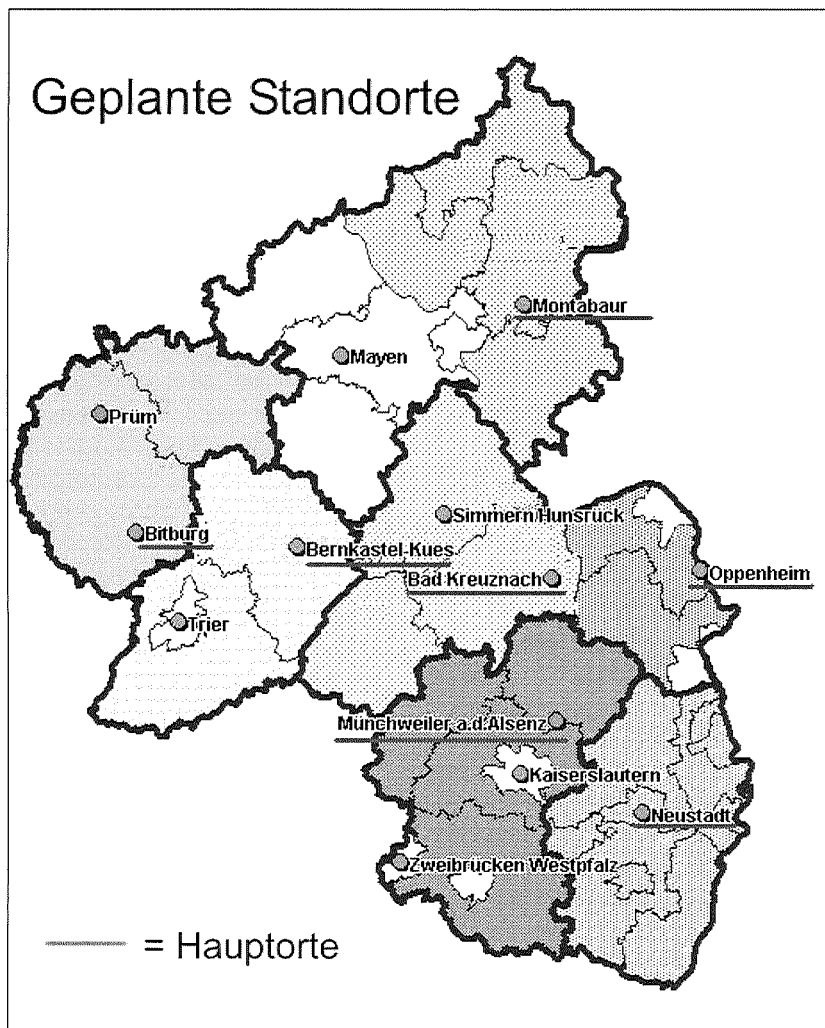
Die öffentliche Verwaltung muss auch wie jedes Unternehmen Kosten einsparen. Wir werden durch die Reform eine erhebliche Kosteneinsparung, die zwischen 40 und 50 Prozent bis zum Jahr 2015 liegen dürfte, erreichen, ohne dass dadurch die Qualität der staatlichen Leistungen leidet. Um die Einsparung an Zahlen deutlich zu machen, wir werden etwa 38 Millionen Euro jährlich einsparen können.

Soweit es dabei um Personalabbau geht, wird dieser sozialverträglich erfolgen, es wird keine Entlassungen geben.

Lassen Sie mich abschließend nochmals die Vorteile dieser Organisationsänderung aufzeigen:

- ☐ Dienstleistungsangebot für die Bevölkerung im ländlichen Raum aus einer Hand,
- ☐ Konzentration der Aufgabenwahrnehmung mit landesweiter Kompetenz an Schwerpunktstandorten,
- ☐ Reduzierung der Standorte,
- ☐ Bündelung von Sachverstand und damit verbessertes Angebot für die Kunden,
- ☐ Vermeidung von Doppelarbeit,
- ☐ Bessere Aufgabenkoordination,
- ☐ Konzentration auf Kernaufgaben,
- ☐ deutliche Kostenreduzierung.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.



# Aufgabenschwerpunkte der Dienstleistungszentren für den ländlichen Raum (DLR)

## Ausbildung (Berufs- und Fachschule)

◆ DLR Rheinpfalz	Weinbau, Gartenbau
◆ DLR Rheinh./Nahe/Hunsr.	Landwirtschaft, Weinbau, Gartenbau, Pferdewirt, Forstwirt
◆ DLR Mosel	Weinbau, Gartenbau
◆ DLR Eifel	Landwirtschaft

## Versuchswesen

◆ DLR Rheinpfalz	Weinbau, Gartenbau (einschl. Klein-Altendorf)
◆ DLR Rheinh./Nahe/Hunsr.	Ackerbau, Weinbau
◆ DLR Mosel	Weinbau
◆ DLR Eifel	Ackerbau, Grünland
◆ DLR Westerwald-Osteifel	Ackerbau
◆ DLR Westpfalz	Tierproduktion (Milch)

## Beratung

◆ DLR Rheinh./Nahe/Hunsr.	Ackerbau, Weinbau
◆ DLR Rheinpfalz	Weinbau, Gartenbau
◆ DLR Mosel	Weinbau
◆ DLR Eifel	Tierproduktion, Ackerbau
◆ DLR Westpfalz	Tierproduktion
◆ DLR Westerwald-Osteifel	Tierproduktion, Bienen, Ackerbau
◆ Landwirtschaftskammer	Unternehmensberatung als Selbstverwaltungsaufgabe (Förderberatung, Beratung zum Einstieg in die Direktvermarktung und Urlaub auf Bauern- und Winzerhöfen)
◆ Bauern- und Winzerverbände	sozioökonomische Beratung
◆ Ministerium	Ernährungsberatung mit regionaler Präsenz in den DLR

# Standorte der Dienstleistungszentren für den ländlichen Raum (DLR)

## Hauptstandorte

- ◆ Dienstleistungszentrum Rheinpfalz mit Sitz in Neustadt a.d.W.
- ◆ Dienstleistungszentrum Westpfalz mit Sitz in Münchweiler/Kaiserslautern,
- ◆ Dienstleistungszentrum Rheinhessen/Nahe/Hunsrück mit Sitz in Bad Kreuznach/Oppenheim
- ◆ Dienstleistungszentrum Mosel mit Sitz in Bernkastel-Kues
- ◆ Dienstleistungszentrum Eifel mit Sitz in Bitburg
- ◆ Dienstleistungszentrum Westerwald-Osteifel mit Sitz in Montabaur

Mittelfristig werden an folgenden Orten neben den Hauptorten noch Aufgaben und Personal vorgehalten werden müssen

- ◆ im Dienstleistungszentrum Mosel neben Bernkastel-Kues in Trier
- ◆ im Dienstleistungszentrum Eifel neben Bitburg in Prüm
- ◆ im Dienstleistungszentrum Westerwald/Osteifel neben Montabaur in Mayen
- ◆ im Dienstleistungszentrum Rheinhessen/Nahe/Hunsrück neben Bad Kreuznach/Oppenheim in Simmern

Für die mittelfristige Beibehaltung dieser Standorte sprechen insbesondere die in diesen Bereichen laufenden Bodenordnungsverfahren sowie Beratungsleistungen, die, jedenfalls mittelfristig, noch vor Ort vorgehalten werden müssen.

# Personalausstattung

## 2002

■ 7 Staatliche Lehr- und Versuchsanstalten	
Verwaltung =	141
Forschung =	6
Schule =	52
Beratung =	208
Versuchswesen =	124
■ 1 Staatliche Lehr- und Forschungsanstalt	
Verwaltung =	35
Forschung =	49
Schule =	12
Beratung =	50
Versuchswesen =	62
■ LPP =	50
■ LTQ =	17
■ Landgestüt =	6
■ 9 Kulturämter + 1 LuReSt =	769
■ Beschäftigte insgesamt =	1.581

## 2013 - 2015

■ 6 Dienstleistungszentren	
• DLR Rheinpfalz	
Abt. LE =	58
Abt. SVB =	126
• DLR Westpfalz	
Abt. LE =	56
Abt. SVB =	32
• DLR Nahe-Hunsrück-Rhh	
Abt. LE =	78
Abt. SVB =	160
• DLR Mosel	
Abt. LE =	96
Abt. SVB =	45
• DLR Eifel	
Abt. LE =	66
Abt. SVB =	33
• DLR Westerwald-Osteifel	
Abt. LE =	97
Abt. SVB =	31
■ Beschäftigte insgesamt =	878
■ zuzüglich	
1 „Agrarforschung Rheinl.-Pfalz GmbH“ =	35

## Personaleinsparung = 43 %

Abt. LE = Abteilung Landentwicklung

Abt. SVB = Schule, Versuchswesen, Beratung

# **Auswertung der Kundenbefragung von Teilnehmergeinschaften zur Arbeit der Landeskulturverwaltung in Rheinland-Pfalz<sup>\*)</sup>**

Veronika Mödinger und Dr. Otto Strecker, AFC - Consultants International

## **I Managementzusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse**

Im Rahmen der Kundenbefragung der Teilnehmergeinschaften zur Arbeit der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz waren die Kundenzufriedenheit der Teilnehmer, die Auswirkungen der Reform der Landeskulturverwaltung und Perspektiven für die zukünftige Arbeit der Kulturämter zu ermitteln.

Als Gesamtergebnis ist festzustellen, dass die Kulturämter bei der Befragung im Durchschnitt 81% Zustimmung für ihre Arbeitsweise und Kundenzufriedenheit erhalten haben. Aufgrund des Verfahrensstands der Bodenordnung konnten im Durchschnitt 9 % der Teilnehmergeinschaften noch keine Angaben machen; in durchschnittlich 10 % der Fälle bemängelten die Teilnehmergeinschaften die Arbeitsweise der Kulturämter. Im Einzelnen lassen sich die Ergebnisse wie folgt zusammenfassen:

### **1. Anordnung, Verfahrensplanung, Verfahrensabgrenzung**

In diesen Bereichen erhalten die Kulturämter sehr hohe Zustimmung für die vorbereitenden Untersuchungen, die Auswahl der Verfahrensart, die Abgrenzung des Verfahrensgebietes sowie die Information der Teilnehmer und Vorstände zu Verfahrensbeginn.

Über 85% der Vorstände sind mit der Vorgehensweise der Kulturämter zufrieden. Die agrarstrukturelle Entwicklungsplanung wurde von 84% der befragten Teilnehmergeinschaften, die Aussagen hierzu trafen, mit Noten von 1 bis 3 bewertet.

### **2. Mitwirkung der Teilnehmergeinschaft im Verfahren, Umsetzung der Planung der Bodenordnung**

Insgesamt fühlen sich die Teilnehmergeinschaften in den Verfahrensabschnitten gut eingebunden. Mit der Einbeziehung in die Planung und Umsetzung der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen sind die Vorstände fast überall zufrieden. Dennoch hätte sich ein Drittel der Vorstände der Teilnehmergeinschaften größere Mitwirkungsrechte bei dieser Planungsaufgabe erhofft. Den Kulturämtern werden klare Hinweise gegeben, in welchen Bereichen sie ihre Kommunikation mit den Teilnehmergeinschaften verbessern sollten. Die Gründung eines Verbandes der Teilnehmergeinschaften trägt dem Wunsch nach einer verantwortlichen Einbeziehung der Teilnehmer Rechnung und geht damit in die richtige Richtung. In den bereits länger laufenden Verfahren, auf die sich die Auswertung schwerpunktmäßig stützt, war die Zusammenarbeit mit den Teilnehmergeinschaften noch nicht in allen Bereichen gut genug entwickelt.

### **3. Kosten und Wirtschaftlichkeit der Verfahren**

Die geplanten Kosten haben sich zumeist als richtig erwiesen. Scheinbar sind die Verfahren am Anfang nur mit geringeren Mitteln ausgestattet worden, da in 17 % der Fälle nachfinanziert werden

<sup>\*)</sup> AFC Consultants International GmbH  
Ubiestraße 78  
D-53173 Bonn  
Telefon +49-2 28-9 85 79 0  
Telefax +49-2 28-69 14 46  
e-mail: [afc@consultants-bonn.de](mailto:afc@consultants-bonn.de)  
Web: [www.afc-i.de](http://www.afc-i.de)

Unter der genannten Telefon-Nr. erhalten Sie auch Auskünfte oder ggf. Hilfestellung zum Ausfüllen des Fragebogens.  
Bearbeitung: Frau Dipl.-Ing. agr. Veronika Mödinger



musste. Bei notwendigen Planergänzungen / -änderungen oder erschwerten Bedingungen haben die Kulturämter flexibel reagiert. Die Kosten für die Teilnehmer wurden in weit über 80 % der Verfahren als niedrig oder vertretbar angesehen, gleiches gilt für das Kosten-Nutzen-Verhältnis. Auch die Kostenverteilung wurde meist als zweckmäßig empfunden. Mit der Zusammenarbeit der Teilnehmergemeinschaften mit dem Verband der Teilnehmergemeinschaften waren nur 9 % nicht zufrieden.

#### **4. Mitwirkung des einzelnen Eigentümers im Verfahren**

Für die Mitwirkung des einzelnen Eigentümers ist die Zufriedenheit mit Planwunsch und Rohplanvorlage/Zwischeneröffnung von großer Bedeutung.

Weit über 80 % der Eigentümer nutzen den Planwunsch als entscheidende Gesprächsgrundlage für die Neuordnung ihres Eigentums. Sehr großer Wert wird darauf gelegt, dass die Kulturämter in die Gemeinde kommen und die Kommunikation vor Ort anbieten. Die Teilnehmergemeinschaften halten es zumeist nicht für vertretbar, diese Bürgergespräche im Kulturamt anzubieten und fordern eindringlich die Beibehaltung der bisherigen Praxis. Die vor einigen Jahren von den Kulturämtern freiwillig eingeführten Rohplanvorlagen / Zwischeneröffnungen werden nun in den meisten neueren Verfahren praktiziert.

#### **5. Zeitplanung der Verfahren**

Für die Kunden ist die Zeitplanung der Verfahren besonders wichtig. Dies zeigt sich an der strengen Benotung. Auch wenn sich die Teilnehmergemeinschaften kaum Veränderungen im Zeitablauf wünschen, haben hier nur 64 % der Verfahren in den Kulturämtern gute oder sehr gute Noten erhalten. Einige Teilnehmergemeinschaften haben den Kulturämtern sogar schlechte Noten erteilt; so wurde in einem Amt fünfmal die Note „Mangelhaft“ vergeben; dem stehen allerdings an anderer Stelle auch hervorragende Zeitabläufe und Benotungen gegenüber. Die wichtigste Vorgabe für die Reform der Landeskulturverwaltung - der Wunsch der Teilnehmer nach kurzen Verfahrenslaufzeiten - ist von den Kulturämtern nach wie vor sehr ernst zu nehmen, auch wenn sie durch das verfügbare Personal oder äußere Rahmenbedingungen offensichtlich nur begrenzte Handlungsspielräume besitzen.

#### **6. Fachwissen, Moderation, Verhandlungsgeschick**

Bei dem abgefragten Fachwissen, dem Verhandlungsgeschick sowie der Fähigkeit zur Moderation, erhalten die Kulturämter überwiegend gute Noten. Einzelne schlechtere Noten sind eine wichtige Orientierungshilfe und Signale für die betroffenen Ämter, durch geeignete Fortbildungsmaßnahmen in diesen Sektoren noch besser zu werden. Ein Mitarbeiterwechsel erscheint in manchen Fällen für die Verfahren angemessen und zweckmäßig. Zwar werden solche Veränderungen von etwa der Hälfte der betroffenen Verfahren als negativ bewertet, in rund 20 % der Fälle werden jedoch eben diese als positiv empfunden.

#### **7. Generelle Bewertung der Flurbereinigung sowie Verfahrenskennzahlen**

Die Auswirkungen der Bodenordnungsmaßnahmen auf die bauliche Entwicklung, Natur und Landschaft, die Landwirtschaft, Freizeit und Erholung, Tourismusentwicklung, das Pachteinkommen sowie Dorferneuerung und Dorfentwicklung haben die Teilnehmergemeinschaften in einem sehr hohen Maße bereits vor der geplanten Flurbereinigung positiv beurteilt. Die erfolgreiche Durchführung der einzelnen Maßnahmen hat die Entscheidungen der Teilnehmergemeinschaften insgesamt geringfügig weiter verbessert.

Ob die Teilnehmergemeinschaften ein Bodenordnungsverfahren für potentiell lohnenswert halten, zeigt sich in besonderer Weise daran, inwieweit sie es weiter empfehlen würden. Diese Fragestellung hat dazu geführt, dass insgesamt 83 % der Befragten die Teilnahme uneingeschränkt empfehlen oder empfehlen und nützliche Tipps geben können, 13 % von einer Teilnahme, aufgrund gemischter Erfahrungen, weder zu noch abraten wollen und nur 4 % unbedingt von einer Durchführung abraten würden.

Insgesamt ist festzustellen, dass es keine besonderen Auffälligkeiten - bezogen auf ein spezielles Kulturamt - gibt. Soweit ein Kulturamt bei bestimmten Fragestellungen schlechtere Bewertungen / Noten erhalten hat, stehen dem an anderer Stelle jeweils bessere Ergebnisse entgegen.

Es wird empfohlen, die Ergebnisse der vorliegenden, stichpunktartigen Erhebung mit den Leistungszahlen der verschiedenen Kulturämter abzugleichen, um zum einen die Aussagen der Befragung anhand der jeweiligen Praxis in den Ämtern zu verifizieren und zum anderen mögliche Verbesserungspotenziale in den Ämtern anhand der Hinweise aus der Befragung zu überprüfen.

## **II Auswertung der Kundenbefragung von Teilnehmergeinschaften zur Arbeit der Landeskulturverwaltung in Rheinland-Pfalz**

### ***Einführung und Erläuterungen***

Entscheidend für die Entwicklung ländlicher Räume sind die Stärkung der Wirtschaftskraft, die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, die Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in Landwirtschaft, Weinbau und Forstwirtschaft, die Förderung der regionalen und gemeindlichen Entwicklung und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Mit sieben Hauptzielsetzungen sind die Landentwicklung und ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz auf diese Entwicklungsaufgaben ausgerichtet; diese Zielsetzungen werden nachfolgend unter Verwendung der in der Befragung verwendeten Kurzbegriffe (vergleiche Abb. 1.2) erläutert:

#### **1. Landwirtschaft:**

Zusammenlegung der Grundstücke unter Berücksichtigung der Pachtflächen, verbesserte Grundstücksformen für einen wirtschaftlichen Einsatz moderner Maschinen, bedarfsgerecht gestaltete Wegenetze, Umsetzung von Extensivierungs- und Stilllegungswünschen sowie verbesserte landwirtschaftliche Nebenerwerbsmöglichkeiten.

#### **2. Weinbau:**

Erhalten der Kulturlandschaft mit ihren landschaftsbildprägenden Kleinterrassen, Vergrößern der Bewirtschaftungsstücke, Umstellen von Pfahlerziehung auf den arbeitswirtschaftlich günstigeren Drahtrahmen mit gleichzeitiger Anlegung größerer Gassenbreiten, Erschließen mit Wegen oder Transportbahnen sowie Ausweisen von potentiellen Rodungsflächen.

#### **3. Forst:**

Schaffen eines bedarfsgerecht gestalteten Waldwegenetzes mit Holzlagerplätzen, Zusammenlegung und zweckmäßigere Gestaltung der Waldgrundstücke.

#### **4. Dorf:**

Umsetzen flächenbeanspruchender Maßnahmen im Dorf durch Flächenmanagement in den Bereichen Straßen, Wege, Plätze, Grünordnung, Rückhaltebecken, Hochwasserschutz, landwirtschaftliche Hofstellen, Grundstücksformen und bauliche Ausnutzung.

#### **5. Verkehr:**

Eigentums-, sozial- und umweltverträgliche Einbindung von öffentlichen Verkehrsprojekten (Ortsumgehungen, überörtliche Straßen, Bahntrassen, Wasserstraßen, Flugplätze etc.) durch Ausweisung der Trassen und Ausgleichsflächen, Landzwischenenerwerb, lagerrichtige, zeitgerechte und wirtschaftliche Ausweisung der Bedarfsflächen und Minimierung der Beeinträchtigungen von Flächennutzungen, insbesondere für die Landwirtschaft, durch Neuordnung der Flächen entlang der Trasse.

#### **6. Wasser:**

Unterstützen der Entwicklung von Gewässern sowie des Trink- und Hochwasserschutzes durch Renaturieren von Bächen und Ausweisen von Uferrandstreifen, Sichern von Trinkwasserschutzgebieten, Bereitstellen von Flächen für Polder und Rückhaltebecken (aktiver Hochwasserschutz) sowie Aufforsten erosionsgefährdeter Hänge zur Minderung des Abflusses von Oberflächenwasser (passiver Hochwasserschutz).

## 7. Natur:

Sichern, Erhalten und Erweitern von Hecken, Mauern, Böschungen, Streuobstwiesen, Trockenrasen, Feuchtgebieten, Umsetzen von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in Verbindung mit dem Ökokonto, Bereichern der Landschaft durch Pflanzungen und Neuanlage von Biotopen, Unterstützen einer standortangepassten, umweltverträglichen Landbewirtschaftung durch gezieltes Flächenmanagement, Erhalten und Vergrößern des Grünlandanteils in erosionsgefährdeten Hängen und Talauen, Renaturieren von Bächen und Ausweisen von Uferrandstreifen.

### 1. Datengrundlage und Ausgangssituation

Die Grundgesamtheit der aktuell bearbeiteten Flurbereinigungsverfahren der Landeskulturverwaltung in Rheinland-Pfalz beträgt 427. Von diesen wurden 120 ausgewählte Verfahren für die vorliegende Befragung angeschrieben. Den Vorständen der Teilnehmergemeinschaften wurde jeweils ein einheitlicher Fragebogen (siehe Anhang 1) zugesandt. Die Ansprache der Teilnehmergemeinschaften erfolgte in zwei Schritten, in der ersten Runde wurden insgesamt 100 Teilnehmergemeinschaften angeschrieben, für Verfahren ohne den nötigen Rücklauf auf Grund von Urlaub oder Krankheit wurden „Ersatzverfahren“ ausgewählt und in einem zweiten Schritt erneut angeschrieben, um eine Gesamtzahl von mindestens 100 auswertbaren Fragebögen zu erreichen. In der nun folgenden Abbildung 1.1 ist der resultierende Anteil der angeschriebenen Teilnehmergemeinschaften an der Grundgesamtheit für die verschiedenen Kulturämter dargestellt.

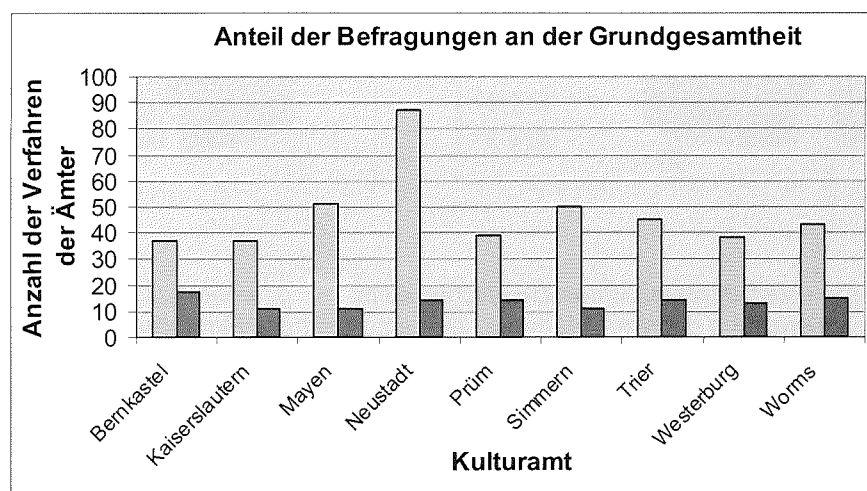


Abbildung 1

Die Anzahl der angestrebten zu befragenden Verfahren wurde im Vorfeld für die verschiedenen Verfahrensziele und die Verteilung auf die Kulturämter, gemäß der in der Abbildung 1.2 dargestellten Hauptzielsetzungen definiert.

Landeskulturverwaltung	Landwirtschaft	Weinbau	Forst	Dorf	Verkehr	Wasser	Natur	Summe
Neustadt	2	2		2	2	2	2	12
Kaiserslautern	2			3	2	2	2	11
Worms	2	2		2	3	2		11
Simmern	3	2		2	2		2	11
Bernkastel-Kues	4	3			2		2	11
Trier	3	2		2	2		2	11
Prüm	5		2	2			2	11
Mayen	3	4	2	2				11
Westerburg	4			2	2		3	11
Summe	28	15	4	17	15	6	15	100

Abbildung 1.2

Die Beantwortung der Fragebögen durch die Teilnehmergemeinschaften erfolgte auf freiwilliger Basis, wodurch sich der Unterschied zwischen der angestrebten Anzahl der Befragungen je Kulturamt und der tatsächlich realisierten Anzahl begründet.

Der tatsächliche Rücklauf für die Befragung ist in der folgenden Abbildung 1.3 dargestellt. Leider konnten in dem vorgegebenen zeitlichen Rahmen für das Kulturamt Worms lediglich zehn statt der angestrebten elf und für das Kulturamt Neustadt nur elf statt der geplanten zwölf Befragungen realisiert werden.

Kulturamt	Bern- kastel	Kaisers- lautern	Mayen	Neustadt	Prüm	Simmern	Trier	Westerburg	Worms
Anzahl	15	11	11	11	12	11	12	13	10

Tabelle 1.1

### Vergleich der Verfahrensanteile

Für die Durchführung der Flurbereinigung stehen verschiedene Verfahren nach Flurbereinigungsgesetz zur Auswahl. Die nachstehenden Kreisdiagramme der Abbildung 1.3 verdeutlichen den prozentualen Anteil der Verfahren, sowohl an der Grundgesamtheit, als auch an den Befragungen. An den prozentualen Werten lässt sich erkennen, dass die Befragung - hinsichtlich der Verfahrensanteile - durchaus repräsentativ für die Grundgesamtheit ist.

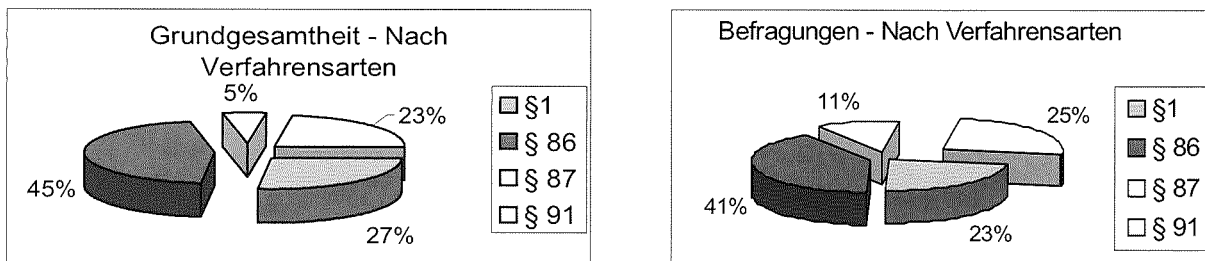
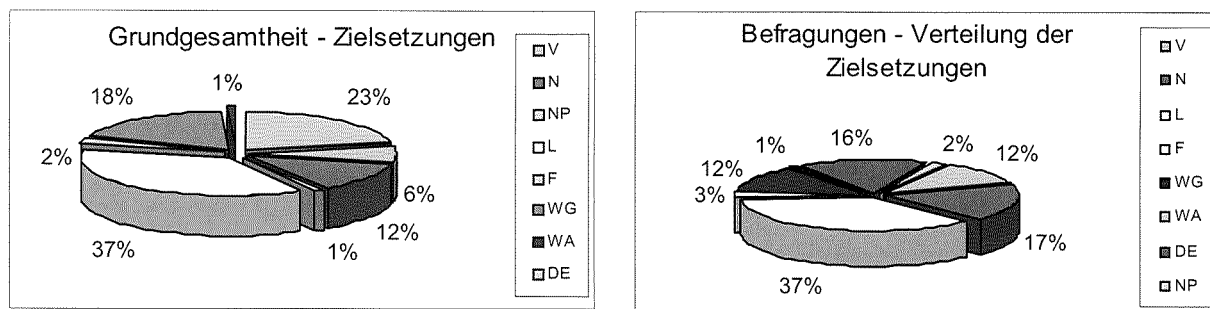


Abbildung 1.3

Ausgewählt wurden Verfahren mit unterschiedlicher Zielsetzung, wobei auf eine Verteilung analog zu der tatsächlichen Verteilung der verschiedenen Zielsetzungen der Flurbereinigung in Rheinland-Pfalz geachtet wurde. In der Abbildung 1.4 sind die Zielsetzungen der befragten Verfahren der tatsächlichen Verteilung der Hauptziele der Verfahren gegenüber gestellt.



**Legende:** V = Verkehr    N = Naturschutz    NP = Naheprogramm    L = Landwirtschaft    F = Forst  
WG = Weinbau    WA = Wasser    DE = Dorf

Abbildung 1.4

Weiterhin ist zu berücksichtigen, welche räumliche Ausdehnung die einzelnen Verfahren umfassen. Auch in dieser Beziehung wurde die Anforderung an die Befragung dahingehend formuliert, dass die Repräsentativität nach Möglichkeit gewährleistet werden sollte.

Wie die Darstellung 1.5 zeigt, wurden überproportional viele größere Verfahren befragt. Kennzeichnend für diese ist, dass hier häufig verschiedene Verfahrensziele kombiniert werden. Da zudem für eine aussagekräftige Befragung wichtig ist, dass die Verfahren einen gewissen Verfahrensfortschritt schon erreicht haben, und dass die Verfahrensarten in der Befragung berücksichtigt werden, war es unumgänglich, in dem Bereich der Verfahrensgröße, geringe Abstriche zu machen.

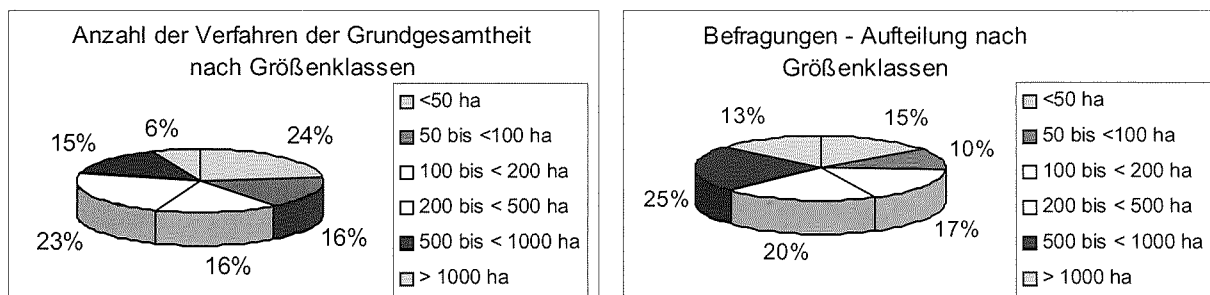


Abbildung 1.5

Anzumerken ist, dass Teilnehmergemeinschaften in unterschiedlichen Verfahrensständen befragt wurden, d.h. für bestimmte Bereiche, die in einem Verfahrensablauf zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden, können anteilig weniger Aussagen gemacht werden, als zu den Verfahrensabschnitten die am Anfang liegen. Daher sind die Kategorien „keine Angaben“ (k. A.) in der Regel so zu interpretieren, dass den Teilnehmergemeinschaften zu der entsprechenden Fragestellung noch keine Erkenntnis aus dem Verfahren vorliegt.

## 2. Ergebnisse der Befragung

### Allgemeiner Teil

In diesem ersten Abschnitt der Befragung, von Frage 1-12 wurden verfahrensspezifische Aspekte beurteilt. Die Evaluierung erfolgte hinsichtlich der Verfahrensplanung, der Ziele für die jeweiligen Verfahren und der Verfahrensart. Außerdem ist die Aufklärung und Integration der Teilnehmergemeinschaften in einigen Bereichen abgefragt worden.

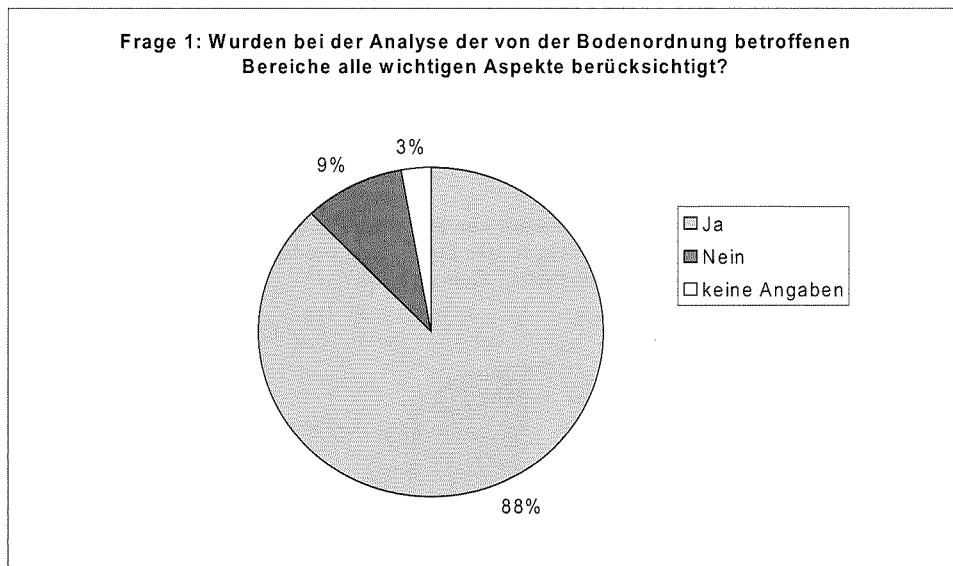


Abbildung 2.1

Als Grundtendenz ist zu erkennen, dass nach Ansicht der Teilnehmergemeinschaften meist die wichtigsten Aspekte berücksichtigt wurden. Die Beantwortung der Frage 1 wird durch Begründungen weiter ausgeführt. 93 Befragte antworteten mit „Ja“, wobei eine Teilnehmergemeinschaft anmerkte, dass zuviel Umweltschutz betrieben wurde, bzw. es im allgemeinen zu einer Überbetonung des Umweltschutzes gekommen ist.

Bei „Nein“ (10 Antworten) stand die Dorfentwicklung mit 5-facher Nennung im Vordergrund. Außerdem wurden Gründe wie Hochwasser, zu wenig Berücksichtigung der Landwirtschaft (2x), Ackerland, keine Trockenlegung, Wirtschaftswege, Wasser, Verkehr und Forst genannt. Eine einmalige Nennung war „in größter Weise Nichtbeachtung des § 188 BauGB bei der Dorfentwicklung“.

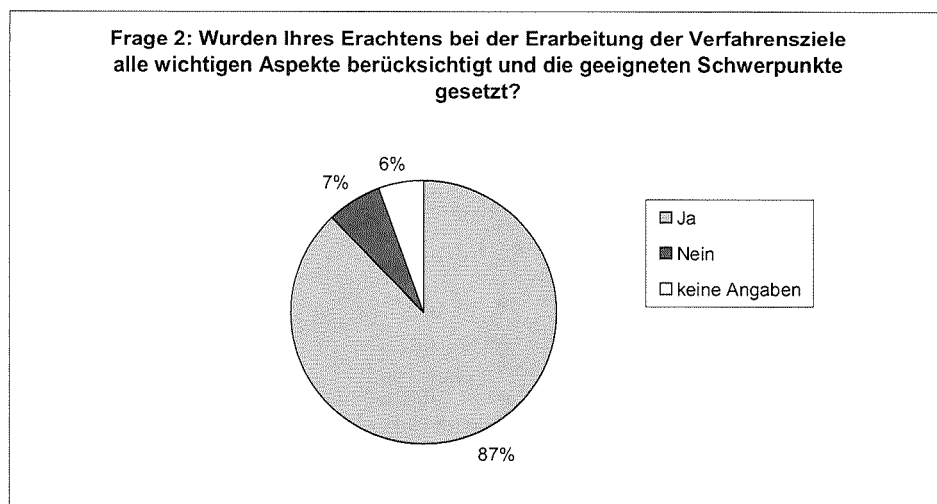


Abbildung 2.2

Der Großteil der Befragten sieht bei der Erarbeitung der Verfahrensziele alle wichtigen Aspekte berücksichtigt und hält die Schwerpunkte für geeignet. 93 Befragte antworteten auf die Frage 2 mit „Ja“. Bei den sieben „Nein“ Stimmen wurde insbesondere bemängelt, dass die Ausweisung von Gewässerrandstreifen überbetont, die Zusammenlegung (Bodenordnung) vernachlässigt, die Grundstücke zu klein ausgewiesen, die Tourismusentwicklung vernachlässigt oder keine ausreichende Wasserführung für Flure und Wege erreicht wurde.

Der Auftrag der ländlichen Bodenordnung ist es, aufgrund der durch die Agrarpolitik gesetzten Rahmenbedingungen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher und Weinbaulicher Betriebe durch Anpassung der Flurverfassung an die agrarstrukturelle Entwicklung beizutragen, sowie andererseits ökologische Ziele zu unterstützen. In Bodenordnungsverfahren werden die vorhandenen Wege, Gewässer, landespflegerische und andere gemeinschaftliche Anlagen im Hinblick auf die Weiterentwicklung und die zukunftsgerichtete Beibehaltung untersucht. In Frage 3 wird geklärt, inwiefern das Verfahrensziel der ländlichen Bodenordnung zweckmäßig für die Erreichung der für das Verfahren herausgearbeiteten Ziele gewählt wurde, das Ergebnis zu dieser Frage ist in Abbildung 2.3 dargestellt.

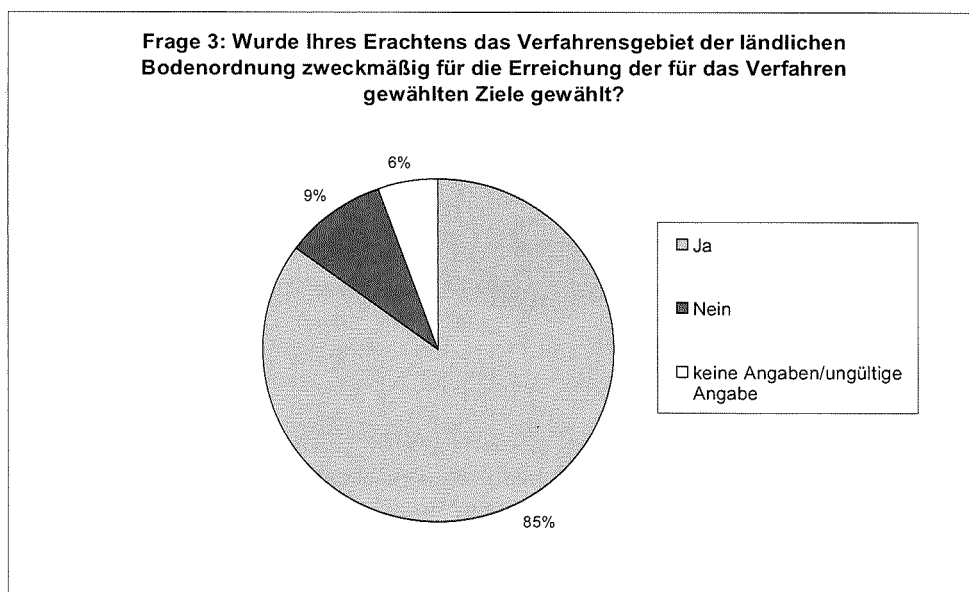


Abbildung 2.3

Die Frage 3 nach der zweckmäßigen Wahl des Verfahrensgebietes wurde zu 85% mit „Ja“ (90x) beantwortet. Daraus lässt sich schließen, dass das Verfahrensgebiet der ländlichen Bodenordnung meist gemäß der Vorstellungen der Teilnehmergemeinschaften gewählt wurde.



Zu dieser Frage wurde im Falle „Nein“ (10x) erklärt, dass die Verfahrensgrenzen falsch gelegt wurden. Kritikpunkte waren beispielsweise, dass sich Verfahren nur an den Gewässerrandstreifen orientieren. Es wurde bei einer TG erheblicher Wegebau außerhalb betrieben, zudem wurde in einem Fall auf Wunsch der Teilnehmer das Verfahrensgebiet kleiner gefasst, dieses hat sich aber nicht bewährt. Weiterhin wurde beklagt, dass die wesentlichen Flächen in einem Verfahren nicht berücksichtigt wurden und in einem anderen Fall eine zu einseitige Priorität beim Aspekt Umwelt bestand und Ausgleichsflächen nur z.T. in einem zu engen Radius realisiert wurden.

Die folgende Abbildung 2.4 stellt die Beurteilung der agrarstrukturellen Entwicklungsplanung dar, die in Frage 4 bewertet wurde. Die vergebenen Noten für die agrarstrukturelle Entwicklungsplanung bewegen sich auf der gesamten Bandbreite zwischen 1 und 6. Der Großteil der Teilnehmergeinschaften hat Noten im Bereich von gut (45 Nennungen), bzw. befriedigend (27 Nennungen) vergeben. Damit kann auch in diesem Bereich von einem positiven Ergebnis gesprochen werden.

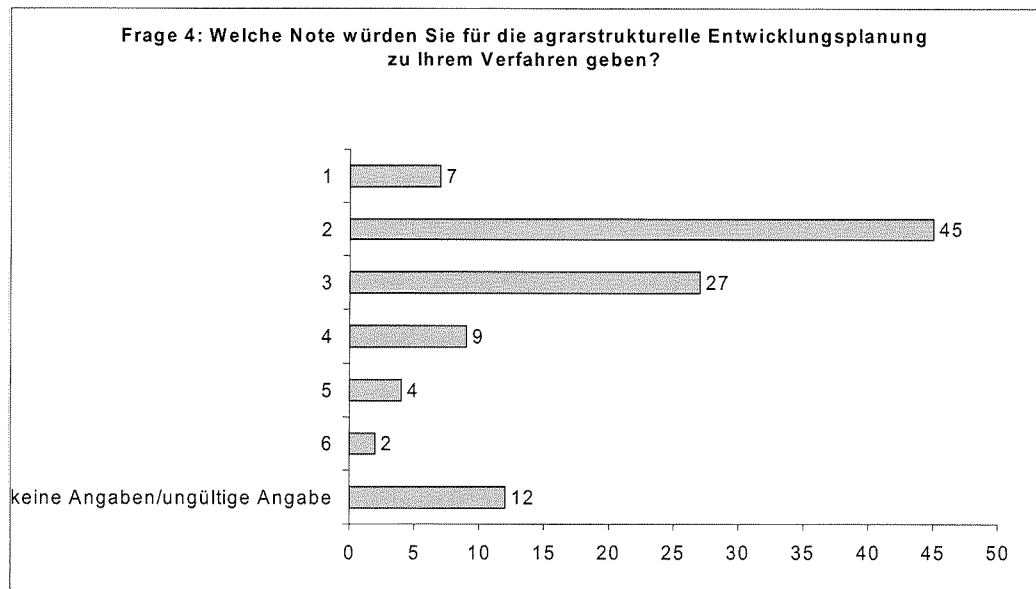


Abbildung 2.4

Die verhältnismäßig hohe Anzahl der Teilnehmergeinschaften ohne Angaben bzw. ohne gültige Angaben begründet sich dadurch, dass nicht für alle Verfahren eine agrarstrukturelle Entwicklungsplanung im Vorfeld durchgeführt wurde und damit keine Bewertung abgegeben werden konnte.

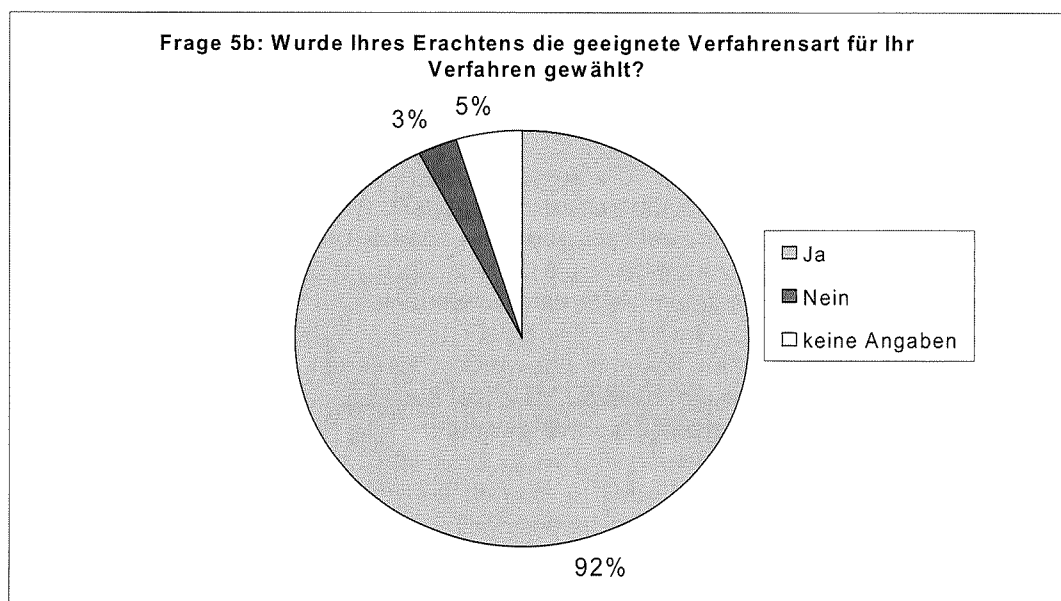


Abbildung 2.5

In der Frage 5 wurde die Verfahrensart für die jeweils befragte Teilnehmergeinschaft nochmals ermittelt. Die Frage liegt darin begründet, dass die vorliegende Kundenzufriedenheitsanalyse als anonyme Befragung konzipiert war. Da jedoch die Teilnehmergeinschaften in der Regel nicht anonym antworteten, konnte die Verfahrensart aus den Grunddaten ermittelt werden, wie bereits einleitend dargestellt wurde.

Von den Teilnehmergeinschaften wird das gewählte Verfahren in der Frage 5 b generell als geeignet beurteilt. Insgesamt drei Teilnehmergeinschaften waren mit der Wahl des Verfahrens nicht zufrieden und acht machten hierzu keine Angaben.

Als Alternativen im Falle der Antwort „Nein“, wären folgende Verfahren im nachhinein bevorzugt worden:

- ☐ § 1 statt § 86, „weil das vereinfachte Flurbereinigungsverfahren nur eine halbe Sache sei“
- ☐ § 86 statt § 91, „für eine mögliche Neuvermessung von Parzellen und Wegen“
- ☐ § 1 statt § 91, „für umfassende Neugestaltungsmöglichkeiten, Neumessung möglich, Finanzierungsrahmen größer“

Die Aufklärung und Information der Kulturämter zu Beginn der Verfahren, wurde in der Frage 6 ermittelt. Wie die Abbildung 2.6 zeigt, haben sich 90 % der Beteiligten zu Verfahrensbeginn ausreichend informiert gefühlt.

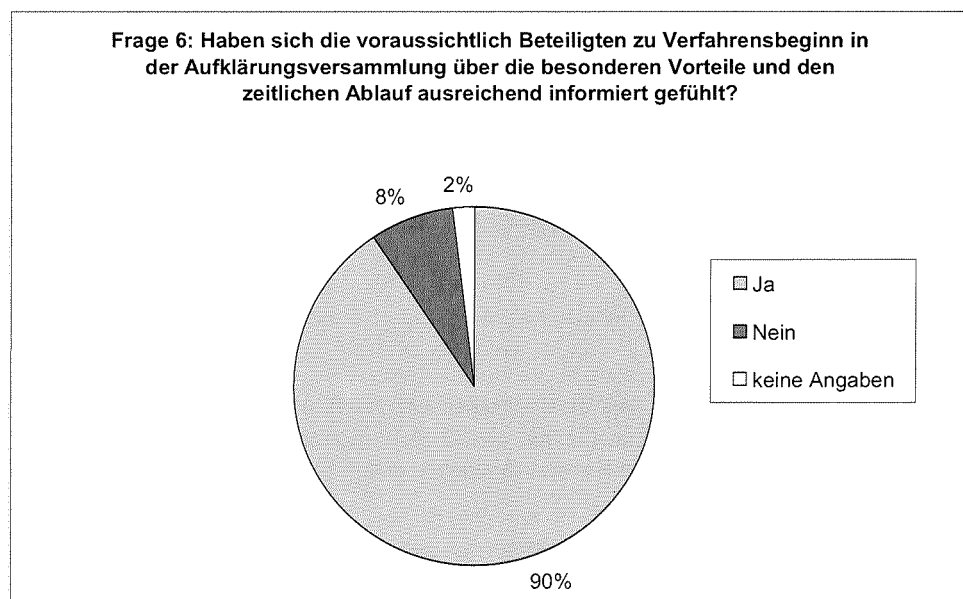


Abbildung 2.6

Von den 96 Teilnehmergeinschaften, die sich zu Verfahrensbeginn ausreichend in der Aufklärungsversammlung informiert haben, wurde in zwei Fällen bemerkt, dass die Veranstaltungen jedoch zu schwach besucht waren. Bei negativen Antworten lagen die Defizite häufig im Bereich der angebotenen Information. Nicht zum Ausdruck kamen mit dem Verfahren verbundene Nachteile für die Beteiligten, was zum Teil - wie bereits erwähnt - auch am Interesse der Beteiligten lag. Auf den Aufklärungsversammlungen wurden nicht alle Details besprochen. In einem Fall wurde angegeben, dass das Verfahren aufgezwungen wurde. Eine zu lange Ausführung, häufiger Wechsel der Sachbearbeiter und Kulturamtswechsel waren weitere Defizite, die an dieser Stelle angeführt wurden.

In der darauffolgenden Frage 7, wurde ermittelt, ob den Teilnehmern in der Aufklärungsversammlung die Aufgaben und Mitwirkungsrechte des Vorstandes der Teilnehmergeinschaft ausreichend erläutert wurden.

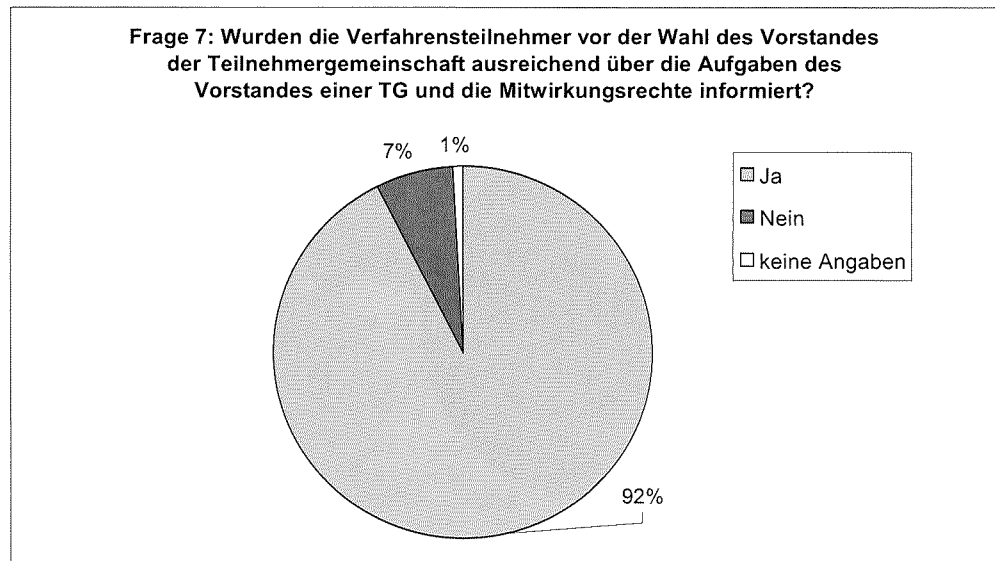


Abbildung 2.7

Vor der Vorstandswahl der Teilnehmergeinschaft wurden die Verfahrensteilnehmer nach Ansicht von 92% der befragten Verfahrensrepräsentanten ausreichend über Aufgaben und Mitwirkungsrechte informiert, lediglich in sieben Fällen fühlte man sich nicht genug aufgeklärt. Die Beurteilung der Mitwirkungsrechte am Verfahren generell wurde in der Frage 8 ermittelt. Die nachstehende Abbildung 2.8 stellt die Ergebnisse hierzu dar.

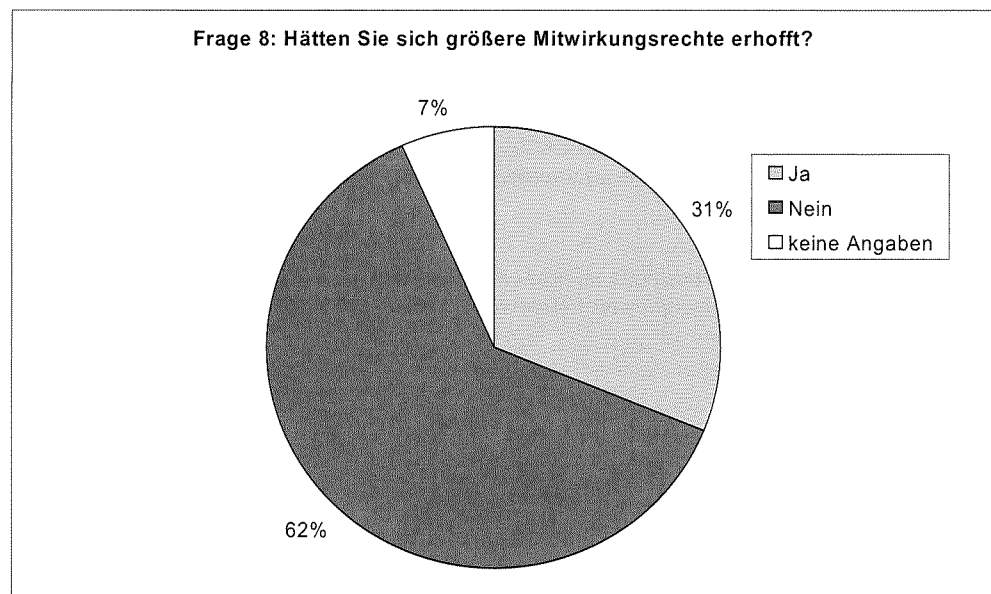


Abbildung 2.8

Rund ein Drittel der Befragten hätte sich mehr Mitwirkungsrechte erhofft. 62% waren zufrieden und 7% machten hierzu keine Aussage.

Die Begründungen sind im einzelnen im Anhang 2 als Tabelle dargestellt (hier nicht abgedruckt). Die häufigsten Nennungen waren in den Bereichen Landschaftspflege und Wege- und Gewässer.

Die Integration des Vorstandes der Teilnehmergeinschaft in die Planung nach §41 bzw. der gemeinschaftlichen Anlangen wurde von 85 % der Befragten als ausreichend empfunden. Wie die Abbildung 2.9 zeigt, waren in nur 8% der Fälle die Vorstände nach Ansicht der Teilnehmergeinschaft zu wenig involviert.

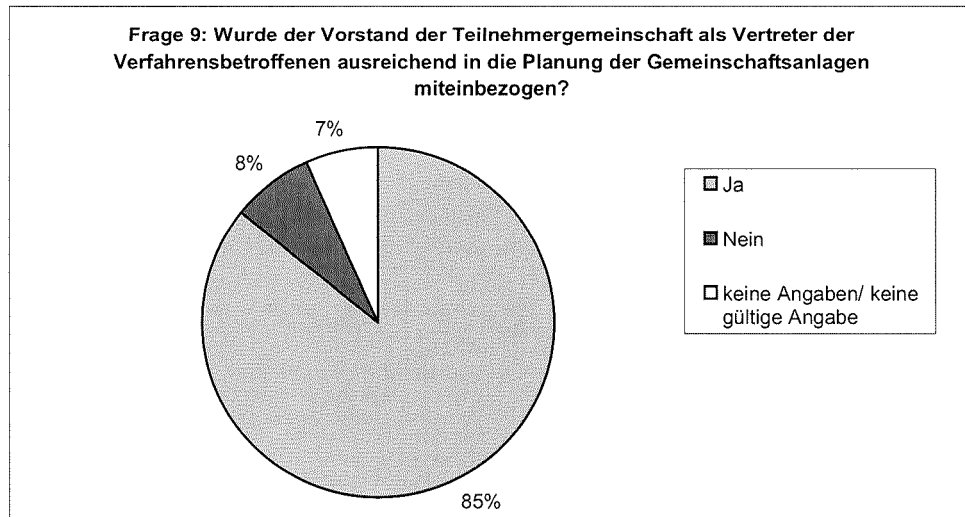


Abbildung 2.9

Die Defizite lagen, nach den gemachten Begründungen zu urteilen, in der mangelnden Kompromissbereitschaft des Kulturamtes. In finanziellen Fragen bei Landschaftspflege und Wegebau traten ebenso Probleme auf. In drei Fällen wurde die Beteiligung im Bereich der bei der Dorfentwicklung und den Wirtschaftswegen bzw. der Wege- und Gewässerplanung kritisiert.

In Frage 10 wurden die wichtigsten berücksichtigten Kriterien / Interessen bei der Planerstellung aus Sicht der Teilnehmergeinschaften abgefragt. Als Hauptkriterien wurde die Bildung von möglichst großen Bewirtschaftungseinheiten mit der Zusammenlegung der Grundstücke für eine zukunftsgerechte Bearbeitung, die Verbesserung des Wegenetzes mit der Neuausweisung und Befestigung der Hauptwege genannt. Weitere wichtige Kriterien waren die Umsetzung des Dorferneuerungskonzeptes mit der gleichzeitigen Dorfregulierung, die Schadensbegrenzung der durch Autobahnbau entstandenen Beeinträchtigungen sowie die Schaffung von landschaftspflegerischen Anlagen und geeigneten Ausgleichsmaßnahmen des Naturschutzes. Vielfältige weitere Kriterien sind in Anhang 3 zu Frage 10 im einzelnen dargestellt.

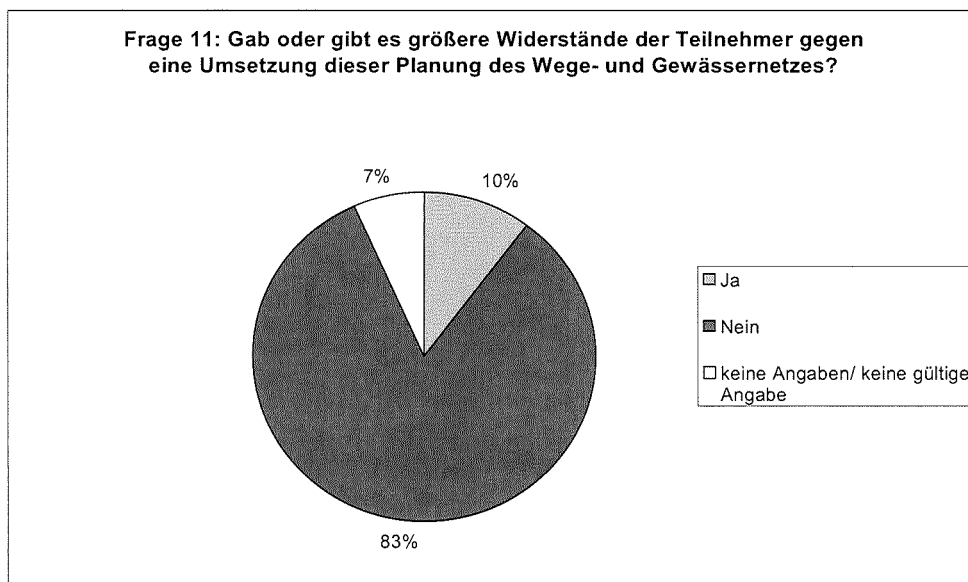


Abbildung 2.11

Die Frage 11 ermittelt die Widerstände der Teilnehmer gegen die Umsetzung der Planung des Wege- und Gewässernetzes. In der Abbildung 2.11 sind die Ergebnisse der Befragung für alle Kulturämter gemeinsam dargestellt. Widerstände gegen die Umsetzung gab es in 10% der Fälle, keine Angaben oder ungültige Angaben wurden von 7% der befragten Teilnehmergeinschaften gemacht.

Interessant erscheint in diesem Zusammenhang, da Widerstände häufig auch Widersprüche gegen das Flurbereinigungsverfahren bedeuten und sich damit auf die Verfahrenslaufzeit und die Bearbeitungskosten des Verfahrens auswirken, die Frage, ob sich die Widerstände in verschiedenen Ämtern etwa häufen.

Dieser Aspekt wird in der nachstehenden Tabelle 2.1 beleuchtet. So gab es in den Verfahren der Ämter Kaiserslautern, Neustadt und Prüm keine Widerstände der Teilnehmer. Eine Häufung von Widerständen der Teilnehmer lässt sich hingegen in Mayen beobachten.

Kulturamt	Bern-kastel	Kaisers-lautern	Mayen	Neustadt	Prüm	Simmern	Trier	Westerburg	Worms
<b>Ja</b>	2	0	3	0	0	1	2	2	1
<b>Nein</b>	11	8	8	10	11	10	10	11	9
<b>keine (gültige) Angabe</b>	2	3	0	1	1	0	0	0	0

Tabelle 2.11

Die angegebenen Begründungen entschärfen jedoch dieses Bild wieder; in einem Fall handelt es sich um ein Verfahren nach §91, in dem keine Gemeinschaftsanlagen enthalten waren, was hier kritisiert wird, in den anderen beiden Fällen ging es um Teilnehmerinteressen, die zu geringe Berücksichtigung fanden. Weitere Beispiele für die Kritik an den Kulturämtern sind, dass die Lage des Altbesitzes nicht genügend berücksichtigt wurde, dass es zu privaten Einsprüche aufgrund zu wenig berücksichtigter Teilnehmerinteressen kam oder dass Widerstand wegen einer Wegeföhrung entstand. In einem Fall kam es zu drei Gerichtsverfahren des Vorstandes wegen Wege- und Gewässerplan vor dem Oberverwaltungsgericht in Koblenz.

Die folgende Frage 12 bezieht sich auf die Realisierbarkeit der geplanten gemeinschaftlichen Anlagen. In fast 80 % Verfahren der befragten Teilnehmergemeinschaften hat sich die Planung als realisierbar erwiesen, in den 11 % der Fälle kann davon ausgegangen werden, dass die Verfahren den jeweiligen Verfahrensstand noch nicht erreicht haben (siehe Abbildung 2.12). Eine unzureichende Planung lag aus Sicht der Teilnehmer in 10% der Fälle vor. Die Gründe für Änderungen der Planung lagen vor allem im finanziellen Bereich. In sechs Fällen wurden Geldmangel oder unzureichende finanzielle Mittel für Änderungen in der Umsetzungen angegeben. In weiteren zwei Fällen gab es Änderungen aufgrund von Widerstand seitens der Gemeinde (Oberbürgermeister) bzw. durch Vorgaben des Straßenbauamtes.

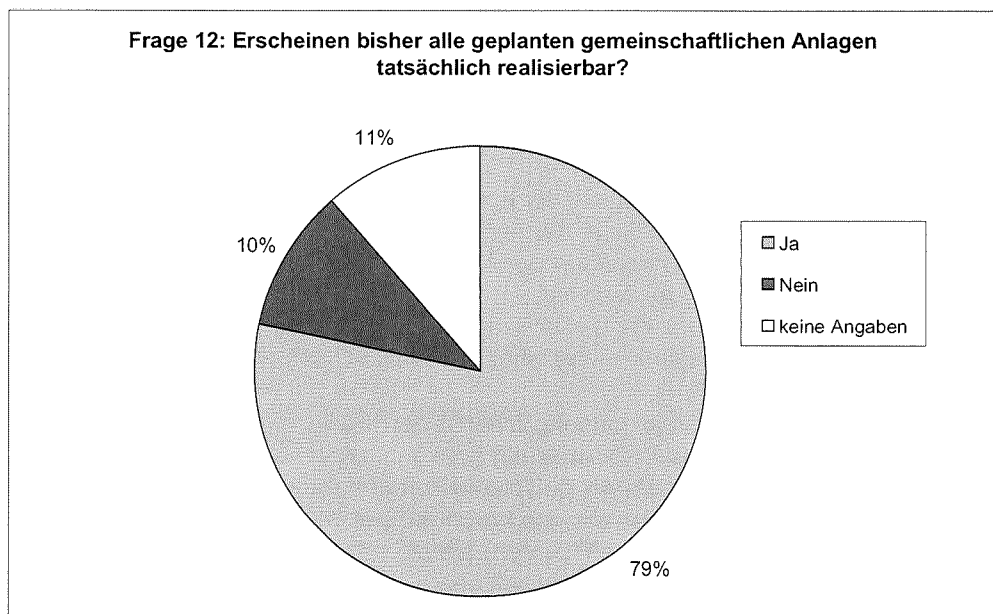


Abbildung 2.12

## 2.2 Verfahrensfinanzierung und Baudurchführung

In dem nun folgenden Abschnitt ist mit den Fragen 13-15 sowie 17 und 18 die Beurteilung von ökonomischen Aspekten durch die Teilnehmergeinschaften dargestellt. Dabei wird eingegangen auf die Verfahrenskosten, die Finanzierung, die Kostenbelastung und den Kosteneinsatz. Die Umsetzung der Maßnahmen und deren Durchführung wird in den übrigen Fragen behandelt.

Über 80 % der befragten Teilnehmergeinschaften halten die Kostenverteilung für den Bau der gemeinschaftlichen Anlagen für zweckmäßig, wie die Abbildung 2.13 zeigt. Lediglich in 6 % der befragten Verfahren wurde angegeben, dass andere Schwerpunkte hätten gesetzt werden sollen.

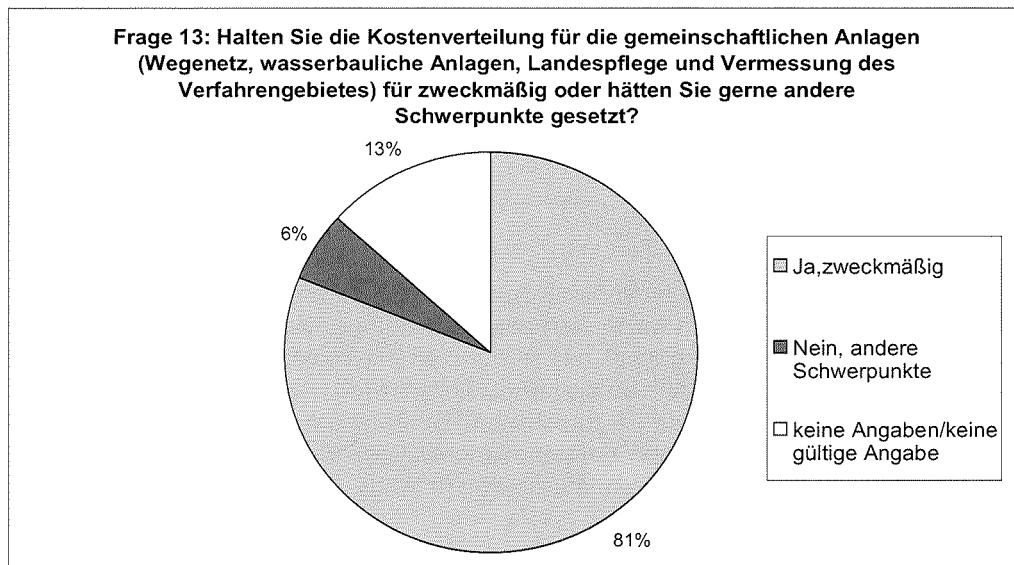


Abbildung 2.13

Diese Frage wurde für den Fall einer negativen Antwort durch eine Anregung ergänzt, in welchen Bereichen die Schwerpunkte alternativ hätten gesetzt werden sollen. Dabei wurde viermal genannt, die Schwerpunkte hätten im Bereich „besserer Ausbau des Wegenetzes“ liegen sollen und einmalig wurde gefordert, die wasserbaulichen Anlagen hätten einen größeren Schwerpunkt darstellen sollen.

Insgesamt lässt sich aus den Antworten erkennen, dass die von einer sehr geringen Zahl der Teilnehmergeinschaften geübte Kritik, sich aus sehr unterschiedlichen und zum Teil gegensätzlichen Meinungen zusammensetzt. Während eine Überbewertung der Landespflege einerseits einen Kritikpunkt einer Teilnehmergeinschaft darstellt, wird in einem anderen Verfahren gefordert, dass der Schwerpunkt genau in diesem Bereich (Heckenbesatz) hätte gesetzt werden sollen.

Frage 14 beschäftigte sich mit der Richtigkeit der Kostenplanung und Verfahrensfinanzierung, welche in der Abbildung 2.14 auf der folgenden Seite dargestellt ist. Das Ergebnis der Befragung ist, dass mehr als Dreiviertel der Teilnehmergeinschaften der Ansicht sind, dass sich die geplanten Kosten für die Verfahrensfinanzierung als richtig erwiesen haben. 10 % der Befragten machten hierzu keine Angaben. Die verbleibenden 14 % hatten auch bei dieser Frage die Möglichkeit, sich mit einer Begründung dazu zu äußern, in welchen Bereichen die Planung nicht der Realisierung entsprach.

Hierbei wurden verschiedenste Gründe genannt. In sechs der 106 Befragungen, wurde der Finanzierungsplan überschritten, welches eine Nachfinanzierung notwendig machte. In einem Fall mussten, um eine optimale Bewirtschaftung zu gewährleisten, beispielweise umfangreiche Planierarbeiten vorgenommen werden, die nicht vorhersehbare Kosten mit sich brachten. Positiv anzumerken ist jedoch, dass in zwei Fällen die Verfahrenskosten unterschritten wurden, einmal sogar um 30%. Es wurde angemerkt, dass erschwerte Bedingungen nachkorrigierbar sein sollten.



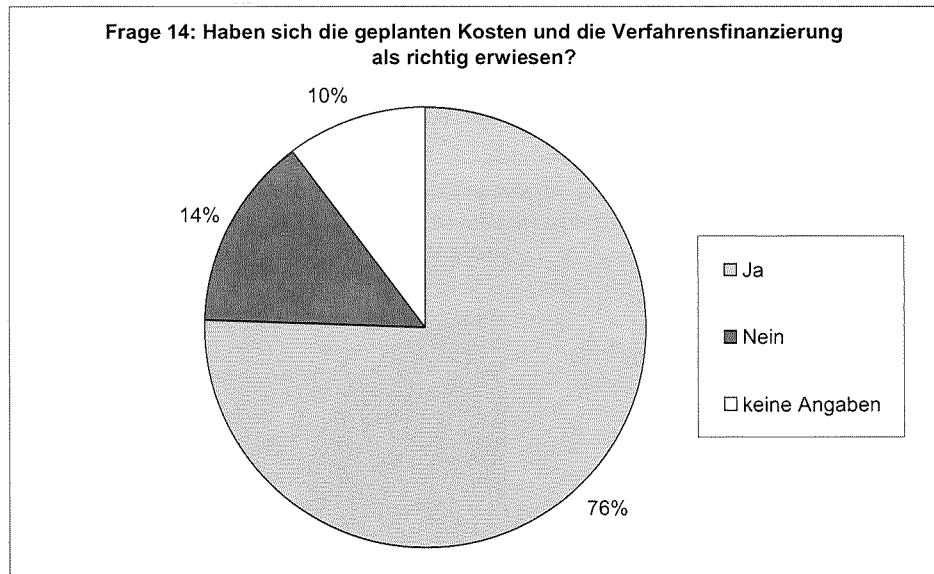


Abbildung 2.14

In Frage 15 wurde ermittelt ob für die jeweiligen Verfahren nachfinanziert werden musste. Dabei ergab sich, dass in 17 % der befragten Flurbereinigungsverfahren nachfinanziert werden musste, in einem Viertel der Fälle noch keine Aussage hierzu gemacht werden konnte und nur in 58 % der Fälle der Finanzierungsrahmen eingehalten werden konnte. Die Ergebnisse sind in Abbildung 2.15 grafisch dargestellt.

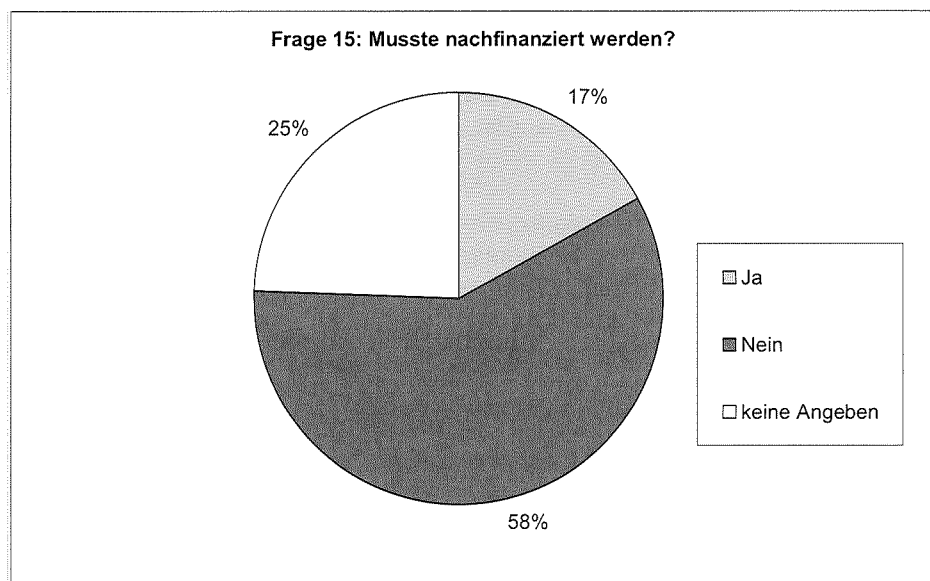


Abbildung 2.15

Diese auffälligen Unterschiede zwischen der Frage 14 „Kostenplanung und Verfahrensfinanzierung“ und Frage 15 „Nachfinanzierung“ können durch verschiedene Gründe bedingt sein. Möglich ist zum einen, dass eine Nachfinanzierung durch die Erweiterung des Maßnahmenkatalogs bedingt ist und dies nicht als Fehlplanung gewertet wurde. Eine andere Begründung liegt darin, dass Mehrkosten durch unvorhersehbare sogenannte „erschwerter Bedingungen“ bei der Baudurchführung entstanden, was so von den Teilnehmergeinschaften ebenfalls nicht als Planungsfehler gewertet wurde. Es entstanden beispielsweise Mehrkosten aufgrund erschwerter Bedingungen durch Nässe sowie beim Bau von schwer befestigten Strassen oder durch unvorhergesehene Maßnahmen aufgrund von Hangrutschen.

Eine weitere wichtige Fragestellung in Zusammenhang mit der Verfahrensfinanzierung ist, ob die Baumaßnahmen durch den Verband der Teilnehmergeinschaften (VTG) so umgesetzt wurden wie geplant. Hierbei ergab sich, dass die Mehrzahl der Teilnehmergeinschaften mit dieser Umsetzung zufrieden ist. Nur in 5 % der Verfahren erfolgte die Umsetzung der Maßnahmen nicht analog zur Planung, wie die

Abbildung 2.16 darstellt. Die 24 % der Flurbereinigungsverfahren, die hierzu keine Angaben machten, haben diesen Verfahrensstand in der Regel noch nicht erreicht und konnten sich daher hierzu, wie bereits eingangs erklärt, nicht äußern. In einigen Fällen wurde die Umsetzung nicht durch den VTG durchgeführt, da zum Zeitpunkt der Umsetzung der VTG noch nicht bestand.

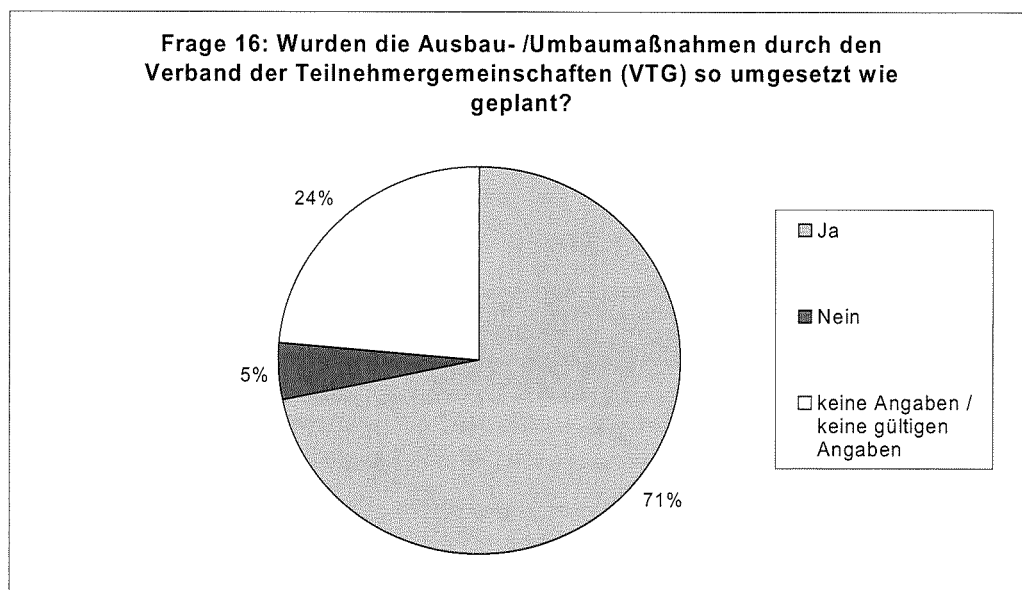


Abbildung 2.16

Als Gründe dafür, weshalb die Umsetzung der Aus- / und Umbaumaßnahmen nicht wie geplant durch den VTG durchgeführt wurde, wurden genannt, dass der Vorstand der Teilnehmergeinschaft durch den VTG nicht ausreichend miteinbezogen wurde, es zu ständigen Änderungen in der Ausführung kam oder die Umsetzung mangelhaft erfolgte.

Die Kostenbelastung durch die Flurbereinigung wird von 85 % der Vertreter der befragten Verfahren als niedrig oder vertretbar bewertet. In der Abbildung 2.17 ist die Einschätzung der Kosten für die 106 befragten Teilnehmergeinschaften dargestellt. Von 14 Teilnehmergeinschaften wurden keine Angaben gemacht, lediglich sieben bewerteten die Kosten als „hoch“.

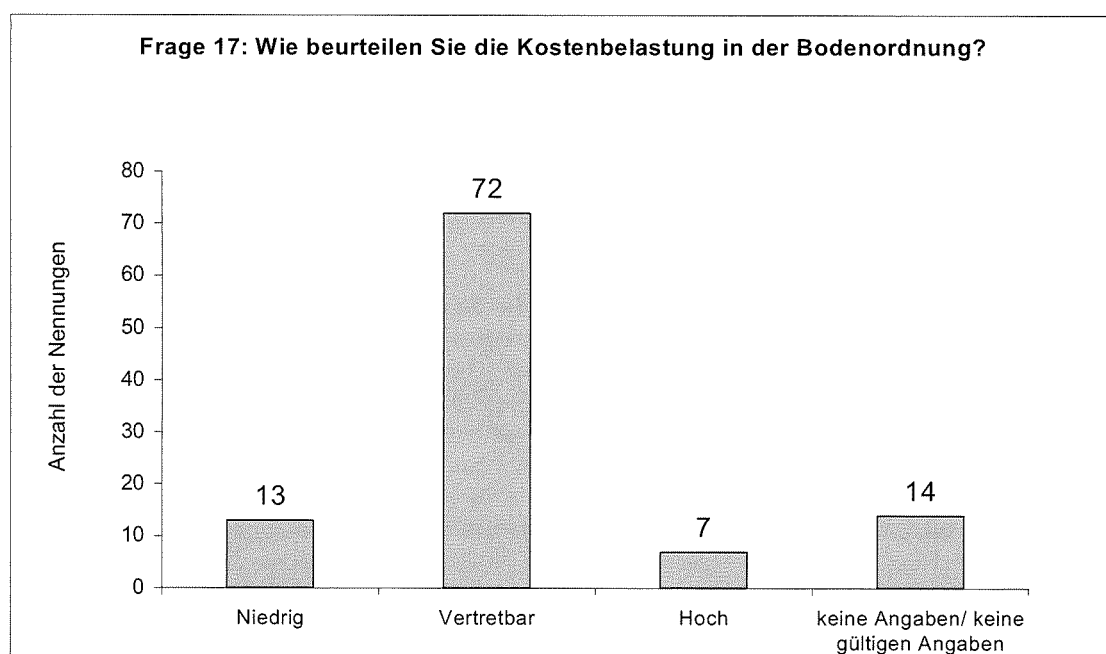


Abbildung 2.17

Im Kosteneinsatz, also der Verwendung der Mittel, stimmen Kosten und Nutzen - nach Ansicht der meisten Teilnehmergeinschaften - überein. Wie die Abbildung 2.18 darstellt, wurde von 20 Verfahrensrepräsentanten geantwortet, dass „die Vorteile der Bodenordnung über den Kosten liegen“. Somit bewerteten insgesamt 78 von 106 Teilnehmergeinschaften das Kosten-Nutzen-Verhältnis als positiv. Für elf Verfahren wurde angegeben, dass die Kostenbelastung im Verhältnis zu den Vorteilen, zu hoch sei und 17 der Befragten, machten hierzu keine Angaben.

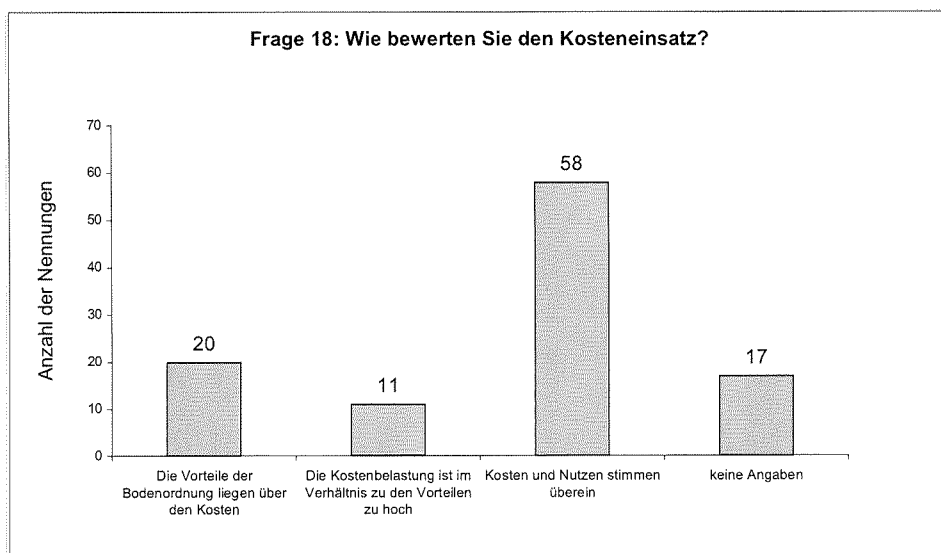


Abbildung 2.18

Für den Bereich der Bauleitung und Baudurchführung durch den Verband der Teilnehmergeinschaften ist die Auswertung der Ergebnisse der Befragung für alle Kulturämter gemeinsam in der Abbildung 2.19 a) dargestellt. Es wird deutlich, dass nur 9 % der Befragten mit der Bauleitung und Baudurchführung durch den VTG nicht zufrieden waren.

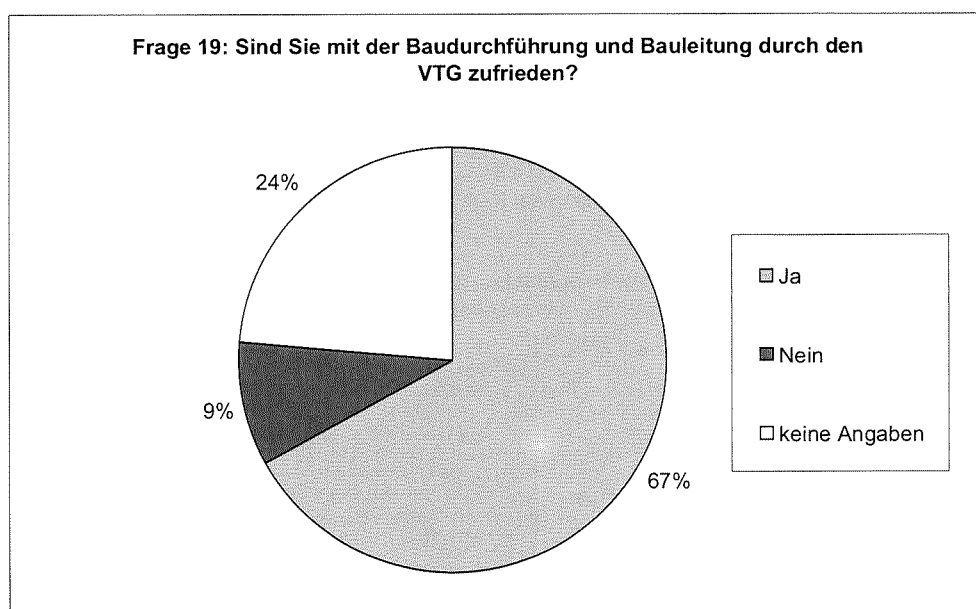


Abbildung 2.19 a

Betrachtet man die Ergebnisse jedoch nach Kulturämtern verteilt, so wird deutlich, dass für die Ämter Kaiserslautern, Trier, Westerbürg und Worms die Teilnehmergeinschaften entweder zufrieden sind oder keine Angaben machen konnten. Mit der Arbeit des VTG unzufriedene Teilnehmergeinschaften, finden sich mehrfach in den Gebieten der Ämter Bernkastel, Prüm und Mayen. Die genauen Angaben der befragten Teilnehmergeinschaften nach Zugehörigkeit der Verfahren zu den verschiedenen Kulturämtern, ist in der nachstehen Abbildung 2.19 b) dargestellt.

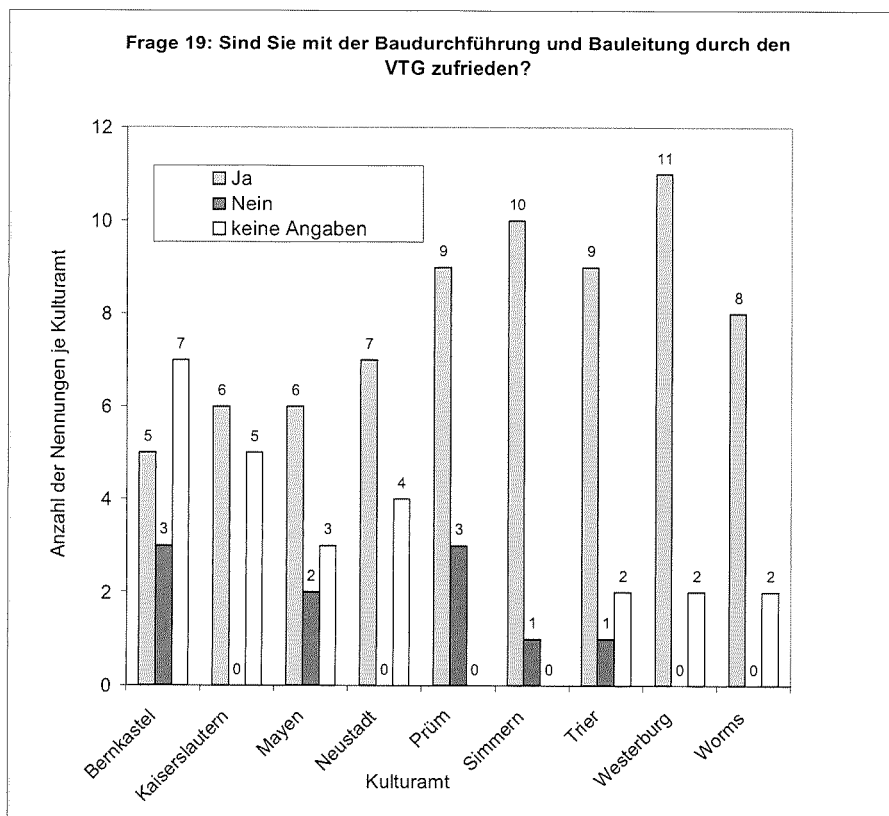


Abbildung 2.19 b

Als Gründe für eine Unzufriedenheit mit der Baudurchführung und Bauleitung durch den VTG wurde in Bernkastel beispielsweise genannt, dass „die örtlichen Gegebenheiten nicht beachtet wurden“ und „kein kontinuierlicher Arbeitsablauf“ erfolgte. Für Verfahren des Amtes Prüm wurde kritisiert, dass „die bei der Baumaßnahme benutzten Wege, beschädigt und nicht ordnungsgemäß wiederhergestellt wurden“ oder „manche Grundsteine nicht mehr auffindbar“ waren. In anderen Fällen scheint „die Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen VTG und Teilnehmergeinschaftsvorstand vor Ort nicht optimal zu funktionieren“.

Die nachstehende Abbildung 2.20 spiegelt die Zufriedenheit der Teilnehmergeinschaften mit der behördlichen Bauüberwachung durch das jeweilige Kulturamt wieder.

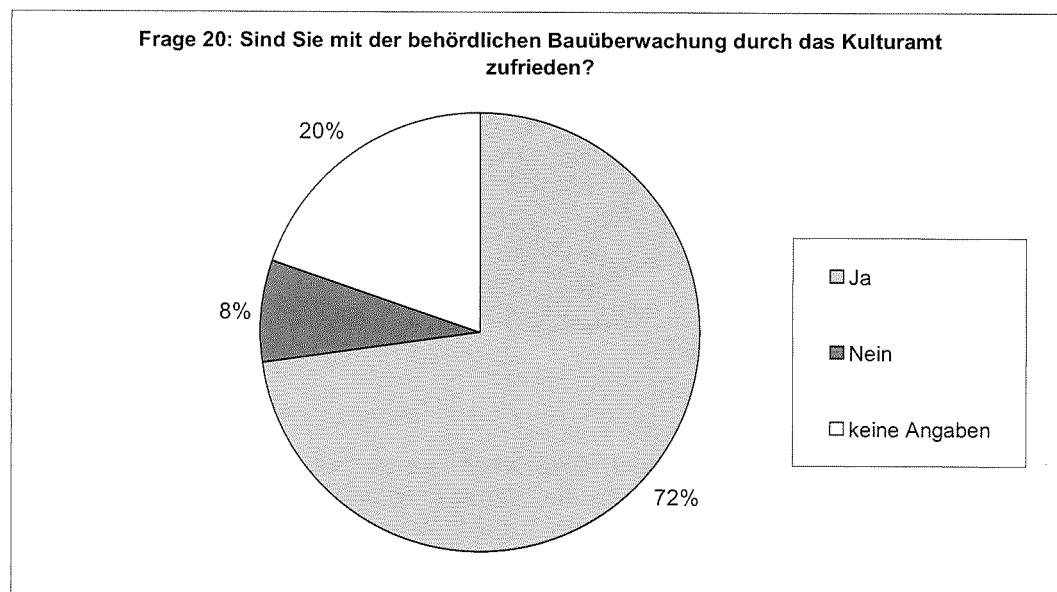


Abbildung 2.20

Der Grossteil der befragten Verfahren ist mit der Arbeit der Kulturämter zufrieden. Von den 80 % der Verfahren, die gültige Aussagen dazu machten, hatten 72 % der Teilnehmergemeinschaften keine Beanstandungen gegen das Kulturamt. Kritisiert wurde jedoch auch hier das Amt Bernkastel in vier Fällen, als Begründung wurde beispielsweise genannt: „Kompetenzgerangel“, „schlechte Absprachen“ und „nicht ausreichende Bauüberwachung“. In anderen Fällen war die Beschädigung von Wegen der Grund der Unzufriedenheit.

Auf die Frage 21, ob der Vorstand bei der örtlichen Durchführung der Wertermittlung sachgerecht eingebunden worden sei, antworteten 92 % mit „Ja“. Wie in der folgenden Abbildung 2.21 dargestellt, waren in diesem Bereich zwei der 106 Befragten unzufrieden.

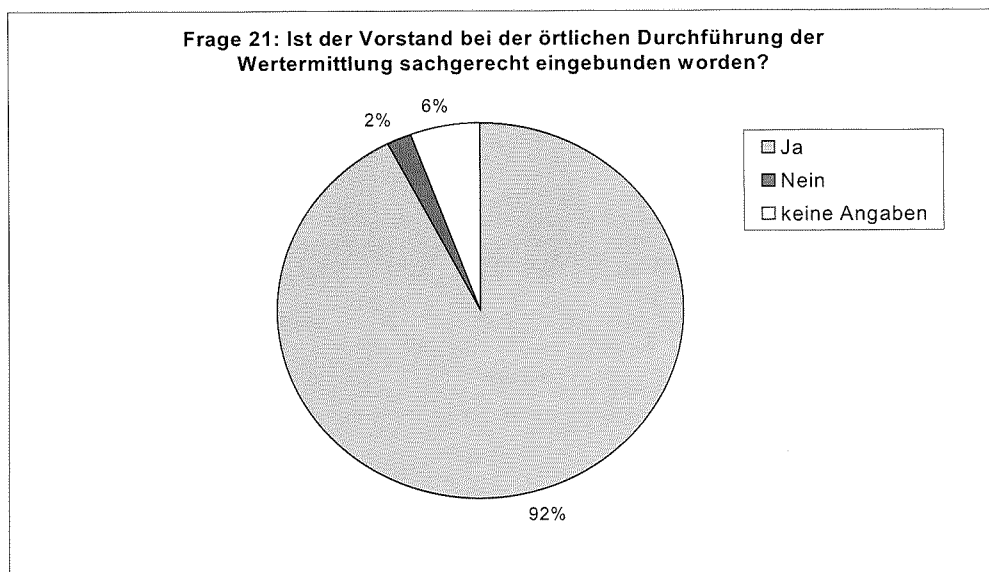


Abbildung 2.21

Die Abbildung 2.22 a) zeigt, dass der Planwuschtermin sowie andere Befragungen der Eigentümer überwiegend Vor-Ort, also im jeweiligen Dorf, durchgeführt wurden. In 48 Fällen gab die Teilnehmergemeinschaft an, dass die Termine zu 100% im Ort stattfanden, bei 28 der Interviewten wurden die Termine zu 80 % im Dorf durchgeführt und bei jeweils drei Verfahren fanden die Befragungen zu den Planwünschen zu 40% bzw. 60% im Kulturamt statt. Auf der folgenden Seite wird näher erläutert, welche Ämter verstärkt Termine in den Behörden und nicht in den Gemeinden durchführen.

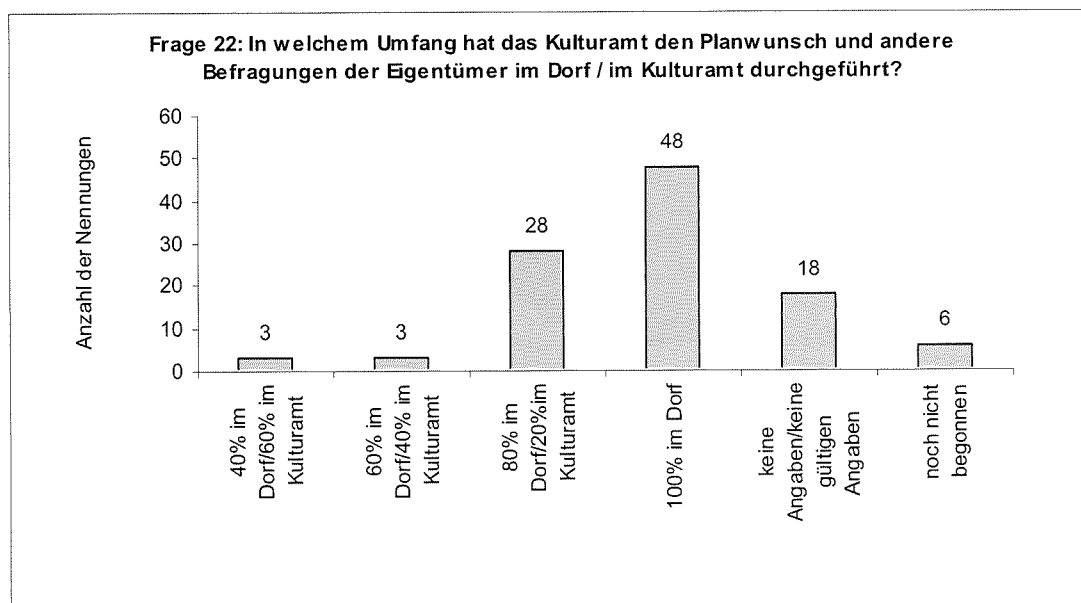


Abbildung 2.22 a

Die Abbildung 2.22 b) stellt den Anteil der jeweiligen Nennung je Kulturamt dar. Nicht berücksichtigt sind in dieser Darstellung keine oder ungültige Angaben. Wie der Abbildung entnommen werden kann, wurde von den Ämtern Mayen, Bernkastel und Worms die Arbeit in den befragten Verfahren hauptsächlich vor Ort geleistet, während die Ergebnisse der befragten Verfahren der Ämter Trier und Simmern zeigen, dass im Vergleich zu den übrigen Ämtern mehr im Amt gearbeitet wurde. Für Verfahren aus dem Bereich Kaiserslautern liegen nur fünf gültige Angaben vor, so dass kaum eine generell gültige Aussage getroffen werden kann.

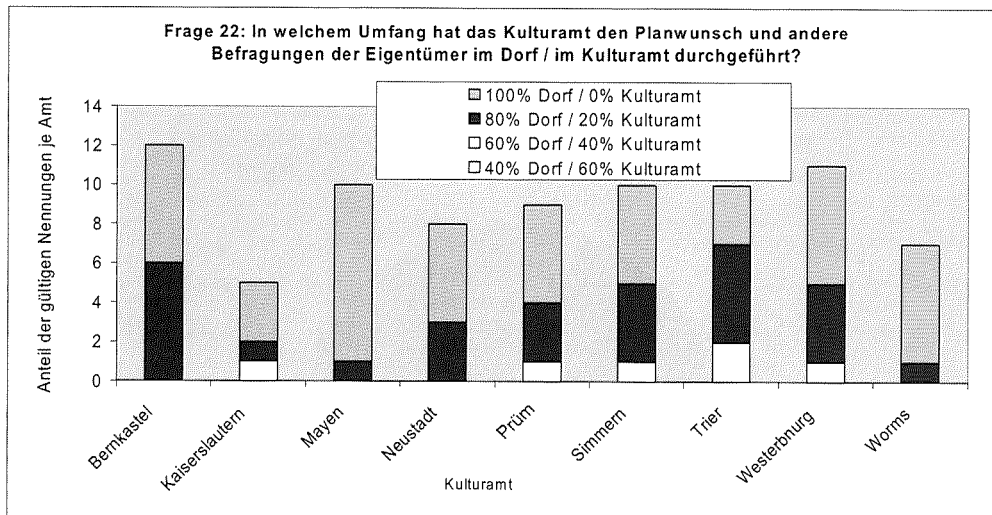


Abbildung 2.22 b

Ob und in welchen Umfang die Arbeit im Rahmen der Flurbereinigungsverfahren in den jeweiligen Ortschaften geleistet werden muss oder in den für die Verfahren zuständigen Kulturämtern erfolgen kann, hängt auch stark von der geografischen Lage des Amtes bzw. des Verfahrensgebietes ab. Lange Anfahrtsstrecken und / oder schlechte Anbindung von Gemeinden in stark ländlich geprägten Gebieten an den öffentlichen Personen-Nahverkehr machen die Durchführung von Eigentümerbefragungen in den Kulturämtern häufig schwierig. Die Ansichten der Teilnehmergemeinschaften zu dieser Fragestellung, wurden in der folgenden Frage 23 ermittelt. Das Ergebnis ist in der nachstehenden Abbildung 2.23 dargestellt.

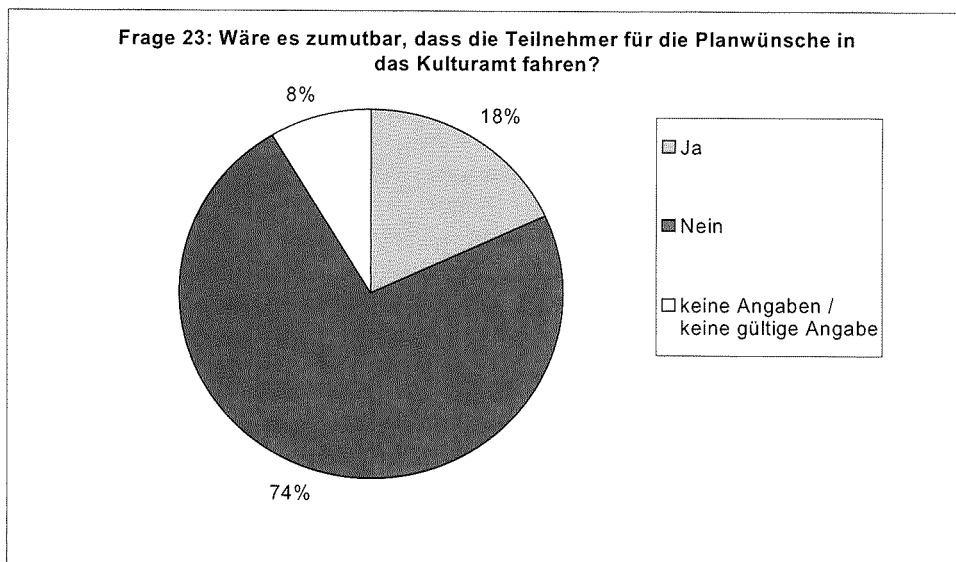


Abbildung 2.23

Rund 75 % der Befragten sind eindeutig der Ansicht, dass es für die Teilnehmer nicht zumutbar wäre, für den Planwunsch ins Kulturamt zu fahren. Lediglich 18 % finden dies zumutbar. Für die Teilnehmergemeinschaften aus den Amtsbezirken Trier, Prüm und Kaiserslautern kommt dieser Vorschlag tendentiell eher in Betracht, als für die Befragten der Ämter Westerburg, Mayen, Neustadt oder Worms.

Kulturamt	Bern- kastel	Kaisers- lautern	Mayen	Neustadt	Prüm	Simmern	Trier	Westerburg	Worms
<b>Ja</b>	3	3	1	1	3	2	4	1	1
<b>Nein</b>	11	6	9	9	7	9	7	12	8
<b>keine (gültige) Angabe</b>	1	2	1	1	2	0	1	0	1

Tabelle 2.23

Als Gründe, weshalb es nicht zumutbar wäre, dass die Teilnehmer zu den Planwünschen ins Kulturamt fahren, wurden vor allem die zu langen Anfahrsstrecken und schlechte Anbindung an den öffentlichen Personen-Nahverkehr genannt. Es erscheint den Teilnehmergeinschaften - meist vor allem für ältere Eigentümer - unzumutbar, zu den Kulturämtern zu gelangen. Weitere Argumente sind der höhere Aufwand an Zeit und Kosten, wenn sich über 20 Personen auf den Weg zum Kulturamt machen, im Verhältnis dazu, wenn zwei Vertreter des Kulturamtes in die entsprechende Gemeinde fahren (siehe für die Begründungen auch Anhang 4).

Der Planwuschtermin stellt für die Grundeigentümer einen wichtigen Bestandteil des Flurbereinigungsverfahrens dar. Im Rahmen dieses Termins wird die Gelegenheit gegeben, Wünsche und Anregungen bezüglich der Präferenzen für die Umlegung der Grundstücke gegenüber dem Kulturamt, zu äußern. In den meisten der untersuchten Verfahren wurde von diesem Termin sehr starker bis starker Gebrauch gemacht, wie in der Abbildung 2.24 a) für die gesamten befragten Teilnehmergeinschaften dargestellt wird.

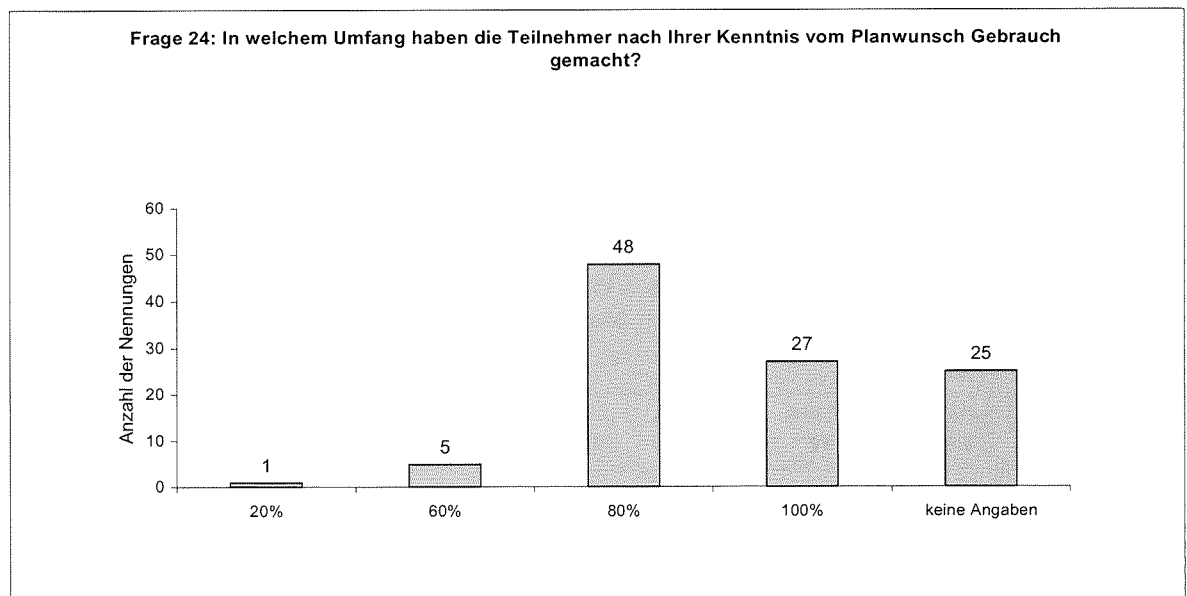


Abbildung 2.24 a

In der Abbildung 2.24 a) ist zu erkennen, dass lediglich in einem Fall von nur 20 % der Teilnehmer vom Planwuschtermin Gebrauch gemacht wurde und in fünf der befragten Verfahren, die Teilnehmer die Möglichkeit, Planwünsche abzugeben, nur zu 60 % nutzten. In etwa 25 % der Fälle, konnte keine Aussage zu der Fragestellung gemacht werden.

Die Verteilung der Nutzung des Planwuschtermins stellt sich für die neun Kulturämter sehr unterschiedlich dar. In der nachstehenden Abbildung 2.24 b) sind die Ergebnisse der Frage 24 für die einzelnen Kulturämter dargestellt. Generell aussagen lässt sich in diesem Bereich nur, dass den Termin meist 80 bis 100 % der Teilnehmer nutzen, was die Bürgernähe der Verfahren wesentlich prägt.

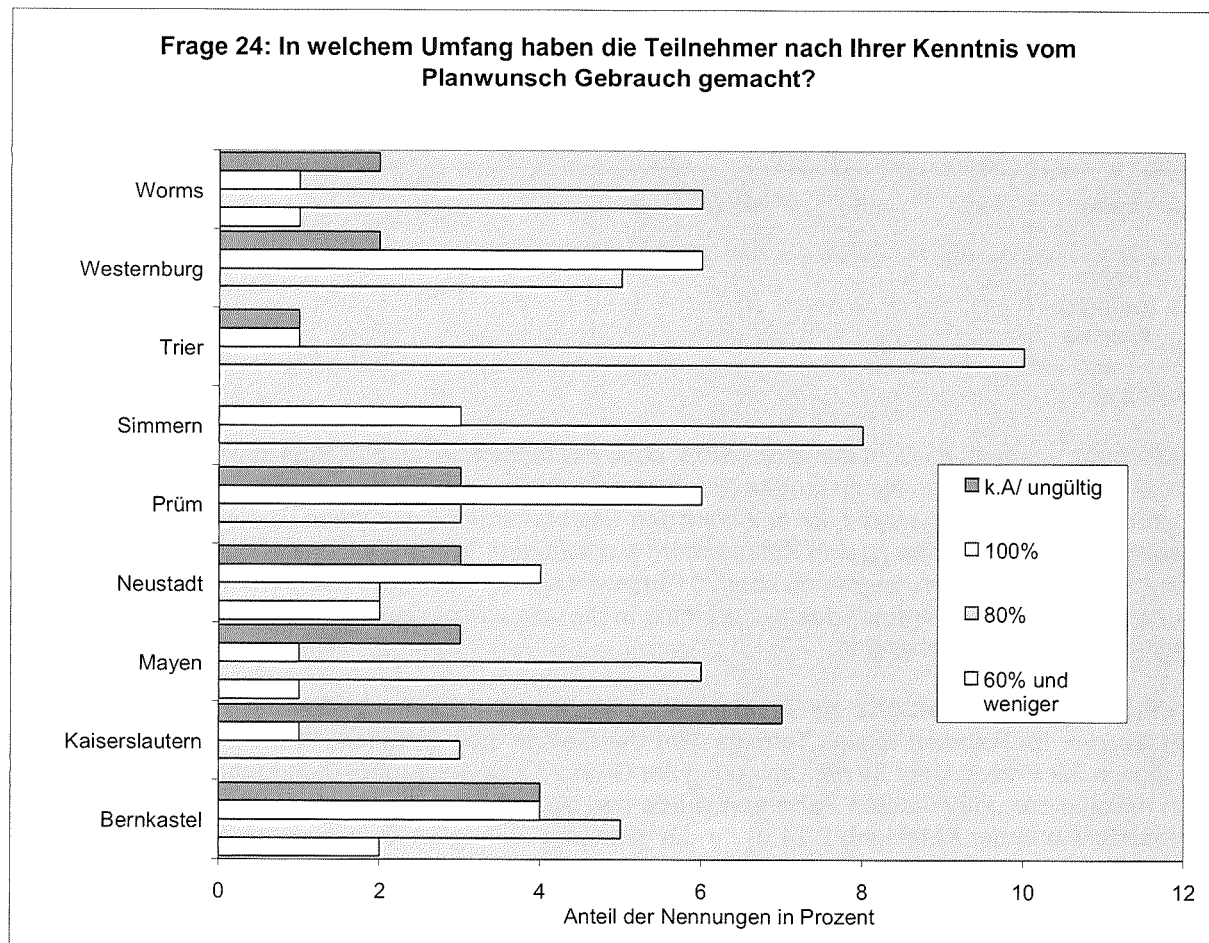


Abbildung 2.24 b

In Frage 25 wurde ermittelt, bei welchen Flurbereinigungsverfahren eine Zwischeneröffnung oder Rohplanvorlage statt gefunden hat. Dies war in 55 % der befragten Verfahren der Fall. 15 % machten hierzu keine Angaben, eine Aussage konnte nicht verwertet werden. In 30 % der Fälle wurde keine Rohplanvorlage durchgeführt. Es wird anhand der Ergebnisse in der folgenden Tabelle 2.25 klar, von welchen Ämtern diese Arbeitsweisen in den meisten Verfahren praktiziert wird und von welchen eher darauf verzichtet wird.

Kulturamt	Bernkastel	Kaiserslautern	Mayen	Neustadt	Prüm	Simmern	Trier	Westernburg	Worms
<b>Ja</b>	10	2	8	6	5	9	4	6	8
<b>Nein</b>	3	4	2	1	6	2	5	7	2
<b>keine (gültige) Angabe</b>	2	5	1	4	1	0	3	0	0

Tabelle 2.25

In den befragten Verfahren der Ämter Bernkastel, Mayen, Neustadt, Simmern und Worms erfolgte eine Rohplanvorlage mehrheitlich in den Verfahren, während in den Ämtern Kaiserslautern, Prüm, Trier und Westernburg die Zuteilung nur in den später eingeleiteten Flurbereinigungsverfahren im Rahmen einer Zwischeneröffnung vorgestellt wurde.



## 2.3 Zeitplanung und Kommunikation

In den folgenden Fragen wurde die zeitliche Abwicklung des Verfahrens sowie die Kommunikation mit den Arbeitsgruppen der Ämter durch die Teilnehmergeinschaften bewertet. Ebenso wurde die Einbindung der Teilnehmergeinschaft abgefragt, das Fachwissen der Vertreter der Ämter sowie deren Verhandlungsgeschick und die Moderation wurden beurteilt. Auch bei diesen Fragen hatten die Interviewten meist die Möglichkeit, die Fragestellungen durch Begründungen zu ergänzen.

Nach Angaben der Teilnehmergeinschaften hat sich in mehr als zwei Drittel der Fälle, die bisherige Zeitplanung für das Verfahren als realistisch erwiesen. In einem Drittel der Fälle wurde angegeben, dass die Zeitplanung zu knapp gefasst war. Sechs Verfahren machten zu dieser Frage keine Angaben. Die Ergebnisse sind in der nachstehenden Tabelle 2.26 dargestellt.

Kulturamt	Bernkastel	Kaiserslautern	Mayen	Neustadt	Prüm	Simmern	Trier	Westerburg	Worms
<b>Ja</b>	9	6	7	8	7	9	8	8	6
<b>Nein</b>	5	3	3	1	5	2	4	5	4
<b>keine (gültige) Angabe</b>	1	2	1	2	0	0	0	0	0

Tabelle 2.26

Als Begründungen, für die Nicht-Einhaltung des Zeitplanes, wurden hauptsächlich Verzögerungen durch das Amt aufgrund von Arbeitsüberlastung und das Vorziehen anderer Verfahren bei der Bearbeitung genannt. Externe Gründe waren Widersprüche, die das Verfahrensende verzögerten oder Verzögerungen durch die Gemeinde, bzw. durch Dritte induzierte Planungsänderungen.

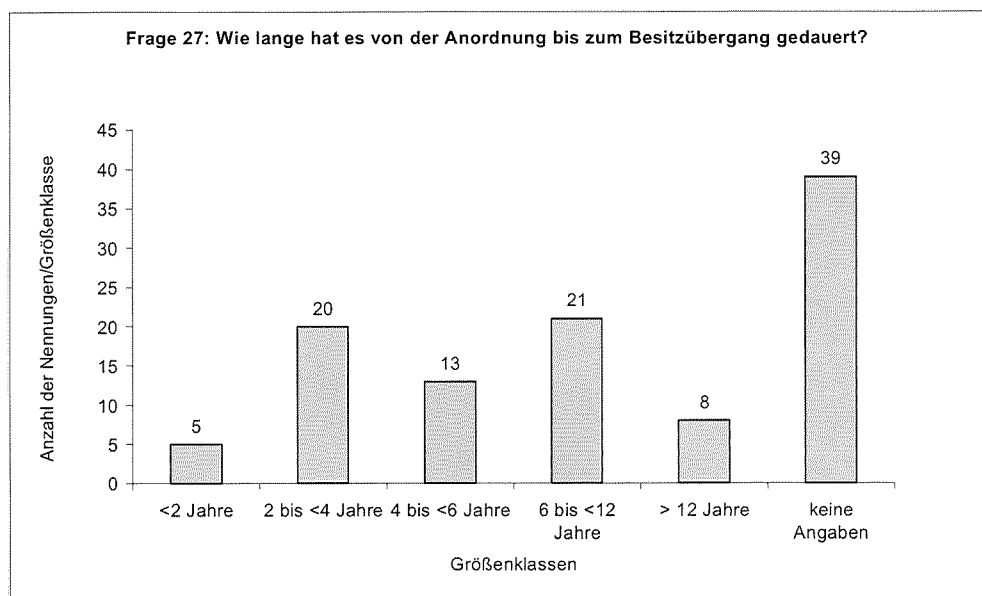


Abbildung 2.27 a

In der Frage 27 wurde ermittelt, wie lange der Zeitraum von der Anordnung bis zum Besitzübergang für die jeweiligen Verfahren dauerte. In der Abbildung 2.27 a) sind die Ergebnisse für alle befragten Flurbereinigungsverfahren dargestellt. Für 39 Verfahren konnte keine Angabe gemacht werden. 25 der Flurbereinigungsverfahren hatten diesen Verfahrensabschnitt in bis zu vier Jahren erledigt und für 36 Verfahren erstreckte sich dieser Zeitraum über vier bis 12 Jahre. Mehr als 12 Jahre brauchten gar acht Verfahren. Die durchschnittliche Dauer der Verfahren von der Anordnung bis zum Besitzübergang liegt bei 5,3 Jahren.

Die folgende Abbildung 2.27 b) zeigt die Werte für die befragten Verfahren unterteilt nach den Kulturämtern. Dargestellt wurden nur auswertbare Angaben, d.h. die Teilnehmergemeinschaften, die keine Angaben hierzu machten, tauchen in der Abbildung nicht auf. Es wird deutlich, dass mit jeweils fünf der befragten Verfahren, die für diesen Verfahrensabschnitt zwei bis vier Jahre brauchten, die Ämter Mayen und Neustadt deutlich schneller waren, als es im Durchschnitt für die Flurbereinigungsverfahren üblich ist. Auch in den Ämtern Simmern und Westerbürg gab es jeweils vier überdurchschnittlich schnelle Verfahren.

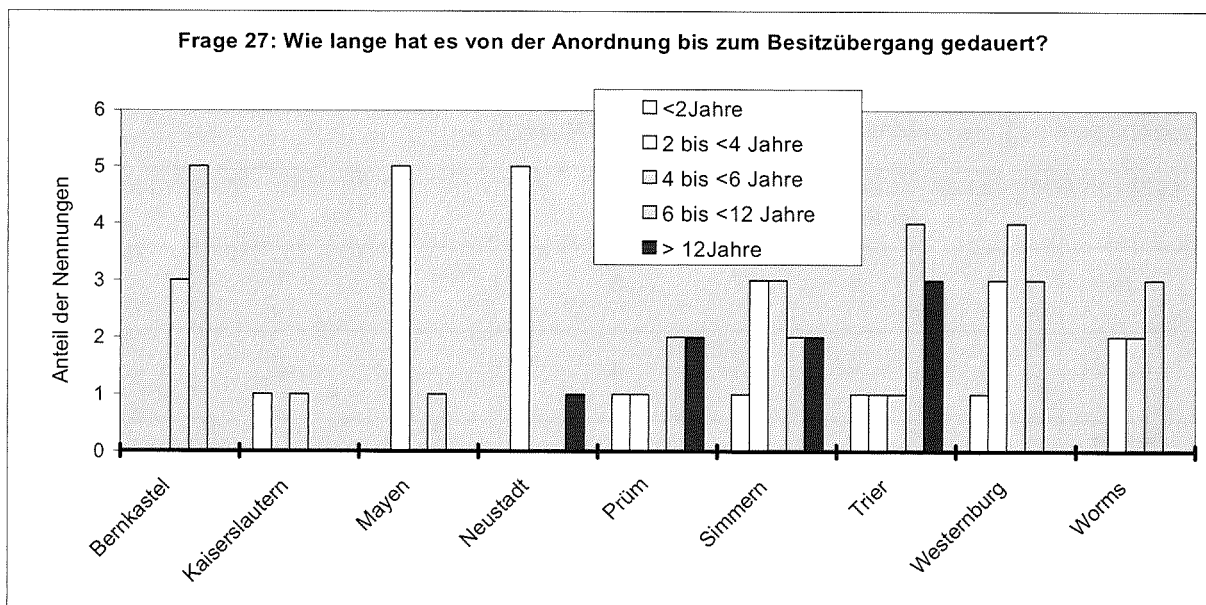


Abbildung 2.27 b

Rund 30 % der befragten Teilnehmergemeinschaften hätten sich **weitere Zeiteinsparungen** im Verfahrensverlauf gewünscht (siehe Abbildung 2.28). Die Mehrheit der Verfahrensvertreter gab jedoch an, mit dem zeitlichen Verlauf den Verfahrens zufrieden zu sein. 29 % der befragten Teilnehmergemeinschaften machte, keine Angaben zur Frage 28.

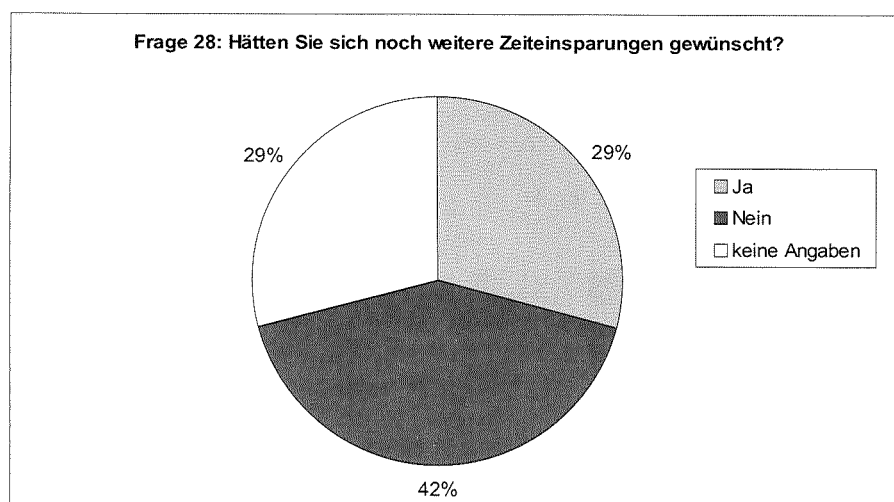


Abbildung 2.28

Die meisten Verfahren, deren Teilnehmergemeinschaften sich weitere Zeiteinsparungen gewünscht hätten, liegen im Amtsbezirk Bernkastel, gefolgt vom Amtsbereich Trier.

Kurze Verfahrenslaufzeiten hängen nicht immer mit der Zufriedenheit der Teilnehmer bezüglich der zeitlichen Dauer eines Verfahrens direkt zusammen. Von den befragten Teilnehmergemeinschaften der Ämter Mayen und Neustadt hätten sich einige, trotz der ohnehin kurzen Dauer von der Anordnung bis zum Besitzübergang, noch weitere Zeiteinsparungen gewünscht.

Als Bereiche, in denen Zeiteinsparungspotential von den Teilnehmergeinschaften gesehen wird, wurden genannt: „Zeiteinsparungen in der Wege- und Gewässerplanung“ und „in der Ausführung der Planung“. Von einigen Teilnehmergeinschaften wurde angegeben, dass Zeiteinsparungen in allen Bereichen möglich gewesen wären. Die häufigsten Nennungen, waren dass „mehr Personal in den Ämtern erforderlich“ sein und dass, „kein Bearbeiterwechsel im Ablauf des Verfahrens stattfinden sollte“.

Die Auswirkung eines Wechsels der Bearbeiter in den Verfahren wird in der Regel negativ bewertet, in wie vielen Verfahren der Bearbeiter wechselte und wie die Beurteilungen der Teilnehmergeinschaften dafür in einzelnen waren, wurde deshalb in der Frage 29 ermittelt. Wie in der Abbildung 2.29 deutlich wird, fand in fast 50 % der Verfahren ein Bearbeiterwechsel statt.

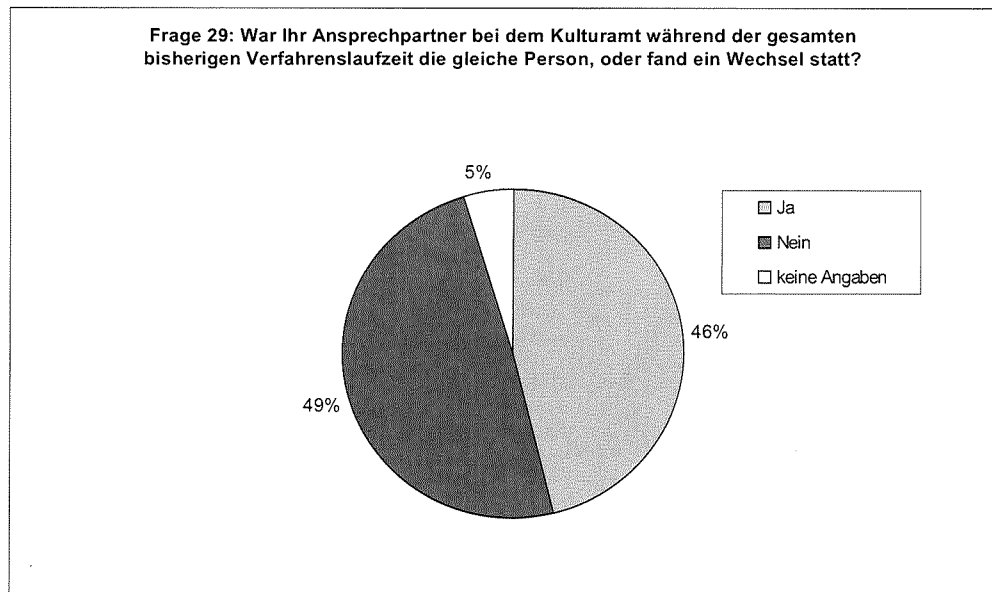


Abbildung 2.29

Diese Wechsel sind in den Ämtern durch Ruhestand, Versetzung, Neueinstellungen oder organisatorische Veränderungen nie zu vermeiden. Auffällig ist jedoch, dass in dem Amt Neustadt in acht von elf und in Trier in acht von zwölf Verfahren ein Bearbeiterwechsel stattgefunden hat. In den Ämtern Kaiserslautern und Westerbürg hingegen sind die Bearbeiter in den Verfahren zum größeren Teil gleich geblieben. Die Bewertung des Wechsels von den Teilnehmergeinschaften war in 17 Fällen negativ, in sieben Fällen positiv und in 12 Fällen wertfrei.

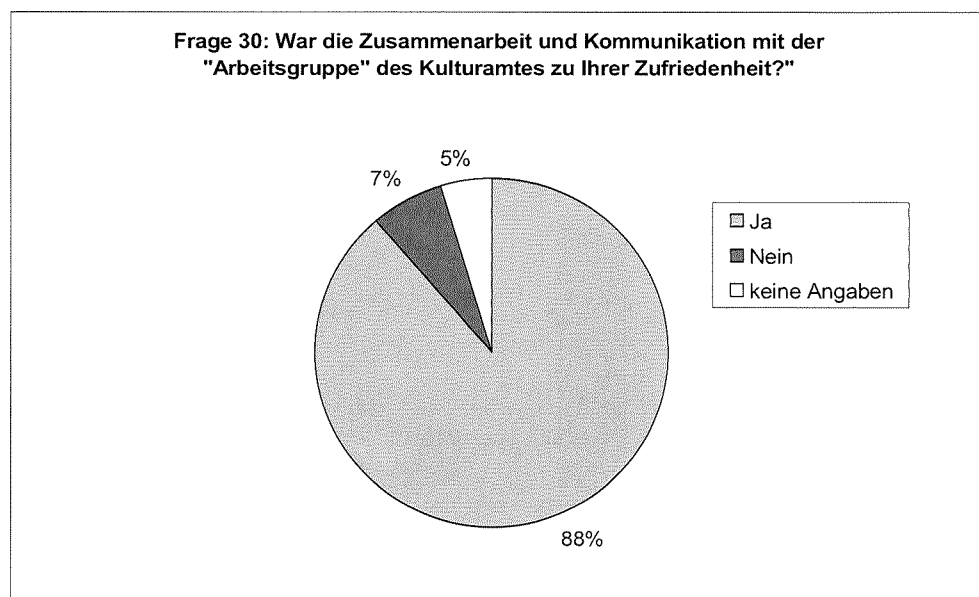


Abbildung 2.30

Die Kommunikation mit der Arbeitsgruppe des jeweiligen Kulturamtes wurde von 88 % der befragten Verfahren als zufriedenstellend gewertet, wie der Abbildung 2.30 zu entnehmen ist. 5 % machten keine Angaben und lediglich 7 % hatten in diesem Bereich Beanstandungen. Als Gründe wurde angeführt, mangelnde Information an die Teilnehmer, zu wenig Öffentlichkeitsarbeit sowie dass „man sich von der Behörde nicht ernst genommen gefühlt hatte“. Die Kritik wurde in je zwei Fällen von Verfahren der Ämter Bernkastel und Trier sowie jeweils einmal von Teilnehmergeinschaften in Verfahren der Ämter Kaiserslautern und Worms geübt.

Die nun folgende Abbildung 2.31 stellt dar, in wieweit die Einbindung der Teilnehmergeinschaft in die verschiedenen Verfahrensschritte aus der Sicht der Vorstände der Teilnehmergeinschaften ausreichend war. Zufrieden mit der Integration waren 85 % der Befragten. Von 7 % wurden keine Angaben gemacht und nur 8 % hätten sich eine noch größere Einbindung gewünscht.

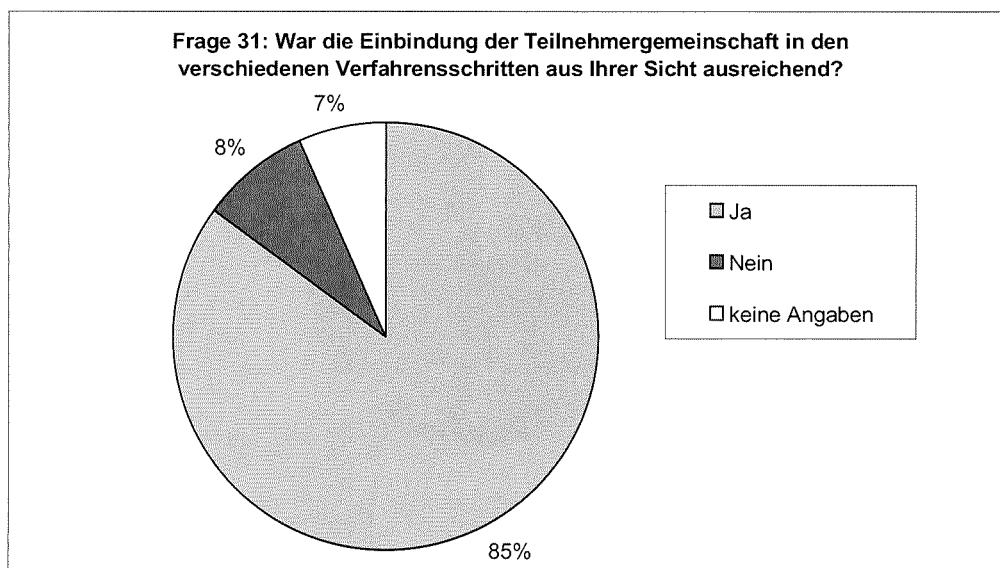


Abbildung 2.31

An der Arbeit der Kulturämter in Mayen, Prüm und Westernburg gab es keinerlei Kritik. Die Einbindung der Teilnehmergeinschaften war aus der Sicht der Vorsitzenden, vor allem bei Verfahren aus Trier, Simmern und Bernkastel, nicht vollkommen zufriedenstellend. Insbesondere wurde kritisiert, dass zu wenig Informationen an die Teilnehmergeinschaft gegeben wurden bzw. zu einem falschen Zeitpunkt oder dass die Ergänzungen nicht berücksichtigt wurden.

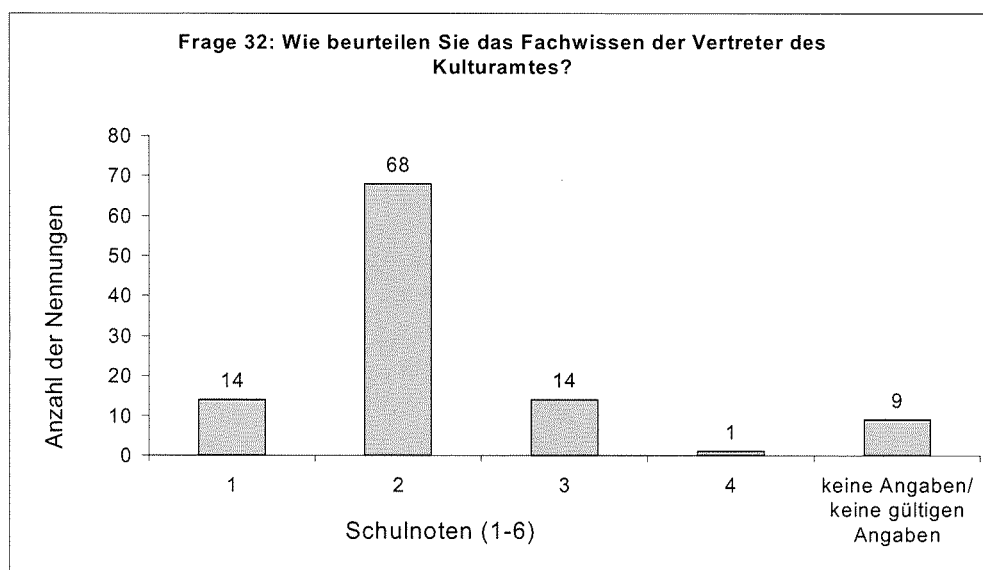


Abbildung 2.32 a

Wie auf der vorangegangenen Seite in der Abbildung 2.32 a) dargestellt, wird das Fachwissen der Vertreter der Kulturämter im Allgemeinen als gut angesehen. Bei der Bewertung nach Noten von eins (=sehr gut) bis sechs (=ungenügend) schnitten die Ämter alle sehr positiv ab. Wie die folgende Abbildung 2.32 b) zeigt, sind auch zwischen den verschiedenen Kulturämtern keine nennenswerten Unterschiede festzustellen.

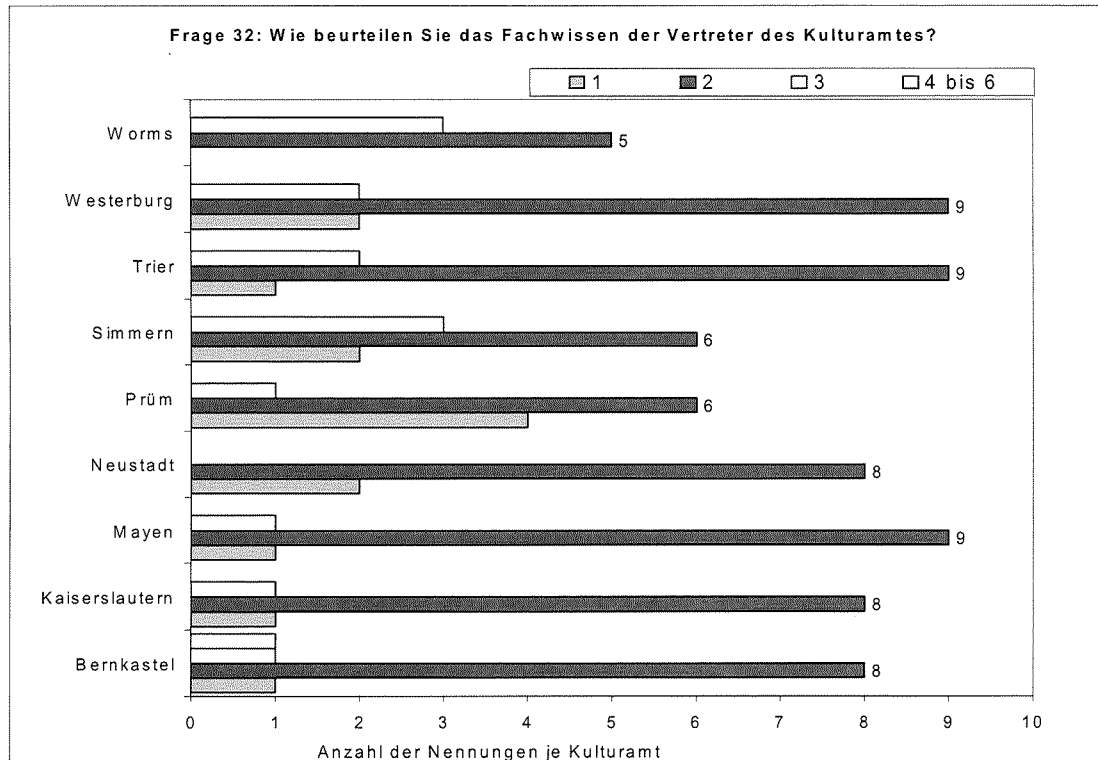


Abbildung 2.32 b

Auch ein gutes Verhandlungsgeschick wird den Vertretern der Kulturämter zugesprochen. 72 % der Befragten beurteilten die Vertreter des Kulturamtes bezüglich Ihrer Fähigkeiten im Verhandeln, mit sehr gut bis gut (siehe Abbildung 2.33 b). In acht Fällen wird das Verhandlungsgeschick der Mitarbeiter der Kulturämter als ausreichend bezeichnet und nur in einem Fall wird es als mangelhaft empfunden.

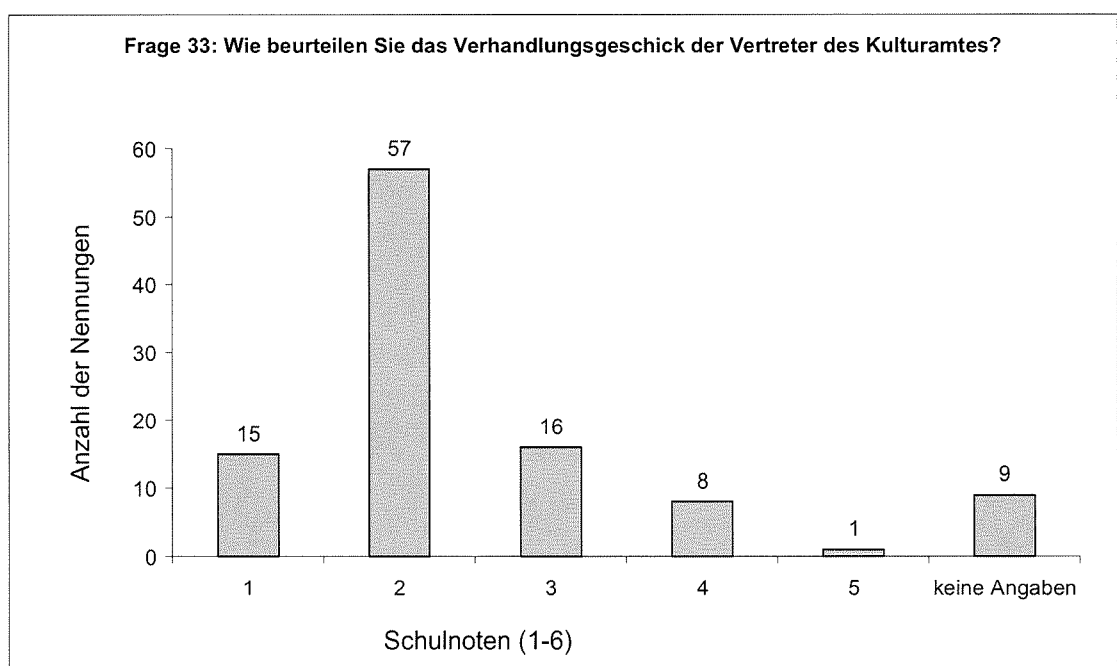


Abbildung 2. 33 a

Verhältnismäßig schlecht schneiden im Ämtervergleich Simmern und Worms ab. In dieser „Disziplin“ durchweg „gut“ und „sehr gut“ beurteilt, werden die Ämter Trier und Neustadt, wie die Abbildung 2.33 b) veranschaulicht.

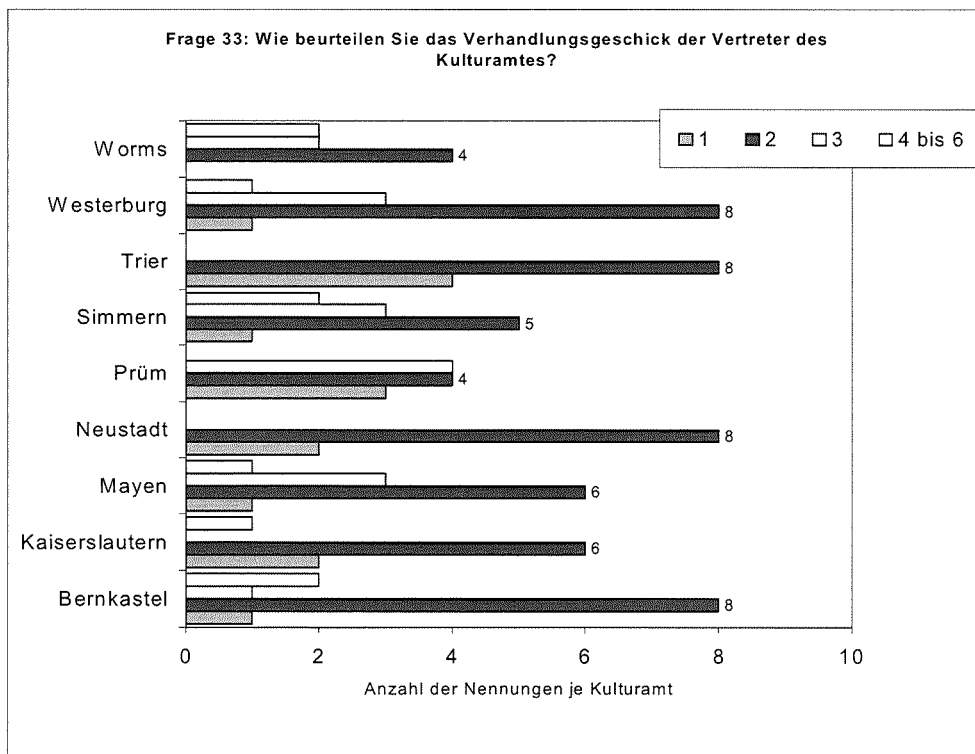


Abbildung 2.33 b

Es kann durchaus behauptet werden, dass eine große Zufriedenheit mit der Moderation der Vertreter der Kulturämter unter den Teilnehmergemeinschaften vorherrscht (siehe Abbildung 2.34 a). So wird von 78 Flurbereinigungsverfahren die Moderation mit einer Note von eins bis zwei bewertet. Schlechter als befriedigend schneiden nur drei Verfahrensmoderationen ab, ohne Angaben blieben sechs Verfahren.

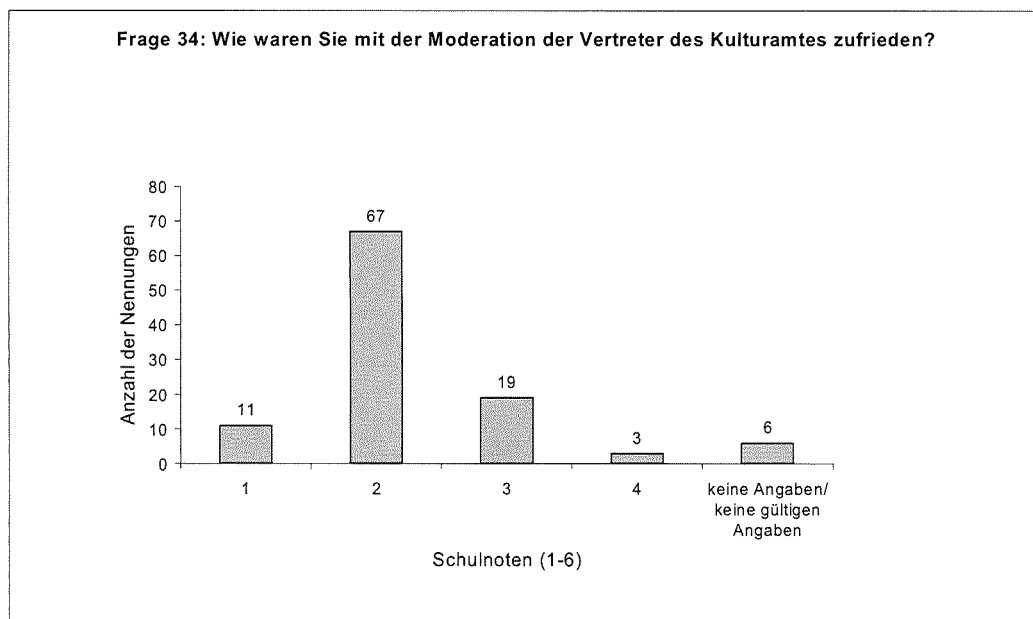


Abbildung 2.34 a

Die Bewertung der Moderation ist für die verschiedenen Ämter sehr homogen verteilt. Die meisten Ämter werden mit gut bis befriedigend bewertet (siehe nachstehende Abbildung 2.34 b).

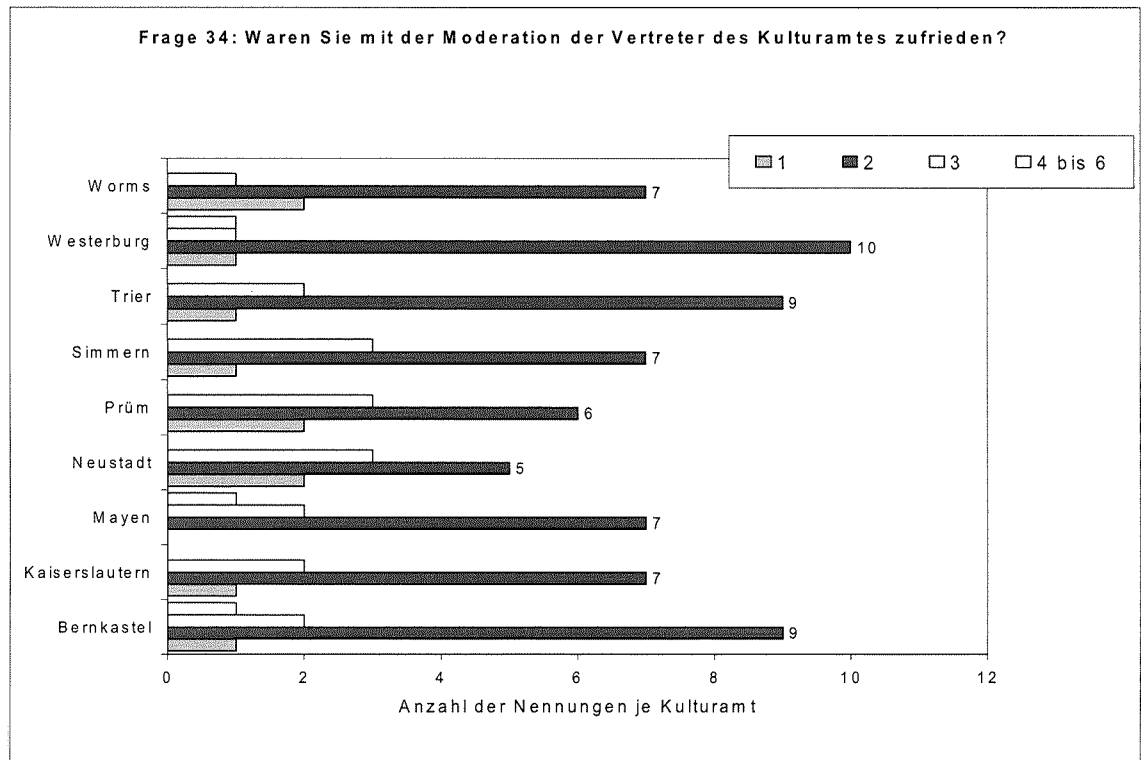


Abbildung 2.34 b

Wesentlich für den Verfahrensablauf ist eine gut durchstrukturierte Planung, die sich im Tempo der Verfahrensdurchführung widerspiegelt. In Frage 35 hatten die Teilnehmergeinschaften nun die Möglichkeit, die Durchführungsgeschwindigkeit mit Schulnoten zu bewerten (siehe Abbildung 2.35 a). Hierbei ist auffällig, dass etwas mehr als ein Drittel der Befragten die Note gut (40 x) erteilten, wohingegen nur viermal ein sehr gut vergeben wurde.

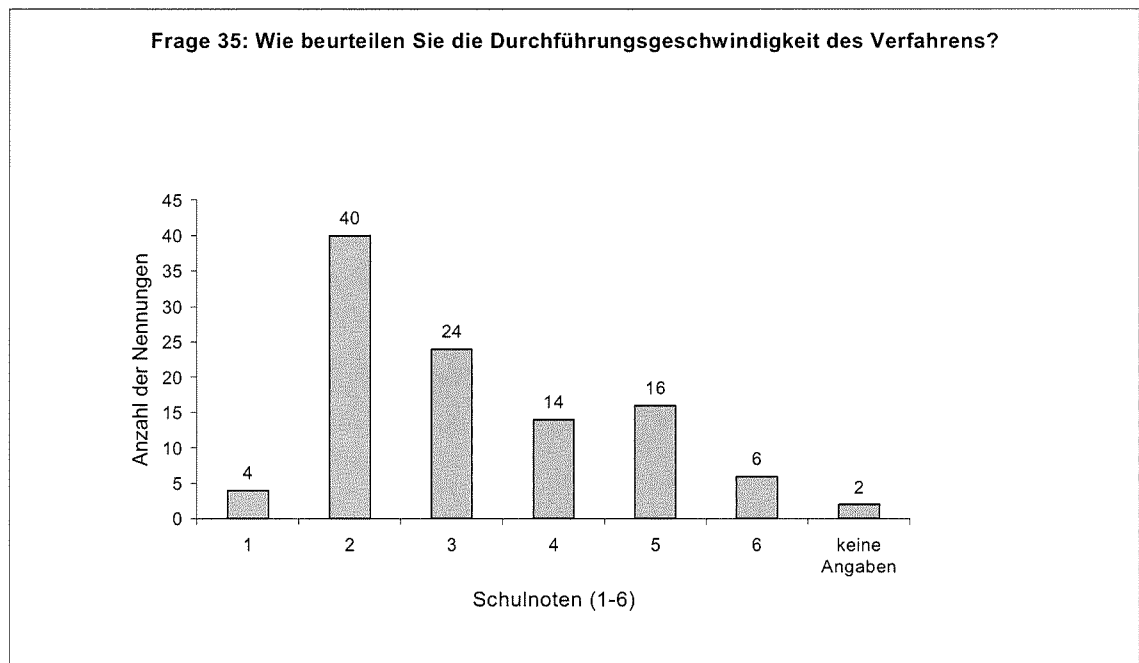


Abbildung 2.35 a

Die übrigen Notenvergaben fielen sehr gemischt aus. Zufrieden, das zeigt sich in der Note befriedigend, waren 24 Teilnehmergeinschaften. Der Rest, 36 der 106 Teilnehmer, war eher weniger von der Zügigkeit des Verfahrensablaufs überzeugt, erkenntlich an den Noten 4-6. Zweimal wurde keine Angabe gemacht.

In der Abbildung 2.35 b) wird die Notenvergabe nach Kulturämtern aufgeschlüsselt präsentiert. Es zeigt sich hierbei, dass insbesondere im Bereich des Kulturamtes Prüm eine große Unzufriedenheit bei der Verfahrensdurchführung vorherrscht, ersichtlich an der 6-maligen Nennung der Note „mangelhaft“.

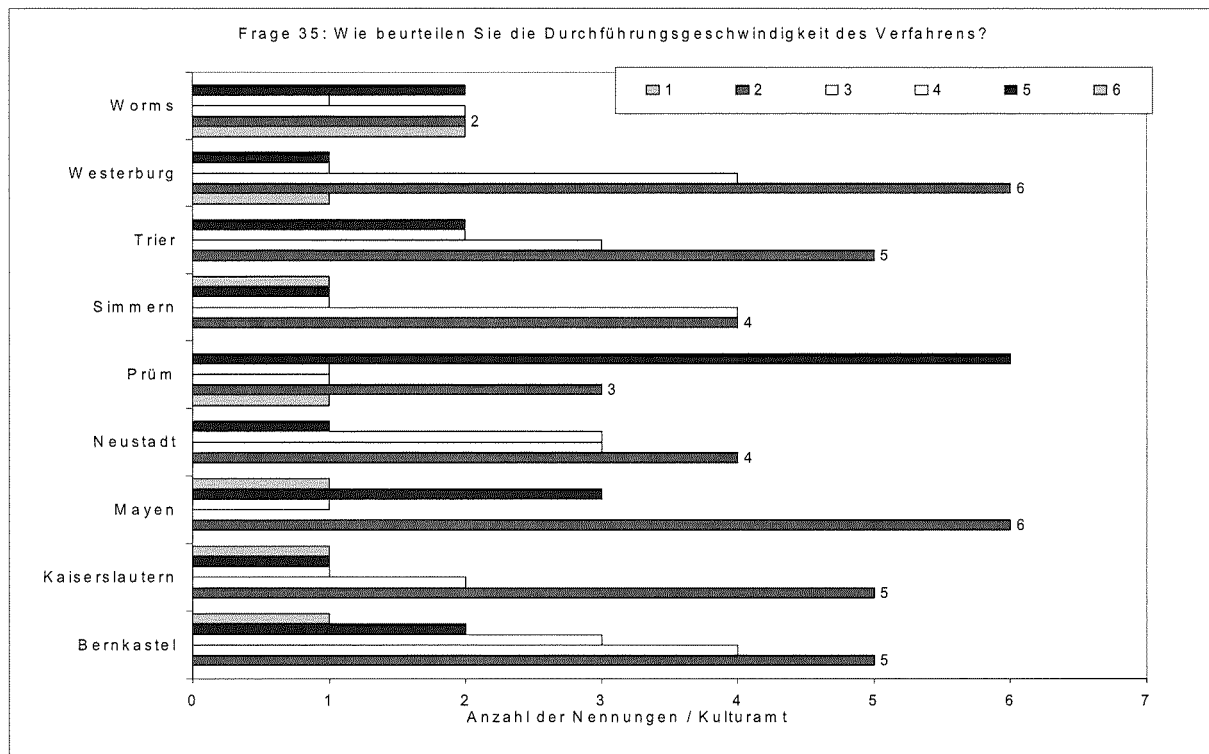


Abbildung 2.35 b

## 2.4 Generelle Bewertung der Flurbereinigung / Bodenordnung sowie Verfahrenskennzahlen

Im Abschnitt Frage 36-41 werden Vergleiche zwischen „Vor“ und „Nach“ Einleitung der Bodenordnung gezogen, um zu schildern, wie weit die Flurbereinigung den Erwartungen der Teilnehmergemeinschaften bis zum aktuellen Verfahrensstand gerecht wurde und ob die Bodenordnung als Empfehlenswert beurteilt wird.

Die Fragen 36 und 37 sind in der Auswertung zusammengefasst worden. Generell wird ein Vergleich „vorher“ (Frage 36) - heute“ (Frage 37) gezogen.

Der erste Teil dieser Fragen ist in den folgenden drei Grafiken dargestellt. Hierbei werden die Schwerpunkte explizit auf eine:

- ☐ kostenmäßige (Abbildung 2.36 a)
- ☐ wirtschaftliche (Abbildung 2.36 b)
- ☐ zeitliche (Abbildung 2.36 c)

Beurteilung gelegt.

Abschnitt b der jeweiligen Fragen geht näher auf die Beurteilung der Bodenordnung im Hinblick auf die Entwicklung der gesamten Gemeinde, ein. Dabei wird in einzelne für die Gemeindeentwicklung bedeutende Bereiche differenziert.



Bewertet wurde, inwiefern sich die Auswirkungen hierbei auf:

- ☐ die bauliche Entwicklung
- ☐ Natur und Landschaft
- ☐ die Landwirtschaft
- ☐ Freizeit und Erholung
- ☐ die Tourismusentwicklung
- ☐ die Pachteinkommen
- ☐ Dorfentwicklung und Erneuerung

förderlich bzw. nicht förderlich ausgewirkt haben.

Bei der kostenmäßigen Beurteilung der Bodenordnung, die im Allgemeinen positiv ausfällt, sind keine großen Unterschiede zwischen dem vor der Einleitung und der heutigen Bewertung ersichtlich, ein positiver Trend ist aber erkennbar. Ins Auge sticht in Abbildung 2.36 a), dass der Anteil derjenigen Teilnehmergemeinschaften, die keine Angabe gemacht haben, mit 45 (vorher) und 40 (heute) sich jedoch leicht zugunsten einer positiven Beurteilung verringert hat.

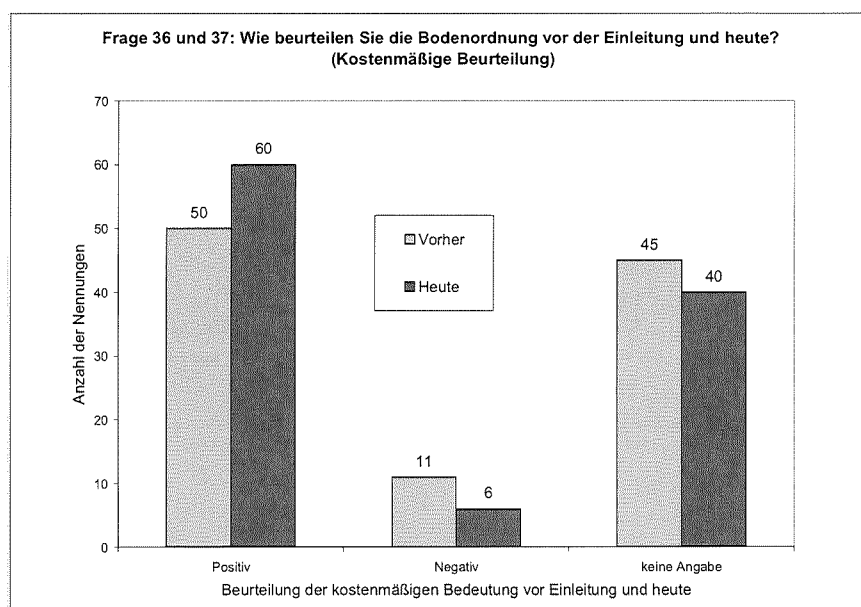


Abbildung 2.36 a

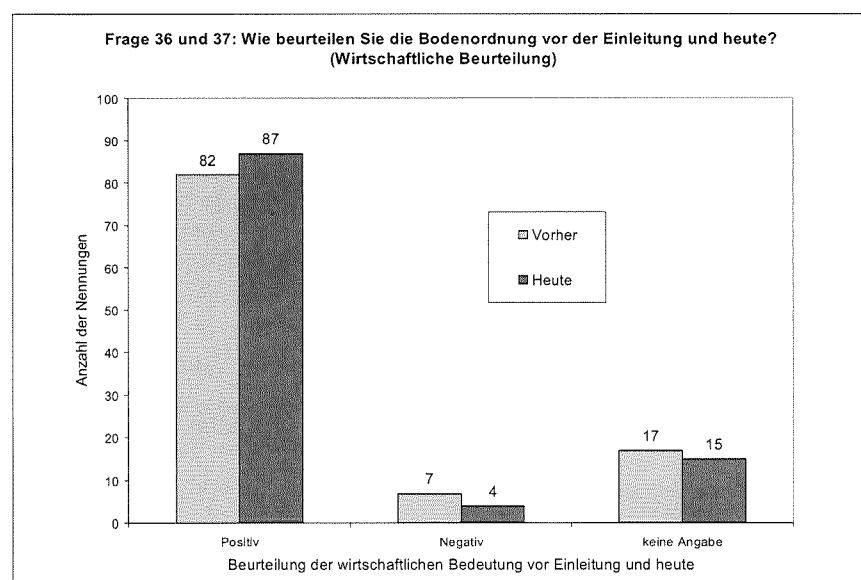


Abbildung 2.36 b

Von der Flurbereinigung, mit der daraus resultierenden Bodenordnung, wird - neben vielen anderen Aspekten - auch eine Auswirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung erwartet. In Abbildung 2.36 b) ist zu sehen, dass die wirtschaftliche Bedeutung der Bodenordnung sowohl vorher, 82 Nennungen, als auch zum heutigen Zeitpunkt, 87 Nennungen, als positiv eingeschätzt wird, wobei der heutige Zustand in der Tendenz wirtschaftlich vorteilhafter bewertet wird, da sich der Anteil der negativen Einschätzungen von 7 auf 4 reduziert hat.

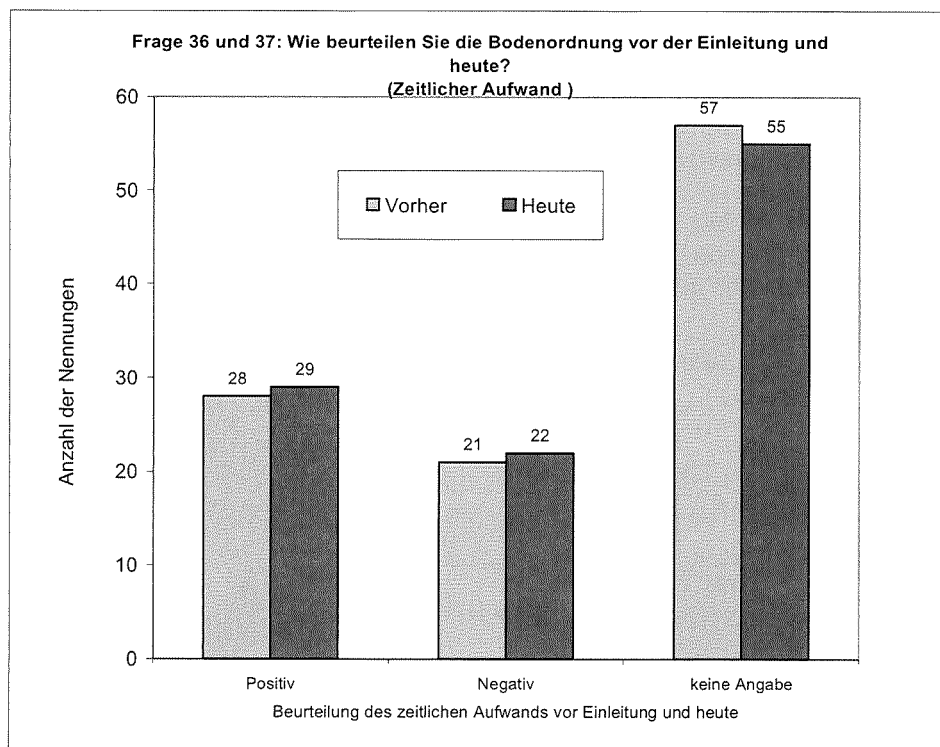


Abbildung 2.36 c

Nachdem Kosten und Wirtschaftlichkeit des Verfahrens näher beleuchtet wurden, wird des weiteren auf den zeitlichen Aufwand eingegangen. Bemerkenswert ist, wie in Abbildung 2.36 c ersichtlich, dass viele Teilnehmergemeinschaften hierzu keine Angabe gemacht haben. 28 bzw. 29 beurteilen die Bodenordnung als „einfach und schnell“. Eine negative Aussage machten 21 Teilnehmergemeinschaften zu „vor der Einleitung“ und 22 zu „aktuellem Verfahrensstand“. Sie beurteilen das Verfahren als zu „umständlich und langwierig“.

In dem folgenden zweiten Abschnitt werden Auswirkungen der Bodenordnung auf die Entwicklung der ganzen Gemeinde aufgeschlüsselt. Generell ist zu erkennen, dass die Bodenordnung sowohl vorher als auch nachher als positiv angesehen wird. Schwerpunkte liegen hierbei in den Bereichen Natur und Landschaft (74), sowie der Landwirtschaft (78), denen eine förderliche Auswirkung der Bodenordnung zugesprochen wird. Natürlich wird auch in den übrigen Bereichen eine „förderliche Auswirkung“ der Bodenordnung gesehen, jedoch steht dort der Anzahl der positiven Aussagen ein höherer Anteil an „nicht förderlichen Einschätzungen“ gegenüber.

Besonders für den Bereich Tourismusentwicklung wird die Flurbereinigung, im Verhältnis zu den anderen Bereichen mehr mit Skepsis betrachtet, wie es Abbildung 2.36 b zeigt. Die Bodenordnung wird von 18 Teilnehmergemeinschaften hierfür als „nicht förderlich“ eingeschätzt.

Auch heute - zum Zeitpunkt des aktuellen Verfahrensstandes - werden förderliche Auswirkungen der Bodenordnung schwerpunktmäßig in den Bereichen Natur und Landschaft sowie der Landwirtschaft gesehen. Es wurden tendentiell weniger Einschätzungen „nicht förderlich“ für alle Bereiche abgegeben, wobei die Häufigkeit der „förderlich-Nennungen“ in Abbildung 2.37 b),

1. für Natur und Landschaft
2. für die Landwirtschaft
3. für das Pachteinkommen
4. für Freizeit und Erholung
5. für die bauliche Entwicklung
6. für Dorfentwicklung und Dorferneuerung
7. für die Tourismusentwicklung

bis auf die ersten beiden Punkte, erhalten geblieben ist.

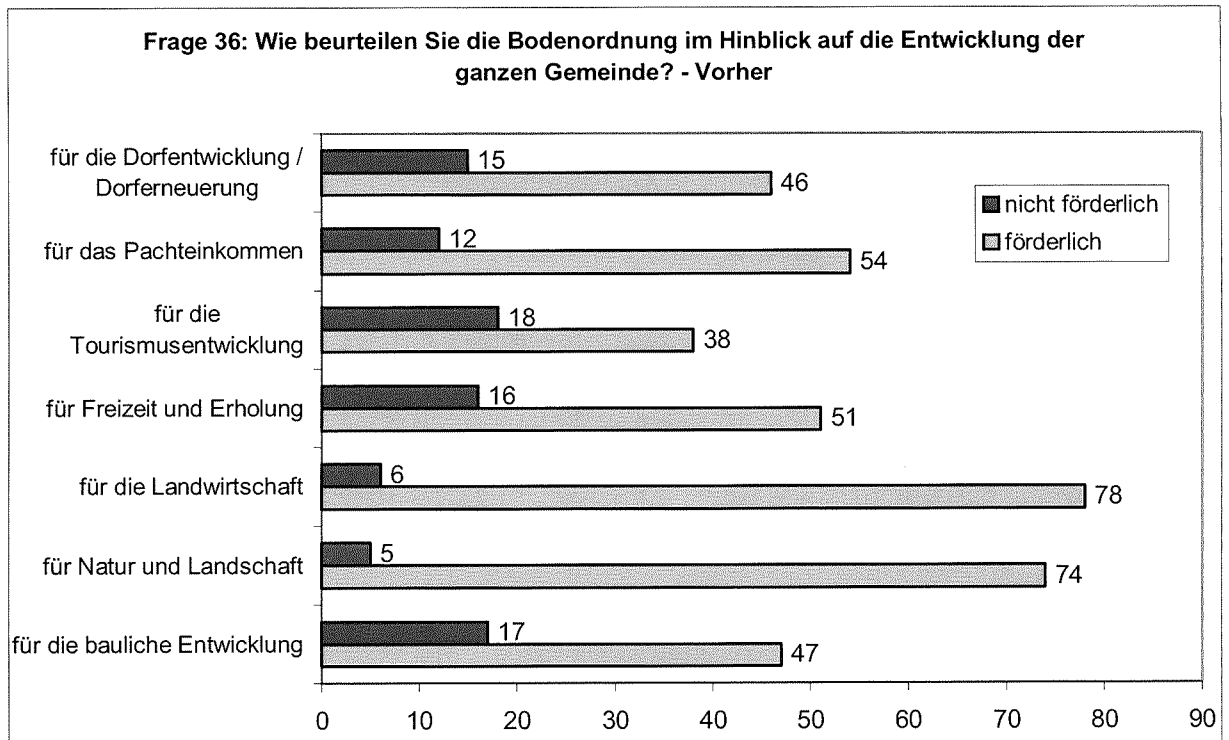


Abbildung 2.37 a

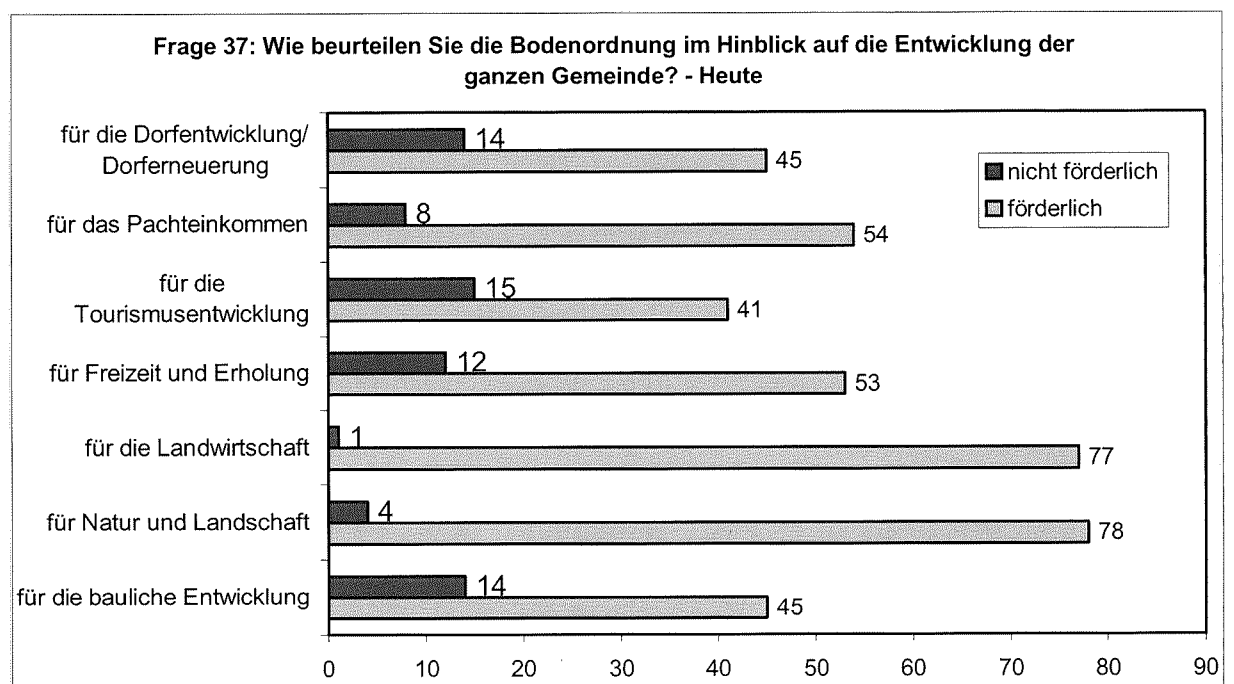


Abbildung 2.37 b

Ob die Teilnehmergemeinschaften ein Bodenordnungsverfahren für potentiell lohnenswert halten, zeigt sich in besonderer Weise daran, inwieweit sie es weiterempfehlen würden. Diese Fragestellung wird in Abbildung 2.38 erläutert. Eine Teilnahme empfehlen insgesamt 86 der Befragten, wohingegen 14 von einer Teilnahme, aufgrund gemischter Erfahrungen, weder zu, noch abraten und 4-mal unbedingt abgeraten wird.

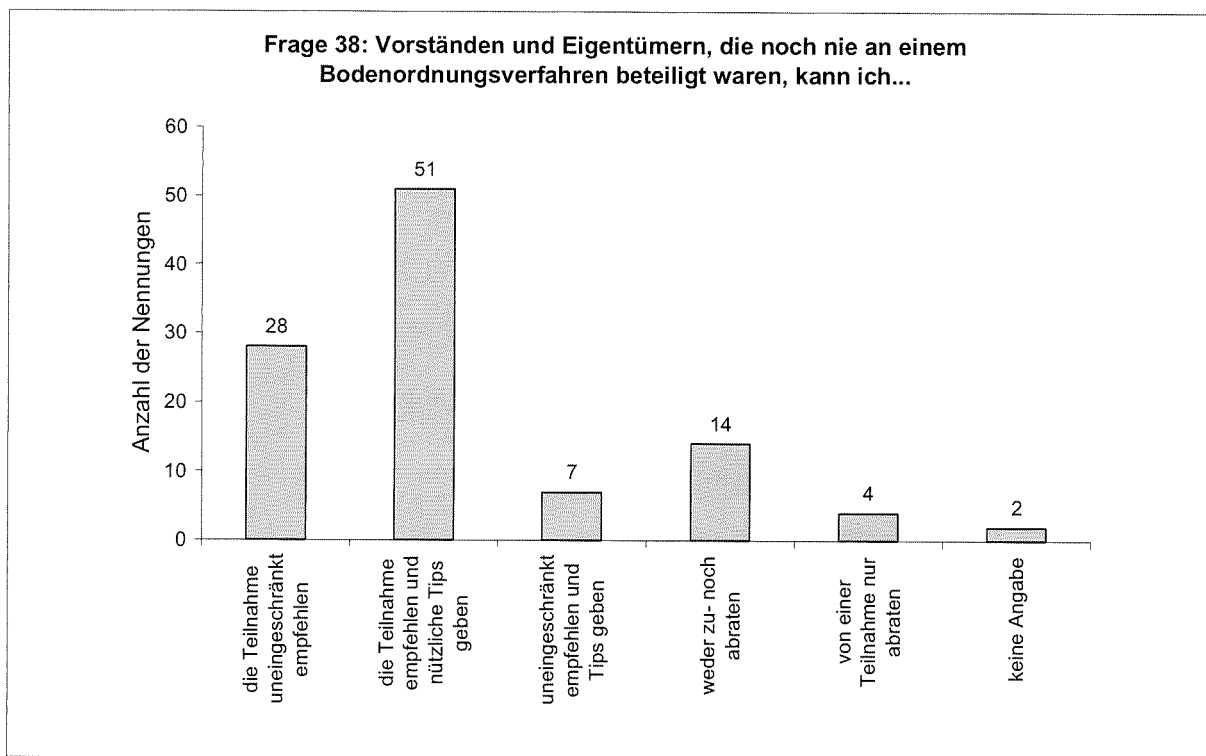


Abbildung 2.38

Die folgenden drei Fragen 39 bis 41 dienten vorrangig der Plausibilisierung und Zuordnung der beantworteten Fragebögen, da wie eingangs erläutert die Befragung als anonyme Umfrage konzipiert war.

In Frage 39 wurde nach dem für das Flurbereinigungsverfahren zuständigen Kulturamt gefragt. Bezüglich des Rücklaufes stellte das Maximum Bernkastel-Kues mit 15 Fragebögen dar. Im Bereich Worms konnten mit zehn Verfahren am wenigsten befragt werden. Bei den anderen Kulturämtern bewegt sich der Rücklauf an Fragebögen im Bereich elf bis dreizehn.

Zum Abschluss der Befragung wird auf den aktuellen Verfahrensstand und die Fläche des Verfahrens eingegangen. In Abbildung 2.40 sieht man im wesentlichen, dass bisher 57 Verfahren den Ausbau weitgehend abgeschlossen haben, 18 Verfahren sind schon bis zur Schlussfeststellung fortgeschritten.

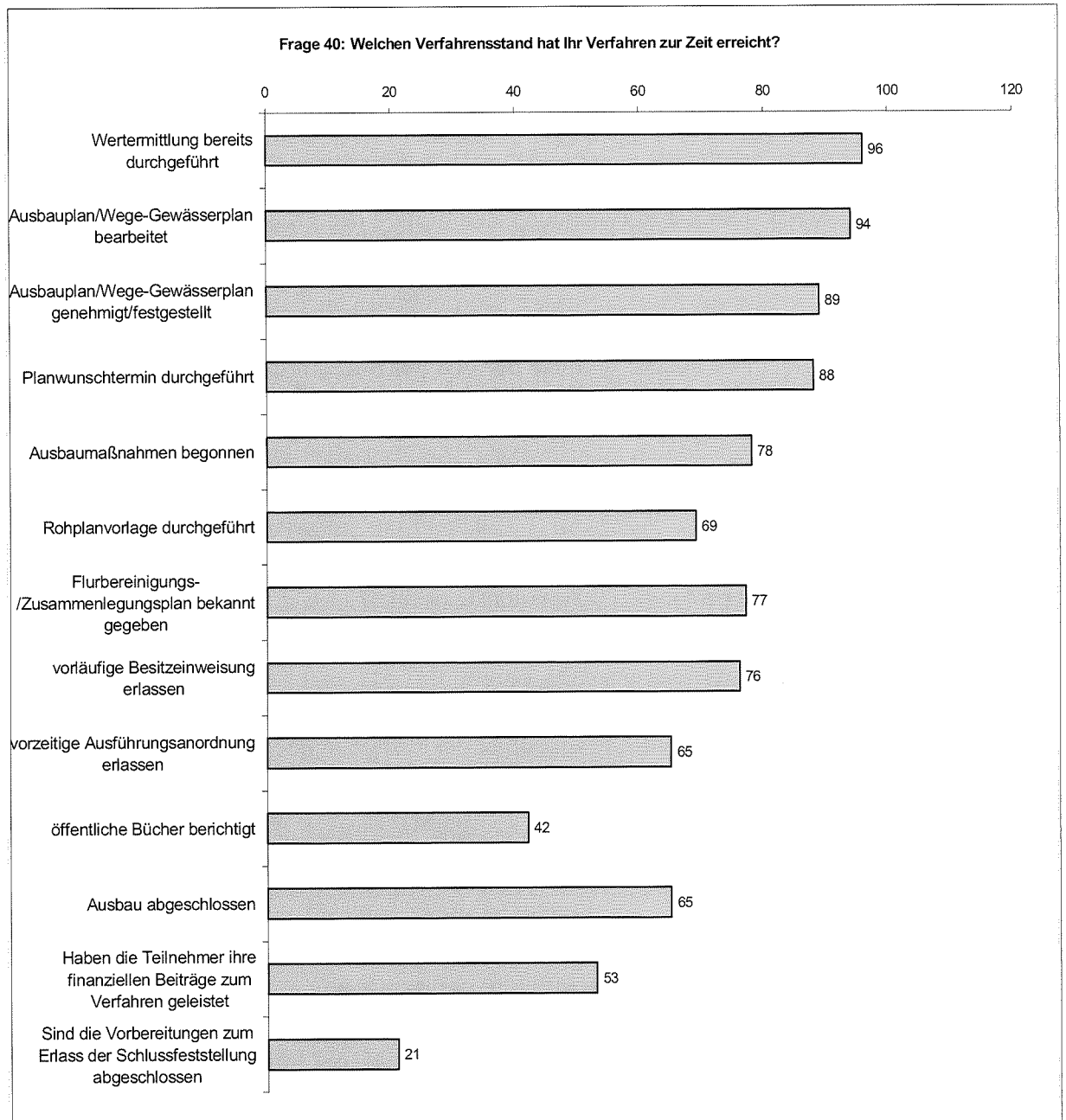


Abbildung 2.40

### III Fragebogen zur Kundenbefragung

**Die Befragung erfolgt anonym und vertraulich.** Das Ministerium erhält lediglich eine gesamthafte Auswertung, nicht die einzelnen Fragebögen. Zu diesem Zweck wurde die unabhängige Beratungsgesellschaft AFC Consultants International GmbH, Bonn, mit der Durchführung und Auswertung der Erhebung beauftragt. Bitte beantworten Sie die Fragen mit größtmöglicher Offenheit und Ernsthaftigkeit. Die Adresse für die Rücksendung ist am Ende des Fragebogens aufgeführt. Bitte senden Sie den Fragebogen innerhalb von 14 Tagen an diese Adresse zurück.

#### Zufriedenheit mit der Arbeit und Verfahrensdurchführung durch die Kulturämter

1. Wurden Ihres Erachtens bei **der Analyse der von der Bodenordnung** betroffenen Bereiche alle wichtigen Aspekte berücksichtigt? (Landwirtschaft, Weinbau, Forst, Dorfentwicklung, Wasser, Verkehr, Umweltschutz)
 

☐ Ja
 ☐ Nein

 Wenn NEIN, in welchen Bereichen nicht? \_\_\_\_\_
  
2. Wurden Ihres Erachtens bei der Erarbeitung der **Verfahrensziele** alle wichtigen Aspekte berücksichtigt und die geeigneten Schwerpunkte gesetzt?
 

☐ Ja
 ☐ Nein

 Wenn NEIN, in welchen Bereichen nicht, warum nicht? \_\_\_\_\_
  
3. Wurde Ihres Erachtens das **Verfahrensgebiet** der ländlichen Bodenordnung zweckmäßig für die Erreichung der für das Verfahren definierten Ziele gewählt?
 

☐ Ja
 ☐ Nein

 Wenn NEIN, wo gab es Defizite? \_\_\_\_\_
  
4. Welche Note (nach Schulnoten) würden Sie für die **agrarstrukturelle Entwicklungsplanung** zu Ihrem Verfahren vergeben?
 

(Noten von 1 bis 6)

1  
☐

2  
☐

3  
☐

4  
☐

5  
☐

6  
☐

 Warum? \_\_\_\_\_
  
5. Welche **Verfahrensart** wurde für Ihr Verfahren gewählt?
 

☐ Flurbereinigungsverfahren nach §1
 ☐ Vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren nach §86

☐ Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren nach §91ff.
 ☐ Freiwilliger Landtausch §103a
 ☐ Freiwilliger Nutzungstausch

 Wurde Ihres Erachtens die **geeignete Verfahrensart** für Ihr Verfahren gewählt?
 

☐ Ja
 ☐ Nein

  
 Wenn NEIN, welche Verfahrensart hätte Ihres Erachtens gewählt werden sollen:
 

☐ Flurbereinigungsverfahren nach §1
 ☐ Vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren nach §86

☐ Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren nach §91ff.
 ☐

6. Haben sich die voraussichtlichen Beteiligten zu Verfahrensbeginn in der **Aufklärungsversammlung** über die besonderen Vorteile und den zeitlichen Ablauf ausreichend informiert gefühlt?
- ☐ Ja ☐ Nein
- Wenn NEIN, wo lagen die Defizite? \_\_\_\_\_
7. Wurden die **Verfahrensteilnehmer** vor der Wahl des Vorstandes der Teilnehmergeinschaft ausreichend über die Aufgaben des Vorstandes einer TG und die Mitwirkungsrechte **informiert**?
- ☐ Ja ☐ Nein
8. Hätten Sie sich größere **Mitwirkungsrechte** erhofft?
- ☐ Ja ☐ Nein
- Wenn JA, in welchen Bereichen? \_\_\_\_\_
9. Wurde der Vorstand der Teilnehmergeinschaft als Vertreter der Verfahrensbetroffenen ausreichend in die Planung der **Gemeinschaftsanlagen** (Wege- und Gewässer) mit einbezogen?
- ☐ Ja ☐ Nein
- Wenn NEIN, worin lagen die Defizite? \_\_\_\_\_
10. Welches sind Ihres Erachtens die wichtigsten berücksichtigten **Kriterien / Interessen** bei der **Planerstellung** gewesen?
- \_\_\_\_\_
11. Gab oder gibt es größere **Widerstände** der Teilnehmer gegen eine Umsetzung dieser Planung des Wege- und Gewässernetzes?
- ☐ Ja ☐ Nein
- Wenn JA, warum? \_\_\_\_\_
12. Erscheinen bisher alle geplanten **gemeinschaftlichen Anlagen tatsächlich realisierbar**?
- ☐ Ja ☐ Nein
- Wenn NEIN, warum nicht? \_\_\_\_\_
13. Halten Sie die **Kostenverteilung** für die gemeinschaftlichen Anlagen im Hinblick auf Wegenetz, wasserbauliche Anlagen, Landespflege und Vermessung des Verfahrensgebietes für zweckmäßig oder hätten Sie andere Schwerpunkte gesetzt?
- ☐ Ja, zweckmäßig ☐ Nein
- Wenn NEIN, Schwerpunkte? \_\_\_\_\_
14. Haben sich bisher die **geplanten Kosten und die Verfahrensfinanzierung** als richtig erwiesen?
- ☐ Ja ☐ Nein
- Wenn NEIN, warum nicht? \_\_\_\_\_

15. Musste **nachfinanziert** werden?

☐ Ja ☐ Nein

Weshalb? \_\_\_\_\_

16. Wurden die **Aus- /Umbaumaßnahmen** durch den Verband der Teilnehmergeinschaften (VTG) so umgesetzt wie geplant?

☐ Ja ☐ Nein

Wenn NEIN, warum nicht? \_\_\_\_\_

17. Wie beurteilen Sie die **Kostenbelastung** in der Bodenordnung?

☐ niedrig  
☐ vertretbar  
☐ hoch

18. Wie bewerten Sie den **Kosteneinsatz**?

☐ Die Vorteile der Bodenordnung liegen über den Kosten.  
☐ Die Kostenbelastung ist im Verhältnis zu den Vorteilen zu hoch.  
☐ Kosten und Nutzen stimmen überein.

19. Sind Sie mit der **Baudurchführung** und **Bauleitung** durch den VTG zufrieden?

☐ Ja ☐ Nein

Wenn NEIN, warum nicht? \_\_\_\_\_

20. Sind Sie mit der **behördlichen Bauüberwachung** durch das Kulturamt zufrieden?

☐ Ja ☐ Nein

Wenn NEIN, warum nicht? \_\_\_\_\_

21. Ist der Vorstand bei der örtlichen Durchführung der **Wertermittlung** sachgerecht eingebunden worden?

☐ Ja ☐ Nein

Wenn NEIN, warum nicht? \_\_\_\_\_

22. In welchem Umfang hat das Kulturamt den **Planwunsch** und andere Befragungen der Eigentümer im Dorf / im Kulturamt durchgeführt?

☐ 0 % Dorf 100 % im Kulturamt  
☐ 20 % Dorf 80 % im Kulturamt  
☐ 40 % Dorf 60 % im Kulturamt  
☐ 60 % Dorf 40 % im Kulturamt  
☐ 80 % Dorf 20 % im Kulturamt  
☐ 100 % Dorf 0 % im Kulturamt

23. Wäre es zumutbar, dass die Teilnehmer für die Planwünsche in das Kulturamt fahren?

☐ Ja ☐ Nein

Wenn NEIN, warum nicht? \_\_\_\_\_



24. In welchem Umfang haben die Teilnehmer nach Ihrer Kenntnis vom **Planwunsch** Gebrauch gemacht?

☐ 0 %                      ☐ 60 %

☐ 20 %                   ☐ 80 %

☐ 40 %                   ☐ 100 %

25. Hat eine **Zwischeneröffnung oder Rohplanvorlage** (der geplanten Landzuteilungen) stattgefunden?

☐ Ja                      ☐ Nein

26. Hat sich die **Zeitplanung** für das **Verfahren** bisher als realistisch erwiesen?

☐ Ja      ☐ Nein

Wenn NEIN, warum nicht? \_\_\_\_\_

27. Wie lange hat es von der **Anordnung bis zum Besitzübergang** gedauert? \_\_\_\_\_

28. Hätten Sie sich noch weitere **Zeiteinsparungen** gewünscht? ☐ Ja ☐ Nein  
In welchen Bereichen wäre das möglich gewesen? \_\_\_\_\_

29. War Ihr **Ansprechpartner** bei dem Kulturredaktion während der gesamten bisherigen Verfahrenszeit die gleiche Person, oder fand hier ein Wechsel statt?

☐ Ja      ☐ Nein

Wenn JA, wie beurteilen Sie diesen Wechsel? \_\_\_\_\_

30. War die **Zusammenarbeit und Kommunikation** mit der „Arbeitsgruppe“ des Kulturarantes zu Ihrer Zufriedenheit?

☐ Ja      ☐ Nein

Wenn NEIN, warum nicht?

31. War die **Einbindung der Teilnehmergemeinschaft** in den verschiedenen Verfahrensschritten aus Ihrer Sicht ausreichend?

☐ Ja                      ☐ Nein

Wenn NEIN, in welchen Verfahrensschritten nicht?

32. Wie beurteilen Sie das jeweilige **Fachwissen** der Vertreter des Kulturamtes?

(Noten von 1 bis 6)

1	2	3	4	5	6

33. Wie beurteilen Sie das **Verhandlungsgeschick** der Vertreter des Kulturstamtes?

(Noten von 1 bis 6)

1	2	3	4	5	6

34. Waren Sie mit der **Moderation** der Vertreter des Kulturamtes zufrieden?

(Noten von 1 bis 6)

1	2	3	4	5	6

35. Wie beurteilen Sie die **Durchführungsgeschwindigkeit** des Verfahrens?

[illegible]

**36. Vor der Einleitung** beurteile ich die Bodenordnung wie folgt:

(mehrere Kreuze pro Spalte sind möglich, bitte jedoch nur ein Kreuz pro Zeile eintragen)

- |  |  |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> wirtschaftlich vorteilhaft  | <input type="checkbox"/> wirtschaftlich uninteressant (keine Vorteile) |
| <input type="checkbox"/> effizient und kostengünstig | <input type="checkbox"/> teuer und umständlich (zu hohe Kosten)        |
| <input type="checkbox"/> einfach und schnell         | <input type="checkbox"/> umständlich und langwierig                    |

im Hinblick auf die Entwicklung der ganzen Gemeinde (mehrere Kreuze sind möglich)

	förderlich	nicht förderlich
für die bauliche Entwicklung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
für Natur und Landschaft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
für die Landwirtschaft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
für Freizeit und Erholung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
für die Tourismusentwicklung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
für das Pachteinkommen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
für die Dorfentwicklung/Dorferneuerung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**37. Nunmehr (zum aktuellen Verfahrensstand)** beurteile ich die Bodenordnung in unserer Gemeinde wie folgt:

(mehrere Kreuze sind möglich)

- |  |   |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> wirtschaftlich vorteilhaft  | <input type="checkbox"/> wirtschaftlich uninteressant |
| <input type="checkbox"/> effizient und kostengünstig | <input type="checkbox"/> teuer und umständlich        |
| <input type="checkbox"/> einfach und schnell         | <input type="checkbox"/> umständlich und langwierig   |

im Hinblick auf die Entwicklung der ganzen Gemeinde (mehrere Kreuze sind möglich)

	förderlich	nicht förderlich
für die bauliche Entwicklung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
für Natur und Landschaft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
für die Landwirtschaft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
für Freizeit und Erholung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
für die Tourismusentwicklung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
für das Pachteinkommen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
für die Dorfentwicklung/Dorferneuerung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**38. Vorständen und Eigentümern, die noch nie an einem Bodenordnungsverfahren beteiligt waren, kann ich**

- ☐ die Teilnahme uneingeschränkt empfehlen  
☐ die Teilnahme empfehlen und nützliche Tips geben  
☐ weder zu- noch abraten  
☐ von einer Teilnahme nur abraten

**39. Welches Kulturamt** ist für Ihr Verfahren zuständig:

- |                                   |  |                                     |
|-----------------------------------|--|-------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Neustadt | <input type="checkbox"/> Kaiserslautern  | <input type="checkbox"/> Worms      |
| <input type="checkbox"/> Simmern  | <input type="checkbox"/> Bernkastel-Kues | <input type="checkbox"/> Trier      |
| <input type="checkbox"/> Prüm     | <input type="checkbox"/> Mayen           | <input type="checkbox"/> Westerburg |

**40. Welchen Verfahrensstand hat Ihr Verfahren zur Zeit erreicht?**

Bitte kreuzen Sie alle erledigten Abschnitte einzeln an.

- |   |                          |
|---|--------------------------|
| Wurde die Wertermittlung bereits durchgeführt?                            | <input type="checkbox"/> |
| Wurde der Ausbauplan / Wege- und Gewässerplan bearbeitet?                 | <input type="checkbox"/> |
| Wurde der Ausbauplan / Wege- und Gewässerplan genehmigt / festgestellt?   | <input type="checkbox"/> |
| Wurde der Planwunschtermin durchgeführt?                                  | <input type="checkbox"/> |
| Wurde mit Ausbaumaßnahmen begonnen?                                       | <input type="checkbox"/> |
| Wurde die Rohplanvorlage durchgeführt?                                    | <input type="checkbox"/> |
| Wurde der Flurbereinigungsplan / Zusammenlegungsplan bekannt gegeben?     | <input type="checkbox"/> |
| Wurde die vorläufige Besitzeinweisung erlassen?                           | <input type="checkbox"/> |
| Wurde die vorzeitige Ausführungsanordnung erlassen?                       | <input type="checkbox"/> |
| Wurden die öffentlichen Bücher berichtigt?                                | <input type="checkbox"/> |
| Ist der Ausbau weitgehend abgeschlossen?                                  | <input type="checkbox"/> |
| Haben die Teilnehmer ihre finanziellen Beiträge zum Verfahren geleistet?  | <input type="checkbox"/> |
| Sind die Vorbereitungen zum Erlass der Schlussfeststellung abgeschlossen? | <input type="checkbox"/> |

**41. Wie groß ist die Verfahrensfläche in Ihrem Verfahren?**

\_\_\_\_\_ in ha

Bitte senden Sie den ausgefüllten Fragebogen innerhalb von 14 Tagen ausgefüllt (auf Wunsch anonym) an das beauftragte unabhängige Beratungsunternehmen, das alle Angaben streng vertraulich behandelt und dem Ministerium eine anonyme und aggregierte Auswertung bereitstellt.

**Anschrift für die Rücksendung:**

AFC Consultants International GmbH  
- Anonyme Befragung Bodenordnung –  
Ubierstrasse 78  
53173 Bonn  
Tel.: 0228/98579-13  
Fax: 0228: 69 14 46

Unter der genannten Telefon-Nr. erhalten Sie auch Auskünfte oder ggf. Hilfestellung zum Ausfüllen des Fragebogens. Bearbeitung: Frau Dipl.-Ing. agr. Veronika Mödinger

## FACHBEITRÄGE

### Ländlicher Raum - gemeinsam entwickeln<sup>\*)</sup>

Stellvertretender Ministerpräsident und Staatsminister Hans-Artur Bauckhage, Mainz

Vielen Dank für die Einladung, ich bin gerne zu Ihnen gekommen, um gemeinsam mit Ihnen eine erste Bilanz der Arbeit im regionalen Entwicklungsschwerpunkt Adenau zu ziehen.

Leider musste ich im Oktober des vergangenen Jahres kurzfristig die Teilnahme an der Auftaktveranstaltung zum Standortmarketing in der Verbandsgemeinde absagen. Umso mehr freue ich mich heute hier zu sein, wo erste Ideen und Strategien als Ergebnis der bisherigen Arbeit vorgestellt werden.

Meine Damen und Herren,

das wichtigste vorweg: Sie können stolz sein auf das, was Sie bisher erreicht haben. Die Verbandsgemeinde Adenau ist für ganz Rheinland-Pfalz beispielgebend. Beispielgebend für ein erfolgreiches regionales Entwicklungskonzept im ländlichen Raum.

Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung, regionalwirtschaftliche Zusatzuntersuchung, Landentwicklungsmoderation - jeder dieser Schritte ihres Entwicklungskonzeptes steht nicht nur für ein zukunftsfähiges Modell ländlicher Entwicklung. Jeder dieser Schritte steht für konkrete Ergebnisse, die Sie allein oder gemeinsam mit meinem Ministerium hier in Ihrer Region erreicht haben. Ich erinnere nur an die Agrarstrukturverbesserungen oder auch an die Kooperation zwischen Gastronomie und Landwirtschaft.

Jetzt machen Sie richtigerweise den nächsten Schritt und nehmen das Standortmarketing in Angriff. Das alles zeigt, meine Damen und Herren: Sie wollen die Entwicklung Ihrer Region weiter vorantreiben. Sie wollen nicht stehen bleiben. Sie wollen einen attraktiven Wohn-, Lebens- und Arbeitsraum für sich und ihre Kinder. Das ist für unser ganzes Land richtig und wichtig. Denn das Herz von Rheinland-Pfalz schlägt im ländlichen Raum.

Der ländliche Raum ist als Wohn-, Arbeits-, Lebens- und Erholungsraum für ganz Rheinland-Pfalz unverzichtbar.

Ich gehe sogar noch weiter: Im ländlichen Raum schlägt nicht nur das Herz unseres Landes - hier im ländlichen Raum entscheidet sich auch ganz wesentlich die Zukunft von Rheinland-Pfalz. Die weitere Entwicklung des ländlichen Raums ist deshalb eine Herausforderung, der wir uns gemeinsam, Sie in der Region und wir von der Landespolitik, stellen müssen.

Meine Damen und Herren, den ländlichen Raum gemeinsam entwickeln: Was ist dazu nötig?

Zunächst einmal sollten wir uns nicht in irgendwelchen Schwärmereien verlieren. So mancher Städter und leider auch für so mancher Politiker meint, der ländliche Raum steht für ein Idyll, wo die Zeit stehen geblieben ist: Wo die Misthaufen dampfen und der Bauer, am besten noch mit einem Pferd vorm Pflug, seinen Acker pflügt. Ein solches Bild ist natürlich Unsinn - in jeder Hinsicht. Das fängt bei der Landwirtschaft an.

Ich sehe Landwirte als Unternehmer, die sich im Wettbewerb und am Markt behaupten müssen. Deshalb brauchen wir keine Schwärmereien. Wir brauchen für unsere Landwirte unternehmerische Entscheidungsfreiheiten - Einschränkungen, Auflagen und Restriktionen, die aufgrund völlig falscher Vorstellungen über die moderne Landwirtschaft auferlegt werden, sind fehl am Platz. Es wäre zudem falsch, den ländlichen Raum auf die Landwirtschaft zu reduzieren.

Sicher: Die Landwirtschaft ist für den ländlichen Raum ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und sie wird ein wichtiger Wirtschaftsfaktor bleiben.

<sup>\*)</sup> Rede des Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Ministers für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Hans-Artur Bauckhage, anlässlich einer Veranstaltung in der Verbandsgemeinde Adenau am 6. Februar 2003

Aber: Wirtschaft im ländlichen Raum ist mehr als Landwirtschaft. Wir haben hier zahlreiche Industrie- und Dienstleistungsunternehmen, wir haben hier ein gesundes Handwerk.

Jeder muss an einem Strang ziehen, damit unsere ländlichen Räume weiter vorangebracht werden. Sie hier in der Verbandsgemeinde Adenau tun genau dies - allein die Vielfalt der Arbeitskreise, die sich heute hier präsentieren beweist dies.

Ein weiterer Pluspunkt für unseren ländlichen Raum, den viele gerne vergessen, ist übrigens die mittelständische Struktur der Wirtschaft. Denn mittelständische Unternehmen, egal aus welcher Branche, stehen immer auch und gerade für lokales Engagement. Auch das zeigt sich hier in der Verbandsgemeinde aufs Beste. Was der Gewerbeverein, Sparkasse und die Touristik Hocheifel zusammen mit der Verbandsgemeinde mittlerweile für die regionale Entwicklung auf die Beine gestellt haben, kann sich wirklich sehen lassen.

Meine Damen und Herren,

mein Motto für die Entwicklung unserer ländlichen Räume lautet: Aus der Region für die Region. Es bringt nichts, wenn wir in Mainz oder auch Berlin oder Brüssel irgendwelche Konzepte am grünen Tisch entwerfen und dem ländlichen Raum überstülpen. Nein - wir brauchen die Menschen in den Regionen. Sie hier in der Region, Sie wissen am besten, wo der Schuh drückt und was man dagegen tun kann. Deshalb lebt die Entwicklung unserer ländlichen Räume vom Engagement und von den Ideen der Menschen vor Ort. Und ich glaube man kann mit ruhigem Gewissen festhalten: Auch was Engagement und Ideen angeht, brauchen Sie sich hier in der VG Adenau vor niemandem verstecken.

Meine Damen und Herren,

Entwicklung des ländlichen Raums - so etwas geht nicht, wenn nur hier und da isoliert an einer Schraube gedreht wird. So etwas geht nur, wenn wir ein integriertes Gesamtkonzept haben. Landwirtschaft, Touristik, Gewerbe oder Verkehr bedingen einander.

Im Land haben wir die Konsequenz gezogen. Wir haben mit dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau ein in Deutschland einmaliges Strukturministerium geschaffen. Ein Strukturministerium, das alle wesentlichen Instrumente für die Entwicklung des ländlichen Raums

bündelt. Wir können so eine Politik aus einem Guss anbieten und so gemeinsam den ländlichen Raum weiter voranbringen.

Meine Damen und Herren, in Ihrer Verbandsgemeinde nehmen jetzt das Standortmarketing in Angriff. Das ist der richtige Schritt. Denn Standortmarketing ist nicht nur etwas für große Städte. Heutzutage kann es sich eigentlich keine Kommune und keine Region leisten, auf ein aktives Standortmarketing zu verzichten. Es gilt jetzt die Region Adenau zu profilieren.

Es muss - und ich bin mir sicher: es wird - Ihnen gelingen, Kernkompetenzen als Standortvorteile herauszuarbeiten und diese als Bausteine für eine zukunftsweisende Entwicklung ihrer Region zu nutzen. Ich bin deshalb schon sehr gespannt auf die Präsentation der Projektideen und Strategien der Arbeitskreise, die dieses Standortmarketing begleiten.

Meine Damen und Herren,

die VG Adenau zeigt in eindrucksvoller Weise: Das rheinland-pfälzische Modell der Entwicklung ländlicher Räume ist ein erfolgreiches Modell. Sie hier in Ihrer Verbandsgemeinde sind auf dem richtigen Weg.

Ich wünsche Ihnen für Ihre nächsten Schritte alles Gute.

Ich weiß: Der weitere Weg wird nicht immer einfach sein. Wir haben gegenwärtig eine wirtschaftliche Entwicklung und eine Haushaltslage aller öffentlichen Kassen, die eine aktive Strukturpolitik schwieriger macht denn je. Ich kann Ihnen aber versichern: Die Landesregierung und mein Ministerium stehen auch und gerade in schwierigen Zeiten an Ihrer Seite!

## Mitgliederversammlung des Verbandes der Teilnehmergeinschaften Rheinland-Pfalz (VTG)\*)

Staatssekretär Günter Eymael, Mainz

Anrede,

ich freue mich bei der diesjährigen Mitgliederversammlung Ihres Verbandes bei Ihnen sein zu können und die Grüße meines Hauses zu übermitteln.

Es ist dies die siebte Mitgliederversammlung im achten Jahr des Bestehens des Verbandes der Teilnehmergeinschaften Rheinland-Pfalz.

Sie sind mittlerweile zu einer Institution im ländlichen Raum geworden, die nicht mehr wegzudenken ist.

Sie haben sich als Verband in den Jahren des Bestehens eine zunehmende Anerkennung nicht nur bei den Mitgliedern erworben.

Ihr Verband vertritt rund 430 Teilnehmergeinschaften in Rheinland-Pfalz und nimmt damit die Interessen von über 150.000 Grundeigentümern wahr. Besser kann man die Bedeutung des Verbandes gar nicht unterstreichen.

Die seit 2000 durch den Einsatz von EU-Mitteln notwendige Zwischenfinanzierung der Ausführungskosten war nur mit Ihnen leistbar.

Durch den Verband wird die Rolle der Teilnehmergeinschaften in einem nicht immer einfachen Verfahren gestärkt.

Ihr Dienstleistungsangebot und Ihre Dienstleistungen werden äußerst positiv angenommen. Das lässt sich daran ermesen, dass mittlerweile nahezu alle Teilnehmergeinschaften, deren Verfahren neu eingeleitet werden, in den VTG eintreten.

Auch wenn der Jahresabschluss 2002 erstmals einen geringen Fehlbetrag aufweist, ist die bisherige wirtschaftliche Entwicklung Ihres Verbandes ausgesprochen positiv zu beurteilen. Ganz besonders gilt dies, wenn man die Ausgangsposition beim Start vor rund acht Jahren betrachtet.

Auf Ihren bisherigen Erfolg können Sie aufbauen.

Wenn Sie in Zukunft erfolgreich bleiben wollen, bedeutet dies aber auch, dass Sie bei sich ändern-

den Rahmenbedingungen frühzeitig Anpassungsstrategien entwickeln müssen.

Ich will hier nicht verhehlen, dass wir uns im Zusammenhang mit der Entwicklung des Landeshaushaltes in einer ausgesprochen schwierigen Zeit befinden. Sie müssen davon ausgehen, dass es weitere Einsparungen geben wird, die auch die Bodenordnung betreffen.

Das bedeutet, dass Sie bei den Einnahmen - egal ob Umlage oder Beitrag - für die Zukunft einen weiteren Rückgang einkalkulieren müssen. Im Baubereich kommt hinzu, dass zukünftig auch aufgrund der zurückgehenden Haushaltsmittel eine geringere Ausbauintensität in den Bodenordnungsverfahren zu erwarten sein wird.

Ich kann Sie hier nur ermuntern, sich rechtzeitig diesen Entwicklungen zu stellen. An Arbeit, die zu bewältigen ist, wird es sicher nicht mangeln.

Aus den Diskussionen zur WTO und aus den Aussagen der EU-Kommission zur Halbzeitbewertung der Agenda 2000 lässt sich auf jeden Fall der Schluss ziehen, dass der Beitrag der Bodenordnung zur Agrarstrukturverbesserung enorm wichtig ist.

Im Zusammenhang mit der Halbzeitbewertung - die mittlerweile immer mehr den Charakter einer vorgezogenen umfassenden Agrarreform annimmt - will ich nochmals die rheinland-pfälzischen Positionen herausstellen:

- Die europäische Agrarpolitik muss viel stärker entbürokratisiert werden,
- es gilt Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen und
- die gesellschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft sind angemessen zu honorieren.

---

\*) Grußwort des Staatssekretärs im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Günter Eymael, anlässlich der Mitgliederversammlung des Verbandes der Teilnehmergeinschaften Rheinland-Pfalz (VTG) am 31. März 2003, um 9.00 Uhr, in Emmelshausen, „Zentrum am Park“

Dabei darf es keine einseitigen Benachteiligungen bestimmter Regionen oder Bewirtschaftungs- sowie Betriebsformen geben.

Dies betrifft besonders die konsequente Umsetzung eines Systems weg von den Kulturlächenausgleichszahlungen und den Tierprämien hin zu einheitlichen Flächenzahlungen. Damit wird den landwirtschaftlichen Unternehmen ein Teil ihrer unternehmerischen Freiheit wieder gegeben. Der mit der Entkopplung der Ausgleichszahlungen von der Produktion vorgesehene Systemwechsel kann und darf aber nur schrittweise erfolgen.

Stichwort Modulation:

Das mit der Modulation verbundene Ziel der Kommission, die ländlichen Räume zu stärken, wird mit dem vorliegenden Modell nicht erreicht.

So müssen auf jeden Fall aus meiner Sicht die anfallenden Kürzungsmittel in dem Mitgliedsstaat verbleiben.

Bei der Milchquotenregelung ist die Absicht der EU-Kommission zu begrüßen, diese bis 2015 zu verlängern.

Nicht akzeptieren kann ich die von der EU-Kommission vorgesehene weitere Aufstockung der Quote bei gleichzeitiger Reduzierung der Interventionspreise. Dies ist kein geeigneter Weg, weil dadurch ein zusätzlicher Mengen- und Preisdruck in einem ohnehin übertroffenen Markt entsteht.

Ein wichtiges Element ist für mich, der von der EU-Kommission angekündigte und längst überfällige Bürokratieabbau. Derzeit ist aber leider zu befürchten, dass die vorliegenden Vorschläge zu einem größeren Verwaltungs- und Kontrollaufwand sowohl bei den Landwirten als auch in den Behörden führen.

Fazit all dessen für Ihren Verband wird sein: Der Anpassungs- und Wettbewerbsdruck auf Landwirtschaft und Weinbau nimmt weiter zu.

Nur wenn es gelingt wettbewerbsfähige Strukturen zu schaffen, wird es möglich sein, dass

- die Unternehmen auf Dauer ein ausreichendes Einkommen erzielen können,
- die Kulturlandschaft auf Dauer erhalten wird und
- die Landwirtschaft und der Weinbau einen Beitrag zur Lebensfähigkeit des ländlichen Raumes leisten.

Das wird die zentrale Aufgabe des VTG in den nächsten Jahren sein.

Lassen Sie mich abschließend noch kurz das Thema „Agrarverwaltungsreform“ ansprechen.

Im Rahmen eines Grußwortes kann man auch dieses Thema nur stichwortartig streifen.

Ende letzten Jahres wurden die Eckwerte der Agrarverwaltungsreform, die Ihnen sicher bekannt sind, der Öffentlichkeit präsentiert.

Mittlerweile hat eine intensive Diskussion in Arbeitsgruppen und in einem Lenkungsausschuss stattgefunden. Diese Arbeitsgruppen und der Lenkungsausschuss begleiten intensiv den gesamten Reformprozess.

Durch sie wird gewährleistet, dass die Kunden - das sind die Landwirte, das sind Sie und die anderen Akteure im ländlichen Raum - an diesem Reformprozess mitwirken können.

Ziel ist es, dass Dienstleistungsangebote für die Landwirtschaft und den gesamten ländlichen Raum nachhaltig zu verbessern.

Am Ende des Reformprozesses werden wir in Rheinland-Pfalz sechs Dienstleistungszentren haben, die ein umfassendes Angebot in Sachen Lehre, Beratung, Agrarstrukturverbesserung und Entwicklung des ländlichen Raumes anbieten.

Wir werden durch die neuen Strukturen langfristig 40 Millionen Euro einsparen können. Das ist Geld, das wir angesichts der Haushaltssituation dringend für Programme und Projekte brauchen.

An der Reform war auch Ihr Verband an zentraler Stelle miteingebunden. Ihr Vorsitzender, Herr Billen, ist Mitglied im Lenkungsausschuss, dem wichtigsten, die Reform begleitenden Gremium.

Auch daran können Sie die Bedeutung des VTG ermessen.

Meine Damen und Herren,

ich wünsche Ihrer Veranstaltung heute

- einen guten Verlauf,
- gute und informative Vorträge am Vormittag und
- einen konstruktiven und harmonischen Ablauf der Mitgliederversammlung am Nachmittag.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

## Landentwicklung - (noch ein) attraktiver Partner für nachhaltig handelnde Kommunen?\*)

Ministerialdirigent Manfred Buchta, Mainz

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Beschlüsse von Rio haben in den vergangenen Jahren eine weltweite Diskussion über die Nachhaltigkeit menschlichen Handelns ausgelöst. Auch für die Landentwicklung als Aufgabenfeld der Daseinsvorsorge ist die ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit zu einem bestimmenden Element ihrer Tätigkeit geworden. Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist im Rahmen dieses Kongresses bereits mehrfach erläutert worden. Ich will mich deshalb darauf konzentrieren, ein **Missverständnis** auszuräumen. Ein Mißverständnis, das mir immer wieder in öffentlichen Diskussionen auffällt und das auch für die Landentwicklung und die Bodenordnung nicht geringe Bedeutung hat.

Viele Zeitgenossen, insbesondere Verbandsvertreter des Naturschutzes, verstehen Nachhaltigkeit ausschließlich eindimensional. Sie konzentrieren das Anliegen von Rio allein auf den Schutz der ökologischen Lebensgrundlagen. Die eindimensionale Betrachtung führt dann schnell zu einer Überbetonung des Naturschutzes. Die Philosophie dieser Überbetonung lautet: Je mehr Naturschutzgebiete und je strenger die Reglementierungen sind, umso besser für die ökologische Nachhaltigkeit.

Dabei wird übersehen, dass diese Haltung zu einer immer größer werdenden Distanz und Entfremdung zwischen dem Naturschutz einerseits und den Naturnutzern andererseits führt. Ich meine, der fundamentalistisch ausgerichtete Naturschutz muss umdenken. Die Devise kann nur lauten: **Naturschutz durch nachhaltige Naturnutzung**. Nur dadurch ist die in Rio geforderte dreidimensionale Nachhaltigkeit in ihren ökologischen, aber auch ökonomischen und sozialen Komponenten zu verwirklichen. Der Naturnutzer, egal ob Landwirt, Winzer, Fischer, Waldbauer oder Jäger, hat ein originäres Interesse an der nachhaltigen Bewirtschaftung und Nutzung seiner Flächen. Kein Mensch sägt sich den Ast ab, auf dem er sitzt. Insofern kann auch den Naturnutzern die Erhaltung und Pflege der natürlichen Lebensgrundlagen anvertraut werden. Ein geeignetes Instrument hierfür ist der Vertragsnaturschutz. Für die Landwirtschaft muss der Vertragsnaturschutz mit einer Ausgleichszahlungsverpflichtung verbunden werden. Alle aus Naturschutzgründen vorgeschriebenen Auflagen, die den ordnungsrechtlich vorgegebenen Bewirtschaf-

tungsstandard der „guten landwirtschaftlichen Fachpraxis“ übersteigen, müssen entschädigt werden. Mit solchen Regelungen ist der durch die Beschlüsse von Rio geforderte Einklang und die Übereinstimmung von ökonomischer und ökologischer Nachhaltigkeit in - wie ich meine - in vorbildlicher Weise erreicht.

Meine Damen und Herren, nach der mir wichtigen Ausräumung dieses weit verbreiteten Missverständnisses möchte ich anschließend auf drei Handlungsfelder eingehen, die meines Erachtens für das Thema „Nachhaltige Landentwicklung als attraktiver Partner für nachhaltig handelnde Kommunen“ von besonderer Bedeutung sind.

Es geht mir um

- ☐ die **Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung**,
- ☐ **um die Dorfflurbereinigung**
- ☐ **und um den Freiwilligen Nutzungstausch als neue Bodenordnung auf Besitzbasis.**

Allen drei Handlungsfeldern ist gemeinsam, dass sie Instrumente der Landentwicklung sind. Sie sind zudem **wichtige** Dienstleistungsangebote für die Kommunen. Und es sind schließlich Instrumente, die in besonderer Weise Nachhaltigkeit demonstrieren.

Meine Damen und Herren, Strategien der Nachhaltigkeit müssen im Kopf beginnen. Eine offene Diskussion mit möglichst vielen Beteiligten über das „Warum“, über das „Wie“ und über das „Wohin“ ist zwingende Voraussetzung einer sozial nachhaltigen Projektvorbereitung.

Ausgangspunkt und Fundament dieser Strategie- und Leitbild - Diskussion kann die Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung sein. Sie hat sich jedenfalls in Rheinland - Pfalz als willkommenes Forum kommunaler Diskussionsprozesse durchgesetzt. Die Flurbereinigungsbehörde wirkt hierbei nicht als Behörde, sondern als Betreuer bzw. Moderator, mit.

\*) Rede bei den 5. Münchner Tagen der Bodenordnung und Landentwicklung 2003, am 17. und 18. März 2003 an der Technischen Universität München



Dabei ist die AEP keine Serienproduktion, sondern eine Einzelanfertigung. Jedes Projekt nimmt seinen eigenen Verlauf mit ganz individuellen Zielen und Vorstellungen.

Nicht selten findet die AEP ihre Fortsetzung in Überlegungen zum Standortmarketing bzw. Regionalmarketing. Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass die AEP für die Gemeinden sowohl Ausgangspunkt als auch willkommenes Forum für weitergehende Initiativen ist.

Es geht darum, unterhalb der Landes- und Regionalplanung, aber im Vorfeld der Bauleitplanung, Leitbild- und Zieldiskussionen im Sinne der AGENDA 21 mit den Bürgern führen. Die Landentwicklung konzentriert sich dabei ganz bewußt auf die Moderation und Betreuung und nimmt mehr die Rolle des Zuhörers und weniger die des Gestalters ein. Auf eine Gefahr möchte ich aber in diesem Zusammenhang hinweisen. Nicht selten werden in den Diskussionsrunden der AEP Ideen und Projektziele entwickelt, die den Bereich der Landentwicklung verlassen. Sie gehen weit in das Feld der kommunalen Entwicklung, der Daseinsvorsorge und der Verbesserung der Umweltsituation hinein. Dies bewegt sich zwar alles in den Zielen ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit.

Die Vorschläge sind aber mit der Finanzverantwortung der Landentwicklung und der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ nicht vereinbar. Hierauf achten insbesondere die Bauernverbände mit großem Argwohn. Sie verweisen darauf, dass die Gemeinschaftsaufgabe ein Agrartopf ist. Er soll ihrer Meinung nach prinzipiell Zwecken der Landwirtschaft, zumindest aber denen des ländlichen Raumes, vorbehalten bleiben. Eine gewisse Sensibilität für die Grenzen der Gemeinschaftsaufgabe und ihrer Finanzverantwortung darf deshalb auch bei den wichtigen Prozessen der Nachhaltigkeit nicht verloren gehen. Wir haben zu diesem Zweck in Rheinland-Pfalz im Wirtschaftsministerium einen „Runden Tisch“ mit den Verbandsbürgermeistern der Förderschwerpunkte eingerichtet. Wir versuchen auf diese Weise, gemeinsam mit anderen Ministerien der Landesregierung, die ressortbezogenen Grenzen der Finanzverantwortung zu überwinden. Ich räume aber ein, dass dieses Unterfangen nicht einfach ist. Ressortgrenzen zu durchbrechen ist schwierig und gleicht dem Bohren in Betonmauern.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zur **Dorfflurbereinigung**. Hierbei meine ich die Bodenordnung im Dorf und nicht das bayrische Modell der Kombination von Dorferneuerung und Flurbereinigung. Sie scheint mir als nachhaltig wirkende

Landentwicklungsmaßnahme besonders erwähnenswert. Überhaupt wird die Dorfflurbereinigung meines Erachtens in ihren vielfältigen Wirkungen unterschätzt. Sie ist zudem ein Bereich, in dem sich die Partnerschaft zwischen Landentwicklung und den Kommunen als besonders fruchtbar auswirken kann. Die Dorfflurbereinigung steht unter dem Prinzip der Freiwilligkeit. Grenzen in der bebauten Ortslage zu verändern, setzt die Einsicht und Akzeptanz der Grundstückseigentümer voraus. Sehr oft sind aber Grundstücksnachbarn durch Jahre und Jahrzehnte währende Streitigkeiten so zermüht, dass sie die Moderation der Landentwicklung gerne und konstruktiv aufgreifen. Mit viel Geduld und einer gewissen Hartnäckigkeit lassen sich dann Lösungen finden, die nicht nur dem friedlichen Zusammenleben dienen sondern auch neue Entwicklungsmöglichkeiten und Investitionen eröffnen. Die Dorfflurbereinigung darf sich also nicht in einem reinen Vermessungsprogramm erschöpfen. Sie muss vielmehr auch Raum zur Weiterentwicklung und zur Aufwertung der Wohn- und Lebensqualität geben. Nach unseren Erfahrungen sind Dorfflurbereinigungsprojekte, bei denen sich die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Landentwicklung und Kommunen in besonderer Weise bewähren muss. Nur dann, wenn auch die Gemeinde bereit ist, sich voll in die Gespräche mit den Grundeigentümern einzubringen, wird eine Dorfflurbereinigung erfolgreich beendet werden können. Ziele der Nachhaltigkeit sind m.E. schon dadurch verwirklicht, dass mit Hilfe einer Dorfflurbereinigung der Landschaftsverbrauch minimiert werden kann.

Nicht die Ausweisung großflächiger Neubaugebiete am Ortsrand ist das Ziel, sondern die Schaffung neuer Wohn- und Entwicklungsmöglichkeiten in den Grenzen der vorhandenen Ortslage. Der Planungsauftrag in der Dorfflurbereinigung ist deshalb besonders schwierig und anspruchsvoll: Es gilt, mit dem Einverständnis der beteiligten Grundeigentümer durch neue Arrondierungen und Grundstückszuschnitte, auch durch bauliche Verdichtungen in der Ortslage, neue Bau- und Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen. Damit werden - in partnerschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und Landentwicklung - Ziele der ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit verknüpft und projektbezogen umgesetzt.

Meine Damen und Herren, ich will mich jetzt dem letzten Schwerpunkt meiner Ausführungen, dem **Freiwilligen Nutzungstausch**, zuwenden. Ich habe diesen Schwerpunkt ausgewählt, weil er meiner Ansicht nach unter Gesichtspunkten des Ressourcenschutzes und der Minimierung des Landschaftsverbrauchs besonders hervorzuheben ist.

Bekanntlich geht es beim Nutzungstausch darum, ohne Veränderung der Eigentumsgrenzen größere Bewirtschaftungseinheiten auf Nutzungsbasis zu schaffen. Dabei ist die Flurbereinigungsbehörde mehr in der Rolle des Betreuers und weniger in der des Gestalters. Die Gesamtmaßnahme steht unter dem Prinzip der Freiwilligkeit der Grundeigentümer. Immer dann, wenn es um ein begrenztes Gebiet mit einer begrenzten Zahl von Grundeigentümern geht, und schnelle agrarstrukturelle Lösungen notwendig sind, ist der Nutzungstausch das geeignete Instrument der Landentwicklung. Die Förderfähigkeit ist dadurch gegeben, dass der Nutzungstausch Eingang in die Gemeinschaftsaufgabe gefunden hat und von da her die Finanzierung bestimmter Aufwendungen möglich ist.

Bei der Konzeption dieser neuen Maßnahme haben die Länder Bayern und Rheinland-Pfalz eng zusammengearbeitet. Weil in der Regel keine Baumaßnahmen durchgeführt werden und weil sich der Nutzungstausch auf die Festlegung neuer Nutzungsgrenzen konzentriert, findet auch kein Landschaftsverbrauch statt. Im Gegenteil: Bisher als Wirtschaftswege genutzte Flächen werden zur Bildung größerer Schläge eingezogen und künftig als Acker- oder Grünland genutzt.

Dabei soll aber ein landespflegerisches Problem nicht verschwiegen werden. Die einzuziehenden Querwege, die noch aus der Zeit der Pferde- und Kuhanspannung stammen und in Abständen von etwa 180 - 200 Metern verlaufen, sind sehr oft Erdwege mit Grasbewuchs und Begleitgrün. Nach Auffassung der Naturschutzbehörden stellt die Beseitigung dieser Erdwege einen landespflegerischen Eingriff dar, der ausgeglichen werden muss. Dieses Problem wird verfahrensbezogen dadurch gelöst, dass an anderer Stelle, z. B. am Rande eines vergrößerten Schlages, in Bewirtschaftungsrichtung und mit Zustimmung des Landwirts eine landespflegerische Ausgleichsfläche ausgewiesen wird. An dieser Stelle will ich festhalten, dass bei der Lösung dieses landespflegerischen Problems - und beim Freiwilligen Nutzungstausch generell - die Partnerschaft zwischen Landentwicklung und Kommune Voraussetzung einer erfolgreichen Durchführung ist. Nur dann, wenn die Gemeinde voll hinter einer Maßnahme steht und die Landentwicklung die Gemeinde als Dienstleister unterstützt, ist ein erfolgreiches und nachhaltiges Wirken im ländlichen Raum möglich.

Meine Damen und Herren, ich komme zum **Schluß** und will zusammenfassen.

An den Beispielen der Agrarstrukturellen Entwicklungsplanung, der Dorfentwicklung und des Nut-

zungstausches habe ich Ihnen nachhaltig wirkende und ressourcenschonende Landentwicklungsmaßnahmen dargestellt.

Sie alle wissen, dass die Europäische Agrarpolitik vor einer grundlegenden Neuorientierung steht. Die Vorschläge der EU-Kommission zur Halbzeitbewertung liegen auf dem Tisch und werden im Augenblick sehr kontrovers diskutiert. Dabei geht es vorrangig um die Finanzierbarkeit der Agrarausgaben in einer erweiterten EU und um die WTO-Konformität. Was immer am Ende als verbindliche Grundlage herauskommen wird, eines ist sicher. Die Standards für den Umwelt- und Tierschutz innerhalb der Gemeinsamen Agrarpolitik werden angehoben und weiter steigen. Der europäische Steuerzahler ist nur dann bereit, die vielen Milliarden Euro der Landwirtschaft und dem ländlichen Raum zur Verfügung zu stellen, wenn umwelt- und ressourcenschonend produziert wird.

In den Sog höherer Umweltstandards wird nach meiner festen Überzeugung auch die Landentwicklung kommen. Auch die Landentwicklung muss einige ihrer Projekte überprüfen und sich neu orientieren.

Als Vorsitzender der ArgeLandentwicklung bin ich deshalb Herrn Prof. Magel dankbar, dass er sich rechtzeitig dieses Themas angenommen hat. Die ArgeLandentwicklung wird die Erkenntnisse und Ergebnisse dieses Fachkongresses aufgreifen und sehr sorgfältig auswerten. Angesichts der Situation, dass auch die Gemeinschaftsaufgabe im Jahre 2004 vor einer Neuorientierung steht, müssen wir das Jahr 2003 nutzen, um unsere eigenen Vorstellungen zu entwickeln. Die ArgeLandentwicklung hofft dabei auch auf die Unterstützung des Lehrstuhls für Landentwicklung und Bodenordnung in München.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

# 25 Jahre Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaften Flurbereinigung und Landentwicklung

Ministerialrat Prof. Axel Lorig, Mainz

## 1. Einleitung

„Für die Flurbereinigungsverwaltungen des Bundes und der Länder ist heute ein denkwürdiger Tag. Zwei bisher selbständige, seit 25 Jahren mit Erfolg wirkende Bund-Länder-Gremien schließen sich zu **einem** Spitzengremium zusammen: Der Ausschuss für Grundsatzfragen der Flurbereinigung und die Arbeitsgemeinschaft für das technische Verfahren der Flurbereinigung im Bundesgebiet (AtVF). Diese beiden Spitzengremien haben sich für eine „Flurbereinigung in eigener Sache“ entschieden und damit den Weg zur heutigen Gründung der Arbeitsgemeinschaft Flurbereinigung frei gemacht“, eröffnete Staatsminister Dr. Hans Eisenmann [1] am 5. Dezember 1977 vor rund 25 Jahren in München seine Grundsatzrede zur konstituierenden Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Flurbereinigung.

25 Jahre Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaften Flurbereinigung und Landentwicklung sind eine Herausforderung, das überaus erfolgreiche Wirken dieser Gremien darzustellen.

## 2. Vorläufer der Arbeitsgemeinschaft Flurbereinigung (ArgeFlurb)

Die Entstehung der Vorläufer der ArgeFlurb ergab sich zwangsläufig aus dem Flurbereinigungs-gesetz. Nach § 2 Abs. 2 dieses Gesetzes haben die Länder nämlich die Durchführung der Flurbereinigung als eine besonders vordringliche Maßnahme zu betreiben und die Flurbereinigungsbehörden und deren Dienstbezirke zu bestimmen. Die Bundeszuständigkeit mit dem Auftrag einer Durchführung durch die Länder legten es geradezu nahe, über den Weg des ständigen Gedankenaustausches länderübergreifend anerkannte Grundlagen für die praktische Flurbereinigungstätigkeit zu schaffen, die sich vor allem in Handlungsempfehlungen für Verwaltungsvorschriften niederschlagen, aber auch in die Vorbereitung politischer Entscheidungen münden [2].

Hätte es in der Anfangszeit der Flurbereinigung den Ausschuss für Grundsatzfragen für Flurbereinigung und die Arbeitsgemeinschaft für das technische Verfahren der Flurbereinigung nicht gegeben, wäre

die Flurbereinigung in jedem Bundesland neu erdacht und interpretiert worden. Es war dem gegenüber möglich, Zuständigkeiten und Verantwortung klar zu regeln, Informationsverluste und Doppelarbeiten gering zu halten und Reibungsverluste zu vermeiden. Nach der Novellierung des Flurbereinigungs-gesetzes im Jahre 1976 kamen die Länder überein, eine einzige Institution für den Gesamtbereich Flurbereinigung zu schaffen, um die anstehenden rechtlichen und technischen sowie finanziellen Probleme und Fachfragen in einem interdisziplinären Kreis erfolgreich und nachhaltig aufbereiten zu können.

## 3. Zusammenarbeit mit fachverwandten Gremien und Hochschulen

Von Anfang an waren der Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit fachverwandten Gremien, die Zusammenarbeit mit Hochschulen sowie die Übernahme wissenschaftlicher Erkenntnisse auf dem Gebiet der Flurneuordnung zentrale Anliegen. In einem Kurzbericht im Jahre 1978 fasste der erste Geschäftsführer der ArgeFlurb, Holger Magel, die Anliegen und Arbeiten in fachverwandten Gremien, in denen die ArgeFlurb ständig vertreten war, mit einem Bericht zusammen, um diesen Meinungs- und Erfahrungsaustausch als eine zentrale Kernaufgabe in die neuen Gremien der ArgeFlurb zu überführen. Nach diesem Bericht [3] bestanden bei Gründung der ArgeFlurb ständige Vertretungen bei folgenden Institutionen:

- ☐ Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen (AdV)
- ☐ Deutsche Geodätische Kommission (DGK)
- ☐ Kontaktkreis der deutschen Vermessungsgremien
- ☐ Deutsche Gesellschaft für Photogrammetrie und Fernerkundung
- ☐ Institut für angewandte Geodäsie (IfAG) mit Sechserausschuss und Kommission b der OEEPE

- ☐ Firma Carl Zeiss mit Verleihungsrat des Carl-Pulfrich-Preises
- ☐ Fachnormenausschuss „Feinmechanik und Optik“ des „Deutschen Instituts für Normung e.V. (DIN)“ - Arbeitsausschuss „Geodätische Instrumente und Geräte“
- ☐ Arbeitskreis „Automation der AdV“
- ☐ DVW-Arbeitskreis „Kosten-Nutzen-Analyse für ein zentral geführtes, einheitliches Leitungskataster“
- ☐ Lenkungsausschuss Automatisierung der Liegenschaftskarte und Projektgruppe Zusammenarbeit zwischen Flurbereinigung, Grundbuch und Liegenschaftskataster in der Grundstücksdatenbank
- ☐ Forschungsgesellschaft Straßenwesen - Arbeitskreis „Ländliche Wege“
- ☐ Kuratorium für Wasser- und Kulturbauwesen (KWK-Arbeitsgruppe „Ländliche Wege“)
- ☐ Beratungsgruppe für Entwicklungshilfe im Vermessungswesen (BEV)

#### 4. **Arbeitsgemeinschaft Flurbereinigung des Bundes und der Länder (Arge-Flurb)**

Die Arbeitsgemeinschaft Flurbereinigung hatte sich das Aufgabenziel gesetzt, die Flurbereinigungsverwaltungen der Länder durch rechtzeitige und gemeinsame Behandlung der allgemeinen und grundsätzlichen Angelegenheiten zu unterstützen und die Effizienz der strukturpolitisch wichtigen Maßnahmen der Flurneuordnung für den ländlichen Raum, die Land- und Forstwirtschaft und die allgemeine Landeskultur zu steigern. Hierfür wurden neben dem Plenum zwei ständige Ausschüsse und vier Arbeitsgruppen gebildet. Für die Untersuchung spezieller Einzelfragen wurden Projekt- oder Expertengruppen eingesetzt. Im Plenum und den Ausschüssen und Arbeitsgruppen waren bis auf die Stadtstaaten der Bund und alle Länder vertreten. In den Arbeitsgruppen arbeiteten Bund und Länder je nach Interessenlage mit.

Die wichtigste Aufgabe des Plenums ist die Behandlung grundsätzlicher Fragen und Leitlinien. Hiermit hat sich das Plenum inzwischen zweimal befasst.

Die sich ständig verändernden agrar- und umweltpolitischen Bedingungen führten bereits im Jahre 1987 zu einem Thesenpapier „Durchführung von Flurneuordnungen unter veränderten agrar- und umweltpolitischen Rahmenbedingungen“ [5]. Die hierbei aufgestellten Thesen wurden im „Gelben Teil“ des Heftes 10 der Arbeitsgemeinschaft Flurbereinigung abgedruckt.

Einige Jahre später hat sich erneut die Notwendigkeit erwiesen, „Leitlinien für die Landentwicklung - Zukunft im ländlichen Raum gemeinsam gestalten“ - zu entwerfen und als verbindliche Leitlinie für die Bodenordnung in allen Ländern einzuführen. Erneut wurden Akzente verschoben und auf die wichtigsten Brennpunkte der Landentwicklung fokussiert. Mit den Leitlinien wurde das programmatische Thesenpapier aus dem Jahre 1987 fortgeschrieben und ein neuer Orientierungsrahmen zur Landentwicklung gesetzt. Ein deutlicher Entwicklungssprung wurde mit diesen „Leitlinien Landentwicklung“ im Bereich des modernen Verwaltungshandelns erreicht. Überall zeigt sich inzwischen, dass der Schlüssel für effiziente Landentwicklung in der Vorbereitung liegt.

#### 4.1 **Ausschuss für Verwaltung und Recht (AVR)**

Die Arbeit des Ausschusses für Verwaltung und Recht knüpfte in den wesentlichen Fragestellungen nahtlos an die langjährige, äußerst erfolgreiche Arbeit des Ausschusses für Grundsatzfragen der Flurbereinigung an. Am 11. Januar 1978 hatte die Arbeitsgemeinschaft Flurbereinigung festgelegt, dass der neu gebildete AVR im Rahmen des § 1 der Geschäftsordnung die aus rechtlicher und verwaltungsmäßiger Sicht anstehenden Probleme der Flurbereinigung zu behandeln und Lösungsvorschläge auszuarbeiten hatte. Bei einer Bilanz nach etwa 20 Jahren stellte der Vorsitzende des AVR aus den Protokollen seiner Sitzungen eine Liste an Themenschwerpunkten [3] zusammen: Förderpolitik, Förderung und Finanzierung der Flurbereinigung, des freiwilligen Landtausches und des ländlichen Wegebaus, Gesellschaftspolitische Einbettung der Flurbereinigung, Flurbereinigungsrecht in Beziehung zu anderen Rechtsbereichen, Flurbereinigungsgerichtsbarkeit, Organisation der Flurbereinigungsverwaltungen, Umweltrechtliche Grundsatzfragen, Weiterentwicklung des Flurbereinigungsrechts, Beauftragung Dritter, Teilnehmergemeinschaften und TG-Verbände, Umsetzung und Wertung höchstrichterlicher Rechtsprechung, Verwaltungsaufbau und Rechtsgrundlagen in den neuen Bundesländern.

Im Zuge der Entwicklung wurden vor allem die aus der europäischen Union entstehenden Rechtsfragen, die Rechtsfragen zur Landespflege und Umweltverträglichkeitsprüfung und zur Weiterentwicklung der Flurbereinigung immer wieder besondere Schwerpunkte. In verschiedenen Bereichen wurden Empfehlungen oder Musterrichtlinien erstellt. Die Musterplantexte, die Musterrichtlinien zu den Umweltverträglichkeitsprüfungen und viele andere Empfehlungen haben die Entwicklung im einschlägigen Rechtsbereich, aber auch die Verwaltungs- und Finanzierungsvorschriften der Länder entscheidend geprägt.

#### 4.2 Ausschuss für Planung und Technik (APT)

Dem Ausschuss für Planung und Technik hatte das Plenum der ArgeFlurb den Auftrag erteilt, Probleme im Bereich Flurbereinigung aus planerischer und technischer Sicht zu behandeln und hierfür Lösungsvorschläge auszuarbeiten. Aus einer Zusammenstellung der Themen nach insgesamt 41 Sitzungen des APT in etwa 20 Jahren wird deutlich, dass es kaum ein einschlägiges planerisch-technisches Thema gab, das in diesem Ausschuss nicht Gegenstand von Beratungen und Empfehlungen geworden ist. Wichtige Themenbereiche [3] waren: Leitlinien für Verfahren nach dem FlurbG, Arbeitsprogramme, Bildung räumlicher und sachlicher Schwerpunkte, Anwendung der Verfahrensarten nach dem FlurbG, Einheitliche Entwicklung der Flurbereinigung auf planerischen und technischem Gebiet in den Aufgabenschwerpunkten Planung, Landespflege, Wasserwirtschaft, Bautechnik, Wertermittlung, Vermessungstechnik, Liegenschaftskataster, Baurecht, Planungsrecht, Verfahrenstechnik und Strukturdaten ländlicher Raum, Effizienzfragen, Controlling, Beschleunigungs- und Optimierungsvorhaben, optimaler Personal- und Finanzmitteleinsatz, Statistik, Zusammenarbeit mit Trägern der Flurbereinigung und anderen Stellen, Entwicklungshilfe, Zusammenarbeit mit Hochschulen und bei Forschungsvorhaben, Mitwirkung bei Ausbildungs- und Prüfungsangelegenheiten, Öffentlichkeitsarbeit.

#### 4.3 Arbeitsgruppe Automation (AgA)

Vor der Entscheidung über die (Neu-) Einsetzung einer Arbeitsgruppe Automation im Rahmen der neu gebildeten ArgeFlurb wurde ein umfassender Bericht [3] über das vorherige Wirken des Arbeitskreises Automation der AtVF abgegeben. Bis zu seiner Neugründung im Jahre 1978 hatte bereits ein Arbeitskreis Automation in 14 Sitzungen die stürmische Entwicklung der Technik ab Ende der 50er Jahre in den Bereichen Datenverarbeitung, Ratio-

nalisation und Automatisierung des technischen Verfahrens der Flurbereinigung und Entwicklung moderner Gerätesysteme begleitet. Die von der AtVF veranlasste und intensiv betriebene Entwicklung moderner Vermessungsgeräte mit automatischer Registrierung (zum Beispiel Code-Theodolit und selbst registrierendes elektronisches Tachymeter Reg Elta) gaben den Anstoß zur Bildung des Arbeitskreises Automation.

In den ersten Jahren informierten sich die Mitglieder des Arbeitskreises gegenseitig über die Erprobung neuer Geräte oder Programme, tauschten Erfahrungen aus, um zu vermeiden, dass jedes Land für sich Lehrgeld bezahlen musste, arrangierten Vorführungen von modernen Geräten, werteten Forschungsvorhaben aus und schöpften neues Wissen aus Referaten, die außen stehende Experten im Arbeitskreis hielten. Es wird deutlich, dass es kein wichtiges Thema gab, mit dem sich der Arbeitskreis nicht beschäftigt hätte, wie zum Beispiel „Belegleser“, „Aufnahmegeräte“, „Entwicklungsmaschinen“, „Lesegeräte für die Mikroverfilmung“, „elektronische Lichtzeichenanlagen“, „photogrammetrische Luftbildauswertung“, „interaktive graphische Bildschirmarbeitsplätze“, „Elektronenstrahlplotter“, immer wieder neue Generationen von „Datenverarbeitungsanlagen“, sowie Datenverarbeitungsprogramme für die „Netzausgleichung“, „Polarpunktberechnung“ oder die „automatische Wertberechnung der Blöcke mittels Flächenverschneidung“. Die Liste der behandelten Themen füllt mehr als 20 eng beschriebene Schreibmaschinenseiten und macht das rasante Tempo der technischen Entwicklung der letzten 50 Jahre deutlich.

Der inzwischen in allen Bundesländern extrem hohe Technikeinsatz bedingt ein partnerschaftliches Vorgehen, das schon dann Kosten senkend wirkt, wenn lediglich das Sollkonzept zur Lösung eines Problems gemeinsam erarbeitet wird. Insoweit ist es immer noch richtig, dass Ministerialrat Zippelius bereits 1978 die Arbeitsgruppe Automation als die „Rationalisierungsarbeitsgruppe im Flurbereinigungsverfahren“ bezeichnete.

Hinzugekommen waren bei der Bilanz nach 20 Jahren neben den länderübergreifenden Projekten der Automation, Fernerkundung und Bildverarbeitung vor allem auch Marktanalysen und gemeinsame Strategien. Vor allem zählte bei der AgA der Blick über die Landesgrenze, um technische Arbeitsplätze von den Anwendern (und nicht von Firmen) vor Ort vorgestellt zu bekommen, um so „ungefiltert“ Stärken und Schwächen der jeweiligen Produkte beurteilen zu können.

#### 4.4 Arbeitsgruppe Bau (AgBau)

Auch die 1978 neu gebildete Arbeitsgruppe Bau hatte innerhalb der AtVF einen Vorläufer unter dem Namen „Arbeitskreis ländliche Wege“. Dieser bestand ebenfalls schon Jahre zuvor und hatte sich mit Grundlagen, Grundsätzen und Richtlinien für die Planung von Wegen und Gewässern, von Bodenverbesserungen und landschaftsgestaltenden Anlagen bei der Neuordnung ländlicher Räume auseinander zu setzen. Die immer wieder fortgeschriebenen Empfehlungen „Der Plan über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen ...“ mit einer ersten Ausgabe von 1963 gelten auch heute noch. Da die Flurbereinigung Wege- und Gewässernetze sowie landschaftsgestaltende Anlagen plant und anschließend auch den Ausbau ihrer eigenen Planungen durchführt, befassten sich Angehörige der Flurbereinigungsverwaltungen seit jeher in den meisten Bundesländern intensiv mit allen Fragen der Planung und des Ausbaus von ländlichen Wegen, Straßen und Gewässern. Die AgBau hat diese Aufgaben aktiv übernommen und sehr weit reichende grundlegende Richtlinien und Empfehlungen erarbeitet und eingeführt. Dabei war eine ständige Beobachtung der Mechanisierung in der Landwirtschaft und der außeragraren Entwicklung im ländlichen Raum im Hinblick auf die Auswirkung auf die planerischen und technischen Maßnahmen in der Flurbereinigung erforderlich. Alle in der Flurbereinigung erarbeiteten Regelungen mussten mit übergeordneten technischen Vorschriften, Richtlinien und Merkblättern anderer Gremien (z. B. Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen) abgestimmt werden. Schließlich waren auch Hinweise und Vorschläge auf Möglichkeiten zur Einsparung von Kosten, Untersuchung der Eignung und Durchführbarkeit neuer Materialien bzw. Ausbaumethoden, deren kritische Würdigung sowie die Durchführung von Versuchsprogrammen zur Erprobung von geeigneten Ausbauweisen bei unterschiedlichsten Bodenverhältnissen durchzuführen. Für eine kurze Zeitspanne hatte die AgBau auch die Landespflege zu bearbeiten. Etwa die Hälfte der o.a. Schriftenreihe der ArgeLandentwicklung - mit derzeit 19 Heften - wurde von der AgBau bearbeitet und laufend gehalten [3].

#### 4.5 Arbeitsgruppe Dorferneuerung (AgDorf)

Unter der Ziffer 14 des Protokolls [3] der Arbeitsgemeinschaft Flurbereinigung vom 14. Januar 1978 beschloss die ArgeFlurb die Einsetzung einer neuen Arbeitsgruppe Dorferneuerung (AgDorf). Zur ersten Sitzung wurde die AgDorf vom 18. bis 20. September 1978 nach Würzburg einberufen. Ein wichtiges Anliegen in der Startphase war die Dokumentation und Auswertung des Dorferneue-

rungsprogramms (ZIP) 1977 bis 1980. Die AgDorf hat die Dorferneuerung in der Folge nicht nur begleitet, sondern entscheidend dazu beigetragen, dass sie zu einem Schwerpunkt der Landes- und Agrarpolitik in allen Bundesländern geworden ist. Heute wird deutlich, zu welcher weitgreifenden Bürgerinitiative die Dorferneuerung vor allem unter Holger Magel entwickelt wurde:

- ☐ Weiterentwicklung der Grundsätze der Dorferneuerung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“
- ☐ Formulierung von Grundsätzen zur ländlichen Regionalentwicklung
- ☐ Erarbeitung von Leitlinien zur Entwicklung ländlicher Räume
- ☐ Erfahrungsaustausch zwischen Bund und Ländern auf dem Gebiet der Dorf- und Regionalentwicklung
- ☐ Zusammenwirken mit dem Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“, mit dem Europäischen Dorferneuerungspreis und der Europ. ArgeLandentwicklung und Dorferneuerung
- ☐ Begleitung der EU-Strukturförderung und der LEADER-Programme
- ☐ Auswertung von Forschungsvorhaben der Dorferneuerung

#### 4.6 Arbeitsgruppe Rechtsprechung zur Flurbereinigung (AgRzF)

Auch die Arbeitsgruppe Rechtsprechung zur Flurbereinigung hatte einen Vorläufer vor der Gründung der ArgeFlurb: Die Arbeitsgruppe zur Sammlung der RzF. Diese wiederum hatte sich entwickelt aus einer Arbeitsgruppe, deren Aufgabe es war, Mustertexte für die verschiedenen Flurbereinigungspläne und dem Zusammenlegungsplan nach dem Flurbereinigungsgesetz zu entwickeln. Diese Aufgabe war im Jahr 1970 erfüllt.

Daraufhin hatte der Grundsatzausschuss im Jahre 1970 beschlossen, die Rechtsprechung zur Flurbereinigung aufzubereiten und in einer Sammlung zusammenzustellen. Diese Sammlung wird alljährlich auf den neuesten Stand gebracht. Alle bedeutenden Entscheidungen zur Flurbereinigung wurden in die Sammlung aufgenommen. Mit dem Hinzukommen der neuen Bundesländer wurde die Sammlung auf die Rechtsprechung zum Landwirt-

schaftsanpassungsgesetz erweitert. Der technischen Entwicklung folgend wurde die Sammlung - mit besonderer Unterstützung durch Holger Magel - auf eine Datenverarbeitungslösung umgestellt.

#### **4.7 Projektgruppe „Bodenordnung in den neuen Bundesländern“**

Am 3. Oktober 1990 sind in der Bundesrepublik Deutschland 5 neue Länder entstanden. Nach Konstituierung der neuen Landesregierungen hat die ArgeFlurb die Landwirtschaftsministerien der neuen Länder zur Mitarbeit eingeladen. Der Aufbau der neuen Verwaltungen, ihre Organisation und Herstellung der Arbeitsfähigkeit war ein Gebiet, bei dem die ArgeFlurb entscheidende Unterstützung geben konnte.

Neben der Verwaltungshilfe wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich speziell mit den Problemen befaßte, die aus dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz und der Einführung spezieller Arbeitsweisen in den neuen Ländern resultieren. In wesentlich höherer Taktrate (in der Regel etwa 4 Sitzungen pro Jahr) hat diese Arbeitsgruppe Pionierarbeit für den Aufbau der Landentwicklung in den neuen Bundesländern geleistet und sich mit folgenden Themenbereichen schwerpunktmäßig beschäftigt: Zusammenführung von Boden- und Gebäudeeigentum nach § 64 des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes, Bildung der Flurneuerordnungsbehörden und Zusammenarbeit mit anderen Stellen, Freiwilliger Landtausch und Bodenordnungsverfahren in der Feldlage, Bezüge zwischen Landwirtschaftsanpassungsgesetz und Flurbereinigungsgesetz, Zusammenarbeit der Flurneuerordnungsbehörden mit den Privatisierungsunternehmen, mit Siedlungsunternehmen und anderen geeigneten Stellen, Unternehmensflurbereinigung in den neuen Ländern, Berücksichtigung ökologischer Belange in den Verfahren nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz, Kosteneinsparung in Verfahren zur Flurneuerordnung, Probleme der Verfahrensbearbeitung und Personalgewinnung.

Zu vielen dieser grundsätzlichen Themenstellungen hat die Projektgruppe Handreichungen und Empfehlungen herausgegeben. Als Projektgruppe war sie zunächst für einen Übergangszeitraum eingerichtet, stellte aber dann vor fünf Jahren einhellig fest, dass sie in ihrer besonderen Form, mit der Häufigkeit der Tagungen und mit der speziellen Erörterung von den in den neuen Ländern auftretenden Problemen noch auf längere Zeit unverzichtbar sei.

### **5. Arbeitsgemeinschaft Landentwicklung des Bundes und der Länder (ArgeLandentwicklung)**

Ausgehend von einer Besprechung der Vorsitzenden der Ausschüsse und Arbeitsgruppen der Arge-Flurb am 26./27. Juni 1996, wurden nicht nur die „Leitlinien für die Landentwicklung - Zukunft im ländlichen Raum gemeinsam gestalten“ erarbeitet und verabschiedet, sondern auch ein Neustrukturierungsprozeß der Ausschüsse, Arbeitsgruppen und Projektgruppen in Gang gebracht. So war zum Beispiel zu überlegen, ob die Unterscheidung in Ausschüsse und Arbeitsgruppen noch gerechtfertigt war oder ob es nicht besser sei, eine Neuaufteilung der Aufgaben vorzunehmen und gleichwertige Arbeitskreise einzurichten. Von der Agrarministerkonferenz bzw. deren Amtschefkonferenz wurde daher am 17. September 1998 in Hinblick auf die von ihr gebilligten Leitlinien Landentwicklung und der damit einher gehenden Restrukturierung der ArgeFlurb, bei der die Anzahl der Arbeitskreise auf ein unabwiesbares Minimum zurückgeführt wurden, die Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Flurbereinigung (Arge-Flurb) in Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Landentwicklung (ArgeLandentwicklung) umbenannt. Den neu gebildeten Arbeitskreisen wurden fest vorgegebene Aufgaben zugeordnet. Mit einer festen Aufgabenzuordnung sollte eine Doppelbehandlung von Fachfragen in unterschiedlichen Arbeitskreisen der ArgeLandentwicklung vermieden und eine bestmögliche Zuordnung zu den jeweils von den Mitgliederverwaltungen entsandten Vertretern gewährleistet werden.

#### **5.1 Plenum der Arbeitsgemeinschaft Landentwicklung**

Die Arbeitsgemeinschaft Landentwicklung hat die Aufgabe, die Planung und Durchführung von Vorhaben der Landentwicklung durch rechtzeitige gemeinsame Behandlung der allgemeinen und grundsätzlichen Angelegenheiten zu fördern. Zu diesem Zweck hat sie insbesondere Grundlagenmaterial zu erarbeiten und Orientierungsdaten für die Landentwicklung zur Verfügung zu stellen, Empfehlungen für die Vorbereitung, Planung und Durchführung der Vorhaben der Landentwicklung zu geben, die Technik in der Landentwicklung weiter zu entwickeln, Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, den Meinungs- und Erfahrungsaustausch zu pflegen, die Zusammenarbeit mit Hochschulen zu pflegen und wissenschaftliche Erkenntnisse auf dem Gebiet der Landentwicklung aufzuarbeiten, die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Landentwicklung zu fördern und die Belange der Landentwicklung in anderen Gremien zu vertreten.



## 5.2 Arbeitskreis I - Bodenmanagement, Flurbereinigung, agrarstrukturelle Entwicklungsplanung

Das Plenum der ArgeLandentwicklung hat diesem Arbeitskreis die Aufgaben Landentwicklungsstrategien, Fortentwicklung der „Leitlinien Landentwicklung - Zukunft im ländlichen Raum gemeinsam gestalten“, Anwendung und Weiterentwicklung von Bodenmanagement, Flurbereinigung und agrarstrukturelle Entwicklungsplanung, Finanzierung und Förderung der Landentwicklung, Effizienz der Landentwicklung, Organisation der Landentwicklung (Verwaltung, Verbände der Teilnehmergeinschaften, Aufgabenwahrnehmung durch Dritte), Projektmanagement und Controlling, Nachhaltiger Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, Landeskultur und Landespflege, Zusammenarbeit mit Wissenschaft, Forschung, Fachorganisation und -institutionen, Internationale Zusammenarbeit sowie Öffentlichkeitsarbeit und Internetpräsentation zugewiesen.

## 5.3 Arbeitskreis II - Dorferneuerung

Der Arbeitskreis hat die Aufgaben Grundsätze der Dorfentwicklung, Anwendung und Weiterentwicklung, Finanzierung und Förderung, Bürgermitwirkung, offene Planungsmethoden, Unterstützung von Agenda 21-Prozessen, Zusammenwirken mit Wettbewerben, Zusammenarbeit mit Institutionen, Auswertung von Forschungs- und Modellvorhaben und Öffentlichkeitsarbeit zur Erledigung zugewiesen bekommen.

## 5.4 Arbeitskreis III - Recht

Der Arbeitskreis behandelt die Rechtsangelegenheiten der Landentwicklung, Bezüge zu anderen Rechtsbereichen, Rechtsprechungssammlung zur Flurbereinigung und zum 8. Abschnitt des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes (RzF) und Rechtsfragen der ArgeLandentwicklung.

## 5.5 Arbeitskreis IV - Technik und Automation

Der Arbeitskreis bearbeitet die Aufgaben Technik und Datenverarbeitung in der Landentwicklung, Verfahrenstechnik, Informations- und Kommunikationstechnik, Digitale Bildverarbeitung, Vermesungstechnik, Geodaten, Geoinformationssysteme und Fernerkundung, länderübergreifende Projekte der Technik und Automation, Zusammenarbeit mit Fachfirmen, Marktanalysen.

## 5.6 Sonderarbeitskreis „Bodenordnung in den neuen Ländern“

Der Arbeitskreis befaßt sich mit Grundsätzen für die Feststellung und Neuordnung der Eigentumsverhältnisse nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz, spezifischen Angelegenheiten der Bodenordnung in den neuen Ländern, Zusammenwirken mit anderen Rechtsbereichen, Mitwirkung bei der Umsetzung von Großvorhaben des Infrastrukturausbaus, insbesondere Verkehrsvorhaben deutsche Einheit, Zusammenarbeit mit Maßnahmenträgern und Zusammenarbeit mit den Privatisierungsstellen.

## 5.7 Arbeitsschwerpunkte der vergangenen 5 Jahre in der Landentwicklung

Das bedeutendste Ereignis [3] der vergangenen 5 Jahre war die internationale Konferenz zur Zukunft und Entwicklung ländlicher Räume **Rural21** vom 5. bis 7. Juni 2000 in Potsdam. Zum Abschluss dieser Konferenz wurde unter Federführung von Holger Magel eine gemeinsame Erklärung „Potsdamer Erklärung Rural21“ verabschiedet, die auch in den Jahresbericht 2000 der ArgeLandentwicklung abgedruckt wurde.

Einen besonderen Schwerpunkt der Erörterungen nahmen vielfältige Auseinandersetzungen mit **Umweltthemen** ein. So waren z. B. die Erfahrungen zur Problematik mit der Umsetzung der FFH-Richtlinie in der Flurbereinigung auszutauschen. Der von der Kommission herausgegebene Leitfaden in dem die Vorstellungen zur Handhabung der Umsetzung der FFH-Richtlinie dargestellt sind, kann wegen teilweise überzogener Ansprüche nicht in allen Fragen als rechtsverbindliche Interpretation gelten. Es gilt daher, im Plenum und in den Arbeitskreisen diese Frage weiterhin zu behandeln.

In einem **Workshop in Lüdinghausen** wurde eine umfassende Grundsatzdiskussion mit dem Verbandsnaturschutz geführt, bei dem in 3 anschließenden Diskussionen die Berücksichtigung von Umwelt- und Naturschutz im Flurbereinigungsgesetz, die Eignung der Flurbereinigungsinstrumente zur Konfliktlösung und Umsetzung von Naturschutzbelangen und die Berücksichtigung von Umwelt- und Naturschutzförderinstrumentarien in der Flurbereinigung erörtert wurden. Dieser Workshop hat bei den anwesenden Vertretern des Verbandsnaturschutzes zu einer deutlichen Besinnung und veränderten Einstellung zu dem Instrument der Flurbereinigung geführt. Die sich hieraus ergebende Nacharbeit ist noch nicht abgeschlossen.



Die Entwicklung der **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)“** steht seit Jahren auf dem Prüfstand. Zukünftig sollte sich die Gemeinschaftsaufgabe stärker im Sinne einer „zweiten Säule der europäischen Agrarpolitik“ entwickeln. Schwerpunkte könnten auf raumbezogene Maßnahmen, wie z. B. Flurbereinigung, Dorferneuerung und Hochwasserschutz gesetzt werden.

Mit dem **freiwilligen Nutzungstausch** hat die Arbeitsgemeinschaft Landentwicklung ein auf die Bewirtschaftung der Grundstücke ausgerichtetes freiwilliges Verfahren neu entworfen und im Rahmen einer Änderungsnotifizierung des Rahmenplans für die Umsetzung in allen Bundesländern eingeführt. Insbesondere in den Ländern mit hohem Pachtanteil, in denen kurzfristig die Gestaltung großer Wirtschaftseinheiten erforderlich ist, wird der freiwillige Nutzungs-tausch eingesetzt werden.

Besondere Bedeutung kommt seit einigen Jahren der **internationalen Zusammenarbeit** zu. Die ArgeLandentwicklung hat daher einen Beauftragten für die internationale Entwicklung bestellt. Dieser nimmt seitdem an den Sitzungen der Beratungsgruppe für internationale Entwicklung im Vermessungs- und Geoinformationswesen (BEV) teil und arbeitet in der UN ECE-Working-Party on Land Administration (WLPA) mit.

Die Internetpräsentation der ArgeLandentwicklung wird unter **[www.landentwicklung.de](http://www.landentwicklung.de)** angeboten, informiert über die Ziele der Landentwicklung und ist Plattform für die Bundesländer. Auch für internationale Zusammenarbeit ist hier ein Forum geschaffen worden.

## 6. Aktuelle Herausforderungen für die Landentwicklung

Das Plenum der ArgeLandentwicklung hat bei seiner 28. Sitzung im Jahre 2002 in Koblenz den AK I beauftragt, die Perspektiven der Landentwicklung mit Blick auf die neuen Herausforderungen der ländlichen Entwicklung aufzuzeigen. Im September 2003 wird das Plenum die Vorschläge beraten.

Eines ist jetzt schon klar: Mit den vorhandenen Strategien und Instrumenten der Landentwicklung können auch viele neue Herausforderungen gemeistert werden. Insbesondere das rechtliche und planerische Umsetzungsinstrumentarium wird als ausreichend erachtet. Deutlicher als früher zeigt sich aber die Notwendigkeit von integrierten ländlichen Entwicklungsstrategien und gemeindeübergreifenden Planungs- und Handlungsansätzen.

Um den neuen Herausforderungen insgesamt zu begegnen, ist der Auftrag der Landentwicklung zu modifizieren und es sind für die Umsetzung verstärkt Mittel aus der zweiten Säule der EU-Agrarpolitik einzusetzen. Um den Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe als Umsetzungsinstrument zur zweiten Säule auszubauen ist der Begriff der Verbesserung der Agrarstruktur mit zeitgemäßen Inhalten zu belegen.

## 7. Literatur

- [1] Eisenmann, H.: Grundsatzrede zur konstituierenden Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Flurbereinigung, 1977, in: Akten der Arge-Flurb - unveröffentlicht -
- [2] Kirchhoff, W.: Aufgaben und Bedeutung der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Flurbereinigung im gesamtdeutschen Raum, NLKV 17, 1992, Seite 1 - 6
- [3] Vorsitzende, Geschäftsführer, Ausschüsse und Arbeitsgruppen und -kreise der Arge-Flurb und ArgeLandentwicklung: Akten, Tagesordnungen Berichte, und Niederschriften sowie Jahresberichte, 1953 bis 2002 - außer Jahresberichte unveröffentlicht
- [4] ArgeFlurb: Leitlinien Landentwicklung - Zukunft im ländlichen Raum gemeinsam gestalten, 1998 - Sonderdruck
- [5] ArgeFlurb: Flurbereinigung unter veränderten agrar- und umweltpolitischen Rahmenbedingungen, 1987
- [6] ArgeLandentwicklung: Entwurf eines Berichts „Aktuelle Herausforderungen für die Landentwicklung“

# Einsatz von CAD-Programmen in der Landeskulturverwaltung<sup>\*)</sup>

## - Mindestanforderungen an die Inhalte der bautechnischen Ausführungsunterlagen -

Technischer Angestellter Gary Carosi, Neustadt a.d.Wstr.

### 1. Einleitung

Die Ausführungsunterlagen sind das Ergebnis der planerischen Vorarbeit sowie die Grundlage für die bauliche Umsetzung.

Da in den meisten Fällen für die Erstellung von detaillierten Ausschreibungsunterlagen die Darstellungen der baulichen Anlagen in der Karte zum Plan nach § 41 FlurbG nicht ausreichen, müssen zusätzlich zum Plan nach § 41 FlurbG Ausführungsunterlagen zusammengestellt werden.

Die Ausführungsunterlagen beinhalten zweckmäßigerweise alle erforderlichen Angaben bezüglich Bauweisen, Mengen- oder Massenansätze und evtl. weitere Informationen zum Planungsgebiet. Im Streitfall dienen diese Ausführungsunterlagen so dann als primäres Beweismittel.

Die Ausführungsunterlagen lassen sich überschlägig in vier Bereiche einordnen:

#### ☐ Wegebaukarte

#### ☐ Dränmassnahmenkarte

#### ☐ Planierungskarte

#### ☐ Karte zum Plan nach § 36 FlurbG

Allen Karten gemeinsam sind Ergänzungskarten bzw. Sonderzeichnungen. Ebenfalls bei allen Karten gleichwertig zu gewichten ist die Beinhaltung und Darstellung einer gewissen Peripherie neben der Darstellung der jeweiligen baulichen Anlage bzw. Maßnahme.

zu Schutzgebieten, an Maßnahmen grenzende landespflegerische Bestände, Versorgungsleitungen, Anlagen Dritter, angrenzende Verfahren, Anbindungen an übergeordnete Verkehrswege, Höhenlinien, Legende und Nummerierung gemäß VdF zusammensetzen.

Durch die Peripherie kann die Planung einem Dritten in seiner Ganzheit besser aufgefasst und erläutert werden. Die Planung wirkt durch die Peripherie dynamischer, weniger abstrakt.

### ☛ Wegebaukarte

#### ♦ Peripherie

- Abgrenzungen zu Schutzgebieten  
z.B. Grabungsschutzgebiete, Wasserschutzgebiete
- An Maßnahmen angrenzende landespfl. Bestände
- Versorgungsleitungen  
Gas- und Wasserleitungen, Hochspannungsleitungen
- Anlagen Dritter  
Bahnlinien, gewerbliche Betriebe, Privatwege
- Angrenzende Verfahren
- Anbindungen an übergeordnete Verkehrswege
- Haupt – Höhenlinien
- Legende
- Nummerierung gemäß VdF

Insbesondere stellt sich die Darstellung der Schutzgebiete als sehr wichtig heraus. Dies signalisiert dem Bauausführenden: „Hier muss ich draußen bleiben, bzw. hier ist mit Behutsamkeit vorzugehen“.

## 2. Wegebaukarte

### 2.1 Peripherie

Bei Wegebaukarten wird sich die Peripherie gegebenenfalls aus der Darstellung von Abgrenzungen

<sup>\*)</sup> Der Vortrag war eng an den Ergebnisvermerk vom 10.05.2002 zur Arbeitstagung über die Erstellung von zeichnerischen Mindeststandards für die bautechnischen Ausführungsunterlagen bei den Kulturämtern am 08.05.2002 angelehnt. Alle in der Präsentation vorgestellten Zeichnungen sind mit dem CAD-Programm AutoTCP der Firma Phometric, Erlangen, erstellt worden.

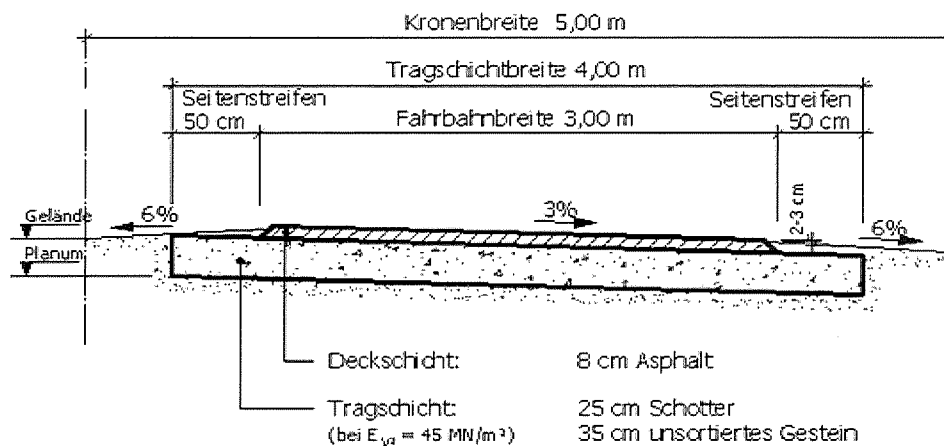
## 2.2 Wirtschaftswege

Das primäre Element der Wegebaukarte ist die Darstellung der Wegebaumaßnahmen. In ihrer Bedeutung und vor allen Dingen durch ihren Kostenaufwand sind die befestigten Wege an die erste Stelle zu setzen.

Generell ist bei den befestigten Wegen die Befestigungsart (ob mit oder ohne Bindemittel), die Ausbaulänge sowie für die evtl. Herstellung einer Wasserführung die Richtung und das Maß der Querneigung anzugeben. Es bietet sich durch den Einsatz von CAD-Programmen hier das Einfügen von Regelquerschnittszeichnungen an.

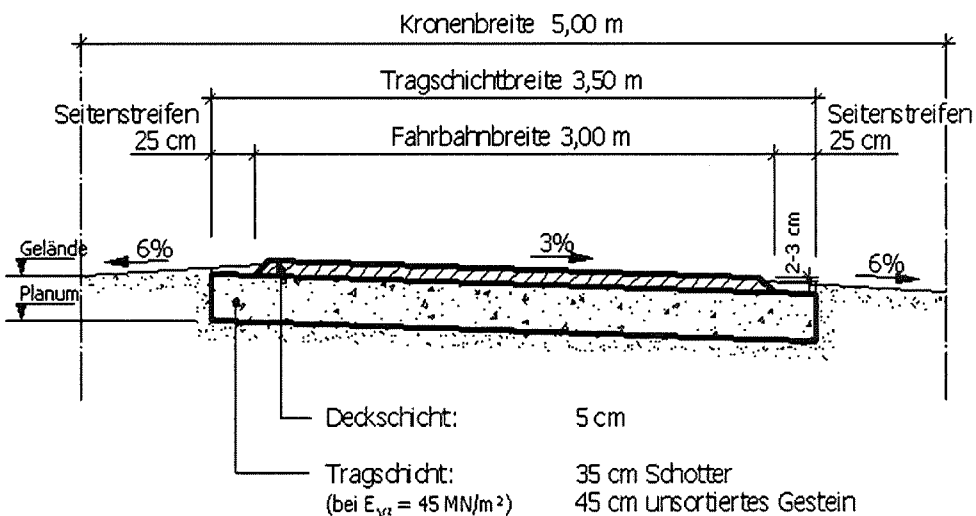
### Regelquerschnitt eines Wirtschaftsweges mit Asphaltdecke und einseitigem Gefälle bei hoher Beanspruchung

- Standardbauweise nach RLW 3.2 -



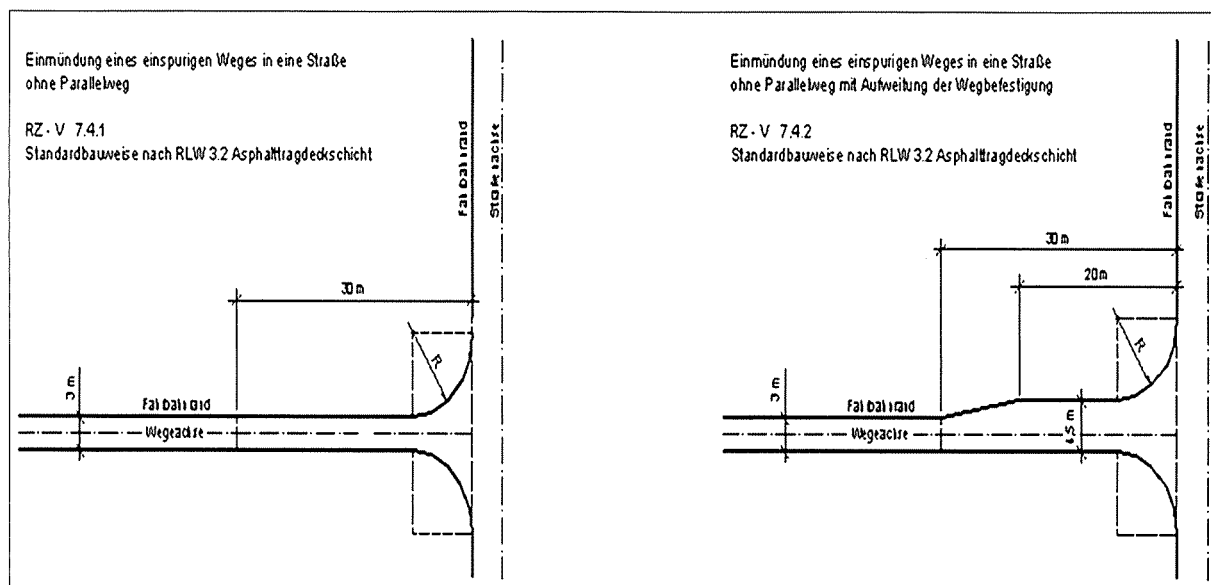
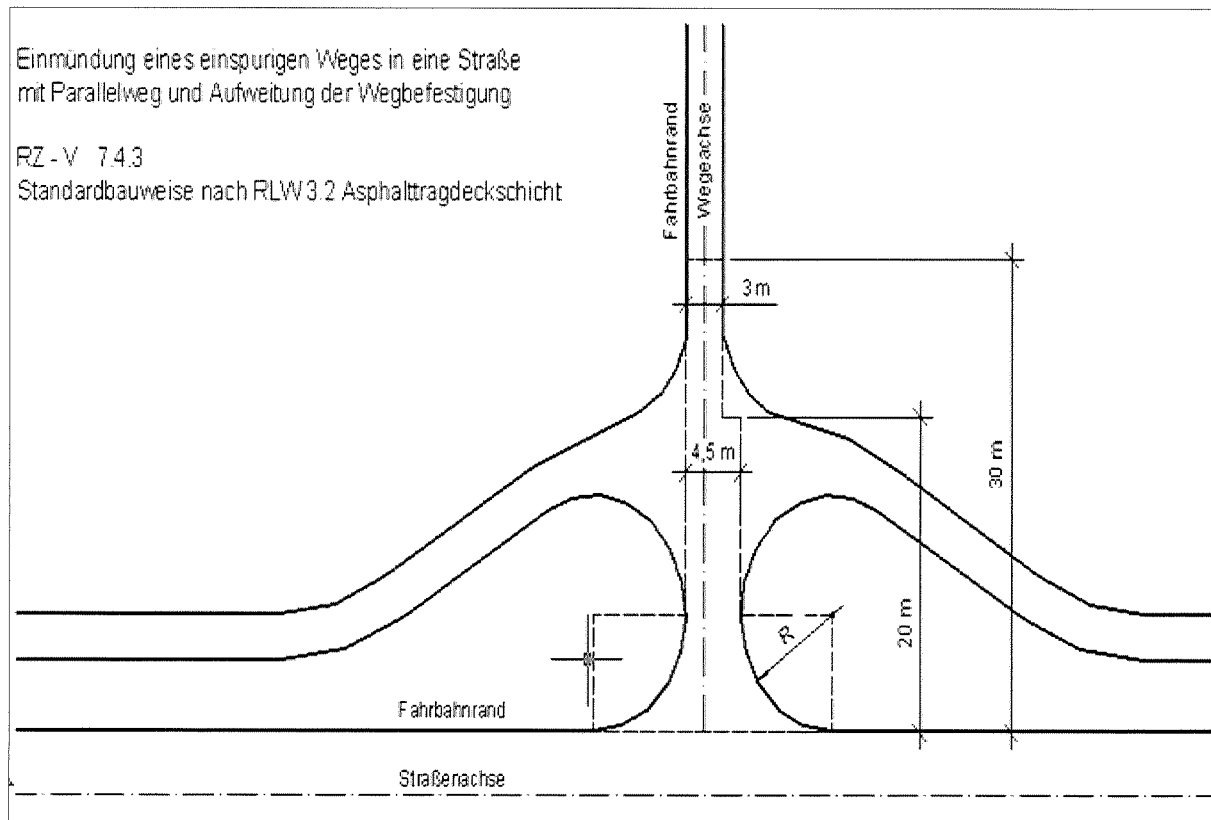
### Regelquerschnitt eines Wirtschaftsweges ohne Bindemittel mit einseitigem Gefälle bei hoher Beanspruchung

- Standardbauweise nach RLW 2.2 -

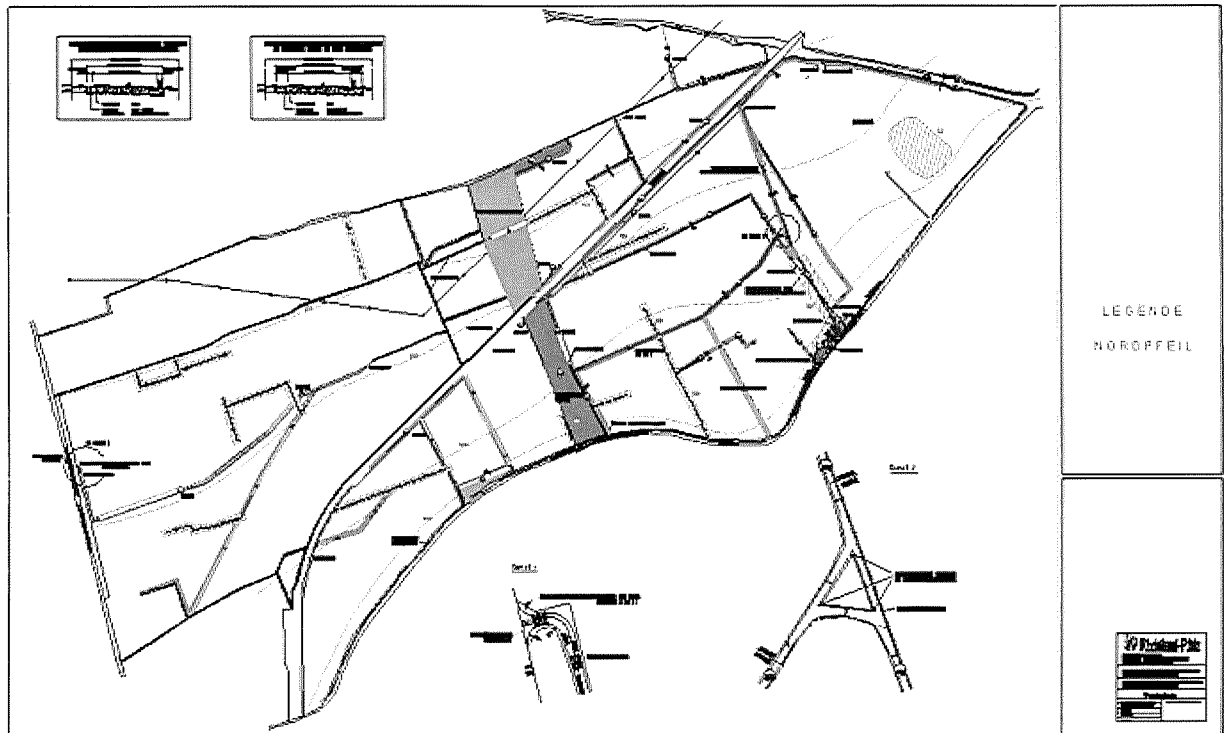


Dies trifft ebenfalls auf die Darstellung der unbefestigten Wege sowie der verschiedenen Einmündungsvarianten zu.

Werden neue Wege an vorhandene Wege angeschlossen oder gekreuzt, ist es zweckmäßig die Befestigungsart oder weitere Besonderheiten der vorhandenen Wege anzugeben.



## Wegebaukarte (komplett)



## ➤ **Wegebaukarte**

### ◆ **Bauliche Anlagen**

#### **Befestigte Wirtschaftswege**

- Befestigungsart, Ausbaulänge und Richtung der Querneigung
- Regelquerschnitt als Detailzeichnung mit Angabe von: Befestigungsart, Beanspruchung, Ausbaudimensionen, Wegequerneigung, Aufbau des Oberbaus ( Verweis auf Bauweise nach RLW )

#### **Befestigte Zufahrten**

- Regelzeichnung mit Angabe von: Befestigungsart- Fläche, Ausbaulängen, Radien

## 2.3 Wasserführungen

Die Planung und der Bau von Wirtschaftswegen zieht oftmals eine Veränderung der wasserwirtschaftlichen Abläufe in Teilbereichen des Planungsgebietes nach sich.

Befestigte Wege können hierbei wie wasserundurchlässige Rinnen wirken. Niederschlagswasser wird dann in Tiefpunkten unkontrolliert konzentriert. Um das Niederschlagswasser beispielsweise in Rückhaltungen zu versickern, oder zeitlich verzögert einer Vorflut schadlos zuzuleiten, sind Elemente zur Wasserführung oftmals notwendig.

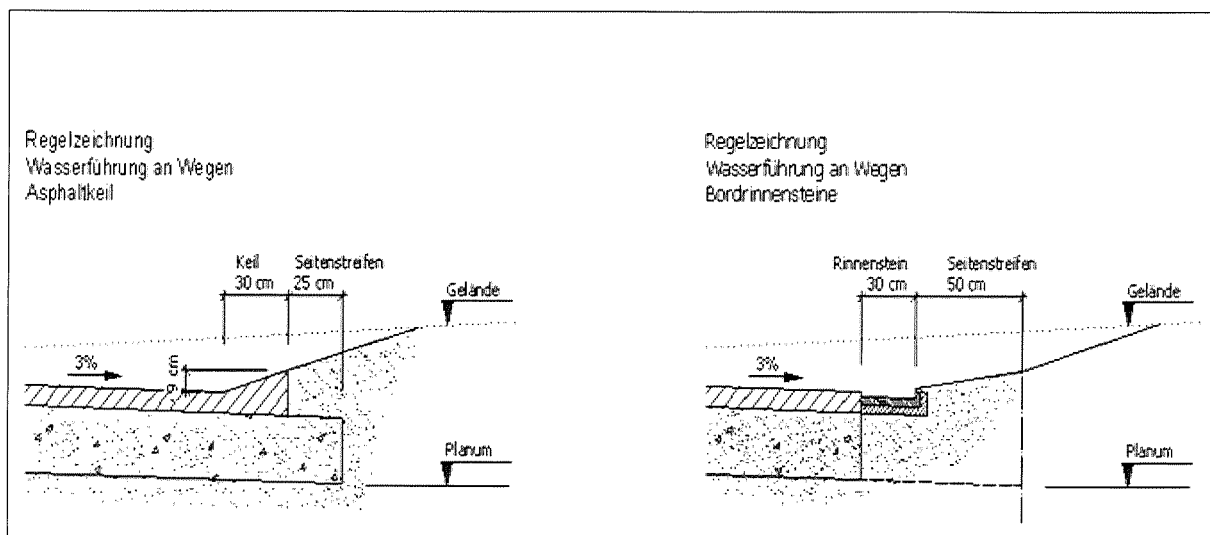
Die Wasserführungen können in die Gruppen der oberirdischen bzw. unterirdischen Ableitungen eingeteilt werden. Diese beiden Gruppen werden auch offene, bzw. geschlossene Ableitung genannt.

Zu den *offenen Ableitungen* gehören die Mulden bzw. Gräben.

Der Hauptunterschied dieser Elemente liegt in der Dimensionierung. Die Mulde hat im Gegensatz zum Graben ein größeres Verhältnis von Wasserspiegelbreite zu Sohlbreite bei gleicher Wassermenge.

Zudem werden Mulden „naturnaher“ angelegt.

## Wasserführung an Wegen



### ☛ Wegebaukarte

#### ♦Bauliche Anlagen

##### Wasserführungen an Wirtschaftswegen

###### Allgemein

- Lage / Linienführung
- Fließrichtung / Gefälle

###### Bei oberirdischer Ableitung ( Mulden und Gräben )

- Querschnittsdetailzeichnungen mit Angabe von: Kronenbreite, Sohlbreite, Sohltiefe, Böschungsneigungen und Sohlbefestigung

### ☛ Wegebaukarte

#### ♦Bauliche Anlagen

##### Wasserführungen an Wirtschaftswegen

###### Bei oberirdischer Ableitung als Wegeelement ( Keil )

- Querschnittsdetailzeichnungen mit Angabe von: Befestigungsart und Abmessungen

###### Bei unterirdischer Ableitung ( Sickerleitung )

- Detailzeichnungen mit Angabe von: Durchmesser, Material, Schlitzgrabenabmessungen, Füllmaterial und Ein- bzw. Auslaufgestaltung
- Lage von Kontroll- und Spülschächten

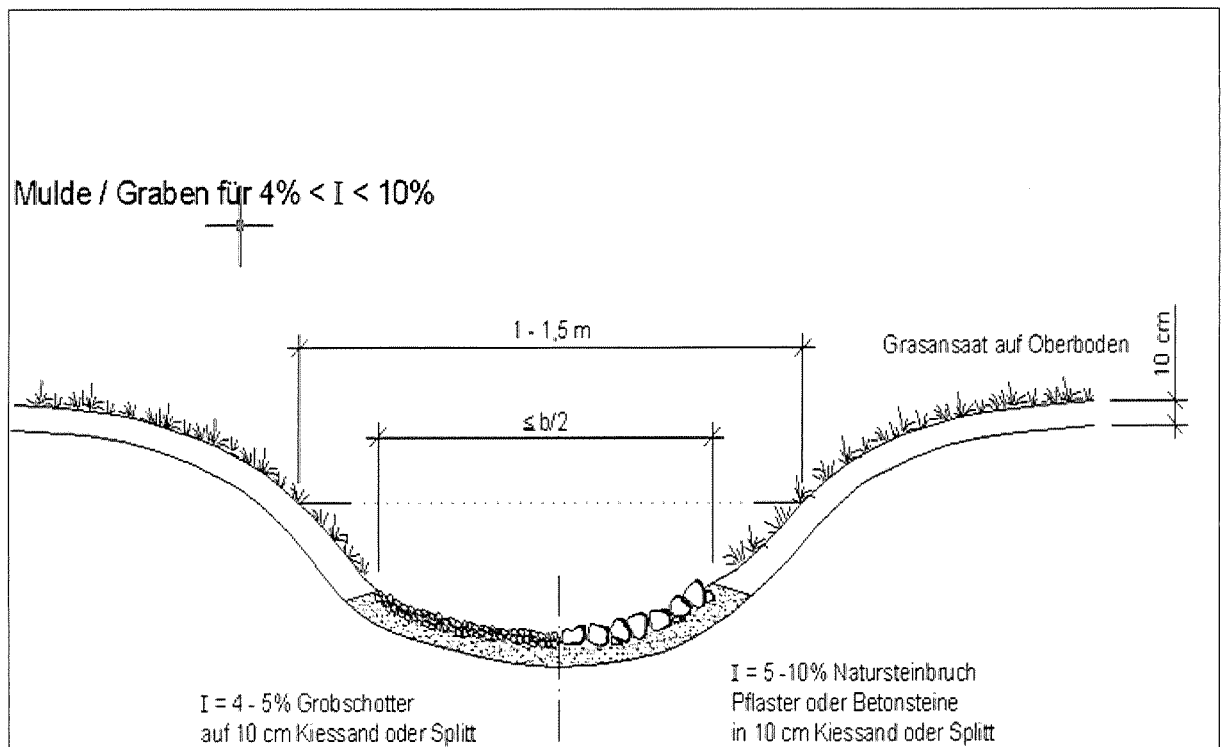
Die Darstellung der Mulden und Gräben erfolgt in der Wegebaukarte mit Angabe von Lage, Linienführung, Fließrichtung und evtl. Gefälle.

Oftmals kann die Angabe des Gefälles entfallen, da sich die Gräben und Mulden höhenmäßig an die zu entwässernden Wege gebunden sind. In der Regel ist zumindest eine Querschnittsdetailzeichnung anzufertigen.

Weiterhin gehören zur offenen Wasserableitung die Asphaltkeile oder Seitenrinnen.

Die *geschlossene Ableitung* wird in der Regel in der Form von Sickerleitungen bewerkstelligt. Hier kommen überwiegend in Filter liegende, geschlitzte PVC-Rohre zum Einsatz. Sammelleitungen werden hierbei häufig als geschlossene PVC oder Stahlbeton -Leitungen verlegt.

## Querschnittszeichnung eines Entwässerungsgraben



### 2.4 Ausbau der Gewässer / Sonderbauten

Wenn Wirtschaftswegekrenzungen mit Gewässern (Bäche, Gräben, Mulde) unvermeidlich werden, werden Maßnahmen ergriffen, die sowohl die Güte des Gewässerabschnitts, sowie die Verkehrssicherheit der Wege möglichst geringfügig beeinträchtigen sollen.

Zu den geschlossen Unterführungen eines Gewässers gehört die Anordnung eines Rohrdurchlasses. Da diese „Bauwerke“ recht arbeitsintensiv und bei mangelhafter Ausführung sowohl die Gebrauchstauglichkeit des Weges beeinträchtigen, sowie auch das Gewässer eine quasi biologisch tote Einschnürungsstelle erhält, ist generell bei der Planung nach Alternativen zu suchen. Ergeben sich keine gleichwertigen Alternativen sind die Planungen und Detailzeichnungen in hoher Güte zu erstellen.

Allzu oft können, beispielsweise wegen zu geringer Überdeckung, Schäden in den überführenden Wegen festgestellt werden.

Nachbearbeitungen können schnell den Kostenaufwand des Neubaus erreichen.

Zu den angesprochenen Alternativen der Querung eines Gewässers gehört die Furt, auch Durchfahrtsmulde genannt.

Bei regelmäßig geringen Wasserstandstiefen bieten Furten den Vorteil der weiterhin offenen Wasserführung.

Bei natürlichen Fließgewässern mit hohem Wasserstand oder großem Durchflussquerschnitt werden hingegen regelrechte Brückenbauwerke erforderlich.





## ☛ Wegebaukarte

### ◆Bauliche Anlagen

## Sonderbauten

- Wirtschaftswegebrücken
- Rückhalte- und Sickerbecken
- Entwässerungsbauwerke.

Grundsätzlich detaillierte  
Ausführungszeichnungen anfertigen !

### 3. Dränmaßnahmenkarte

Sie gehören sicherlich zu den Ausführungsunterlagen, die immer seltener erforderlich werden. Im Bestreben, Niederschlagswasser im Gelände zu halten und zur Versickerung und Verdunstung zu bringen, sind Systemdrainagen zu vermeiden. Bedarfsdrainagen, um örtliche Nassstellen zu entwässern, sind bisweilen erforderlich.

Die Peripherie einer Dränkarte enthält zur Orientierung Angaben zum neuen Wegenetz. Finden im gleichen Planungsabschnitt Planierungsarbeiten statt, sollten diese ebenfalls kenntlich gemacht werden.

Dies ist wichtig für die zeitliche Festlegung des Bauverlaufs. Werden Dränagen vor Planierungsarbeiten verlegt, kann die folgende Erdarbeit evtl. zur Verdichtung des Bodens führen. Die Dränagen „ziehen“ dann nicht mehr. Im schlimmsten Fall werden sogar frisch verlegte Dränagen wieder freigelegt.

Die Erkennung von vorhandenen Leitungen (Versorgungsleitungen, etc.) kann zum Teil für den Bauausführenden lebenswichtig sein. Nicht selten sind unterirdisch verlegte 20-KV-Leitungen anzutreffen.

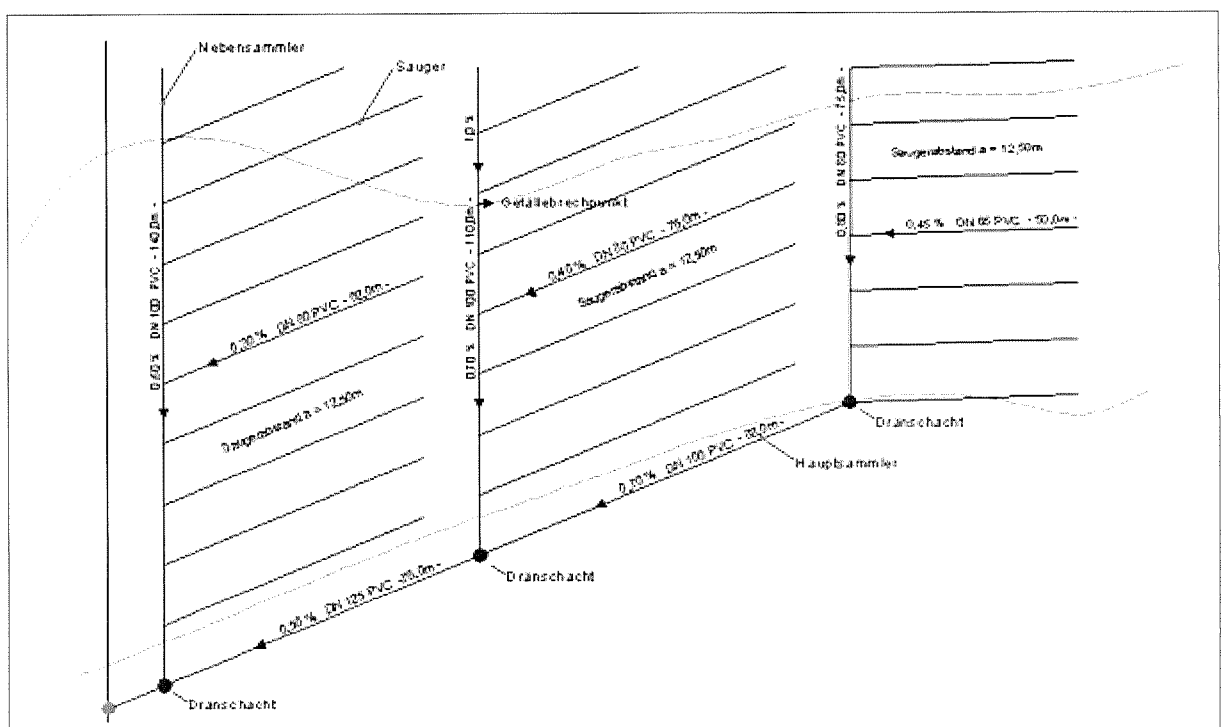
Zur Verbesserung des Wasserabflusses gehört auch die Technik der Untergrundlockerung. Hier wird durch Aufzackern des Bodens die Durchlässigkeit der oberen Bodenschichten erhöht. Diese Maßnahmen sind jedoch nicht von dauerhafter Natur.

## ➔ Dränmaßnahmenkarte

## ◆ Peripherie

- Wegebaumaßnahmen in vereinfachter Form
- Angrenzende Planierungsmaßnahmen
- Lage von Vorflutern / Auffangbecken
- Eventuell vorhandene Entwässerungssysteme
- Unterirdische Leitungen / Gas, Wasser
- Angrenzende landespflegerische Bestände
- Angabe von angrenzenden Schutzgebieten

## Auszug aus einer Dränmaßnahmenkarte



## ☛ Dränmaßnahmenkarte

### ♦Bauliche Anlagen

*Systemdränung / Bedarfsdränung*

- Lage
- Haltungslängen
- Saugerabstände
- Durchmesser / Material
- Lage und Ausführung der Kontrollschächte
- Ausbildung der Ausmündungen / Detailzeichnung
- Fließrichtungen
- Gefälle / Gefällewechsel
- Haupthöhenlinien
- Einzugsgebiet

## ☛ Dränmaßnahmenkarte

### ♦Bauliche Anlagen

#### Untergrundlockerung

- Lage unter Angabe der Lockerungsfläche
- Lockerungsrichtung
- Lockerungstiefe

## ☛ Planierungskarte

### ♦Peripherie

- Wegebaumaßnahmen in vereinfachter Form
- Angrenzende landespflegerische Bestände
- Angabe von angrenzenden Schutzgebieten

### ♦Bauliche Anlagen

- Lage
- Art der Arbeiten
- Flächenangabe
- Endhöhenangabe
- Lagerungsflächen

#### Weitere Ausführungsunterlagen

- Längs- und Querschnitte
- Massenangaben für Auf- und Abtrag

Hierbei kann das oben genannte CAD-Programm sehr hilfreich sein.

Durch das schnell zu erhaltende Geländemodell, entsteht ein plastisches, anschauliches Modell des vorhandenen Geländes.

Hiermit können Entscheidungen zur Neugestaltung wesentlich schneller getroffen, und in den erzeugten Schnitten dargestellt werden.

## 4. Planierungskarte

Werden großflächige Erdbewegungen erforderlich, ist die Aufstellung einer Planierungskarte unumgänglich. Dies wird bei Absenkungen von Höhenrücken oder Auffüllung von Senken der Fall sein.

Die Peripherie dieser Karten beinhaltet in erster Linie das Wegenetz zur Orientierung.

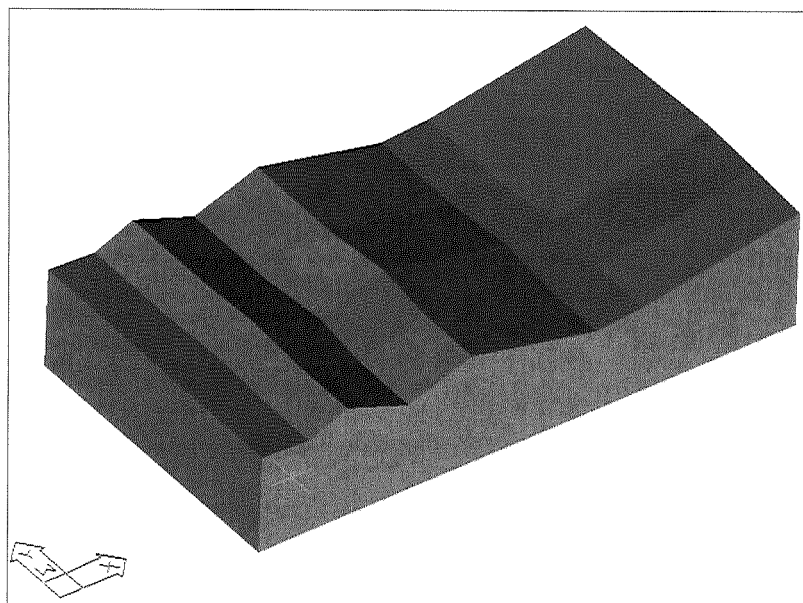
Die Angabe von angrenzenden Schutzgebieten ist ebenfalls von großer Wichtigkeit.

Wenn mal eine Raupe im Grabungsschutzgebiet steht, ist der Ärger mit Behörden wie das Denkmalamt nicht weit.

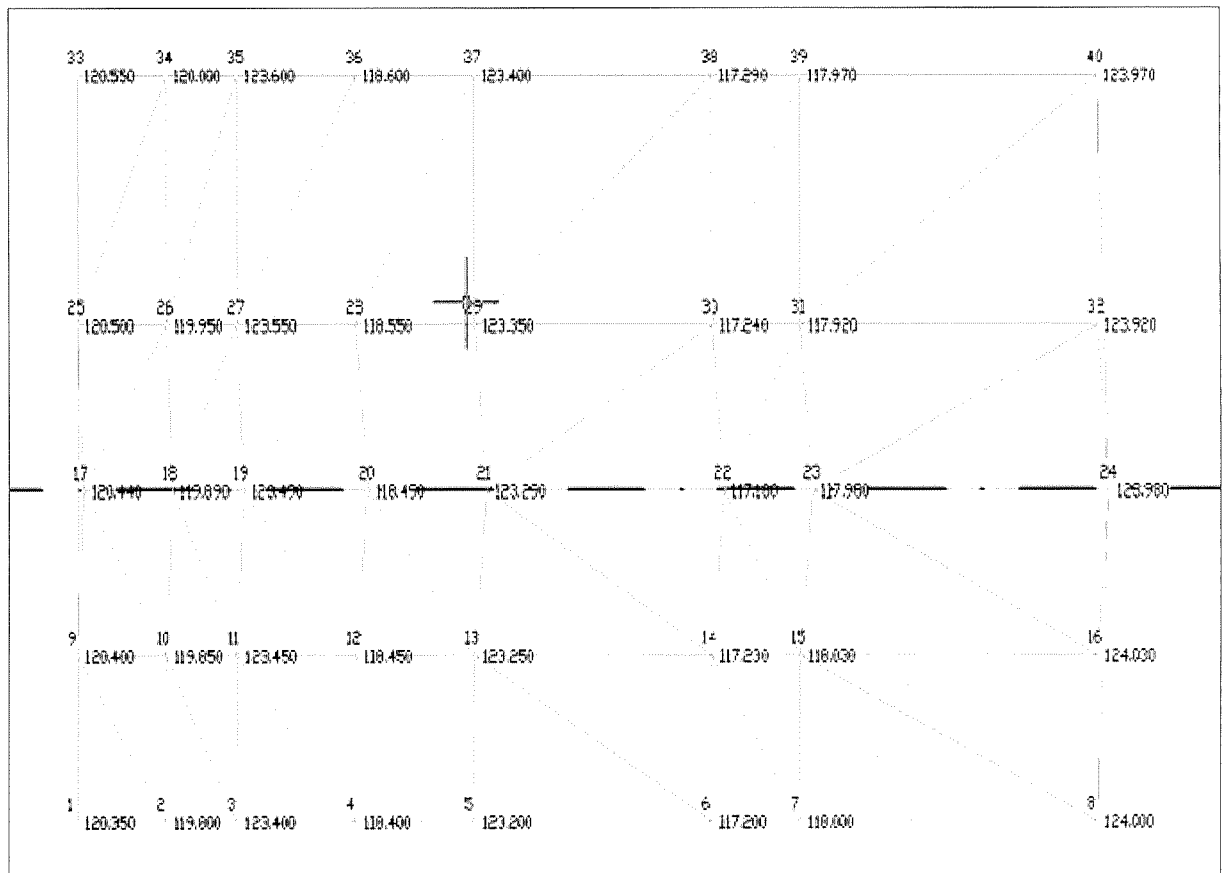
Nicht selten werden bei Planierungsarbeiten Längs- und Querschnitte erzeugt.

Sie dienen zur Abschätzung der zu bewegend Massen, und geben Auskunft über die vorhandene bzw. zukünftige Geländemodellierung.

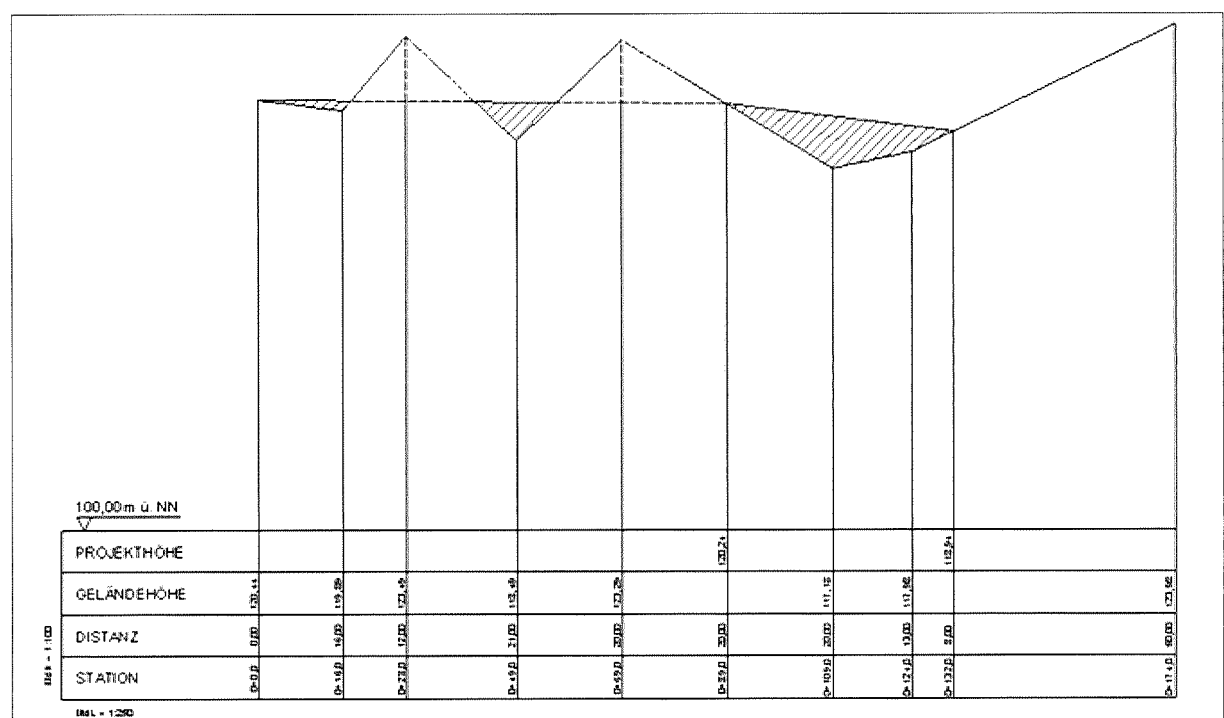
## Digitales Geländemodell



## Digitales Geländemodell



## Längsschnitt

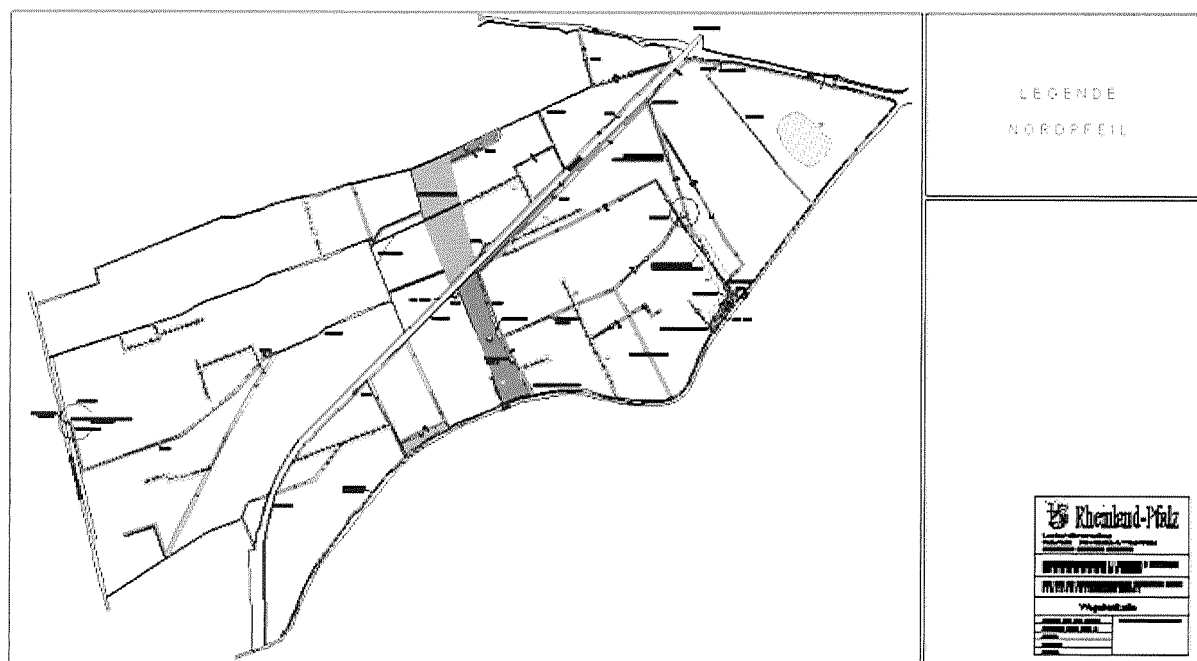


## 5. Karte zum Plan nach §36 FlurbG

Im Grunde stellt diese Karte eine abgespeckte Version der Wegebaukarte dar. Zusätzlich sind allerdings Angaben bezüglich der Freistellungsflächen bzw. Notwege zu machen.

Wichtig bei dieser Karte ist zudem die Darstellung der Flurstücke (Alter Bestand), falls Entschädigungsforderungen seitens der Landwirte kommen.

## Karte zum § 36



## Verzicht auf Abmarkung in der Feldlage und kostengünstige Ausweisung von Gewässerrandstreifen im vereinfachten Flurbereinigungsverfahren Frohnhofen (Ort) und Kohlbachtal

Vermessungsamtsrat Herbert Strauß, Kaiserslautern

Das vereinfachte Flurbereinigungsverfahren Frohnhofen (Ort) und Kohlbachtal liegt an der Grenze zum Saarland im Westen des Landkreises Kusel. Es umfasst neben der Ortslage Frohnhofen und 160 ha Feldlage noch 2 Teilgebiete als Exklaven von insgesamt 23 ha in den angrenzenden Gemarkungen Altenkichen und Dittweiler zur Ausweisung von Gewässerrandstreifen am Kohlbach.

Verfahrensgebiet	221 ha
Eigentümer	532
Katasterflurstücke vorher	2498
Katasterflurstücke nachher	952

### Verzicht auf Abmarkung in der Feldlage

Durch gezielte Information über die Kosten und die „Kurzlebigkeit“ einer Abmarkung in der Feldlage konnte der Teilnehmervorstand für einen Abmarkungsverzicht gewonnen werden. Bei Arbeiten vor Ort wurden die Grundstückseigentümer immer wieder über die Absicht, auf eine Abmarkung der neuen Grenzpunkte in der Feldlage zu verzichten, hingewiesen. Mit dem Infoblatt zum Planwunschtermin wurden alle Beteiligten informiert, dass die Grenzpunkte der neuen Flurstücke in der Feldlage nicht vermarkt sondern lediglich verpflockt werden.

Bei der Offenlegung des Flurbereinigungsplanes wurden den Grundstückseigentümern die Abmarkung ihrer Grenzpunkte in der Feldlage bei einer Kostenbeteiligung von 60,00 • pro Punkt angeboten. Anträge auf Abmarkung wurden jedoch nicht gestellt.

Zur Besitzeinweisung waren nur die Grenzen der neuen örtlich nicht sichtbaren Wege und die wegen Flächenausweisung zum Ausbau eines Radweges geänderte Straßengrenze mit Einschlagmarken vermarktet. Die übrigen Grundstücksgrenzen wurden, soweit sie nicht anhand der Topografie erkennbar waren, durch Pflöcke gekennzeichnet.

#### Kostengegenüberstellung:

##### Kosten bei Vermarkung:

- Absteckung (Gebührenordnung)	28,00 •
- Vermarkungsmaterial ca.	5,00 •
- Kontrollmessung	17,00 •
somit Kosten pro Grenzpunkt:	50,00 •

**Bei 855 Punkten zu 50,00 •  
ergeben sich 42 750,00 •**

##### Kosten bei Verpflockung:

- Absteckung	28,00 •
- Pflock	1,00 •
somit Kosten pro Grenzpunkt:	29,00 •

Unter Berücksichtigung der an den neuen Wegen abgemarkten Grenzpunkten entstehen folgende Kosten:

686 verpflockte Punkte a 29,00 •	19 894,00 •
169 vermarkte Punkte a 50,00 •	8 450,00 •

**Für die 855 Punkte entstehen 28 344,00 •**

Durch den Abmarkungsverzicht wird eine Einsparung von 33 % oder **14 406,00 •** erreicht.

Bei der Offenlegung des Flurbereinigungsplanes hat sich gezeigt, dass den Grundstückseigentümern in erster Linie die Lage der ortsnahen Flurstücke wichtig ist. In extensiv genutzten Gemarkungsteilen, wie sie z. B. in Frohnhofen als Pferdeweide großflächig genutzt werden, reichen meist Lageangaben anhand der Karte aus. Neben den Obstbäumen interessierte die Eigentümer nur, ob und wie weit die neue Parzelle von Nassstellen, Hängigkeit oder Hecken beeinträchtigt ist. Dies könnte die Bewirtschaftung und damit die Verpachtung und letztlich auch einen Verkauf beeinträchtigen.

#### Ausweisung von Gewässerrandstreifen

In den Gemarkungen Altenkirchen und Dittweiler waren Exklaven am Kohlbach lediglich zur Ausweisung von Gewässerrandstreifen zum Flurbereinigungsverfahren zugezogen. Hier sollten möglichst keine Vermessungskosten entstehen; es waren auch keine Baumaßnahmen geplant. Eine Abmarkung war für dieses Gebiet daher nicht vorgesehen.

Zur PUDIG-Bearbeitung wäre die Feststellung und Aufmessung der Umringsgrenzen erforderlich gewesen. Gelder zur Vergabe der Grenzfeststellung an einen ÖbVI waren nicht eingeplant. Eine Grenzfeststellung durch das Kulturamt war wegen Zeit- und Personalmangel nicht möglich. Damit verblieben zur Ausweisung eines Gewässerrandstreifens nur die Möglichkeit, durch Sonderungen oder durch die Begründung von Dienstbarkeiten solche Flächen zu schaffen.

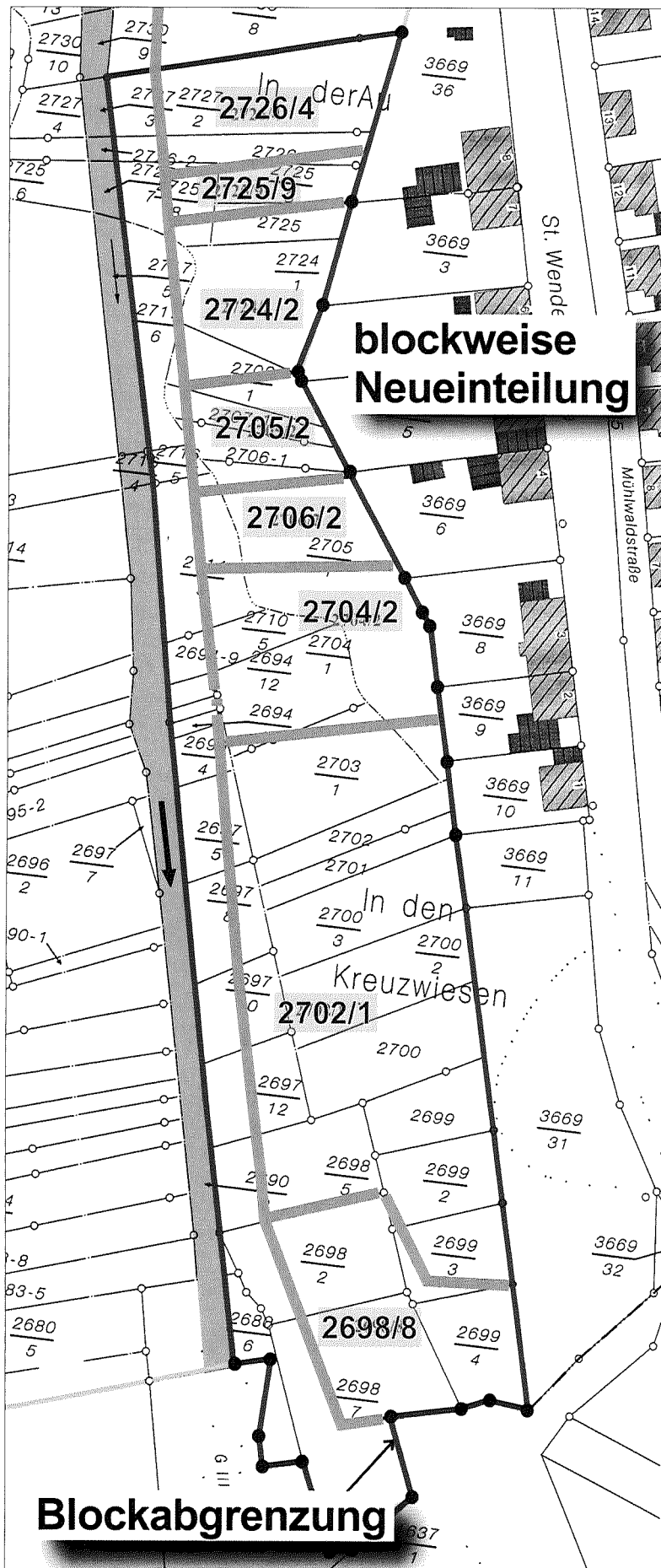
Die katastertechnische Bestandaufnahme ergab folgendes:

- ☐ Der vom Reichsarbeitsdienst begradigte Kohlbach ist bereits von der Katasterverwaltung vermarktet und aufgemessen. Die Teilflächen einschließlich des Gewässerflurstücks sind in Privateigentum.
- ☐ Die Grenzen zur Ortslage hin sind überwiegend koordiniert.
- ☐ Auf der von der Ortslage abgewandten Talseite, zur offenen Feldlage hin, gibt es nur vereinzelt koordinierte Grenzpunkte.
- ☐ Das Katasteramt hat mit der Erstellung von homogenisierten Vektorkarten begonnen.

Vor Beginn der Planarbeiten stellte das Katasteramt eine ausgeglichene Vektorkarte des alten Bestandes zur Verfügung. In dieser Karte waren die koordinierten Grenzpunkte gekennzeichnet. Unter diesen verschiedenen katastertechnischen Voraussetzungen ergaben sich für die Teilgebiete folgende Bearbeitungsmöglichkeiten:

#### 1. Blockweise Neueinteilung für Gebietsteil zwischen vermessenem Kohlbach und der koordinierten Ortslage

In diesem Gebiet konnten Blöcke gebildet werden deren Umringsgrenzen komplett aus koordinierten Grenzpunkten bestanden. Dadurch war die Bearbeitung mit PUDIG als blockweise Neueinteilung möglich.



## 2. Konstruierte Abgrenzung des Randstreifens mit blauen Sonderungen für den Gebietsteil vom Kohlbach zur Feldlage hin.

Da in diesem Teilgebiet keine geeigneten koordinierten Punkte vorhanden waren und die Grundstücke meist senkrecht auf den Kohlbach aufstoßen, war die Ausweisung eines Gewässerrandstreifens durch Sonderung zunächst nicht möglich.

In Absprache mit der Katasterverwaltung wurde die künftige Begrenzung des Gewässerrandstreifens unter Verwendung der wenigen am Kohlbach vorhandenen koordinierten Grenzpunkte konstruiert. So entstanden zunächst Hilfspunkte. Die Verbindung dieser Hilfspunkte ergab die Grenzlinie des Randstreifens. Durch den Schnitt dieser Linie mit den bestehenden Flurstücksgrenzen entstanden Teilflurstücke innerhalb und außerhalb des geplanten Gewässerrandstreifens.

Diese gesonderten Flurstücke wurden als „blaue Sonderungen“ mit REDAS in den alten Bestand übernommen.

Die neu entstandenen Flurstücke wurden nun zwischen Bach und der Grenzlinie zum Gewässerrandstreifen oder nach außen zur Feldlage hin zu Abfindungsflurstücken zusammengefasst.

Mit der Funktion „PUDIG - Pudig Punkte erfassen - Punktlage aus (AB) übernehmen“ bzw. „Punkte konstruieren - manuelle Koordinateneingabe“ wurden die erforderlichen Grenzpunkte in den neuen Bestand übernommen.

Den betroffenen Grundstückseignern wurde im Offenlegungstermin die örtliche Grenzeinweisung angeboten.

Im vorbereiteten Formular hatten sie die Möglichkeit, als Ersatz für eine örtliche Einweisung, einen kostenlosen Kartenauszug,

- ☐ mit den neuen Grundstücksgrenzen,
  - ☐ mit alten und neuen Grundstücksgrenzen oder
  - ☐ eine Luftbildkarte mit den neuen Grundstücksgrenzen
- zu bestellen.

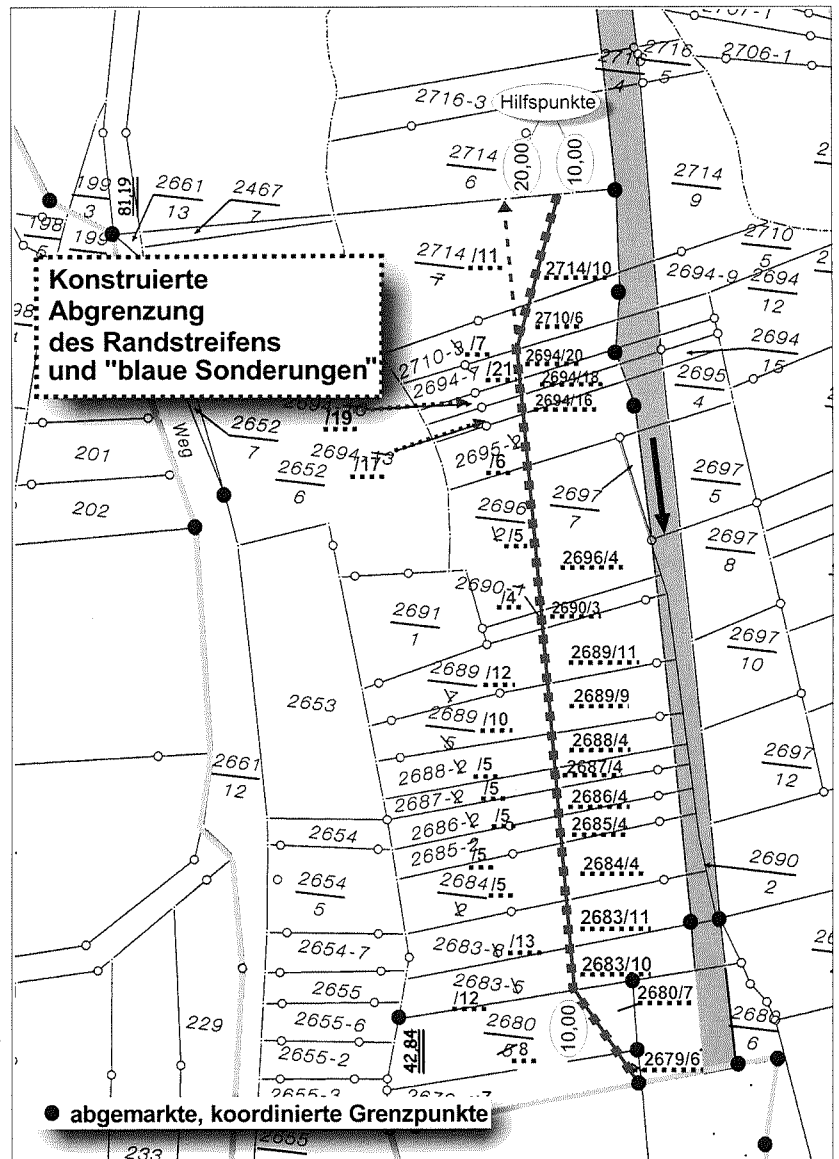
An Stelle einer örtlichen Einweisung entschieden sich die Beteiligten überwiegend für die Luftbildkarte mit Grundstücksgrenzen. Da dieses Gebiet aus Kostengründen nicht in die PUDIG-Befliegung einbezogen war, wurden für die Luftbildkarten die vorhandenen Luftbilder der Katasterverwaltung benutzt. Lediglich 4 Eigentümer beantragten eine örtliche Einweisung.

Die in diesem Flurbereinigungsverfahren gemachte Erfahrung bestätigt, dass in Abhängigkeit von verfahrensspezifischen Besonderheiten, wie z.B. Art und Intensität der landwirtschaftlichen Nutzung, Landbedarf und auch Mentalität der Grundstückseigentümer, auf eine Abmarkung in der Feldlage durchaus verzichtet werden kann. Auch eine generelle Verpflockung wird von den Verfahrensteilnehmern besonders bei extensiver Bewirtschaftung und geringem Bodenwert nicht überall für erforderlich erachtet.

Für solche Teile des Verfahrensgebietes könnte in vielen Fällen ein entsprechender Lageplan die örtliche Einweisung ersetzen. Hier bildet der § 65 FlurbG den gesetzlichen Rahmen.

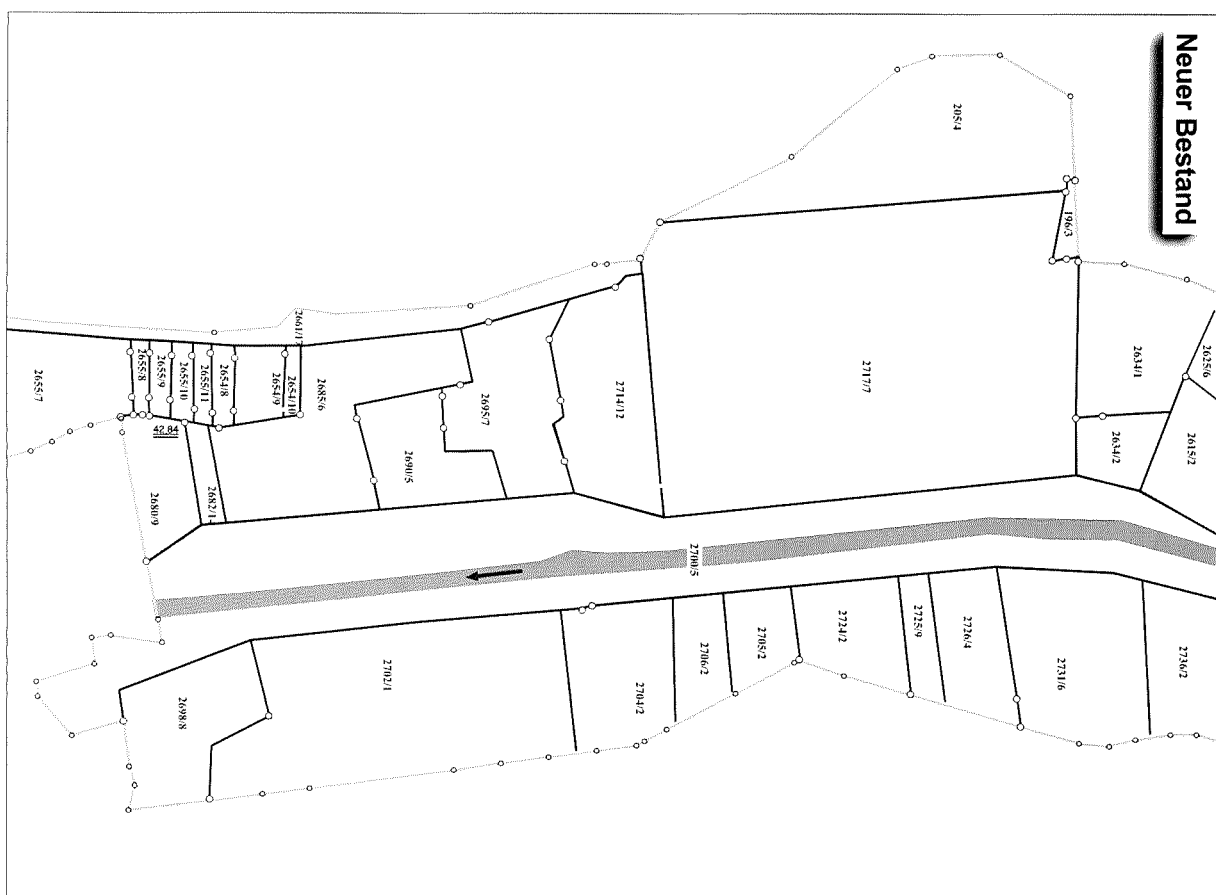
Die Möglichkeit einer örtlichen Einweisung in die neuen Grundstücksgrenzen muss deshalb auf jeden Fall bei der Offenlegung angeboten werden. Dabei muss genügend Zeit zwischen Offenlegung und der Planvorlage vorgesehen werden, um die gewünschten Einweisungen ausführen zu können.

Zur Vorbereitung des Verzichts auf Abmarkung der neuen Flurstücksgrenzen muss man in Gesprächen mit Grundstückseigentümern und Teilnehmer-



gemeinschaftsvorständen immer wieder darauf hinweisen, dass in der Feldlage eine vermessungstechnisch aufwendige und deshalb auch teure Abmarkung der neuen Grundstücksgrenzen wenig Sinn macht, da die Grenzmarken oft bei der Bewirtschaftung entfernt werden oder vom Gras überwachsen werden und dann nicht mehr sichtbar sind.

Anhand einer Luftbildkarte mit neuen Grundstücksgrenzen und vielen topografischen Orientierungspunkten kann auch ein Laie seinen Besitz in der Örtlichkeit nach Jahren noch finden, wenn die Grenzmarken schon lange am Wegesrand oder beim Bewirtschafter hinterm Schuppen liegen.





# Rohplanvorlage/Bürgerbeteiligung

## - Erfahrungen im Kulturamt Bernkastel-Kues -

Vermessungsdirektor Johannes Pick, Bernkastel-Kues

### 1. Erfahrungen am Beispiel des Weinbergsflurbereinigungsverfahrens Rachtig-Ürzig

#### 1.1 Angaben zum Verfahren

Das Flurbereinigungsverfahren Rachtig-Ürzig liegt im Bereich der Mittelmosel in der Nähe von Bernkastel-Kues auf der linken Moselseite. Es handelt sich um ein Verfahren nach § 1 FlurbG in der Weinbergssteillage. Die Flächenausdehnung beträgt 143 ha, davon sind 69 ha Rebflächen und 43 ha Forstflächen.

Als wichtigste Zielsetzungen im Verfahren sind zu nennen:

- ☐ Erhaltung des Steillagenweinbaus und Umstellung auf die Bewirtschaftung im Direktzug.
- ☐ Unterstützung des Einsatzes von Mechanisierungssystemen in der Steillage.
- ☐ Erhaltung des moseltypischen Landschaftsbildes.
- ☐ Anlage eines neuen Haupterschließungsweges.
- ☐ Regelung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse oberhalb der Ortslage.
- ☐ Umsetzung von bestehenden Fremdplanungen zur B 50 neu -Hochmoselübergang (Trassen- und Ausgleichsflächen) und B 53 (Verlagerung der Bundesstraße mit Radwegebau und dazugehörigen Ausgleichsflächen).

#### 1.2 Planwunsch

##### 1.2.1 Flächenankauf

Infolge des Strukturwandels im Weinbau waren zum Zeitpunkt der Durchführung der AEP bereits ca. 10 % der Rebflächen im Verfahrensgebiet brach gefallen bzw. gerodet. Die Planung zum Hochmoselübergang, der ein Teilgebiet überspannt, bot die Chance, im Rahmen eines umfassenden Flächenmanagements Ausgleichsflächen für dieses Projekt zu erwerben und die verbleibenden Rebflächen in einer kompakten Kernlage neu zu ordnen.

Vor Aufstellung des Planes nach § 41 FlurbG wurden daher alle beteiligten Grundstückseigentümer umfassend über die mögliche Aufgabe und Veräußerung Ihrer weinbaulich genutzten Flächen informiert und bereits konkrete Angebote zum Ankauf gemacht (**Informationsveranstaltungen**).

Von insgesamt 647 ONrn. wurden ca. 333 ONrn. vollständig und ca. 70 ONrn. teilweise im Auftrag der Bundesstraßenverwaltung erworben.

Die Planung der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen wurde sodann auf die in der weinbaulichen Nutzung verbleibenden Flächen abgestimmt.

##### 1.2.2. Planwunschtermin

Mit der Ladung zum Planwunschtermin wurden die Teilnehmer über ein **Infoblatt** umfassend über die Ziele des Bodenordnungsverfahrens und den Ablauf des Planwunschtermines informiert:

Daneben erhielten alle Teilnehmer **Informationsmaterial** zur Förderung der Verpachtung.

Im Planwunschtermin, der vom 23.7. - 23.8.2001 in Ürzig stattfand, wurden die Teilnehmer vor Aufnahme des eigentlichen Planwunsches mit Hilfe einer **Checkliste** ausführlich zu den betrieblichen Entwicklungszielen befragt und über den aktuellen Planungsstand informiert.

Im Einzelnen wurden z.B. angesprochen:

- ✓ Aufstockungswünsche,
- ✓ Austausch zwischen den Weinlagen,
- ✓ Umstellung von Seil- auf Direktzugbewirtschaftung,
- ✓ Aufnahme von Entschädigungsanträgen bei Nutzungsausfall,
- ✓ Klimagutachten Hochmoselübergang,
- ✓ Abstimmung des Planierungskonzeptes auf das Betriebskonzept,
- ✓ Neuanlage der Rebflächen,
- ✓ Bezuschussung des Wiederaufbaus von Rebflächen,

- ✓ Landtausch- und Pachtförderprogramm,
- ✓ Verzicht auf Abmarkung,
- ✓ Änderungen des Planes nach § 41 FlurbG,
- ✓ Landabzug,
- ✓ Verzichte zu Gunsten Dritter, Vollmachten, Zustimmungserklärungen,
- ✓ Kosten (Sonderbeiträge).

### 1.3 Rohplanvorlage

#### 1.3.1 Ladung zur Rohplanvorlage

Im Folgenden wird stichpunktartig das Vorgehen bei der Rohplanvorlage vorgestellt. Je nachdem ob es sich um Teilnehmer ohne Landabfindung (Erklärungen nach § 52 FlurbG lagen nur tlw. vor) oder Teilnehmer mit Landabfindung handelte, wurden verschiedene Unterlagen übersandt:

##### a) Teilnehmer ohne Landabfindung:

- ☐ Anschreiben (mit Hinweis falls mit Geldabfindung einverstanden, keine weiteren Verhandlungen notwendig; falls nicht einverstanden, Termin mit Kulturamt vereinbaren).
- ☐ Unterlagen: Nachweis Neuer Bestand
  - Eigentümer
  - Ausgleich und Entschädigungen

##### b) Teilnehmer mit Landabfindung:

- ☐ Anschreiben mit Angabe eines persönlichen Termins (mit Hinweis, wer keine Einwendungen erhebt, braucht zum Termin nicht zu erscheinen).
- ☐ Unterlagen: Nachweis Neuer Bestand
  - Eigentümer
  - Katasterdaten, Wertermittlungsdaten
  - Ausgleich und Entschädigungen
  - Übersichtskarte Neuer Bestand, Maßstab 1 : 10 000 (Zuteilung in Rot)
  - Auszug aus der Zuteilungskarte (Zuteilung in Rot)

#### 1.3.2 Durchführung der Rohplanvorlage

##### Teilnehmer:

Insgesamt wurden 144 Teilnehmer geladen, welche 309 Ordnungsnummern vertreten.

Nicht erschienen zum Termin: 46 Teilnehmer

Erschienen: 98 Teilnehmer

keine grundsätzlichen  
Einwendungen: 82 Teilnehmer

Einwendungen: 8 Teilnehmer

Einwendungen, obwohl Zuteilung  
wie im Planwunsch erfolgt: 8 Teilnehmer

##### Zeitbedarf:

Die Rohplanvorlage fand vom 20.02. bis 13.03.2002 (12 Arbeitstage) statt.

Dies ergibt bei 144 Teilnehmern und 309 Ordnungsnummern insgesamt 12 Teilnehmer pro Tag. Bei 8 Arbeitsstunden pro Tag sind dies ca. durchschnittlich 40 Minuten pro Teilnehmer Zeitaufwand.

### 1.4 Winzerversammlung

Nach Durchführung der Rohplanvorlage fand auf Anregung der Winzerschaft und des Vorstandes der Teilnehmergeinschaft am 18.4.2002 in Ürzig eine Winzerversammlung unter Leitung des Kulturamtes statt.

In mehreren Fachvorträgen durch Vertreter der Fachstelle für Weinbau, der SLVA Trier, des Weinbauamtes und des Kulturamtes wurde dabei über die Umstellung der Erziehungsform von Einzelpfahl auf Drahtrahmen, Steillagenmechanisierungssysteme, Kooperationsmöglichkeiten, Auswahl der Rebsorten, Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen, EU-Weinbaukartei u. a. informiert. In der anschließenden Diskussion wurden die Fragen der anwesenden Winzer beantwortet.

Nach Ablauf des ersten Ausbaujahres nach Besitzübergang mit ca. 15 ha Neuanlagen ist ein äußerst positives Resümee zu ziehen. Bis auf 2 Teilnehmer mit einer Fläche von ca. 0,5 ha haben alle Winzer auf moderne Erziehung im Drahtrahmen umgestellt. Außerdem haben sich 2 Bewirtschafterkoooperationen gebildet, die durch gemeinsame Investitionen die Bewirtschaftung Ihrer Flächen in Zukunft durchführen wollen.

### 1.5 Ergebnisse der Planvorlage und des Nachtrages I

Der Anhörungstermin nach § 59 FlurbG fand am 06.11.2002 statt. Insgesamt wurden 2,5 Arbeitstage zur Widerspruchsaufnahme benötigt.

Anzahl der Widersprüche:

im Termin: 36  
 schriftlich: 2  
**insgesamt: 38**

Von den 38 Widersprüchen wurden im Anhörungstermin **25** zurückgezogen. Von den verbleibenden 13 Widersprüchen richteten sich lediglich noch **4** gegen die Gestaltung der Landabfindung.

Der Anhörungstermin zum Nachtrag I fand am 25.06.2003 statt. Es wurden insgesamt 2 Widersprüche eingelegt, die sich allerdings nicht mehr gegen die Gestaltung der Landabfindung richteten.

#### **Bewertung:**

Durch die den Beteiligten im Vorfeld zur Verfügung gestellten ausführlichen Unterlagen und die intensive Erörterung konnten alle Widersprüche gegen die Gestaltung der Landabfindung ausgeräumt werden.

## **2. Workshop Rohplanvorlage**

Das vorgestellte Verfahren Richtig-Ürzig repräsentiert nur eine gewählte Vorgehensweise in einem Weinbergsflurbereinigungsverfahren. Weiter gehende Aussagen lassen sich erst bei der Auswertung von mehreren Verfahren treffen.

Um alle im Kulturamt Bernkastel-Kues vorliegenden Erfahrungen auszuwerten, fand Ende 2002 im Kulturamt ein Workshop der Sachgebietsleiter Planung und Vermessung (SGL-PV) über bereits durchgeführte Rohplanvorlagen in Flurbereinigungsverfahren unterschiedlichster Verfahrensart und Zielsetzung statt.

Es war festzustellen, dass die Rohplanvorlagen teilweise sehr unterschiedlich durchgeführt wurden. Das betrifft die Art der Ladung (z.B. persönliche Ladung aller Beteiligten, selektive Ladung oder ausschließlich Ladung durch öffentliche Bekanntmachung), die Art der übersendeten oder ausgelegten Unterlagen (z. B. lediglich Auslage von Karten bis hin zur Übersendung von kompletten Auszügen) und auch die Durchführung der Verhandlungen mit den Beteiligten (z. B. Verhandlungen im Kulturamt, vor Ort oder auch telefonische Verhandlungen).

Ein standardisiertes Verfahren zur Rohplanvorlage gab es also nicht und war auch amtsintern nicht vorgegeben.

Unbestritten wurde von allen anwesenden SGL-PV die Notwendigkeit der Rohplanvorlage erkannt, da diese nach Meinung der Workshopteilnehmer eindeutig dazu dient, die Akzeptanz der Abfindung deutlich zu verbessern. Dies zeigt sich in einer Reduzierung der Widersprüche gegen den Flurbereinigungs-/Zusammenlegungsplan.

Wichtig ist dabei die Erkenntnis, dass es für eine erfolgreiche Rohplanvorlage wesentlich darauf ankommt, diese in der **Projektplanung** ausreichend zu berücksichtigen. D. h. es muss genügend Zeit eingeplant werden für

- a) die umfassende Erörterung der Abfindungsgestaltung mit dem Beteiligten und
- b) die Weiterbearbeitung des Planentwurfs auf der Grundlage der Rohplanvorlage.

Für Weinbergsflurbereinigungsverfahren lässt sich erkennen, dass an die Qualität der den Beteiligten zum Zeitpunkt der Rohplanvorlage zur Verfügung gestellten Unterlagen durchaus höhere Ansprüche zu stellen sind, als dies bei Acker-/Grünlandverfahren normalerweise der Fall ist. Im Nachtrag zum Flurbereinigungsplan kann bei diesen Verfahren die Abfindungsgestaltung infolge der Wiederanpflanzungen (Neuanlagen) nur noch geringfügig verändert werden, da ansonsten erhebliche Probleme im Betriebsablauf einzelner Bewirtschafter entstehen könnten. Ebenfalls steht i. d. R. auch kein Mas-seland in nennenswertem Umfang für Änderungen zur Verfügung.

Als Ergebnis des Workshops lässt sich festhalten, dass eine Rohplanvorlage nie nur ein formeller Termin sein darf, sondern die **zusätzliche Erörterung** mit den Beteiligten zum Ziel haben muss. Im Fall der Zeitknappheit sollte die Rohplanvorlage immer den Vorrang vor dem geplanten Besitzübergang haben. Anders herum ausgedrückt darf die Rohplanvorlage nicht dem Besitzübergang geopfert werden.

## **3. Fazit**

Die Rohplanvorlage ist ein unverzichtbares und erfolgreiches Instrument zur effektiveren und besseren Bürgerbeteiligung. Diese Bürgerbeteiligung sollte allerdings bereits im Planwunsch sehr qualifiziert und strukturiert durchgeführt werden, um zu einer mehrstufigen aufeinander aufbauenden Form der Beteiligung zu gelangen. Ergänzt um je nach Verfahrensstand erforderliche Informationsveranstaltungen wird eine umfassende Bürgerbeteiligung sichergestellt.

## Betriebliche Förderung zur Unterstützung der Diversifizierung

Landwirtschaftsdirektor Wilhelm Franz, Trier

Die rheinlandpfälzische Strukturpolitik definiert die ländlichen Räume als eigenständige Wirtschafts- und Lebensräume. Die Attraktivität kann nur erhalten werden, wenn die Bewohner ein interessantes Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen vorfinden. In diesem Zusammenhang erfüllen auch die Landwirtschaft, die man zunächst landläufig nur mit der Erhaltung einer über Jahrhunderte gewachsenen Kulturlandschaft verbindet, sowie das vor- und nachgelagerte Gewerbe eine wichtige Funktion.

Nicht weniger wichtig ist die Bedeutung der Landwirtschaft für die Wirtschaftskraft der ländlichen Räume. Nur wettbewerbsfähige Unternehmen investieren, haben eine wachsende Nachfrage nach Betriebsmitteln sowie Dienstleistungen und tragen so zur Wertschöpfung in vor- und nachgelagerten Bereichen bei.

Die Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Unternehmen kann nur dann entwickelt werden, wenn das Betriebseinkommen die Bedürfnisse der Unternehmerfamilie abdeckt und ausreichend Eigenkapital freisetzt, um die Zukunftsinvestitionen zu finanzieren.

Zwei Wege werden von den landwirtschaftlichen Unternehmen eingeschlagen. Der eine ist die Spezialisierung in einen oder zwei Betriebszweige. Begriffe wie Rationalisierung, Kostenführerschaft und Konzentration von produktions- und markttechnischem sowie betriebswirtschaftlichem Know how sind da zu nennen. Der andere Weg ist die Diversifizierung.

Gemeint ist damit eine vertikale oder horizontale Vertiefung der wirtschaftlichen Aktivitäten, um einen höheren Anteil an der Wertschöpfung zu erschließen.

### 1. Beispiel Biogas und Agrartourismus

Ein landwirtschaftlicher Unternehmer, der im Mittelgebirge Milch und Ackerfrüchte erzeugt, ist dort einen etwas ungewöhnlichen Weg gegangen, wenn man die Ausgangslage des Unternehmens betrachtet, die der Betriebsspiegel in Abbildung 1 zeigt.

#### Betriebsspiegel

	Ist- / Zielbetrieb
Betriebsfläche	221 ha / 221ha
Ackerbau:	136 ha/ 136 ha
Grünland:	84 ha/ 84 ha
Milchkühe	80 St./ 80 St.
Nachzucht:	88 St./ 88 St.
Referenzmenge:	524.010 kg
Arbeitskräfte:	3,1 Ak/ 3,3 Ak

Abb. 1: Betriebsspiegel

Vor einigen Jahren konnte der Landwirt die Hofstelle eines Aussiedlungsbetriebes mit einem Boxenlaufstall und anderen Nebengebäuden ohne das dazugehörige Wohnhaus von einem aus dem Berufsleben ausscheidenden Kollegen erwerben. Mit dieser Entscheidung, die beengte Ortslage zu verlassen, wurde ein wichtiger Entwicklungsschritt eingeleitet. Der Bau eines eigenen Wohnhauses an der Hofstelle vollendete damals diesen Schritt.

Der Betriebsschwerpunkt ist die Milcherzeugung. Da aber auch in den Nachbargemeinden kaum noch entwicklungsfähige Haupterwerbsbetriebe vorhanden sind, wurde die freiwerdende Pachtfläche dem einzigen Vollerwerbsunternehmen mit Zukunftsperspektive angeboten. Auf den Ackerflächen werden Getreide, Raps, Silomais und sonstige Futterfrüchte erzeugt.

Hinter der nackten Zahl der Arbeitskräfte findet man eine Familie mit vier Kindern. Der älteste Sohn beendet eben die landwirtschaftliche Ausbildung und wird künftig im Betrieb die Mutter entlasten. Dass in naher Zukunft ein höheres Einkommen erwirtschaftet werden muss, wenn der Sohn sich im Unternehmen niederlässt, steht dem Betriebsleiter klar vor Augen. Die bereits vorhandene Referenzmenge und der vorhandene Boxenlaufstall nehmen den Druck von dem Unternehmer, zunächst in diesen kostenträchtigen Betriebszweig investieren zu müssen. Viel mehr möchte er die Entwicklung der europäischen Agrarpolitik im Bereich des Milchsektors abwarten und seinem Sohn die Gelegenheit geben, in das Unternehmen hineinzuwachsen, bevor weiter in die Milchviehhaltung investiert wird. Nur abwarten, scheint dem Unternehmer denn doch zu wenig. Er hat eine neue Perspektive für den Weg in die wirtschaftliche Zukunft entwickelt.

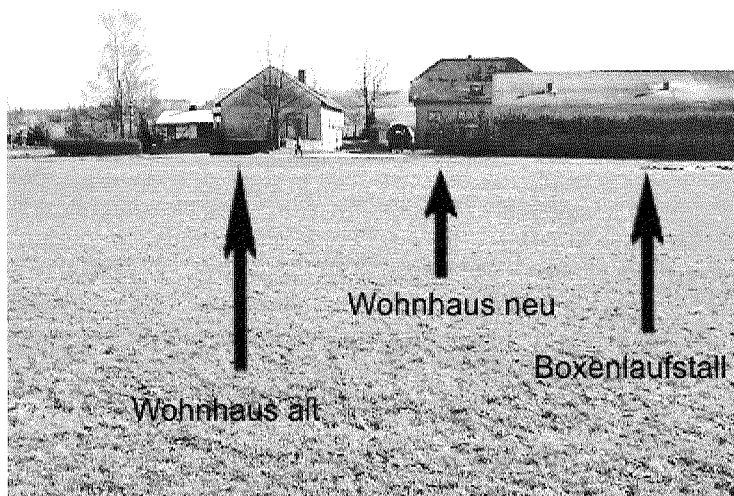


Abb. 2: Gebäude

Der ehemalige Hofeigentümer hat inzwischen auch das zur Siedlung gehörende Wohnhaus verlassen und zum Kauf angeboten. Für diesen zusätzlichen Wohnraum besteht zurzeit noch kein Bedarf in der Unternehmerfamilie und eine Vermietung scheitert an der fehlenden Nachfrage in diesem dünn besiedelten Raum sowie an der Lage. Insofern soll dieses Gebäude durch Ferienwohnungen genutzt werden (Abb. 2).

Insgesamt kann die Kapazität von 14 Gästebetten eingerichtet werden.

Diese Investition wird ergänzt durch eine Biogasanlage mit einem Blockheizkraftwerk mit einer Leistung von 55 kW. Der erzeugte Strom wird in das öffentliche Netz eingeleitet und die produzierte Wärme teils als Prozesswärme für den Fermenter und teils für die Heizung der Häuser und Erwärmung des Brauchwassers genutzt.

In den nächsten fünf Jahren hat man sich die Option bezüglich der Stromeinspeisung gesichert, die Anlage auf 110 kW zu erweitern.

Investitionsvolumen	
Ferienwohnungen	94.589 •
Biogasanlage	273.397 •
Sonstiges	53.072 •
<b>Summe</b>	<b>421.058 •</b>

Abb. 3: Investitionsvolumen

Insgesamt ist ein Investitionsvolumen von 421.058 • geplant, wobei 94.589 • auf die Ferienwohnungen entfallen.

Mit durchschnittlich 6.756 • je Gästebett werden die Ausgaben im Ferienbereich moderat ausfallen (Abb.3).

Um die Effizienz der Biogasanlage zu verbessern wird neben der Gülle und den Futterresten auch Silomais von Stilllegungsflächen als Koferment eingesetzt.

Zum Zeitpunkt der Antragstellung war eine Finanzierung der Biogasanlage durch die einzelbetriebliche Förderung möglich. Neben den Eigenmitteln und einem Darlehen für die nicht förderfähigen Teile der Investition wurde statt eines laufenden Zinszuschusses für ein Zinsverbilligtes Kapitalmarktdarlehen ein kapitalisierter Zinszuschuss gewährt.

Die Finanzierung ist in der Übersicht Abb. 5 dargestellt.

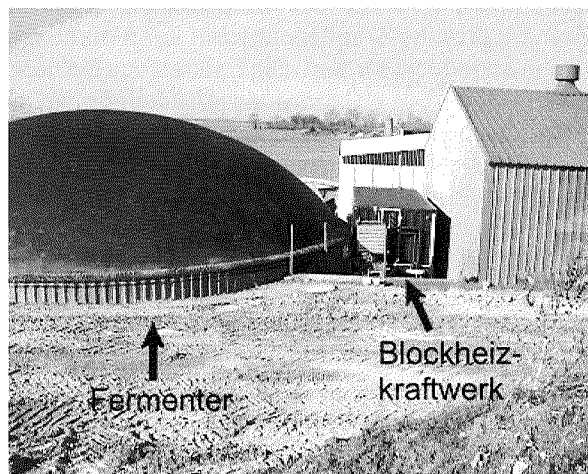


Abb. 4: Biogasanlage

Finanzierung	
Zuschüsse	90.236 •
Zinsverbilligtes Restdarlehen	166.050 •
Eigenmittel	84.701 •
Kapitalmarktdarlehen	80.071 •
<b>Summe</b>	<b>421.058 •</b>

Abb. 5: Finanzierung

Eine Förderung kann u. a. nur dann gewährt werden, wenn die Investition wirtschaftlich erfolgreich ist, die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens, die Arbeitsbedingungen sowie die natürlichen Umweltbedingungen erhält und verbessert. Der Nachweis ist über ein Investitionskonzept zu erbringen und wird durch eine zehnjährige betriebswirtschaftliche Buchführungsaufgabe überwacht.

Die Biogasanlage ist seit sechs Monaten im Betrieb und in der arbeitsarmen Zeit des vergangenen Winters und des laufenden Frühjahrs werden die Ferienwohnungen ausgebaut.

<input type="checkbox"/>	Arbeitszeitbedarf	+ 750 Akh
<input type="checkbox"/>	Arbeitskräfte	+ 0,3 AK
<input type="checkbox"/>	Gewinn im Zieljahr	+ 12.906 •

Abb. 6: Auswirkungen der Investitionen

Die Familie erschließt sich zusätzliche Einnahmen. Der zusätzliche Arbeitszeitbedarf kann durch den Sohn abgedeckt werden. Die Ehefrau des Betriebsleiters gibt Arbeit im landwirtschaftlichen Betrieb ab und übernimmt die Gästebetreuung. Beide Maßnahmen liefern einen Beitrag zum Gewinn und steigern das Familieneinkommen. Die Einnahmen aus dem Gästebetrieb sind vorsichtig kalkuliert, weil man in dieses Metier noch hineinwachsen muss.

Das Gesetz über die erneuerbaren Energien sichert das Einkommen aus der energetischen Nutzung von Reststoffen durch Strom aus Biogas über einen längeren Zeitraum. Dass die Gülle durch die Fermentierung geruchsneutral wird, passt sicherlich zu einem Ferienbetrieb. Gleichzeitig wird die Gülle auch pflanzenverträglich. Die hohe Lagerkapazität der des wirtschaftseigenen Düngers erlaubt dessen Einsatz in den Zeiträumen der Vegetation, an denen die darin enthaltenen Pflanzennährstoffe effizient genutzt werden können. Das heißt, dass die Nährstoffverluste verringert und der Einsatz von Mineraldüngern herabgesetzt werden können. Das entlastet die Kostenrechnung der Pflanzenproduktion und auf jeden Fall die Umwelt. Dieser Effekt wurde in der Rentabilitätsberechnung nicht berücksichtigt.

Diese Investition, auch ein Ausdruck der Weitsicht des Unternehmers, sichert eine sozialverträgliche Weiterentwicklung im Hinblick auf den Generationswechsel. Für eine Zwischenzeit muss das Einkommen für zwei Familien erwirtschaftet werden.

Da die Alterssicherung der Landwirte nur einen Teil des Lebensbedarfes von Altenteilern abdeckt, zahlt der Hofnachfolger in der Regel einen Geldbetrag an den Hofübergeber heraus.

Hier wird die Möglichkeit geschaffen, dass das Altenteil durch einen Teilzeitarbeitsplatz die notwendigen Einnahmen realisieren kann, so lange keine gesundheitlichen Einschränkungen dem entgegenstehen. Unbeschadet davon kann die junge Generation dann den landwirtschaftlichen Betrieb fortentwickeln.



Abb. 7: Hofansicht

## 2. Partnerschaft bei der Weinvermarktung

Das zweite Beispiel kommt aus dem Bereich des Weinbaus, wo die Diversifizierung häufig mit der Aufnahme oder Intensivierung der Direktvermarktung gleich gesetzt wird. Sei es, weil die Erzeuger über keine freien Arbeitskapazitäten mehr für die Vermarktung verfügen, oder sei es, weil aus fehlender Neigung und mangelnder Betriebsgröße die erforderlichen Investitionen gescheut werden, ist es eine Tatsache, dass etwa nur ein knappes Drittel der in Rheinland-Pfalz erzeugten Weinmenge von den Winzern direkt an den Endkunden vermarktet wird. Die restliche Menge wird über die Kellereien und Genossenschaften auf die einheimischen und vor allem aber auf die Exportmärkte gebracht. Der Wettbewerb auf dem internationalen Markt ist scharf und der Preisdruck groß.

Zu einem hervorragenden Marketing gehört auch eine kostenbewusste Herstellung und Logistik eines Produktes, das von entsprechend guter Qualität sein muss, wenn es auf diesen Märkten bestehen will. In diesem Beispiel wird dargestellt, wie die Winzergenossenschaft Moselland in Bernkastel-Kues ihr Unternehmen so ausrichtet, dass auch die Philosophie „Qualität von der Rebe bis in die Flasche“ umgesetzt werden kann. Neben organisatorischen Schritten ist es erforderlich, diesem Konzept durch investive Maßnahmen Rechnung zu tragen.



Abb. 8: Winzergenossenschaft Moselland

Die Schwerpunkte der Investitionen liegen erstens bei der Reorganisation der Kelterstationen, Modernisierung sowie Reduzierung der Zahl der Stationen auf wenige aber leistungsfähigere Einrichtungen; zweitens bei der Optimierung der Weinbereitung und drittens bei der Modernisierung der Abfüllanlagen, da die vorhandene Anlage veraltet und sehr reparaturanfällig war. Die letzte Maßnahme ist inzwischen abgeschlossen.

Ein Vorteil dieser Winzergenossenschaft liegt darin, über eigene Kelterstationen zu verfügen, weil deshalb auch die Weinbereitung in der Hand der Kellerei liegt. Die Kelterstationen nehmen die angelieferten Trauben auf und verarbeiten sie zu Most. Tanklastwagen bringen den Most zur Vinifikation in die Zentralkellerei nach Bernkastel-Kues. Die mechanischen Keltern sollen gegen pneumatische Geräte ausgetauscht werden. Ein schonender Pressvorgang mindert den Gerbstoffgehalt im Traubensaft und verbessert die Qualität.

– Abfüllanlage	6.186.632 •
– Gärkühlanlage	460.163 •
– Kelterstationen	460.163 •
– Edelstahl tanks	127.823 •
– Flotationsanlage	51.129 •
– Kommissionierzone	51.129 •
– Sektbereitung	40.903 •
– Planung und sonstiges	291.436 •

**Insgesamt 7.669.378 •**

Abb. 9: Investitionsvolumen

Die Daten der gewonnenen Mostpartien werden in Zukunft online von den Kelterstationen an die Zentralkellerei übermittelt, damit die Befüllung der Gärbehälter noch stärker unter dem Aspekt der Qualitätssicherung erfolgen kann. Die Steuerung des Gärverlaufes durch Kühleinrichtungen in den Gärtanks optimiert die sensorische Weinqualität. Für den Ausbau kleinerer Mengen werden kleinere Edelstahlgebäude angeschafft. Der größte Brocken der Investitionen entfällt auf die Abfüllanlage, wobei die alte Füllstraße grundlegend modernisiert und eine zweite, leistungsfähigere neu errichtet wurde.

Die kleine Auswahl des Sortiments macht deutlich, dass die Abfüllanlage bezüglich der verschiedenen Flaschenformate und Ausstattungsvarianten leicht umzurüsten sein muss, um unproduktive Stillstandszeiten der Anlage zu vermeiden. Bei über 700 verschiedenen Artikeln addiert sich letzteres zu Stunden und Tagen auf. Allerdings kann so auf besondere Kundenwünsche sehr flexibel reagiert werden. Das ist wichtig, weil man im Bereich der Geschenkartikel ein spezifisches Marktsegment erschlossen hat.

Um der Qualitätsphilosophie gerecht werden zu können, muss die Abfüllung des Weins schonend geschehen. Das bedeutet, dass die Sauerstoffaufnahme beim Füllen gering und der Verlust an natürlicher Kohlensäure sowie der Aromastoffe gering sein muss (Abb. 14). Gleichzeitig ist für die betriebsinterne Dokumentation die Erfassung der Daten wie Abfülldatum, Chargennummer, Lagerdaten usw. zu automatisieren.

Letzteres gilt auch für die Einspeisung der Leerflaschen in die Abfüllstraße (Abb. 12), die Füllung, des Flaschenverschlusses, der Ausstattung, Kartonierung der Flaschen sowie die Palettierung der Kartons und Einlagerung der vollen Paletten in das vorhandene Hochregallager.



Abb. 10: Sortimentauswahl



- ☐ Reduzierung von Filterhilfsstoffen (Flotationsfilter, Abb. 13)
- ☐ Chemie- und abgasfreie Sterilisation von Flaschen (Heißdampf)
- ☐ Einsparung von  $\text{SO}_2$  bei der Weinbereitung durch keimreduzierte Verfahren
- ☐ Verringerung von Lärm- und Staubimmissionen durch Kapselung der Anlage
- ☐ Verbesserung der Arbeitsergonomie und -sicherheit

Abb. 11: Umweltschonende Produktion

Der Einsatz einer innovativen Technik ermöglicht die Optimierung der Umweltstandards sowie des Arbeitsumfelds (Abb. 11 und Abb. 13).

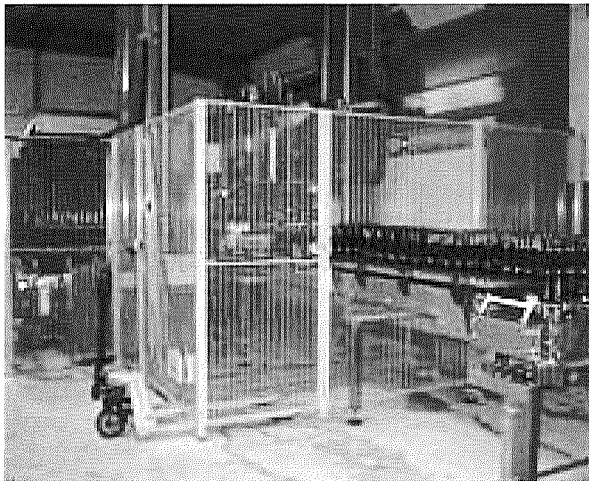


Abb. 12: Automatische Flaschenaufgabe

Es ist insbesondere der Markt, der eine ständige Anpassung erforderlich macht. Daher steht die Steigerung der Qualität hoch oben auf der Agenda. Um die Produkte am Markt zu positionieren, ist der Ausbau neuer Weinstile eine Notwendigkeit. Um den Erlebniswert für den Kunden zu steigern, braucht das Qualitätsprodukt eine optisch ansprechende Verpackung, neue Flaschenformen, hochwertige Ausstattungen und ein auf den Abnehmer abgestimmtes Geschenkartikelsortiment (z.B. Firmenpräsente, Flaschen mit einer künstlerischen Gestaltung).

Schließlich sind die betriebswirtschaftlichen Ziele im Auge zu behalten wie die Steigerung der Produktivität, geringerer Aufwand für Wartung und Umrüstung (Abb. 15) sowie eine Rationalisierung der Verpackung (Abb. 16), der Ein- und Auslagerung und Kommissionierung der Verkaufsware.

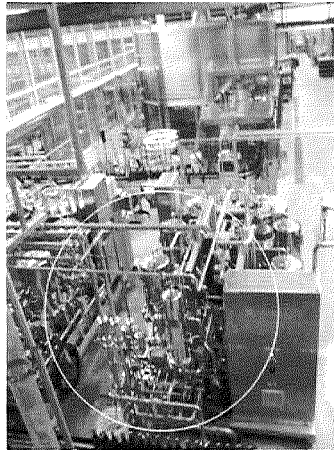


Abb. 13: Flotationsfilter

Durch die Innovationen wird der Fortschritt der Getränketechnologie genutzt, den eine Kellerei im weltweiten Wettbewerb nicht ignorieren kann. Es gehört zu den Binsenwahrheiten, dass ein Endprodukt nur so gut sein kann, wie seine Zutaten. Die Verantwortung für die Erzeugung der Trauben liegt nicht bei der Kellerei. Allerdings würde eine Qualitätssicherung vom Weinstock bis in den Keller am Ende auch ein qualitativ höherwertiges Produkt in die Flasche bringen. Dies erkennend ist die Winzergenossenschaft bei der Rohstoffbeschaffung ebenfalls neue Wege gegangen.

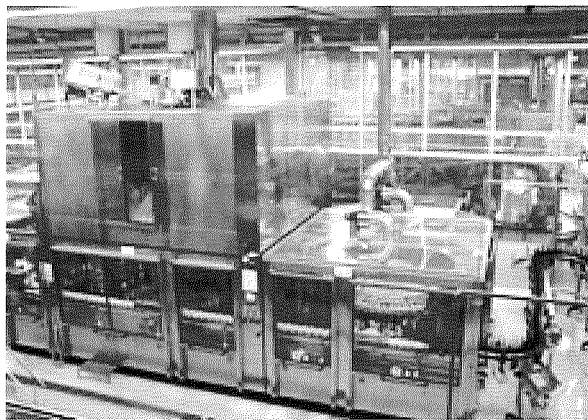


Abb. 14: Abfüllung und Verschluss

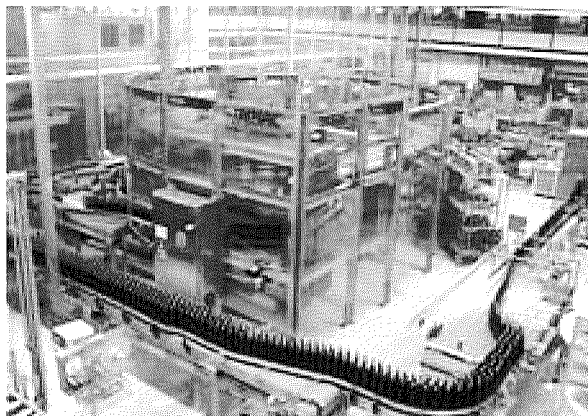


Abb. 15: Flaschenpuffer



Da die Mitglieder der Genossenschaft selbst ein großes Interesse daran haben, dass ihre Kellerei erfolgreich Wein vermarktet, fällt es sicherlich innerhalb dieser Organisationsform leichter, die Idee der Qualitätssicherung zu vermitteln. Rasche Erfolge kann man allerdings nur erzielen, wenn ausreichend große finanzielle Anreize geschaffen werden, sich auch in der Praxis dieser Idee zu verschreiben. So übernimmt die Genossenschaftskellerei im Herbst nur noch solche Trauben, aus denen sich vermarktungsfähige Weinqualitäten kelter lassen. Erreicht man diese Hürde der Mindestanforderung, so richtet sich die Auszahlung nach der angelieferten Qualität.

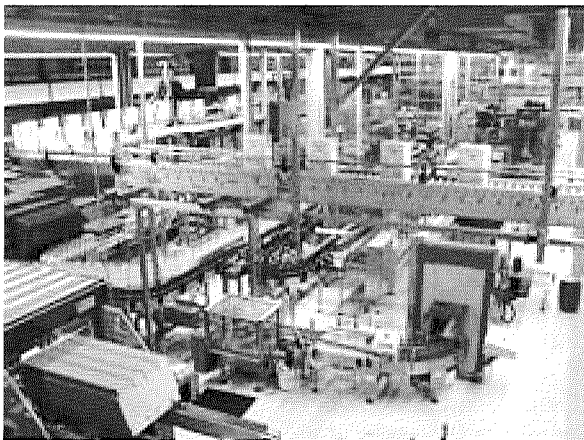


Abb. 16: Verpackung

Die Preismaske ist auf die einzelnen Weinsorten individuell abgestimmt. Die Einstufung bei den Öchslegraden bewegt sich für die einzelnen Qualitätsstufen im Prädikatsbereich über den gesetzlichen Anforderungen. Die Staffelung ist so gewählt, dass sich die Anlieferung einer besseren Qualität für den Traubenerzeuger lohnt (Abb. 17).

Die Umstellung der Weinberge auf Qualitätsweinsorten wie Riesling oder die weißen Burgundersorten unterstützt die Genossenschaft mit einem zinsgünstigen Kredit für ihre Mitglieder.

	Mostgewichte		Auszahlung
	Weinrecht	Genossenschaft	relativ
Tafelwein	44°	44°	55 %
Landwein	47°	47°	60 %
Qualitätswein	55°	55°	70 %
Hochgewächs	65°	65°	100 %
Kabinett	70°	75°	150 %
Spätlese	76°	82°	190 %
Auslese	83°	88°	250 %
		110°	371 %

Abb. 17: Preisrahmen Riesling

Alle Maßnahmen geschehen im Dialog zwischen Erzeugern und der Kellerei. Ein Weinbauingenieur, dessen Arbeitsplatz die Genossenschaft geschaffen hat, berät die Winzer bei Fragen des Rebschnittes, der Bodenbearbeitung, Düngung, der Rebenerziehung, des Pflanzenschutzes und der Bestimmung des richtigen Erntetermins. Über eine weitere Verfeinerung der Produktionstechnik will man dem gemeinsamen Ziel einer nachhaltigen Qualitätssicherung näher kommen.

Parallel dazu werden verschiedene Qualitätsmodelle mit einer begrenzten Anzahl von Winzern getestet, um herauszufinden, unter welchen Bedingungen Trauben erzeugt werden müssen, um solche Weine zu produzieren, die sich am Markt durch ihre Qualität abheben. Allen Modellen ist gemeinsam, dass die Erträge auf 6000 - 8000 Liter je Hektar reduziert werden und bestimmte Produktionsrichtlinien sowie festgelegte Erntetermine eingehalten werden müssen.

Neben der weiter oben beschriebenen Qualitätsbezahlung erhalten die Winzer zusätzlich eine Qualitätszulage je Flächeneinheit, die den geringeren Mengenertrag und dem höheren Produktionsaufwand ausgleicht.

Eine Besonderheit ist die Kooperation mit einzelnen Weingütern, die in Abstimmung mit der Genossenschaft den Wein füllfertig erzeugen. Die Abfüllung und Vermarktung dieser Weine unter dem Etikett der Weingüter obliegt ausschließlich der Winzergenossenschaft. Die Arbeitsteilung nutzt beiden Partnern. Der eine kann seine Kräfte auf die Produktion konzentrieren und der andere hat einen besonderen Artikel im Angebot, der die Palette der Weine vor allem im oberen Marktsegment abrundet.

Gleich im ersten Versuchsjahr hat das Riesling-Qualitätsprogramm, an dem über 300 Winzer teilnahmen, erste Erfolge gezeigt. Die reduzierte Erntemenge hat einen hohen Anteil in den höheren Qualitätsstufen: 3,5 % Hochgewächs, 29,5 % Kabinett, 42,5 % Spätlese und 24,5 % Auslese.

Seit einigen Jahren wird der Weinmarkt mit einem veränderten Verbraucherverhalten konfrontiert, das ein inzwischen differenziertes und weltweites Angebot nutzt. Zu lange ist der Rückgang der Inlandsnachfrage nach Weinen aus dem Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer bejammert worden, während sich der internationale Weinhandel immer größere Marktanteile erschließen konnte. Es scheint ein Umdenken statt gefunden zu haben, dass sich jetzt in pragmatischem Handeln niederschlägt. Bevor man neue Produktlinien am Markt positionieren kann, kommt man um die Verbesserung der Qua-

lität, Investitionen in eine neue Technik und zeitgemäße Marketingkonzepte nicht herum. So gewappnet kann man auf den Märkten offensiv operieren.

Die Qualitätsweingüter haben in den vergangenen Jahren dem Namen des Anbaugebiets wieder einen guten Klang verschafft. Dies sollte von den Winzern, die nicht direkt am Markt operieren, konzertant unterstützt und auch wirksam genutzt werden.

Zwei Beispiele, die zeigen, dass flexible strategische Planungen die wirtschaftlichen Leistungen verbessern können. Die Umsetzung in die Praxis ist im Einzelunternehmen sicherlich leichter zu bewältigen als bei einer Genossenschaft, wo man viele von dem eingeschlagenen Weg überzeugen muss. Dennoch stehen beide Beispiele dafür, dass die Zukunft denen gehört, die die Herausforderungen ihrer Zeit annehmen, Perspektiven entwickeln und schließlich umsetzen.

## Das Unternehmensflurbereinigungsverfahren Schifferstadt (DB)

Obervermessungsrat Wolfgang Singer, Neustadt

### 1. Planung der Bahn

Die Öffnung der Grenzen in Europa, die Vollendung des EG-Binnenmarktes und nicht zuletzt die zunehmende Belastung der Umwelt gaben den Anstoß für den Ausbau der Schnellbahntrasse Berlin-Paris.

Der Streckenabschnitt 2 der Ausbaustrecke Saarbrücken-Ludwigshafen -POS Nord (Paris-Ostfrankreich-Südwestdeutschland), Linienverbesserung Schifferstadt, wurde mit Datum vom 19.12.1997 durch das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) nach § 18 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) planfestgestellt.

Planungsgrundlage war der Auftrag zum Neu- und Ausbau von Schienenwegen durch das Bundes-schienenwegeausbaugesetz vom 15.11.1993. Für die geplante Maximalgeschwindigkeit von 200 km/h sind bestimmte Vorgaben einzuhalten, wie z.B. auch ein Mindestradius von über 3 km.

Der Bahnhof Schifferstadt erfüllt diese Bedingung nicht, dort sind maximal 100 km/h zulässig. Deshalb wird durch die neue Bahntrasse Schifferstadt nördlich umfahren. Unter Berücksichtigung von Wegfall von Halten in Homburg(Saar) und Neustadt/W. verkürzt sich zwischen Saarbrücken und Mannheim die Fahrzeit des IC dann um 12 Minuten auf ca. 68 Minuten.

Nach dem Ausbau der Gesamtstrecke soll die Fahrzeit Berlin-Paris mit dem Hochgeschwindigkeitszug 6 Stunden und 30 Minuten betragen.

Ein Teil der Neutrassierung im o.g. Verfahren liegt auf bis zu 7m hohen Erddämmen. Hierzu war 320000 m<sup>3</sup> Schüttgut erforderlich.

Dieser Planfeststellungsbeschluss des EBA erging unter der Prämisse, dass durch die vom Unternehmensträger beantragte Unternehmensflurbereinigung für die Bahnumgehung eine Existenzgefährdung der betroffenen Grundeigentümer nicht eintritt und dass im Rahmen einer Unternehmensflurbereinigung nach § 87 FlurbG die Realisierung des Bauprojektes schonend vollzogen werden kann.

Diese Verfahrensart ist für die Beteiligten als auch für die Bahn die effektivste und schonenste Art der Umsetzung. Die Bahn ist zwar Kostenträger für das Verfahren, jedoch zuständig für die Abwicklung der Entschädigungen und das Landmanagement ist das Kulturstamt Neustadt.

Die Bahn hat im Jahr 1998 im Umfeld der neuen Bahntrasse die Grundstücke eines landwirtschaftlichen Betriebs aufgekauft und zwar im unmittelbaren Einwirkungsbereich, die den Flächenbedarf ohne die landespflegerische Kompensationsfläche abdeckte.

Die im Planungsgebiet von der Bahn AG erworbenen Grundstücke (ca. 25 ha) liegen im überwiegenden Teil nicht in der geplanten Trasse der Bahn AG und können am wirkungsvollsten mit den Instrumenten der Flurbereinigung in die Trasse der Bahn verlegt werden. Durchschneidungsschäden und Umwege können durch Maßnahmen der Flurbereinigung am wirkungsvollsten behoben werden.



Abb. 1: Luftbildaufnahme der Bahntrasse Schifferstadt

Das daraufhin am 10.6.1998 eingeleitete Unternehmensflurbereinigungsverfahren Schifferstadt (DB) wurde so abgegrenzt, dass alle von der Bahn gekauften Flächen mit einbezogen werden können. Da die Landwirtschaftskammer den Standpunkt vertrat, das Gebiet sei erst vor 10 Jahren einer Flurbereinigung unterzogen worden, die Abgrenzung dürfe deshalb nur in unmittelbarer Nähe der Bahntrasse erfolgen, wurde das Verfahren sehr eng (nur im Einwirkungsbereich der 4,3 km langen neuen Bahntrasse) mit einer Fläche von 268 ha abgegrenzt.

Ins Verfahren mit zugezogen wurden jedoch **nicht** die erforderliche Kompensationsfläche im Sinne der Eingriffsregelung mit einer Größe von 10,5 ha. Gemäß Planfeststellungsbeschluss der Bahn sollte diese Fläche im südlichen Gemarkungsbereich 1500 m vom Verfahrensgebiet Schifferstadt(DB), getrennt durch die alte Bahntrasse, Straßen und Ortslage, ebenfalls in einem Flurbereinigungsverfahren ausgewiesen werden, da die Bahn Enteignungen vermeiden wollte.

Da die Flurbereinigungsbehörde erkannte, dass das Gebiet, wo die Kompensationsfläche vorgesehen ist und das Gebiet, in welchem die Trasse aus-

zuweisen ist vom Boden her nicht austauschbar ist, war zunächst ein eigenes 95 ha großes Vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren Schifferstadt (Süd) nach § 86 FlurbG geplant.

## 2. Öffentlich rechtliche Planung der Flurbereinigungsbehörde

Da durch den Trassenverlauf der Bahnumgehung zusammenhängend bewirtschaftete Flächen zerschnitten werden, ist das Kulturamt, zusammen mit dem Vorstand der Teilnehmergeinschaft, der Bahn AG, der Stadt Schifferstadt, der Landwirtschaftskammer und anderen bestrebt, weitere Nachteile, wie Umwege für die Landwirtschaft, durch das Flurbereinigungsverfahren zu minimieren. So ist es gelungen, nach Erstellen eines Gutachtens, das EBA für den Bau einer Wirtschaftswegebrücke parallel zur Autobahn zu gewinnen und den Landwirten einen Umweg von 3,3 km zu ersparen. Diese Wirtschaftswegebrücke ist u. A. Bestandteil des Planes nach § 41 Flurbereinigungsgesetz, der durch die damalige Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz in Neustadt am 17.10.2001 festgestellt wurde. In diesem Plan sind weitere Änderungen im Bereich der Bahntrasse integriert.

Um die bevorstehenden Aufgaben zur Zufriedenheit aller lösen zu können, sind ständige Kontakte der beteiligten Behörden und der Kommune zusammen mit dem Vorstand und der Landwirtschaftskammer erforderlich. Gleichzeitig bemüht sich das Kulturamt jetzt schon Härten dadurch auszugleichen, dass konkret mit einzelnen Beteiligten Planvereinbarungen getroffen werden, die die Neuzuteilung vorwegnehmen. Dies muss jedoch auf besondere Härtefälle beschränkt werden, da der Planwuschtermin und die Neuordnung der Grundstücke erst nach der Fertigstellung der Bahnumgehung erfolgen kann.

Bisher ist es gelungen, insbesondere dank der guten Zusammenarbeit mit dem Vorstand der Teilnehmergeinschaft Konsens zu allen strittigen Fragen herbeizuführen. In diesem Zusammenhang haben sich die monatlichen „Baubesprechungen“ bewährt. Zu diesem regelmäßig statt findenden Termin werden alle von der Planung tangierten Behörden und Ing. Büros und Gesellschaften der Bahn AG, sowie der Vorstand, die die Stadt Schifferstadt sowie die Landwirtschaftskammer geladen. Im Termin werden zwischenzeitlich gewonnene Erkenntnisse oder Neuigkeiten allen Beteiligten bekannt gegeben oder neue Planungen vorgestellt. Ein kleiner Kreis unter der Leitung des Kulturamtes bereitet die neuen Planungen vor, sodass im Termin meistens Einigung erzielt werden kann.

Schon im Jahr 2001 war absehbar, dass weitere Planänderungen aus folgenden Gründen erforderlich sind:

Parallel zur Bahntrasse wurden sog. Baustraßen gebaut, die bis zu 6,5 m breit bituminiert wurden. Die Planfeststellung sowohl der Bahn als auch der Flurbereinigung sah jedoch nur Erdwege, Schotterwege oder Wege mit einer Befestigungsbreite von 3 m vor. Es wurde deshalb mit der Bahn verhandelt ob und wie die Wege zurückzubauen sind. Streitpunkt dabei war, dass sowohl die Bahn als auch die Stadt Schifferstadt für die Mehrfläche der Parallelwege als auch für die Mehrfläche an landespflegerischer Ausgleichsfläche nicht aufkommen wollte. Die Bahn stellte daraufhin eine Kosten-Nutzen Analyse auf.

Parallel dazu machten sich das Kulturamt und die Teilnehmergeinschaft Gedanken über „Rettungsweg“ entlang der Bahntrasse, insbesondere, da das Verfahren auch von der Autobahn 61 gekreuzt wird, die in diesem Bereich sehr unfallsträchtig ist. Es wurde offensichtlich, dass die schweren Rettungsfahrzeuge der Feuerwehr Wege, die nur 5 m breit sind mit 3 m breiter Befestigung nicht im Begegnungsverkehr benutzen können.

Auch aus diesem Grund kam auch von Seiten der Stadt die Forderung, ein Großteil der Wege so zu belassen wie sie sind. Diese Argumente und Maßnahmen der TG, die zu nicht unerheblichen Kosteneinsparungen führten, bewegten die Bahn schließlich dazu, den Änderungswünschen der TG zuzustimmen. Zurückgebaut und geändert werden nur Wege, die falsch gebaut sind (zu hoch, mit falschem Quergefälle usw.).

Vorab musste geklärt werden, ob das EBA den von der TG vorgeschlagenen Änderungen zustimmt und die Kosten übernimmt. Als dies geklärt war, wurden die Änderungen des Planes mit der Plangenehmigung nach § 41 Abs.3 FlurbG vom 26.7.2002 sanktioniert. Die Änderungen, die Kompensationsflächen betreffend, betreffen nicht den Plan nach § 41 FlurbG.

### **3. Einweisung der Bahn in die neue Bahntrasse**

Um in den Besitz der Trasse zu kommen, musste die Bahn nicht mit jedem einzelnen Eigentümer in der Trasse verhandeln. Durch Vorläufige Anordnung nach § 36 Flurbereinigungsgesetz wurde die Bahn am 4.2.1999 in die Trasse eingewiesen und konnte somit mit den Baumaßnahmen beginnen. Im Vorfeld wurden der Aufwuchs und sonstige Entschädigung ermittelt. Die Geldbeträge werden jährlich durch das Kulturamt Neustadt ausbezahlt.

Zur Bereitstellung von Flächen für den geplanten Streckenausbau der Schnellbahnverbindung Saarbrücken - Ludwigshafen (POS Nord), Streckenabschnitt 2, ordnete das Kulturamt Neustadt auf Antrag der Deutschen Bahn AG nach § 88 Nr. 3 i.V. mit § 36 des Flurbereinigungsgesetzes am 4.2.99 und 10.7.2000 an, dass den Beteiligten der vom Ausbau betroffenen Grundstücksflächen der Besitz und die Nutzung (FlurbG) entzogen wird. Im Gegenzug wurde die Bahn AG wurde zum Zwecke des Ausbaus der Bahnumgehung in den Besitz und Nutzung eingewiesen.

Nach der Fertigstellung der Bahn werden die Grundstücke im Rahmen des Flurbereinigungsverfahrens neu geordnet und der entzogene Besitz wird den Betroffenen an anderer Stelle wieder neu zugeteilt.

In der Zwischenzeit, bis zur Besitzeinweisung im o.g. Flurbereinigungsverfahren, entstehen den vom Bau der Bahnumgehung Betroffenen Nachteile, die durch Geld entschädigt werden.

Auf Grundlage eines Gutachtens der Oberfinanzdirektion Koblenz wurden die Entschädigungen der wesentlichen Bestandteile der betroffenen Grundstücksteile (Bäume, Zäune, Gebäude usw.) festgesetzt und dies den betroffenen Eigentümern im November 1999 mitgeteilt. Es handelt sich hierbei um einmalige Beträge, das heißt in dem festgesetzten Betrag für Obstbäume ist auch der damit verbundene Nutzungsausfall für die kommenden Jahre enthalten.

Für die sonstigen landwirtschaftlichen Grundstücke, auf denen Gemüse oder andere Kulturen angepflanzt werden, wird eine jährliche Nutzungsausfallentschädigung an den Pächter ausbezahlt.

#### 4. Flächenmanagement und Kompensationsflächen

Die Ausweisung der landespflegerischen Kompensationsflächen der Bahn war von Anfang an unklar und umstritten: Im textlichen Teil des Planfeststellungsbeschlusses der Bahn vom 19.12.1997 sind zur Frage der landespflegerischen Ausgleichsfläche verschiedene, z. T. sich widersprechende Angaben enthalten:

- ❑ S. 28 „Der Vorhabenträger geht davon aus, dass die Ausgleichsflächen in das Flurbereinigungsverfahren einbezogen werden.“
- ❑ S. 59 „Hinsichtlich der Ausgleichsflächen geht das Kulturreich davon aus, dass diese Flächen von der Deutschen Bahn AG direkt aufgekauft werden, sodass ein Flurbereinigungsverfahren nicht erforderlich ist.“
- ❑ S. 51 „Die landespflegerischen Ausgleichsflächen sollten in das unmittelbare Umfeld des Naturschutzgebietes „Dannstadter Gräberfeld“ verlegt werden, um dort Ackerflächen in Grünland umzuwandeln und eine ausreichende Pufferzone zu sichern“.
- ❑ S. 68 Die Existenzgefährdung eines landwirtschaftlichen Betriebes wird angesprochen.

Da die Obere Landespflegebehörde die Ausweisung der 10,5 ha Kompensationsfläche anmahnte, und ein direkter Ankauf der Zielflächen nicht möglich war, plante das Kulturreich anfangs ein hierfür erforderliches Vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren mit 95 ha und ca. 400 Eigentümern. Die Akzeptanz in diesem Verfahren wäre jedoch sehr gering gewesen, da es sich überwiegend um Freizeitgrundstücke handelt. Außerdem wäre ein landwirtschaftlicher Betrieb, einer der größten Rettich-

bauern in Deutschland, in seiner Existenz gefährdet, der sich selbst Brunnen geschaffen hatte und Rettiche anpflanzt, die nur in diesem Gebiet gut wachsen.

Deshalb brachte der Vorstand der TG im Januar 2001 eine Ersatzlösung vor: 7,3 ha Ackerfläche in der Gewanne Gehren im Norden von Schifferstadt, nur 750 m vom Verfahren entfernt, Vernetzung und Bezug durch einen Graben, der zum Verfahren Schifferstadt(DB) führt, die Fläche liegt in der Nähe des „Gräberfeldes“ und ist ringum von einem Graben und Gebüsch begrenzt. In diesem Bereich sind 8 Eigentümer begütert, die verkaufen oder tauschen würden. Dieses Gebiet könnte direkt zum jetzt laufenden Verfahren zugezogen werden. Für weitere 3 ha und mehr können im Verfahren Schifferstadt in der Gewanne Griesgarten im Bereich der Brunnen Ackerflächen erworben werden, die zu Grünland umgewandelt werden können.

Nach einem Vorgespräch mit der Oberen Landespflegebehörde im Februar 2001 stellte die Obere Landespflegebehörde klar, dass andere Varianten der Ausweisung von Kompensationsflächen nicht geduldet werden. Im April 2001 signalisierte auch die ADD Trier, dass man an der Planfeststellung der Bahn von 1997 fest halte.

Ein im Auftrag der Teilnehmergemeinschaft und der Bahn AG von der Landwirtschaftskammer erstelltes Gutachten führte zu einem Umdenken. Dieses Gutachten wies nach, dass in dem Verfahren Schifferstadt (Süd) mit 95 ha der Rettichanbaubetrieb praktisch alle Grundstücke gepachtet hatte, sodass nach einer Ausweisung von 10,5 ha Kompensationsfläche dem Betrieb mehr als 10 % gefehlt hätte und ein Ersatz in der unmittelbaren Nähe des Hofes nicht zu finden war. Eine Existenzgefährdung des Betriebes konnte also tatsächlich nachgewiesen werden.

Die Bahn hat diese Argumente auch schnell begriffen, sie wollte keine Schwierigkeiten vor Ort und wollte auch die Kosten nicht in die Höhe treiben. Nach Rücksprache mit dem Eisenbahnbundesamt in Bonn erklärte daraufhin die DBBauProjekt in Frankfurt, dass die Bahn bereit sei, bezüglich der Kompensationsflächen ein Planänderungsverfahren durchzuführen, dies sei jedoch an zwei Bedingungen geknüpft: Mit den Eigentümern muss verbindlich verhandelt werden, dass sie entweder verkaufen oder bereit zu einem Tausch sind. Außerdem muss diese Maßnahme bis Februar 2003 vollzogen sein.

Das von den Landwirten vorgeschlagene Konzept überzeugte auch deshalb, da die Kompensations-

fläche in unmittelbarer Nähe des Eingriffes der Bahnumgehung - 750 m - liegt.

Die Ersatzfläche soll so schnell wie möglich ausgewiesen werden, das ist bei dem von den Landwirten vorgeschlagenen Konzept (9,5 ha Direkterwerb der Zielflächen oder Tausch) sehr schnell möglich und erfordert außer Grunderwerbskosten kaum Mehrkosten.

Im südlichen Gebiet, in dem angedachten Verfahren Schifferstadt (Süd) ist nur eine begrenzte agrarstrukturelle Verbesserung möglich, dort sind viel Kleinbesitz und Gärten - vielfach eingezäunt. Das landespflegerische Zielgebiet wird von einem Landwirt bewirtschaftet, der dort Rettich anbaut und mit Brunnen beregnet, die er privat hat erstellen lassen: Hohe Entschädigungskosten wären die Folge. Ein Tausch in den Norden ist nicht möglich, da der Lösslehm Boden im Norden nicht zum Rettichanbau geeignet ist.

Das Verfahren Schifferstadt (Süd) ist mit einem hohen Zeit- und Kostenaufwand verbunden. Die von den Landwirten vorgeschlagene und schließlich auch akzeptierte Alternativlösung bedeutet lediglich die Zuziehung einer handvoll Grundstücke und das Landmanagement, wozu die Betroffenen auch freiwillig zustimmen.

Da die Oberbehörde jedoch der Meinung war, die ursprünglich geplanten Kompensationsflächen im Süden seien wertvoller, müssen weitere 3 ha Kompensationsflächen, also zusammen 13,5 ha aufgebracht werden. Im Dezember 2002 stellte die Bahn AG die Änderungsplanung den Verbänden vor. Diese waren im Termin mit den Änderungen nur einverstanden, wenn die Bahn 25000 • für Zwecke der Landschaftspflege zur Verfügung stellt.

## 5. Zwischenbilanz

Die Bahntrasse einschließlich ihrer Anlagen ist bis Herbst 2003 in der Örtlichkeit hergestellt. Im März 2003 wurde das Verfahren überflogen, der Planwunschtermin ist im Herbst 2003 vorgesehen und die Neuordnung der Grundstücke und Besitzeinweisung im Jahr 2004. Dann können die von der Bahn AG gekauften Grundstücke in die neue Trasse und die landespflegerische Kompensationsfläche gelegt werden.

Dadurch ist es möglich, dass auch die in der Trasse liegenden Grundstücke außerhalb der Trasse wieder in etwa der gleichen Größe nach der Neuordnung den Eigentümern übergeben werden können.

Da die Bahn das Kulturamt angeschrieben hatte, die gemäß Planänderungsverfahren vorgesehenen Kompensationsflächen im Norden (Gewanne Gehren) zuzuziehen, haben der Vorsitzende, Herr Magin und das Kulturamt die Verhandlungen mit den Eigentümern aufgenommen. Innerhalb eines Tages im April waren die Verhandlungen beendet, alle hatten einem Tausch bzw. einem Verkauf an die Bahn zugestimmt. Diesem Tag waren jedoch Wochen vorangegangen, in denen sich der Vorsitzende telefonisch mit den dort Beteiligten auseinandersetzte.

Somit kann nach dem 11.11.2003 die gesamte zugezogene Gewanne Gehren und ein Grundstück angrenzend an die Nordumgehung (zusammen 98834 m<sup>2</sup>) der Bahn zur weiteren Verwendung übergeben werden kann. Durch diese Konsensfindung mit allen Beteiligten einschließlich der Bahn konnte ein sehr teures Flurbereinigungsverfahren im Süden mit einer Größe von 95 ha und 100 ten von Beteiligten vermieden werden.

Im Frühjahr 2003, nachdem geklärt war, dass die Bahn ein Planänderungsverfahren durchführt, hat die DBBauProjekt GmbH, die jetzt DBProjektBau GmbH heißt, das Kulturamt angeschrieben und darum gebeten, die Kompensationsflächen im Norden zum Verfahren Schifferstadt(DB) zuzuziehen.

Mit Beschluss vom 8.5.2003 wurden diese Flurstücke deshalb zum Verfahren zugezogen.

## 6. Der Schlüssel zum Erfolg

Das Spannungsfeld zwischen Grundeigentum und Naturschutz konnte im obigen Fall zur Zufriedenheit aller gelöst werden, weil das Kulturamt und die Teilnehmergemeinschaft sich folgende Verhaltensregeln zu Eigen machten:

Das Prinzip der gegenseitigen Achtung und partnerschaftlichen Zusammenarbeit.

Hierbei wurde großer Wert darauf gelegt, die Vorgesandtschaft und die Menschen vor Ort in die aktive Mitarbeit einzubinden.

Laufender Informationsaustausch sowohl telefonisch als auch in monatlichen großen Baubesprechungen.

Neue Vorstellungen wurden in Kleingruppen erarbeitet und schließlich in der großen Runde, den Baubesprechungen allen mitgeteilt.



Die Vorverhandlungen wegen des Verkaufs oder Tausches der Kompensationsflächen führte der TG Vorsitzende.

Erhebliches Engagement der Mitarbeiter der Planungsgruppe des Vorsitzenden der TG und das Ablegen behördlichen Obrigkeitsdenkens. Alle waren Partner und arbeiteten an einer einvernehmlichen Lösung mit.

Überzeugungsarbeit durch viele Diskussionsrunden was auch zu Wiederholungen von Argumenten führte, aber oft auch letztendlich den „großen Partner“ Bahn von einem neuen Modell überzeugen konnte.

Manche Entscheidungen wurden dann auch beim gemeinsamen Mittagstisch nach den Baubesprechungen getroffen.

## Nutzungstausch im Vorgriff auf beschleunigte Zusammenlegung Praxisbeispiel Albessen

Vermessungsdirektor Hans Längin und Agraringenieur Jürgen Sauter, Kaiserslautern

Der Nutzungstausch bietet den Bewirtschaftern, den Grundeigentümern und der Gemeinde zahlreiche Vorteile. Den Wünschen im Bezug auf die Eigentumsarrondierung, die Durchführung von Ausbaumaßnahmen sowie die blockweise Vermessung, wie sie das beschleunigte Zusammenlegungsverfahren (BZ-Verfahren) ermöglicht, kann in einem Nutzungstauschverfahren allerdings nicht entsprochen werden. Am Beispiel der Gemeinde Albessen wird versucht, die Vorteile beider Verfahrensarten miteinander zu kombinieren. Im Vorgriff auf die Durchführung des beschleunigten Zusammenlegungsverfahrens wurde ein Nutzungstausch durchgeführt.

### Beteiligung

<b>291 ha</b>	landwirtschaftliche Nutzfläche
<b>18</b>	Landwirte aus 3 Gemarkungen
<b>51</b>	Grundeigentümer
<b>340</b>	Flurstücke

Tab. 1: Beteiligung

Albessen ist ein kleiner Ort mit 180 Einwohnern im Landkreis Kusel. Die Gemarkungsfläche beträgt 443 ha, wovon 283 ha landwirtschaftliche Nutzfläche sind. Albessen gehört zur Verbandsgemeinde Kusel.

Im Jahre 1957 fand der Besitzübergang einer klassischen Flurbereinigung statt, deren Ergebnisse schon lange nicht mehr den Erfordernissen einer modernen Landbewirtschaftung entsprachen.

Vor allem die kurze Furchenlänge aber auch die fehlende Arrondierung stellten einen großen Mangel bei der Bewirtschaftung der Flächen dar.

Mit Schreiben vom 30.04.1998 beantragte deshalb der Gemeinderat Albessen, dem drei Landwirte angehören, die Bodenordnung, insbesondere für den Bereich der Ortsrandlage zur Ortsentwicklung und für die Feldlage zur Arrondierung und zur Vergrößerung der Schlaglängen. Auf Grund der vielen Anträge für Bodenordnungsverfahren anderer Gemeinden und der bestehenden Personalknappheit am Kulturstückamt Kaiserslautern konnte den Beteiligten keine schnelle Durchführung einer Zweiteilung zugesichert werden. Durch eine beschleunigte Zusammenlegung mit blockweiser Neuvermessung sollte Abhilfe geschaffen werden. Deshalb wurde schon im Jahre 2000 das BZ-Verfahren Albessen eingeleitet, wenngleich die Arbeitsplanung des Kulturstückamtes den Besitzübergang erst für 2006 vorsah. Widersprüche gegen die Einleitung des BZ-Verfahrens wurden nicht vorgebracht.

### Ergebnisse

	Vorher	Nachher
Anzahl der Besitzstücke	121	32
Ø Besitzstückgröße	2,5 ha	9 ha
Ø Schlaglänge	250 m	600 m

Tab. 2: Ergebnisse

Um dennoch möglichst schnell und ohne viel Aufwand eine großflächige Bewirtschaftung der Gemarkung zu erreichen, beantragten die neun ortsansässigen Landwirte im Frühjahr 2002 einen freiwilligen Nutzungstausch (siehe Tab. 1), nachdem sie zuvor über den Nutzungstausch und seine Möglichkeiten informiert worden waren.

Bereits zum Frühsommer wurde mit den Bewirtschaftern aus Albessen ein Bewirtschaftungskonzept erstellt, bei dem für jeden Bewirtschafter seine Wirtschaftsfläche der konzipierten Fläche gegenübergestellt wurde.

Im Laufe der Erörterungen und Verhandlungen wurden auch Ausmärker der Nachbargemeinden Ehweiler und Konken in dieses Konzept eingebunden. Nach der Ernte 2002 standen die künftigen Wirtschaftsflächen fest. Innerhalb einer Wirtschaftsperiode konnte damit der Nutzungstausch vollzogen werden.

Dabei wurden die Wirtschaftsflächen gegenüber der früheren Flurbereinigung weiter arrondiert und die Furchen durch Überwirtschaften von Erdwegen verlängert. Die nach dem Bewirtschaftungskonzept zur landwirtschaftlichen Nutzung vorgesehenen Erdwege wurden vorweg in einer landespflegerischen Bestandsaufnahme erfasst, damit ihr Wegfall in der landespflegerischen Bilanzierung für das beschleunigte Zusammenlegungsverfahren ausgeglichen werden kann.



Abb. 1: Ökologisch wertvolle Wege zwischen Acker und Grünland bleiben erhalten, auch als Trennfläche zwischen den Nutzungsarten

Auch die erforderlichen Verbesserungen bei der Erschließung der Grundstücke durch Wegebefestigungen werden im BZ-Verfahren mit den dafür notwendigen, landspflegerischen Ausgleichs durchgeführt. Dies hat den Vorteil, dass sich das Wegenetz stärker als in Bodenordnungsverfahren üblich an der Bewirtschaftung orientiert. Das Wegenetz wird so insgesamt ausgedünnt und die Befestigungslänge wird vermindert.



Abb. 2: Großflächige Bewirtschaftung ohne Eingriff in ökologische Strukturelemente

Insgesamt stellen sich alle Beteiligten, die Landwirte als Bewirtschafter und Pächter als auch die Eigentümer als Verpächter auf eine großzügigere Handhabung der Abfindungsgrundsätze beim späteren BZ-Verfahren ein. Das erleichtert die Bearbeitung des BZ-Verfahrens, weil die Teilnehmer manchen Faktoren für die Wertgleichheit eine andere Gewichtung beimessen. Dabei bringt das aus dem Nutzungstausch vorhandene Bewirtschaftungskonzept auch für das spätere BZ-Verfahren wesentliche Vorteile. Die beteiligten Landwirte waren an der Erarbeitung dieses Konzeptes im Nutzungstausch stark beteiligt und haben der jetzigen Aufteilung der Wirtschaftsflächen freiwillig zugestimmt - auch wenn mit manchem darum gerungen werden musste, weil eben die Bonitäten, die Nutzungsarten, die Antragsflächen, die Hofentfernung etc. nicht genau berücksichtigt werden konnten. Sie identifizieren sich dadurch viel mehr mit der Bodenordnung, mit dem Nutzungstausch und auch mit dem BZ-Verfahren.

Diese Mitarbeit der Landwirte beim Nutzungstausch ergab, dass das Ergebnis des Nutzungstausches eine noch stärkere Arrondierung brachte, als sie ursprünglich planerisch erwartet worden war. Die Pächter haben auch gemarkungsübergreifend einige Flächen getauscht mit auswärtigen Bewirtschaftern, die oft nur Streuparzellen innerhalb größerer Bewirtschaftungseinheiten in Albessen bewirtschafteten. Dies brachte für die Albesser Landwirte und die Ausmärker eine große Entfernungsverbesserung.





Abb. 3: Albessen vor dem Nutzungstausch

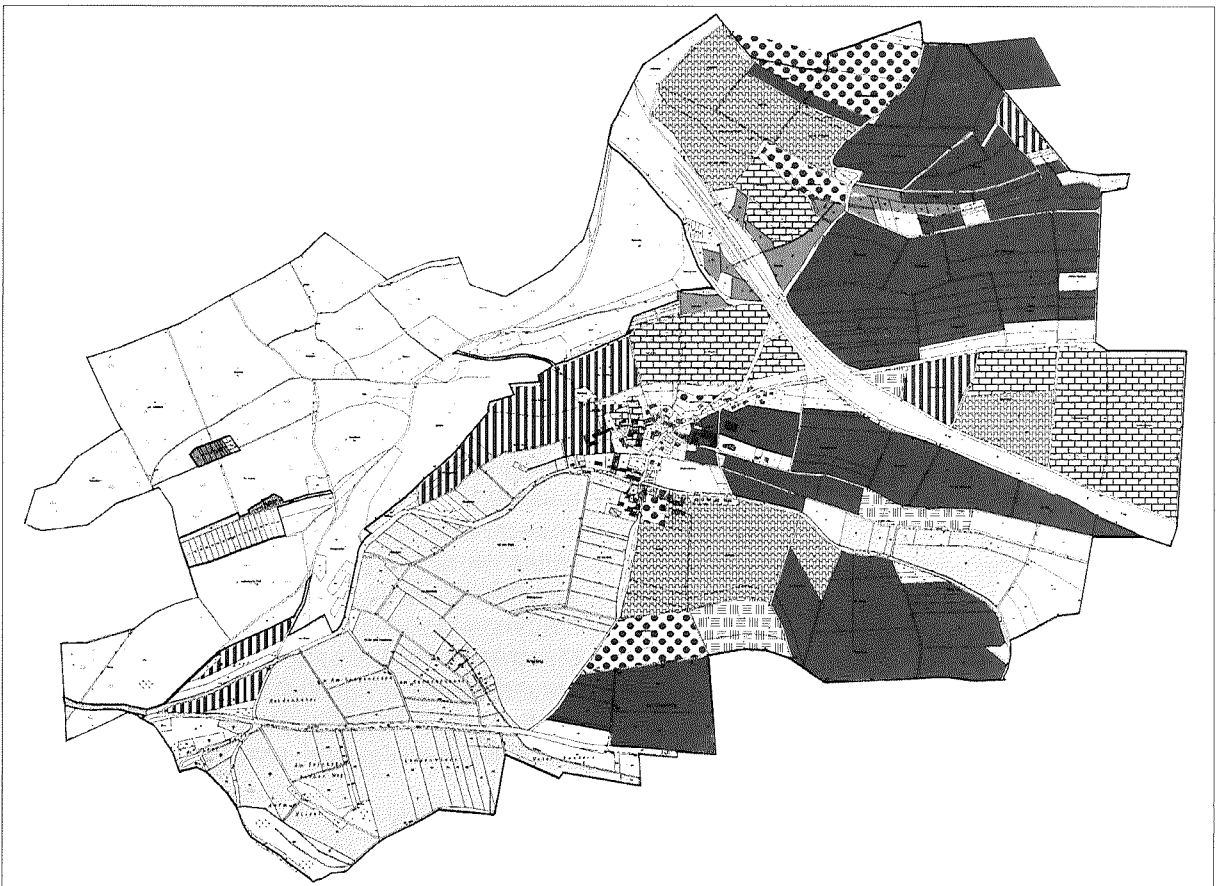


Abb. 4: Albessen nach dem Nutzungstausch

Im Zusammenhang mit einem Bodenordnungsverfahren wurden 100 Euro pro ha Nutzungstauschfläche bzw. insgesamt 17 298 Euro an Verpachtungsprämie bezahlt. Damit konnten die Verpächter animiert werden, ihre Flächen langfristig schriftlich zu verpachten. Der Tausch von Pachtflächen erfolgt in Unterpacht. Dies war in allen Pachtverträgen festzuschreiben. Durch dieses besonders von den Landwirten favorisierte Verfahren behält jeder Pächter seinen ursprünglichen und damit bekannten Verpächter. Er schloss mit ihm einen Pachtvertrag über 12 Jahre. Der Pachtzins der einzelnen Pächter an einzelne Verpächter kann deshalb auch weiterhin unterschiedlich hoch sein. In einigen Fällen würden sonst persönliche Querelen zwischen dem Verpächter und einem neuen, vielleicht unliebsamen Pächter eine Verpachtung verhindern. Der Zeitaufwand für die Erstellung der Pacht- und Unterpachtverträge war höher, hat aber zu mehr Akzeptanz geführt.

Der Bearbeiter muss die Pachtverhältnisse in der Gemarkung genau kennen, damit das Verfahren mit den Unterpachtverträgen nachvollziehbar bleibt.

Dies ist auch wegen der Prämienzahlung notwendig.

Nach dem Besitzübergang genutzte Erdwege hat die Gemeinde verpachtet. Damit erspart sie sich Unterhaltungskosten.

Alle Baumaßnahmen und ihre landespflegerischen und wasserwirtschaftlichen Ausgleichs erfolgen im späteren BZ-Verfahren.

Das in den Abbildungen 3 und 4 dargestellte Ergebnis des Nutzungstausches ist sehr gut und zeigt die Möglichkeiten in einem solchen Verfahren selbst dann, wenn nicht nur wenige Bewirtschafter beteiligt sind.

## Freiwilliger Nutzungstausch Plein

### Landkreis Bernkastel-Wittlich

Sachgebietsleiter Klaus Reitz, Bernkastel-Kues

#### 1. Einleitung

Der Strukturwandel in den ländlichen Gemeinden von Rheinland-Pfalz setzt sich je nach regionaler Zugehörigkeit mit hoher Dynamik fort. Dies führt zu einer spür- und erlebbaren Veränderung unserer Kulturlandschaft, ökologisch hochwertige Wiesentäler verbrachen, hängiges, mageres Grünland an den Flanken der Kuppen verbuscht. Die verbleibenden Betriebe bewirtschaften die freiwerdenden Flächen oft nur, wenn Sie in ein betriebliches Gesamtkonzept passen.

Die Bewirtschaftung dieser zusätzlichen Flächen bedingt in Zeiten der Arbeitsspitzen eine erhebliche Zunahme der Belastung der Landwirte und ihrer Familien. Oft bewältigen die Betriebe die anfallenden Erntearbeiten nur noch mit Aushilfen oder durch den Einsatz von Lohnunternehmern. Dies sind jedoch Kosten, die die Betriebsbilanz erheblich belasten können. Angesichts der Erträge in der Landwirtschaft ist eine Gewinnverbesserung durch Leistungssteigerung der natürlichen Grundlagen kaum noch möglich.

Die Ressourcen sind weitgehend ausgeschöpft. Die Böden sind an der Grenze der Ertragsleistung angelangt, die Züchtung sowohl im tierischen als auch pflanzlichen Bereich bringt keine Zuwächse die sich erheblich auf die Gewinnerwartungen auswirken. Und dann wirkt auch noch in der Landwirtschaft, so wie in diesem Jahr, die große Unbekannte, das Wetter entscheidend mit.

Wenn zur Verbesserung der Betriebssituation die Ertragssteigerung nur schwer umzusetzen ist, muss sich die Überlegung in die andere Richtung bewegen. Einsparung ist die Devise. Viele Möglichkeiten werden in den Fachorganen diskutiert. Von der Spezialisierung bis zur Direktvermarktung einer breiten Produktpalette, vom überbetrieblichen Maschineneinsatz bis zur Betriebskooperation oder -zusammenführung reicht die Bandbreite. Alles richtige und gute Ideen, jedoch sind diese Chancen nicht überall gegeben oder gewollt.

Die einfachste Möglichkeit bei den Betriebsausgaben zu sparen ist die Reduzierung uneffektiver Kosten, so z.B. bei den Wegekosten.

## 2. Freiwilliger Nutzungstausch Plein

### 2.1 Verfahrensablauf

Auf der Suche nach der Ertragsoptimierung des Betriebes kommt der Landwirt mit seinen betrieblichen Möglichkeiten leicht an die Grenze des Machbaren. Die landwirtschaftlichen Unternehmer in der Gemarkung Plein wurden initiativ und haben sich Ende des Jahres 2001 über die Ortsgemeinde an das Kulturamt mit der Bitte um schnelle Regelung der Besitzersplitterung gewandt.

Ein Verfahren nach dem FlurbG war in der kürze der Zeit als schnell wirksames Vorhaben nicht durchführbar und auch wegen des guten Katasters nicht erforderlich. So entschieden sich alle an der Meinungsbildung Beteiligten für den freiwilligen Nutzungstausch außerhalb einer Eigentumsbodenordnung.

Die Gemarkung Plein, Landkreis Bernkastel-Wittlich liegt ca 6 km nordöstlich der Kreisstadt an der A1/A48 und ist der Verbandsgemeinde Wittlich-Land angegliedert.

Die Ortsgemeinde hat 633 Einwohner und eine Gemarkungsgröße von 722 ha.

Das Nutzungstauschgebiet hat eine Bearbeitungsfläche von 209 ha. Die Nutzungstauschfläche beträgt 132 ha (65 ha A; 61 ha GR; 6 ha Wege)

### 2.2 Ablauf des freiwilligen Nutzungstausches

Nach der Informationsveranstaltung des Kulturamtes mit Gemeinde, Eigentümern und Landwirten war der Wunsch auf schnelle Durchführung des Verfahrens vorgetragen.

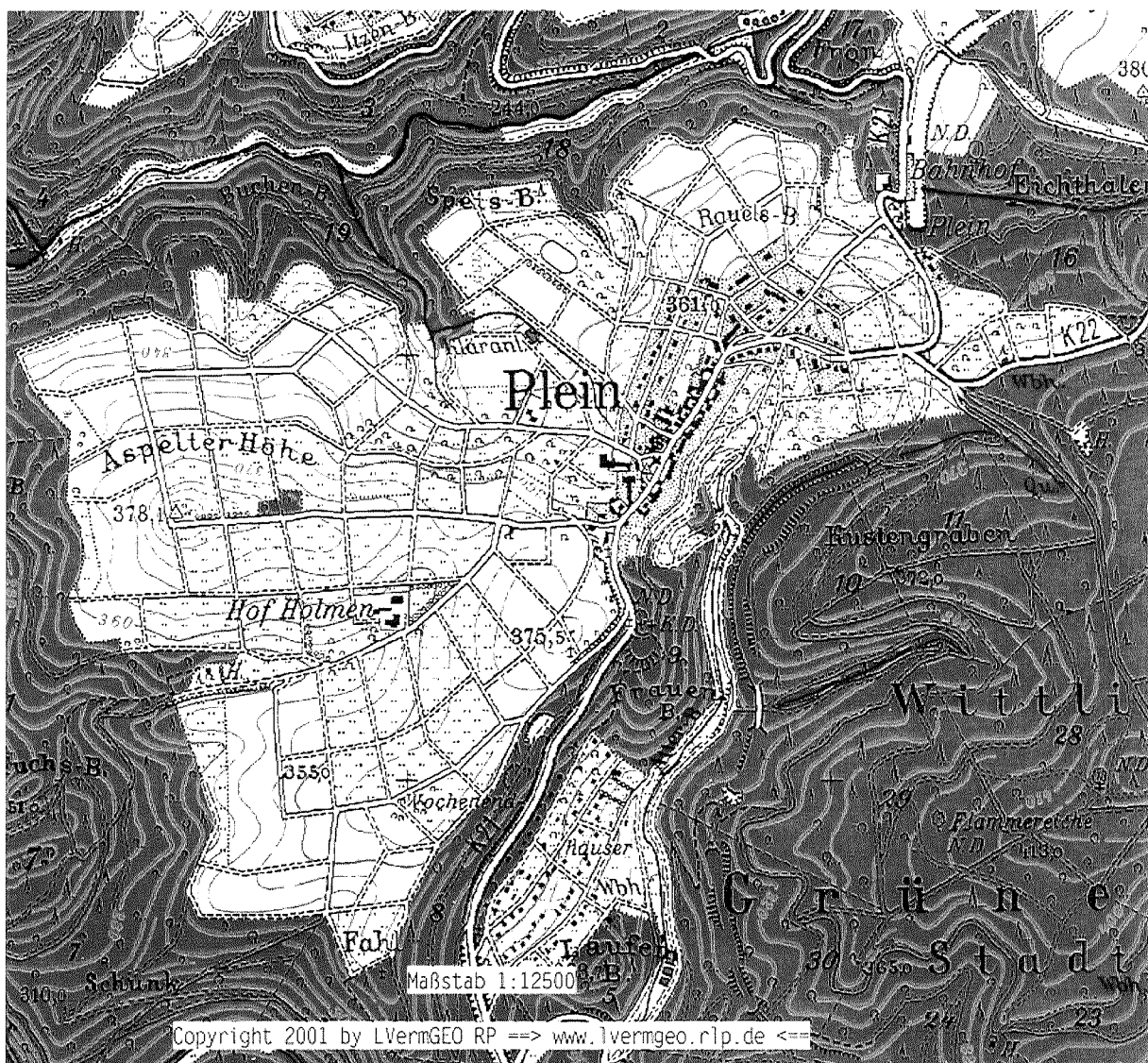


Abb. 1: Übersicht (Topographische Karte)

Im März 2002 lagen die Besitzstandskarten als Grundlage für den Nutzungstausch vor.

Für die Verhandlungen mit den Eigentümern und Landwirten wurde der Moderator der „Wittlicher Senke“ als Helfer verpflichtet. Er erarbeitete mit dem Kulturamt das Konzept auf der Grundlage einer Interessenermittlung bei den beteiligten Landwirten.

Der Nutzungsplan wurde durch den Helfer erstellt.

Ebenso die Tabelle der Tauschflurstücke (AB/NB), die Einzelpachtverträge und die neue Nutzungskarte.

Die Pachtverträge sind für die Dauer von 10 Jahren mit einer Prämie von 200 • abgeschlossen. Sammelpachtverträge wurden in diesem Verfahren keine abgeschlossen.

Die Anträge auf Prämie werden im Haushaltsjahr 2003 gestellt und soweit Haushaltsmittel verfügbar sind, ausgezahlt.

Die Bearbeitung der Anhänge 1 und 2, die Auflösung bisheriger Pachtverträge und die Überleitungsbestimmungen gehörten ebenfalls zu den Aufgaben des externen Helfers.

Im Herbst 2002 konnten die Landwirte die Nutzung ihrer neuen Pachtflächen antreten.

Erschwert hat die Verfahrensbearbeitung, dass weder REDAS noch GRIPS einsetzbar waren.

### 2.3 Ergebnis der Agrarstrukturverbesserung

→ Anzahl der Bewirtschafter	6
→ Anzahl der Verpächter	54
→ Anzahl der Pachtverträge	89
→ Anzahl der Flurstücke	48
→ Anzahl der Tauschbesitzstücke	45

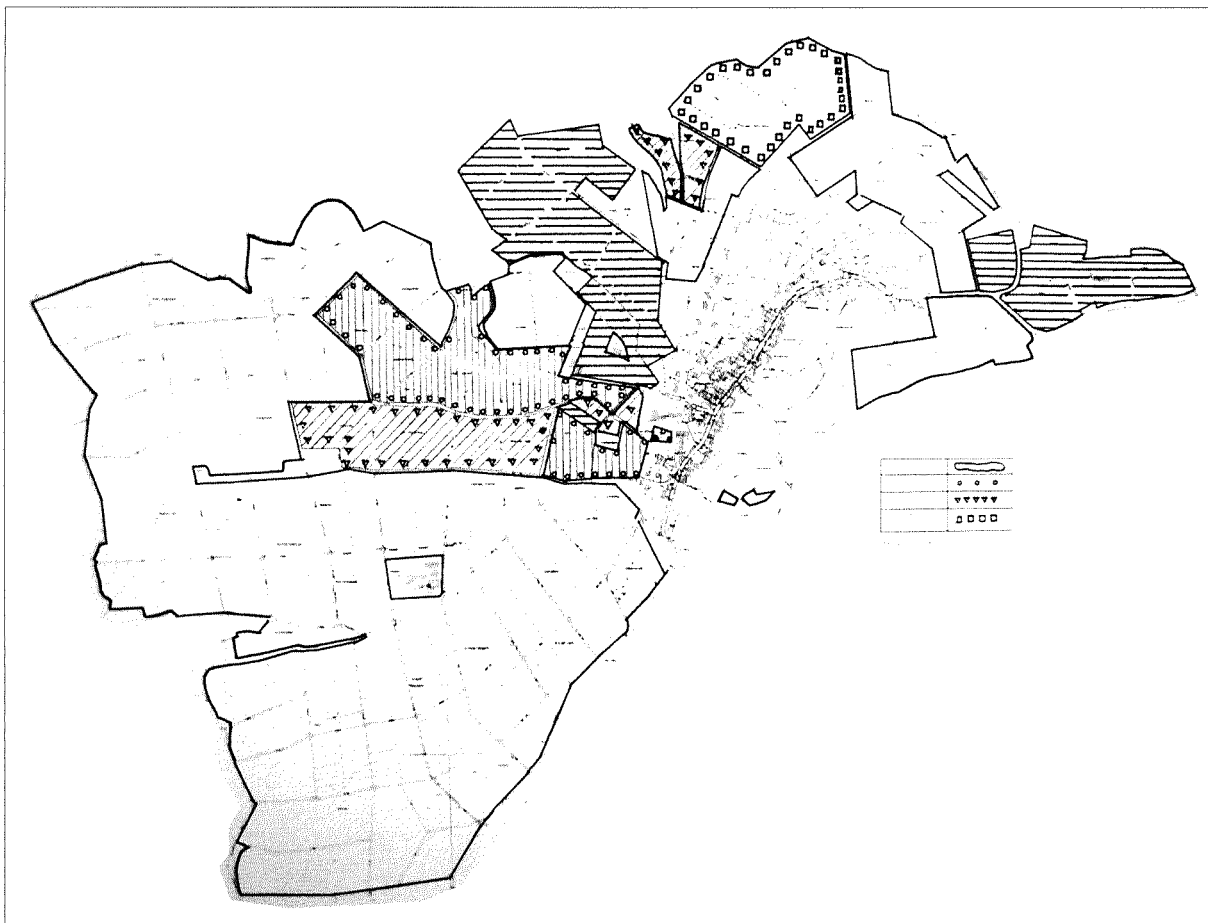


Abb. 2: Tauschplan

### 3. Landespflege

Während der Bearbeitung des Tauschplanes wird der landespflegerische Beitrag erarbeitet:

1. Prüfung der Betroffenheit von NATURA 2000 Gebieten und nationaler Schutzgebiete
2. Auswertung vorhandener landespflegerischer Fachdaten (Planung vernetzter Biotopsysteme, Biotoptypenkartierung und Zielplanung aus dem Landschaftsplan)
3. Entwicklung des landespflegerischen Konzeptes und Abstimmung mit den betroffenen Eigentümern
4. Beteiligung der Kreisverwaltung -Untere Landespflegebehörde-, Abstimmung der Eingriffsregelung
5. Beteiligung der Verbände
6. Privatrechtliche Vereinbarung über Unterhalt und Pflege der landespflegerischen Anlagen

#### 3.1 Die Planung

Zur Kompensation des vorübergehenden Verlustes an Graswegen im Acker (ca. 1,4 ha) und zur Aufwertung der landespflegerischen Potentiale sind folgende Landespflegemaßnahmen vorgesehen:

	Beschreibung der Maßnahme	Größe [m <sup>2</sup> ]
1.	Herstellen einer Streuobstanlage	1.000
2.	Pflege eines alten geschlossenen Streuobstbestandes (Zwetschge)	1.300
3.	Baumreihe mit autochthonen Obstgehölzen	900
4.	Baumreihe (Ahorn)	750
5.	3-reihige Hecke	1.500
6.	Fläche, die neu nach den Grundsätzen FUL (Grünlandvariante 2) bewirtschaftet wird.	15.000
7.	Fläche, die neu nach den Grundsätzen FUL (Grünlandvariante 2) bewirtschaftet wird.	12.000
8.	Aktion „Mehr Grün durch Flurbereinigung“	

Vorbehaltlich der Bewilligung der Haushaltsmittel werden die landespflegerischen Maßnahmen im Herbst 2003 umgesetzt.

#### 3.2 Ergebnis Landespflege

- ☐ Grünlandextensivierung und dadurch Schaffung von Trittsteinbiotopen durch FUL
- ☐ Aufwertung des Landschaftsbildes durch lineare Strukturen und Aktion „Mehr Grün durch Flurbereinigung“

- ☐ Ergänzung vorhandener Obstbaumbestände
- ☐ Pflege von alten vitalen Obstgehölzen

### 4. Fazit für das Nutzungstauschverfahren Plein

Bisher sind alle Beteiligten mit den Ergebnissen des Nutzungstausches außerhalb der Bodenordnung zufrieden.

- ☐ Der Landwirt hat Planungssicherheit für die Dauer von 10 Jahren.
- ☐ Die Verpächter sehen die Weiterbewirtschaftung ihrer Flächen sichergestellt, dazu kommt noch die Verpächterprämie.
- ☐ Die Ortsgemeinde hat zumindest kurzfristig auf den Regelungsbedarf bei der Nutzung landwirtschaftlicher Flächen reagiert und in partnerschaftlichem Umgang mittelfristig zu einer Lösung der Bewirtschaftungs- und Erschließungsprobleme beigetragen.

Aus den Verhandlungen mit Grundstückseigentümern in der Gemarkung Plein, in denen gute Ergebnisse erzielt wurden, hat sich abgezeichnet, dass die Umsetzung der landespflegerischen Belange leicht die Grenze der Akzeptanz erreichen kann. Dann wird es schwierig die gesetzlichen Vorgaben und politischen Absichten (z.B. positive Ökobilanz) zu erreichen.

Es fehlen in diesem Verfahren Nutzungstausch die gewohnten öffentlich rechtlichen Regelungen und damit die Verpflichtung zur Umsetzung von Planungen.

Zur Vorbereitung eines Nutzungstausches bedarf es daher immer eines ehrlichen, offenen Dialogs aller Beteiligten. Landwirte, Kommune, Kultur-

amt und Landespflegeverwaltung müssen sich über die Konsequenzen des Vorhabens abstimmen.

Fehlt dieser Meinungs-austausch zu Beginn des Verfahrens, dann ist „Nacharbeiten“ im Sinne der Landespflege schwierig oder degeneriert zur Restflächenverwertung.

Diesem Vorwurf möchten wir uns im Sinne eines guten Flächenmanagements nicht mehr aussetzen.

Mittlerweile sind einige Nutzungstauschverfahren in Rheinland-Pfalz durchgeführt.

Wir alle die daran mitwirken haben neue Erfahrungen gemacht aber auch Bewährtes einsetzen können. Wichtig ist, dass die Erkenntnisse der Arbeitsgruppen multipliziert werden und somit ein dynamischer Prozess um das „Wie“ in Gang kommt.

Zusammenfassend noch einige Thesen aus Sicht der Landespflege, zu denen in der Diskussion Lösungen gesucht werden sollten:

- ❑ Landespflegerische Maßnahmen sind wegen fehlender rechtlicher Verpflichtung des betroffenen Grundstückseigentümers schwierig umzusetzen.
- ❑ Die Flächenverfügbarkeit für landespflegerische Maßnahmen, selbst Kompensationsverpflichtungen aus dem Landespflegegesetz, ist nicht ausreichend geregelt. Kommunale Gebietskörperschaften sind stärker in die Verantwortung einzubeziehen.
- ❑ Der Nutzungstausch ist ein zwar schnellwirkendes, jedoch nur partiell wirkendes Regelungsinstrument für die komplexen Probleme der Entwicklung des ländlichen Raumes. Gleichzeitig sollte ein Betreuungsangebot für die Gemeinden zur Umsetzung der Flächennutzungspläne mit integrierter Landschaftsplanung angeboten werden.

## Akquisition und Moderation im Nutzungstausch<sup>\*)</sup>

Vermessungsdirektor Karl-Werner Staubus, Westerbürg

### 1. Akquisition im Nutzungstausch

Unmittelbar nach Veröffentlichung der entsprechenden Empfehlungen wurden im Kulturamtsbezirk Westerbürg in den anstehenden Bauernversammlungen Vortragsreihen zum Thema Freiwilliger Nutzungstausch durchgeführt. Als Ergebnis wurden die ersten Verfahren Wahlrod und Irmtraut im Westerbürgkreis nach entsprechender Zusatzinformation bei den betroffenen Landwirten und Ortsgemeinden im Herbst 2000 eingeleitet. Das Verfahren Wahlrod wurde aufgrund einer Vereinbarung zwischen den Leitern des Kulturamtes Westerbürg und der Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalt Montabaur/Altenkirchen (SLVA) von der Gruppe 2 des Kulturamtes und das Verfahren Irmtraut von der SLVA bearbeitet. Das Verfahren Wahlrod wurde inzwischen erfolgreich abgeschlossen, das Verfahren Irmtraut eingestellt.

Die Akquisition neuer Verfahren hat sich mittlerweile auf Informationsveranstaltungen aufgrund konkreter Nachfragen von Landwirten und Ortsgemeinden verlagert; ein erster Kontakt wird häufig in Ortsterminen im Zuge der Beantragung von Maßnahmen „Wegebau außerhalb der Flurbereinigung“ hergestellt. Das Kulturamt verbindet beide Programme, indem Wegebaumaßnahmen in Nutzungstauschgemeinden bei der Bewilligung klare Priorität genießen. Dies ist bei knapper werdenden Mitteln und dadurch bedingten Antragsstaus im Wegebau eine nicht zu unterschätzende Motivation für Landwirte und Gemeinden, die Einleitung von Nutzungstauschverfahren zu überlegen.

Ebenso bedeutsam bei der Akquisition neuer Verfahren ist der „Dampfwalzeneneffekt“ durch gelungene Beispiele. Die bereits abgeschlossenen und für die Landwirtschaft und die Agrarstruktur absolut positiven Verfahren Hirschberg im Rhein-Lahn-Kreis und Wahlrod im Westerbürgkreis haben das Interesse bei den dort wirtschaftenden Betrieben zur Weiterführung der Maßnahmen in den benachbarten Gemarkungen geweckt. Gleichzeitig haben weitere Landwirte durch die neue Schlaggestaltung die Ergebnisse des Produktes „Freiwilliger Nutzungstausch“ vor Ort gesehen und wünschen Vergleichbares für ihre Betriebe.

Ergebnis der laufenden Akquisition ist, dass man optimistisch davon ausgehen kann, dass der „Freiwillige Nutzungstausch“ in Zukunft im rechtsrheinischen Teil von Rheinland-Pfalz zu einem festen Bestandteil des Angebotes der Agrarverwaltung wird und die Nachfrage nach diesem Produkt zunehmen wird.

### 2. Moderation im Nutzungstausch

Die Moderationstätigkeit beginnt unmittelbar nach einer erfolgreichen Akquisition mit ersten Gesprächen mit den wirtschaftenden Betrieben und der Gemeinde, um Umfang und Zielsetzung des Nutzungstausches einvernehmlich zu klären.

<sup>\*)</sup> Vortrag am 11.06.2003 anlässlich der Fachtagung Nutzungstausch in Emmelshausen

Die landespflegerischen Voraussetzungen (FFH, Natura 2000) sind zu prüfen.

Die Erstellung des Bewirtschaftungskonzeptes muss einvernehmlich erfolgen, die unterschiedlichen Interessen sind durch Moderation beziehungsweise falls notwendig durch Mediation des Kulturstamts zusammenzuführen. Nur wenn dieses gelingt, ist eine Weiterführung des Nutzungstausches sinnvoll. Bei nicht überwindbaren Widerständen einzelner Bewirtschafter ist zu prüfen, ob das erzielbare Resultat noch weiteren Aufwand rechtfertigt oder ob der Nutzungstausch eingestellt werden sollte.

Die gleiche Abwägung ist bei landespflegerischen oder kommunalen Vorbehalten gegen den Nutzungstausch durchzuführen.

Es hat sich als sinnvoll erwiesen, die Eigentümer erst dann detailliert über den Nutzungstausch zu informieren, wenn ein zwischen Gemeinde, Naturschutz und vor allem den aktiven Landwirten einvernehmlich abgestimmtes Bewirtschaftungskonzept vorliegt. In Bürgerversammlungen oder ähnlichen Veranstaltungen sollte das Konzept vorgestellt und diskutiert werden. Weitere Infos zum Nutzungstausch sind bei Bedarf vom Kulturstamt anzubieten, sollten jedoch in der Regel beim Abschluss der Pachtverträge durch die Landwirte erfolgen.

In Ausnahmefällen ist eine weitere Moderations- oder Mediationstätigkeit des Kulturstamts gefragt, falls in den Pachtverhandlungen Probleme auftreten, die nur durch neutrale Beratung gelöst werden können.

## **Hochwasservorsorge und Bodenordnung**

### **Ein Beitrag der Wasserwirtschafts- und der Landeskulturverwaltung im Rahmen des Naheprogramms**

Christoph Linnenweber, Landesamt für Wasserwirtschaft Rheinland-Pfalz

#### **Einleitung**

Seit den letzten großen Hochwassern ist das Bewußtsein für Hochwassergefahren und Hochwasserursachen wieder geschärft. Nicht nur an den großen Flüssen sind spektakuläre Hochwasserereignisse jüngst häufiger aufgetreten. Auch durch lokale Starkniederschläge verursachte Hochwasser kleinerer Gewässer haben wiederholt schwere Schäden angerichtet.

Nach einer relativ trockenen Periode in den 1960er bis 1980er Jahren sind seit dem wieder häufiger stärkere Niederschlagsereignisse zu verzeichnen. Solche meteorologischen Schwankungen sind nicht ungewöhnlich und historisch durch vergleichbare Ereignisse belegt. Seit Anfang der 1990er Jahre werden deshalb verstärkt Strategien verfolgt, die neben dem Hochwasserschutz auch eine nachhaltige Hochwasservorsorge zum Ziel haben.

Hochwasservorsorge heißt vor allem, die Gefahren- und Schadenspotentiale in den überschwemmungsgefährdeten Bereichen gering zu halten.

Darüber hinaus gilt es, den sogenannten „hausgemachten“ Anteil am Hochwasser möglichst zu ver-

meiden. Dieser Anteil entsteht aus der menschlichen Nutzung der Landschaft, der Versiegelung, der Art der Landbewirtschaftung und der Gewässergestaltung.

Denn Hochwasser entsteht auf der Fläche, nicht erst im Fluß. Dieser nutzungsbedingte Anteil ist im Gegensatz zu den Wetterereignissen beeinflussbar. Er verstärkt das natürliche Hochwasserereignis und kann ausschlaggebend für die Höhe der Spitzenabflüsse und die daraus entstehenden Schäden sein.

Dieser durch den Menschen verursachte, nutzungsbedingte Anteil kann vor allem auch bei regionalen Starkregenereignissen entscheidend für Schnelligkeit und Mächtigkeit des Abflusses kleinerer Gewässer sein.

#### **Hochwasserrückhalt in der Fläche**

Die zusätzliche, nutzungsbedingte Verschärfung der Hochwassersituation resultiert aus nachteiligen Veränderungen der natürlichen Speichereigenschaften der Landschaft. Das sind vor allem die Speichereigenschaften von Bewuchs, Boden, Ge-



ländestruktur und Gewässernetz. Wesentliche Veränderungen sind die Versiegelung durch Siedlung und Verkehr, die Veränderung von Bewuchs und Boden durch Land- und Forstwirtschaft und die Abflußbeschleunigung durch Versiegelung, Straßen, Wege, Gräben, Gewässerbegradigung und Gewässerausbau. Die zum Hochwasser beitragende Wirkung dieser Veränderungen kann in vielen Fällen vermieden oder deutlich verringert werden.



Abb. 1: Hochwasser entsteht nicht im Fluß, sondern im Einzugsgebiet, auf der Fläche

Der nutzungsbedingte Anteil am Hochwasser sollte deshalb zukünftig so weit wie möglich durch die Flächennutzer verringert werden. Dazu sind Land, Kommunen, Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Wasserwirtschaft gleichermaßen aufgerufen.

Dabei geht es nicht um Schuldzuweisungen, denn die Flächennutzungen sind ebenso Bestandteil des Allgemeinwohls. Es geht vielmehr darum, die vielen Möglichkeiten zu nutzen, die sich oft allein aus einer anderen, eben hochwasserbewußten Sichtweise bei Planungen und Entscheidungen ergeben, oder die im Rahmen der guten Praxis bei der Flächenbewirtschaftung ohne besonderen Aufwand realisierbar sind. Es geht um die Ausschöpfung der Möglichkeiten, die im Rahmen von Bodenordnungsverfahren, Flächennutzungsplanung, Forsteinrichtung oder Landschaftsplanung genutzt werden können, oder die zum Beispiel im Rahmen von FUL und Aktion Blau förderfähig sind.

### Das Naheprogramm

Mit dieser Zielsetzung legte das 1994 begründete Naheprogramm bewußt einen Schwerpunkt bei der nachhaltigen Hochwasservorsorge. Das vorangegangene außergewöhnliche Winterhochwasser hatte erhebliche Schäden verursacht. Die im Naheprogramm realisierte Kooperation von Kommunen, Flächennutzern, Wasserwirtschaft und Landeskulturverwaltung hat bis heute weit mehr als 200 Projekte und Maßnahmen für die Hochwasservorsorge

auf den Weg gebracht. In mehr als 25 Bodenordnungsverfahren wurden und werden im gesamten Einzugsgebiet der Nahe Maßnahmen zum Hochwasserrückhalt auf der Fläche und an Gewässern realisiert.

### „Informationspaket zur Hochwasservorsorge“

Begleitend zum Naheprogramm wurden von der Wasserwirtschaft vorrangig für das Nahegebiet und zwischenzeitlich landesweit flächendeckend Datengrundlagen und Bewertungsverfahren für den Hochwasserrückhalt erarbeitet. Dieses „Informationspaket zur Hochwasservorsorge“ soll die Nutzung gegebener Möglichkeiten sowie die Auswahl und die Platzierung von Maßnahmen wesentlich erleichtern.

Das Informationspaket wird im Naheprogramm getestet und kann dann landesweit in die Praxis integriert werden. Es soll die Landeskulturverwaltung, die Forstverwaltung, die Kommunen, die Landwirtschaft, die FUL-Beratung, die Straßenverwaltung, die Regionalplanung und die Wasserwirtschaft bei allen Entscheidungen unterstützen, die in der Praxis für die Hochwasservorsorge bedeutsam sind. Auf diese Weise soll innerhalb von ein bis zwei Jahrzehnten, das entspricht etwa dem landesweiten Turnus der flächenbezogenen Planungen, die nachhaltige Hochwasservorsorge angemessen berücksichtigt und in die Entscheidungspraxis integriert werden.

Die Landeskulturverwaltung spielt dabei eine bedeutende Rolle, denn sowohl in der AEP als auch konkret in den Bodenordnungsverfahren und den Wege- und Gewässerplänen werden viele Entscheidungen und Maßnahmen getroffen, die den Hochwasserrückhalt in der Landschaft in jeglicher Hinsicht beeinflussen können. In dem „Informationspaket zur Hochwasservorsorge“ wurde deshalb in Zusammenarbeit mit der Landeskulturverwaltung auch ein Maßnahmenkatalog für die Bodenordnung entwickelt und das Gesamtpaket in realen Bodenordnungsverfahren getestet.

Durch die Steuerung von Flureinteilung und Flächennutzung, die Möglichkeiten des Flächentausches sowie die Gestaltungsmöglichkeiten der Gewässer- und Wegepläne kann, unter Beachtung der verfügbaren Daten, im Zuge der Bodenordnung nachhaltige Hochwasservorsorge realisiert werden. Die Schaffung von angemessen breitem Raum für die Gewässer (Gewässerrandstreifen) ist wegen des mehrfachen Nutzens bei Hochwasserrückhalt, Stoffrückhalt und Gewässerentwicklung, aber auch in Hinblick auf Anforderungen der EU-Wasserrah-



menrichtlinie besonders vordringlich. Solche Maßnahmen können auch aus Mitteln der Wasserwirtschaft gefördert werden. Jedes Bodenordnungsverfahren sollte standardmäßig den erforderlichen Raum für die Gewässer und den Hochwasserrückhalt schaffen.

### Komponenten des Informationspaketes

Das „Informationspaket zur Hochwasservorsorge“ besteht aus vier Komponenten, die sich jeweils auf Flächen und Gewässer beziehen:

1. Beschreibende Daten, wie beispielsweise Bodenart, Hangneigung, Talgefälle, Flächennutzung, Gewässerstruktur.
2. Bewertungen, wie beispielsweise Erosionsgefährdung, Abflussverhältnisse, Rückhaltevermögen.
3. Maßnahmenbezogene Vorschläge, wie beispielsweise Standorte für Ausgleichsflächen, für Hochwasserrückhalteflächen, für Bodenschutzmaßnahmen.
4. Maßnahmenkataloge für verschiedene Nutzungen mit Maßnahmenbeschreibungen für typische Fälle und Standorte, in einem Handbuch zusammengefaßt.

Alle Komponenten sind landesweit flächendeckend verfügbar. Für jede AEP und jedes Bodenordnungsverfahren können also Bewertungen und Maßnahmen für den Hochwasserrückhalt abgeleitet werden. Dabei sollen folgende Ziele verfolgt werden:

- ☐ Wasser- und Stoffrückhalt in der Fläche
- ☐ Wasserrückhalt in den Gewässerauen
- ☐ Wasserrückhalt im Gewässernetz

Die dafür wesentlichen Funktionen und Daten werden im Folgenden kurz vorgestellt.

### Abflussbildung

Das Informationspaket bietet eine Unterscheidung der Flächen nach ihrer vorwiegenden Neigung zu einem bestimmten Abflusstyp. Dabei werden Oberflächenabfluss, Zwischenabfluss und Tiefensickerung unterschieden. Oberflächenabfluss und Zwischenabfluß in oberen Bodenschichten (Interflow) leiten den Niederschlag schnell weiter. So können Gebiete aufgezeigt werden, die bei Hochwasser vergleichsweise hohe Abflüsse liefern. Hier kann durch Nutzungs- und Bewirtschaftungsanpassungen ein abflussmindernder Effekt erzielt werden. Dabei ist vor allem die Verzögerung des Abflusses und das Wasserspeichervermögen des Bodens von Bedeutung. Die Bodeneigenschaften können nur in Einzelfällen oder nur in geringem Maß verändert werden, jedoch kann durch die Art der Bewirtschaftung der Abfluss sehr gut verzögert werden.

### Abflusskonzentration

Flächenabfluss konzentriert sich meist entlang linearer Strukturen wie Wegen, Gräben und Furchen. Die Anordnung und die Gestaltung dieser Elemente sollte deshalb immer auch unter dem Aspekt des Hochwasserrückhaltes erfolgen. Eine Bewertung digital verfügbarer Informationen über lineare Strukturen und Oberflächenrauigkeit wird derzeit entwickelt. Im Informationspaket ist beispielsweise die Wegedichte ausgewiesen.

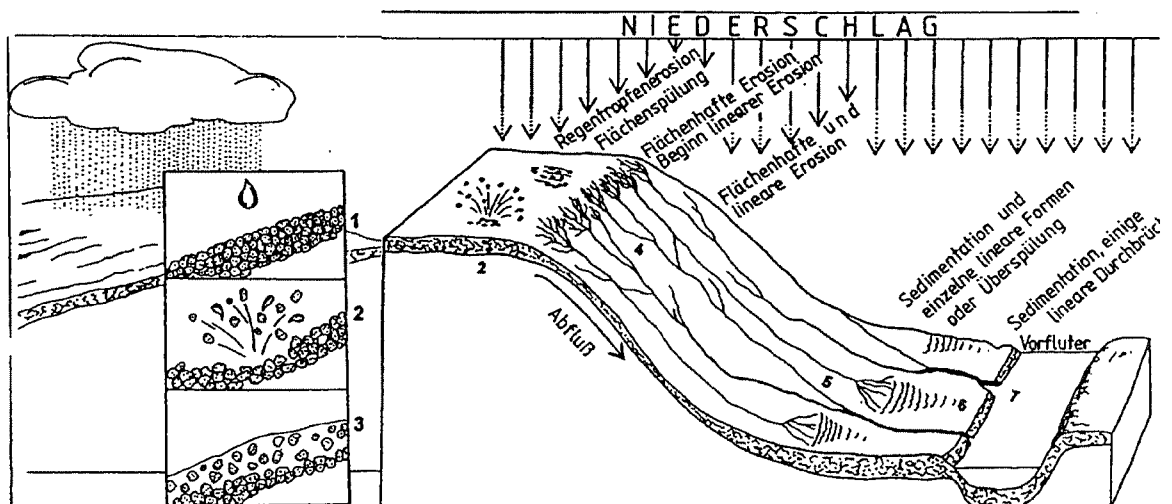


Abb. 2: Standörtliche Abfluss- und Erosions- und Akkumulationsprozesse

## Abflusssdämpfung

Eine insgesamt hohe Oberflächenrauigkeit wirkt abflussmindernd, ebenso wie Mulden, Randstreifen oder Gehölze. Diese Komponenten sind besonders dann bedeutsam, wenn der Bodenspeicher weitgehend gesättigt ist. Sie sind aber auch hinsichtlich ihrer Rückhaltefunktion für Bodenmaterial und Stoffe von Bedeutung. Im Informationspaket sind beispielsweise Muldenbereiche ausgewiesen.

## Erosion und Oberflächenabfluss

Auch eine Einstufung der Erosions- und Abschwemmungsgefahr nach der Allgemeinen Bodenabtragsgleichung ist für alle Flächen verfügbar. Daraus lassen sich Flächen mit besonderer Neigung zu schnellem Oberflächenabfluss identifizieren. Standortliche Gegebenheiten und die Art der Bewirtschaftung bestimmen die Höhe des Abflusses und auch den Eintrag von Nährstoffen und Pflanzenschutzmitteln in die Gewässer. Je höher die standörtliche Erosions- und Auswaschungsgefahr ist, umso stärker sollte die Bewirtschaftung danach ausgerichtet werden. Aufgrund der Mittelgebirgslage von Rheinland-Pfalz sind rund 60 % der ackerbaulich genutzten Flächen anfällig für Erosion und hohen Oberflächenabfluss. Dieser Anteil kann ohne Nutzungsaufgabe durch bodenschonende Bewirtschaftung auf bis zu 10 % reduziert werden ([www.irma-lfw-rp.de](http://www.irma-lfw-rp.de)).



Abb. 3: Abflussbildung und Erosion können durch bodenschonende Bewirtschaftung verringert werden

## Flächen für den Hochwasserrückhalt

Die Karte der „Hochwasserrückhaltepotentiale“ weist Auenbereiche aus, die natürlicherweise Hochwasser zurückhalten können und bewertet deren potentielle Kapazität sowie die aktuelle Funktionsfähigkeit. Nur etwa 5 % der Landesfläche von Rheinland-Pfalz sind Auen und für den Hochwasserrückhalt geeignet, wovon 30 % weitgehend funktionsfähig sind.

Verstärkter Hochwasserrückhalt auf solchen Flächen erfolgt dann, wenn eine zeitweise Ausuferung über das eigentliche Gewässerbett hinaus möglich ist und das Gewässerbett nicht zu tief eingeschnitten ist. Hohe Fließgeschwindigkeiten durch Laufbegradigung verringern die Retentionsleistung, während eine natürliche Lauflänge und eine hohe Rauigkeit der Vegetation auf den überflutbaren Flächen eine hochwasserbremsende Wirkung haben.

## Gewässerstruktur

Das weitverzweigte Netz der kleinen und mittelgroßen Gewässer führt den Flächenabfluß zu den Flüssen und Strömen. Die Laufentwicklung, die Profilentiefung und die Strukturausstattung des Gewässernetzes beeinflusst die Geschwindigkeit von Abfluß und Hochwasserbildung. Die Daten der landesweiten Gewässerstrukturkartierung wurden bezüglich dieser Aspekte ausgewertet. Tief eingeschnittene und begradigte Gewässer mit Uferverbau oder fehlendem Gewässerrandstreifen sind für die Hochwasserrückhaltung ungünstig zu beurteilen. Durch Gewässerentwicklung lassen sich wesentlich günstigere Strukturen schaffen, die gleichzeitig auch viele ökologische Funktionen verbessern. Rund 70 % der Gewässer in Rheinland-Pfalz können in dieser Hinsicht noch deutlich verbessert werden.

## Nutzung der Daten in der Praxis

Das „Informationspaket zur Hochwasservorsorge“ steht ab sofort zur Verfügung.

Die für AEP und Bodenordnung vorbereiteten Daten können landesweit, aber auch gebietsweise in Form von GIS-Daten oder in Form von Karten beim Landesamt für Wasserwirtschaft angefordert werden. Nach Beendigung der Testphase wird das Informationspaket allen Dienststellen der Wasserwirtschaftsverwaltung und allen Kulturämtern für die Praxisintegration bereitgestellt. Diese Vorgehensweise ist gleichzeitig auch für die Forstverwaltung und für die Kommunen vorgesehen.

Im anschließenden Artikel werden die speziell für die Bodenordnung und die Landbewirtschaftung zusammengestellten Maßnahmenvorschläge beschrieben. In einem weiteren Beitrag wird die konkrete Anwendung des Informationspaketes am Beispiel der „AEP Badenheim“ vorgestellt.

# Maßnahmen für den Hochwasserrückhalt

Christoph Linnenweber, Landesamt für Wasserwirtschaft Rheinland-Pfalz, Mainz und  
Hans Ernstberger, Büro für Umweltbewertung Giessen

## 1. Einleitung

Das „Informationspaket zur Hochwasservorsorge“ soll in Rheinland-Pfalz allen Entscheidungsträgern, Planern und Flächenbewirtschaftern zur Verfügung stehen, die in Ihrem Entscheidungsbereich Hochwasserrückhalt betreiben können. Die Hochwasservorsorge soll auf diesem Weg in angemessener Weise in die tägliche Entscheidungspraxis integriert werden. Mit dem Informationspaket sind bezüglich eines bestimmten Gebietes oder einer bestimmten Fläche drei Entscheidungsinformationen verfügbar:

1. Bewertungen der Nutzungs- und Standorteigenschaften der Flächen in Hinblick auf den Hochwasserrückhalt
2. Maßnahmenvorschläge, die aus den Nutzungs- und Standorteigenschaften auf mögliche Maßnahmen hinweisen
3. Zu den Maßnahmenvorschlägen passende Maßnahmenbeschreibungen für typische Fälle und Standorte in Rheinland-Pfalz

Die unter 1. und 2. genannten standörtlichen Entscheidungsinformationen wurden im vorhergehenden Artikel kurz erläutert. Der vorliegende Beitrag befaßt sich mit dem breiten Spektrum von Möglichkeiten und Maßnahmen zum Hochwasserrückhalt, die aufgrund der Bewertungsergebnisse auf bestimmten Flächen beachtet werden sollen.

Die Hinweise sind also nutzungs- und standortspezifisch. Sie haben eine Genauigkeit, die etwa einem Maßstab von 1:25.000 entspricht.

Die Nutzungsabgrenzungen beispielsweise entstammen dem ATKIS DLM 25 (Amtliches topographisch-kartographisches Informationssystem).

Im Zuge der Planungen und Entscheidungen sollen die Informationen in Hinblick auf den jeweiligen Planungsmaßstab örtlich überprüft werden. Die Maßnahmenvorschläge haben empfehlenden Charakter. Die tatsächliche Umsetzbarkeit muß in Abwägung aller Randbedingungen örtlich entschieden werden.

## Maßnahmenkataloge

Aus den landesweiten Untersuchungsergebnissen wurden alle auftretenden Fälle typischer Nutzungs- und Standortkombinationen herausgearbeitet, die für den Hochwasserrückhalt besonders beachtet werden sollen. Zu diesen Typen wurden jeweils passende Maßnahmen gesucht. Diese Maßnahmen sind in Maßnahmenkatalogen für die verschiedenen Nutzungen sortiert.

So gibt es beispielsweise Maßnahmenkataloge für folgende Entscheidungsbereiche: Flächennutzungsplanung, Forsteinrichtung, Forstbewirtschaftung, Bodenordnung, Landwirtschaft. Die Maßnahmen werden jeweils in einem Handbuch näher erläutert, das zusammen mit dem Informationspaket verfügbar sein wird.

## Maßnahmenvorschläge für Bodenordnung und Landwirtschaft

Die spezifischen Maßnahmen für Bodenordnung und Landwirtschaft sind in der Tabelle am Ende des Beitrages in Kurzform dargestellt. Wegen ihrer inhaltlichen Verwandtschaft sind sie thematisch zusammengefaßt, aber für Bodenordnung und Landwirtschaft jeweils gesondert gekennzeichnet.

Sie werden darüber hinaus in dem Handbuch näher erläutert, das mit dem Informationspaket verfügbar sein wird.

Das Informationspaket liefert Bodenordnung und Landwirtschaft bezogen auf ein abgefragtes Gebiet lokalisierte Maßnahmenvorschläge, soweit diese für die Hochwasservorsorge bedeutsam sind.

Diese Vorschläge sollen bei Entscheidungen in AEP und Bodenordnung beziehungsweise beim Wege- und Gewässerplan beachtet werden. Die Bodenordnung kann in erheblichem Umfang zur Realisierung der Maßnahmen beitragen. Insbesondere durch das Flächenmanagement zum Beispiel für Gewässerrandstreifen beziehungsweise die im Wege- und Gewässerplan geregelte Gebietsentwässerung und Gewässergestaltung.

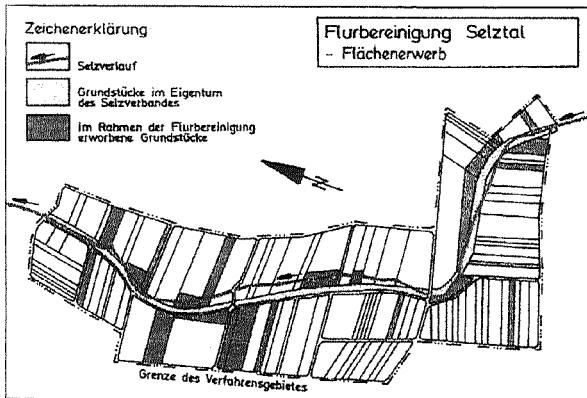


Abb. 1: Flurbereinigungsverfahren Setztal, Flächenenerwerb im Rahmen der Flurbereinigung

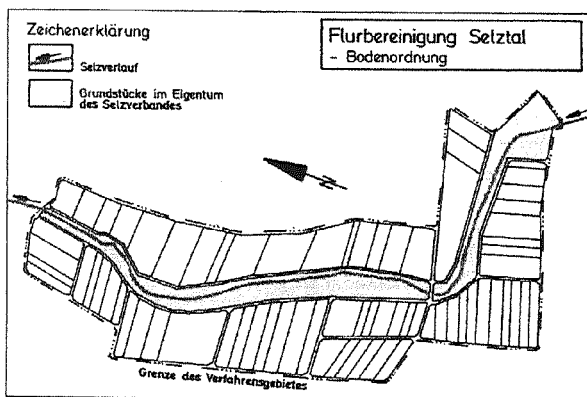


Abb. 2: Zustand nach der Flurbereinigung

Weitere Maßnahmenvorschläge der Tabelle beziehen sich auf die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen. Diese Bewirtschaftungsmaßnahmen können teilweise bei AEP und Bodenordnung beachtet werden, indem beispielsweise entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden. Bei Maßnahmen, die sich im Rahmen der guten landwirtschaftlichen Praxis realisieren lassen, sind vor allem die Beratungsstellen und die Landwirte angesprochen. Bestimmte Maßnahmen lassen sich nur durch finanzielle Anreize oder Förderprogramme herbeiführen. Sie wurden auch deshalb in den Maßnahmenkatalog mit aufgenommen.

In der Tabelle am Ende des Beitrages werden für bestimmte Standorte jeweils die wasserwirtschaftlichen Ziele, die betroffenen Wasserhaushaltsfunktionen sowie passende Maßnahmenvorschläge für die Bodenordnung und die Bewirtschaftung benannt. Die Zusammenstellung gliedert sich nach folgenden Zielen:

- ☐ Hochwasserrückhalt auf landwirtschaftlichen Flächen
- ☐ Hochwasserrückhalt in Auen
- ☐ Hochwasserrückhalt durch Gewässerentwicklung

## 2. Hochwasserrückhalt auf landwirtschaftlichen Flächen

### Erosion und Oberflächenabfluß

Aus dem Informationspaket lassen sich Bereiche mit hoher Erosionsgefährdung und mit hohem Oberflächenabfluß bestimmen. Die zur Erosion neigenden Hanglagen und Flächen mit erhöhtem Oberflächenabfluß sollten Schwerpunkte von bodenordnerischen und ökologischen Ersatzmaßnahmen sein, wie z.B. Schaffung von Ausgleichsflächen, Tausch von Flächen sowie Schwerpunktfächen für das FUL- Programm.

Auf besonders erosionsgefährdeten Hangflächen besteht im Rahmen der Bodenordnung die Möglichkeit, Grünland statt Acker vorzusehen (siehe Tabelle 1).

Weitere Maßnahmen betreffen die Bewirtschaftung der Flächen. Sowohl der Bodenabtrag als auch der erhöhte Oberflächenabfluß kann durch Maßnahmen an der Bodenoberfläche vermindert werden (siehe Tabelle 1).

Solche Maßnahmen bremsen die Niederschlagsenergie und erhöhen das Wasseraufnahmevermögen des Oberbodens. Eine bessere Infiltration des auftreffenden Niederschlags kann auch über eine Verbesserung der Stabilität des Bodengefüges erreicht werden. Eine konservierende Bodenbearbeitung ist auf solchen Flächen der konventionellen Bearbeitung vorzuziehen.



Abb. 3: Verschlämmung der Feinstrukturen im Oberboden



Abb. 4: Mulchsaatverfahren

### Staunässe und Zwischenabfluß

Für Flächen, die stärker zu Staunässe und Zwischenabfluß neigen, kann in Einzelfällen eine Tieflockerung vorgeschlagen werden. Damit wird ein größerer Bodenraum als Wasserspeicher erschlossen. Die Belassung punktueller Vernässungen mit entsprechender Flächenberücksichtigung bei der Zuteilung, die Verminderung der Grabendichte oder die Zwischenspeicherung von Drän- oder Grabenwasser in Kleinretentionen sind Maßnahmen für die Bodenordnung. Durch Bewirtschaftungsmaßnahmen, wie ganzjährige Begrünung und konservierende Bodenbearbeitung, können die Wasserspeicher von Vegetation und Boden erhöht werden.

### Grenzertragsstandorte

Grenzertragsstandorte, in der Regel flachgründige und speicherschwache Böden, neigen zu schneller Tiefensickerung. Diese Flächen sind vorzugsweise aus der landwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen. Eine Belassung als Brachflächen oder eine Aufforstung führen zu einer Erhöhung der Verdunstung an den Pflanzenoberflächen und damit zu einer geringeren Sickerung im Boden.

### Muldenbereiche

Die Muldenbereiche auf Ackerflächen sind ähnlich zu bewirtschaften wie die erosionsgefährdeten Hangflächen. Hier gilt es, Niederschlagsenergie und Abfluß zu bremsen, das Wasseraufnahmevermögen des Oberbodens zu erhöhen und die Stabilität des Bodengefüges zu verbessern. Hinzu kommen Strategien zur Vermeidung der Abflusskonzentration durch Abflusssrinnen in den Mulden. Die Maßnahmen zielen deshalb auf eine ganzjährige Bodenbedeckung und bodenschonende Bewirtschaftung als Bewirtschaftungsziel oder auf einen bodenordnerischen Flächentausch ab.



Abb. 5: Rübenanbau ohne Mulch Erosionsrinne



Abb. 6: Rübenanbau mit Mulch verhindert Erosion

## 3. Hochwasserrückhalt in Gewässer- auen

Auf den Gewässer begleitenden Auenflächen bieten sich besondere Möglichkeiten für den Hochwasserrückhalt. Ziel von Maßnahmen ist die Förderung des natürlichen Hochwasserrückhaltevermögens der Auen (siehe Tabelle 2). Dazu müssen die Bäche und Flüsse in der Lage sein, auftretende Hochwässer aus dem Gerinne heraus auf die Auenflächen zu bringen.



Geeignete Maßnahmen der Bodenordnung in der Aue sind die Bereitstellung von Flächen für Gewässerrandstreifen, Flächen die aus der Nutzung genommen werden, oder die nur als Grünland genutzt werden. Bei hoher Grundnässe können Flächen dem Forst angeboten werden, um durch Aufforstung nutzbaren Auwaldes die Rauigkeit der Aue für die Bremsung der Hochwasserabflüsse zu erhöhen.

Für die Landwirtschaft wird auf zeitweise überfluteten Auenflächen eine Standort angepasste Grünlandnutzung vorgeschlagen. Intakte Auenflächen sind auch in trockenen Jahren ertragsreiche und ertragssichere Grünlandstandorte.



Abb. 7: Flache Gewässer verteilen das Hochwasser in der Aue

#### 4. Hochwasserrückhalt durch Gewässerentwicklung

Durch Gewässerentwicklung kann die Lauflänge und die Rauigkeit der kleinen und mittleren Gewässer des weitverzweigten Gewässernetzes vergrößert und damit der Hochwasserrückhalt verbessert werden (siehe Tabelle 3). Bei Maßnahmen am Gewässer sollten möglichst frühzeitig auch die Unterhaltungspflichtigen in die Bodenordnungsverfahren einbezogen werden, um beispielsweise weitere aus der Aktion Blau geförderte Maßnahmen oder Maßnahmen für das Ökokonto mit einzubeziehen.

Viele Gewässer sind durch tief eingeschnittene Profile und fehlende Gewässerrandstreifen geprägt. Durch Laufverlängerung, Anhebung der Gewässer-sole und bereichsweise Abflachung von Geländeerhöhungen entlang der Gewässer, können die Auenbereiche bei Hochwasser für den Rückhalt reaktiviert werden.

Durch die Schaffung von Gewässerrandstreifen, die Förderung der Gewässerentwicklung, eine naturnahe Gestaltung der Ufer und die Aufhebung des Uferverbaus wird die Breitenerosion gegenüber der Tiefenerosion gefördert. Damit wird mittelfristig auch eine Laufverlängerung erzielt. Gewässerrandstreifen

sollten in jedem Bodenordnungsverfahren in angemessener Breite zur Verfügung gestellt werden. Bereichsweise wird die Anlage von Auwaldstreifen vorgeschlagen, um die Rauigkeit der Vegetation für den Hochwasserrückhalt zu erhöhen.



Abb. 8: Begradigtes Gewässer ohne Randstreifen



Abb. 9: Intaktes Gewässer mit angrenzender Aue

#### 5. Nutzung der Maßnahmenvorschläge in der Praxis

Die Tabellen zeigen das breite Spektrum und die Vielzahl der möglichen Maßnahmen. In der Praxis kommen in einem bestimmten Gebiet, abhängig von den Gebietseigenschaften, jeweils nur einige der Maßnahmen zum Vorschlag. Welche Ergebnisse das Informationspaket für ein reales Bodenordnungsverfahren liefert, wird im folgenden Beitrag gezeigt.

#### 6. Projektbegleitender Arbeitskreis

Lorig, Ralf (SGD Süd)  
 Laborenz, Frank (KA KL)  
 Mueller, Lorenz (KA KL)  
 Sigmundt, Markus (KA WO)  
 Ernstberger Hans (Büro für Umweltbewertung Giesen)  
 Linnenweber, Christoph (LfW Mainz)  
 Schneider, Bernd (LfW Mainz)

**Tabelle 1: Hochwasserrückhalt auf landwirtschaftlich genutzten Flächen****Wasserwirtschaftliche Ziele auf Flächen mit hohem Oberflächenabfluss oder Bodenabtrag:**

- Vermeidung hoher Bodenerosion;
- Vermeidung von Oberflächenabfluss;
- Bodenschonende Bewirtschaftung.

**Wasserhaushaltsfunktionen:**

- Verzögerung der Abflussschwelle;
- Erhöhung des Wasseraufnahmevermögens des Oberbodens;
- Vermeidung von schnellem Oberflächenabfluss;
- Schutz der hydroökologischen Bodenfunktionen.

**Maßnahmenvorschläge für die Bodenordnung:**

- Schaffung einer hangparallelen Flur;
- Grünland an erosionsgefährdeten Hangflächen;
- Schaffung von Ausgleichsflächen;
- Tausch von Flächen (insbesondere Hanglagen);
- Schwerpunktflächen für FUL - Programm.

**Maßnahmenvorschläge für die Bewirtschaftung:****Grünland:**

- Vermeidung von Trittschäden und Überweidung;
- Bewirtschaftung bei günstiger Witterung und abgetrocknetem Oberboden;

**Acker:**

- Fruchtfolgegestaltung mit ganzjähriger Bodenbedeckung;
- Verzicht auf Hackfruchtanbau;
- Förderung des Feldfutterbaus;
- Vermeidung von Schadverdichtungen und Fahrspuren;
- Verringerung des Bodendrucks durch Breitreifen;
- Schaffung von Diagonalfurchen;
- Bewirtschaftung bei günstiger Witterung und abgetrocknetem Oberboden;
- Konservierende Bodenbearbeitung (pfluglose Bearbeitung);
- Höhenlinienparallele Bewirtschaftung (Konturbearbeitung);
- Schaffung von höhenlinienparallelen Grünlandstreifen im Acker;
- Erhöhung des Humusgehaltes und des Kalkgehaltes.

**Wasserwirtschaftliches Ziel auf staunassen Böden:**

- Abminderung von Zwischenabfluss und Staunässe.

**Wasserhaushaltsfunktionen:**

- Erhöhung der Verdunstung von Pflanzenoberflächen;
- Erhöhung des Wasserspeichervermögens des Bodens;
- Vermeidung der schnellen Wasserabführung.

**Maßnahmenvorschläge für die Bodenordnung:**

- Keine Dränagen, Akzeptanz punktueller Vernässungen;
- Verminderung der Grabendichte;
- Schaffung von Kleinretentionen;
- In Einzelfällen: Tieflockerung.

**Maßnahmenvorschläge für die Bewirtschaftung:**

Acker:

- Fruchtfolgegestaltung mit ganzjähriger Bodenbedeckung;
- Verzicht auf Hackfruchtanbau;
- Förderung des Feldfutterbaus;
- Erhöhung des Humusgehaltes und des Kalkgehaltes;
- Konservierende Bodenbearbeitung (pfluglose Bearbeitung);
- Vermeidung von Pflugsohlenverdichtung;
- Umwandlung in Grünland.

**Wasserwirtschaftliches Ziel auf speicherschwachen Böden:**

- Verminderung verstärkter Tiefensickerung.

**Wasserhaushaltsfunktionen:**

- Erhöhung der Verdunstung von Pflanzenoberflächen;
- Erhöhung des Wasserspeichervermögens des Bodens.

**Maßnahmenvorschläge für die Bodenordnung:**

- Schaffung von Ausgleichsflächen;
- Tausch von Flächen.

**Maßnahmenvorschläge für die Bewirtschaftung:**

Grünland:

- Umwandlung in potentiell natürliche Vegetation oder Aufforstung;

Acker:

- Umwandlung in potentiell natürliche Vegetation oder Aufforstung;

**Wasserwirtschaftliche Ziele in Geländemulden:**

- Vermeidung der Abflusskonzentration;
- Erhöhung des Wasseraufnahmevermögens des Oberbodens;
- Verbesserung der hydroökologischen Bodenfunktionen.

**Wasserhaushaltsfunktionen:**

- Bremsung der Niederschlagsenergie;
- Verzögerung der Abflusswelle.

**Maßnahmenvorschläge für die Bodenordnung:**

- Schaffung von Ausgleichsflächen;
- Tausch von Flächen.

**Maßnahmenvorschläge für die Bewirtschaftung:**

Acker in der Mulde und benachbarte Ackerflächen:

- Fruchtfolgegestaltung mit ganzjähriger Bodenbedeckung;
- Verzicht auf Hackfruchtanbau;
- Förderung des Feldfutterbaus;
- Vermeidung von Schadverdichtungen und Fahrspuren;
- Verringerung des Bodendrucks durch Breitreifen;
- Bewirtschaftung bei günstiger Witterung und abgetrocknetem Oberboden;
- Konservierende Bodenbearbeitung (pfluglose Bearbeitung);
- Umwandlung in Grünland;
- Schaffung von hangparallelen Landschaftselementen (Hecken, etc.);
- Erhöhung des Humusgehaltes und des Kalkgehaltes.



## **Tabelle 2: Hochwasserrückhalt entlang von Gewässern**

### **Wasserwirtschaftliches Ziel für Auen:**

- Wasserrückhalt auf Auenflächen und Sättigungsflächen.

### **Wasserhaushaltsfunktionen:**

- Förderung des natürlichen Hochwasserrückhaltevermögens;
- Bremsung des Hochwasserabflusses;
- Erhöhung der Rauigkeit des Abflusskorridors;
- Bremsung und Infiltration von seitlich zufließendem Oberflächenabfluss.

### **Maßnahmenvorschläge für die Bodenordnung:**

- Schaffung von Ausgleichsflächen;
- Tausch mit Flächen außerhalb der Auen;
- Vermeidung von Fahrsilos;
- Freihalten von Bebauung;
- Schwerpunktfelder für FUL - Programm.

### **Maßnahmenvorschläge für die Bewirtschaftung:**

#### **Grünland:**

- Bewirtschaftungsintensität in Abhängigkeit von der Grundnässe;
- Aufgeben der Dränagen;
- bei hoher Grundnässe: Umwandlung in potentiell natürliche Vegetation oder Auwald.

#### **Acker:**

- Umwandlung in Grünland;
- Aufgeben der Dränagen;
- bei hoher Grundnässe: Umwandlung in potentiell natürliche Vegetation oder Auwald.

## **Tabelle 3: Hochwasserrückhalt durch Gewässerentwicklung**

### **Wasserwirtschaftliche Ziele für die Gewässer:**

- Abflussschwächung durch flache Gewässerprofile;
- Abflussschwächung durch Uferentwicklung und Gewässerrandstreifen;
- Abflussschwächung durch Laufverlängerung.

### **Wasserhaushaltsfunktionen:**

- Verzögerung der Abflusswelle;
- Erhöhung des natürlichen Hochwasserrückhalts des Bachbetts;
- Erhöhung des natürlichen Hochwasserrückhalts des Talraums.

### **Maßnahmenvorschläge für die Bodenordnung:**

- Einbeziehung des Unterhaltspflichtigen oder Maßnahmenträgers in das Verfahren;
- Schaffung von Ausgleichsflächen;
- Tausch mit Flächen außerhalb der Auen;
- Flankierende Maßnahmen in den Auen (siehe Tabelle 2);
- Aufstellung eines Gewässerentwicklungskonzeptes;
- Anlage von Auwaldentwicklungstreifen.

### **Maßnahmenvorschläge für die Bewirtschaftung:**

- Flankierende Maßnahmen in den Auen (siehe Tabelle 2);

# Hochwasservorsorge am Beispiel AEP Badenheim

Hans Ernstberger, Büro für Umweltbewertung, Giessen

## Einleitung

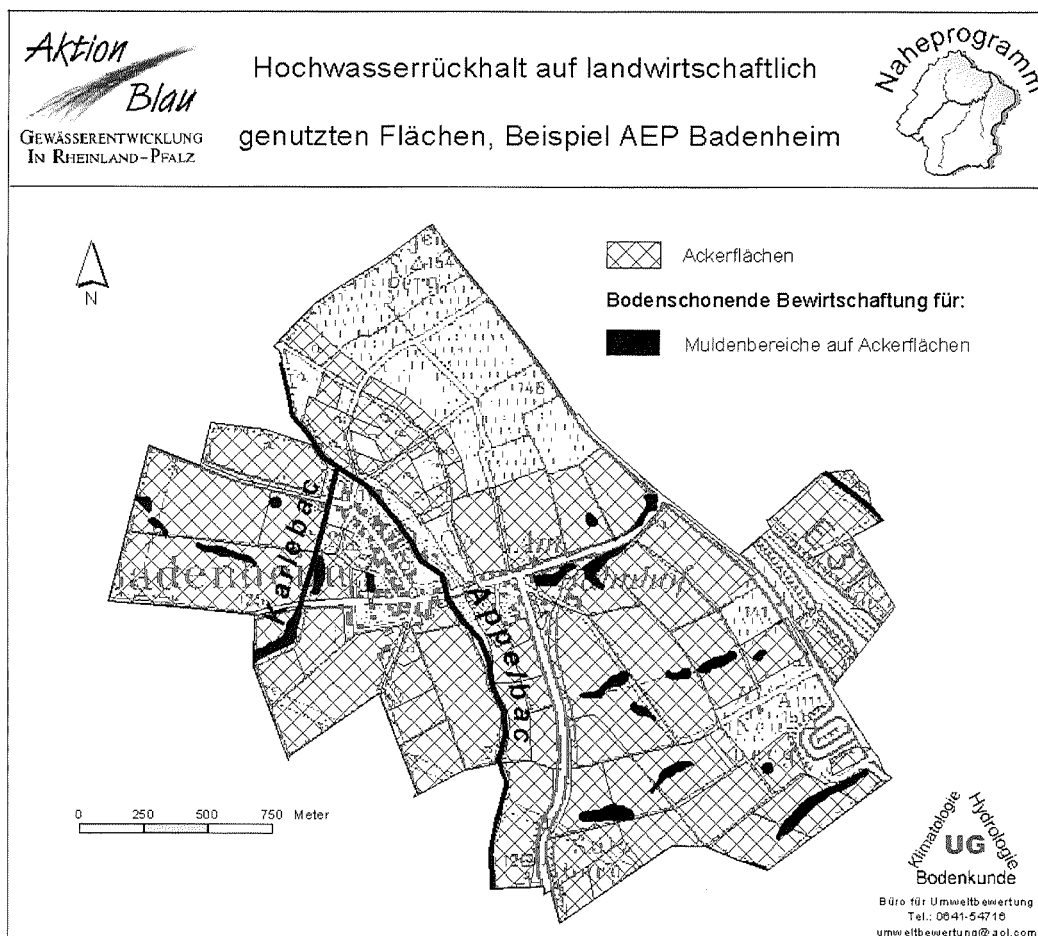
Zur Verbesserung des Hochwasserrückhaltes sollen bei jeder Bodenordnung die Maßnahmenvorschläge aus dem „Informationspaket zur Hochwasservorsorge“ berücksichtigt werden. Die Daten stehen der Kulturverwaltung, den Regionalstellen und den Kreisverwaltungen ab sofort zur Verfügung. Das „Informationspaket zur Hochwasservorsorge“ liefert der Bodenordnung für jedes Gebiet lokalisierte Maßnahmenvorschläge zum Hochwasserrückhalt.

Am Beispiel der AEP Badenheim wurden die Bewertungen und die Maßnahmenvorschläge des Informationspaketes angewendet und in den folgenden Karten 1 bis 6 dargestellt. Es wird deutlich, das selbstverständlich nicht das gesamte Spektrum der Standorte und Maßnahmen vorkommt, das für Rheinland-Pfalz erarbeitet wurde.

Dennoch sind Umfang und Vielfalt der Möglichkeiten und Maßnahmen erstaunlich. Im Folgenden werden die einzelnen Karten beschrieben:

## Karte 1: Hochwasserrückhalt auf landwirtschaftlich genutzten Flächen

Durch Bewirtschaftungs- oder Nutzungsänderungen kann auf Ackerflächen, die Mulden aufweisen, der Oberflächenabfluss verringert werden. Westlich und östlich der Ortslage von Badenheim befinden sich Mulden im Bereich von Straßen und Bächen. Westlich von Badenheim haben die Mulden direkt Anschluss an den Karlebach und können somit Oberflächenwasser aus der Mulde schnell weitergeben. Östlich von Badenheim befinden sich Mulden entlang von Straßen, die mit ihren Randgräben ebenfalls als lineare Abflussbahnen wirken.



Karte 1: Hochwasserrückhalt auf landwirtschaftlich genutzten Flächen

Im Wege- und Gewässerplan eines nachfolgenden Bodenordnungsverfahrens sollten diese Aspekte beachtet werden.

Die bodenschonende Nutzung der Ackerflächen in Mulden, die Umwandlung in Grünland oder Randstreifen, führt zu einer ganzjährigen Bodenbedeckung und Bodenruhe mit der Ausbildung von stabilen, makroporenreichen Oberböden.

Dadurch kann die Infiltration von Wasser gefördert und der schnelle Oberflächenabfluss verringert werden.

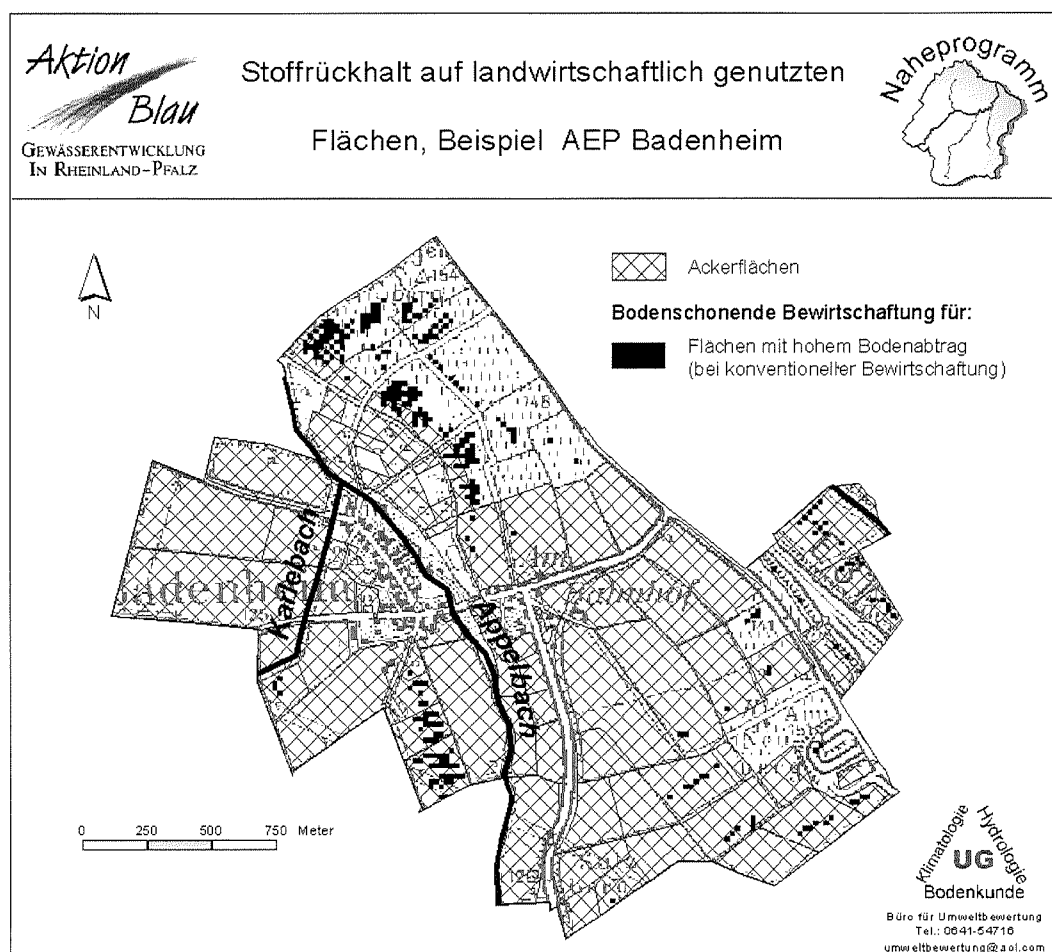
### Karte 2: Stoffrückhalt auf landwirtschaftlich genutzten Flächen

Im Bereich der AEP Badenheim wird sowohl auf einigen Acker- als auch auf Sonderkulturlflächen ein potentiell möglicher, hoher Bodenabtrag berechnet. Nördlich der Ortslage von Badenheim werden auf Weinbauflächen Bodenabträge von > 10 t/ha prognostiziert, ebenso auf Ackerflächen südlich der Ortslage.

Flächen mit hoher Bodenerosion sollten so bewirtschaftet werden, dass der durch die Hanglage und dem verschlämmbaren Oberboden bedingte Bodenverlust verhindert wird. Dies lässt sich durch standortangepasste Nutzung und bodenschonende Bewirtschaftung erreichen.

Bodenerosion führt nicht nur Bodenmaterial ab, sondern spielt auch im Stoffhaushalt eine große Rolle. Da durch Bodenabtrag vor allem humus- und nährstoffreicher Oberboden erodiert wird, kommt es zur Verlagerung von Phosphor, Pflanzenschutzmitteln und Schwermetallen. Phosphor und Pflanzenschutzmittel verursachen in den Gewässern beispielsweise starke Beeinträchtigungen der Biozönose.

Die zur Erosion neigenden Hanglagen können Schwerpunkte von bodenordnerischen und ökologischen Ersatzmaßnahmen sein, wie z.B. Schaffung von Ausgleichsflächen, Tausch von Flächen sowie Schwerpunktfelder für das FUL- oder Nahe- Programm. Besonders zielführend ist eine ganzjährige Begrünung, die teilweise auch durch bodenschonende Bewirtschaftung erreicht werden kann.



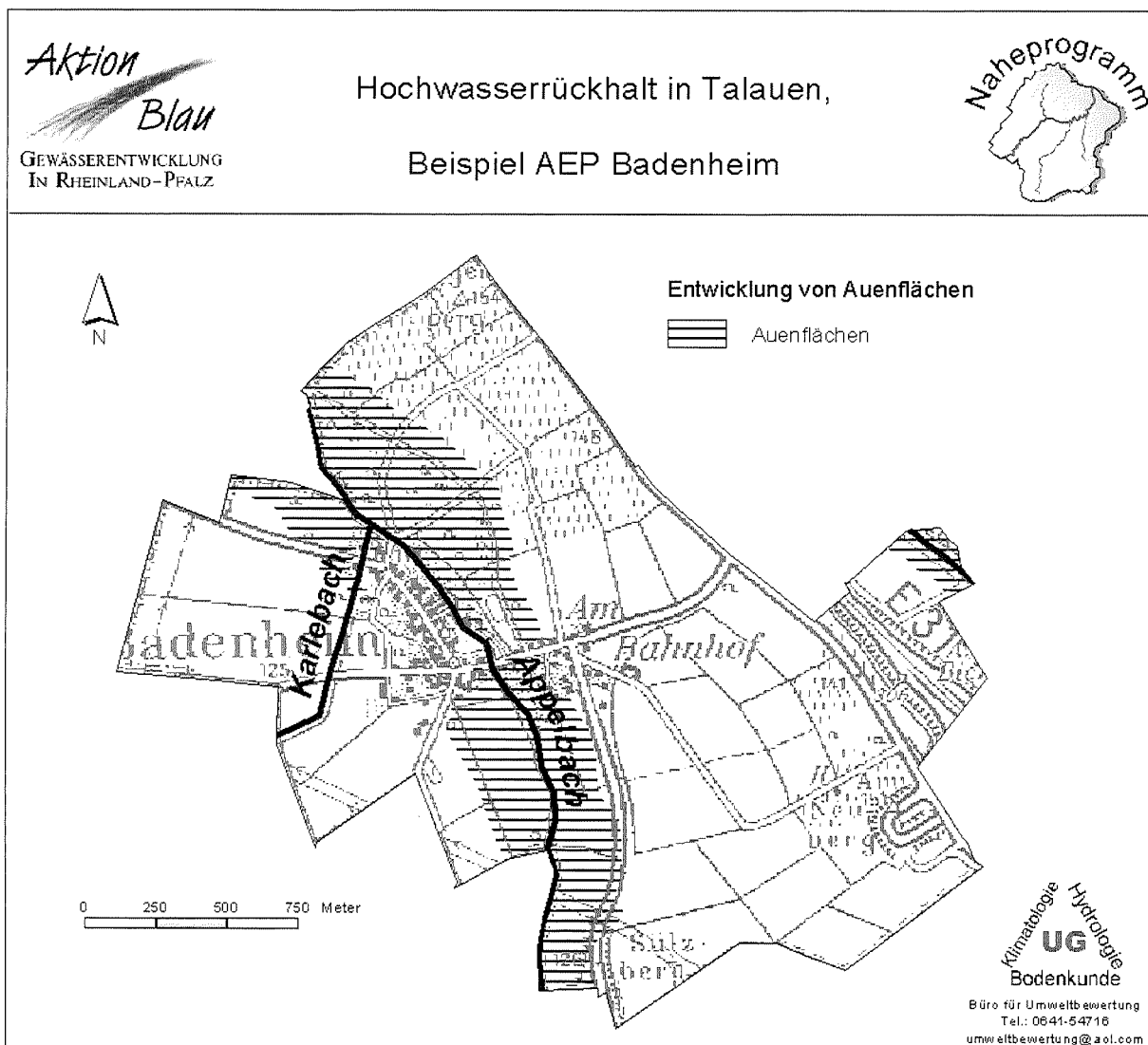
Karte 2: Stoffrückhalt auf landwirtschaftlich genutzten Flächen

### Karte 3: Hochwasserrückhalt in Auen

Auenflächen sind Talniederungen, die für eine flächige Zwischenspeicherung von Hochwasser hervorragend geeignet sind. Die Auenflächen im Bereich der AEP Badenheim entlang des Appelbaches beziehungsweise Wiesbaches (östliche Grenze der AEP) sind heute jedoch nicht in der Lage, kleinere Hochwasser zu speichern, da tief eingeschnittene Bachläufe das Wasser schnell abführen. Neben der Freihaltung der Auenflächen von Bebauung und einer standortangepassten Grünlandnutzung gilt es, die Gewässer so zu entwickeln, dass sie wieder

frühzeitig über die Ufer treten und die Auen das Hochwasser wieder speichern können. In der Regel lässt sich dies durch Laufentwicklung, Sohlanhebung und Ufergestaltung erreichen. Die Bereitstellung von Gewässerentwicklungstreifen und die gleichzeitige Förderung der Breitenerosion führen zur Wiederanbindung der Auen.

Für die Landwirtschaft wird auf den bei Hochwasser überfluteten Auenflächen eine Standort angepasste Grünlandnutzung vorgeschlagen. Intakte Auenflächen sind auch in trockenen Jahren ertragsreiche und ertragssichere Grünlandstandorte.

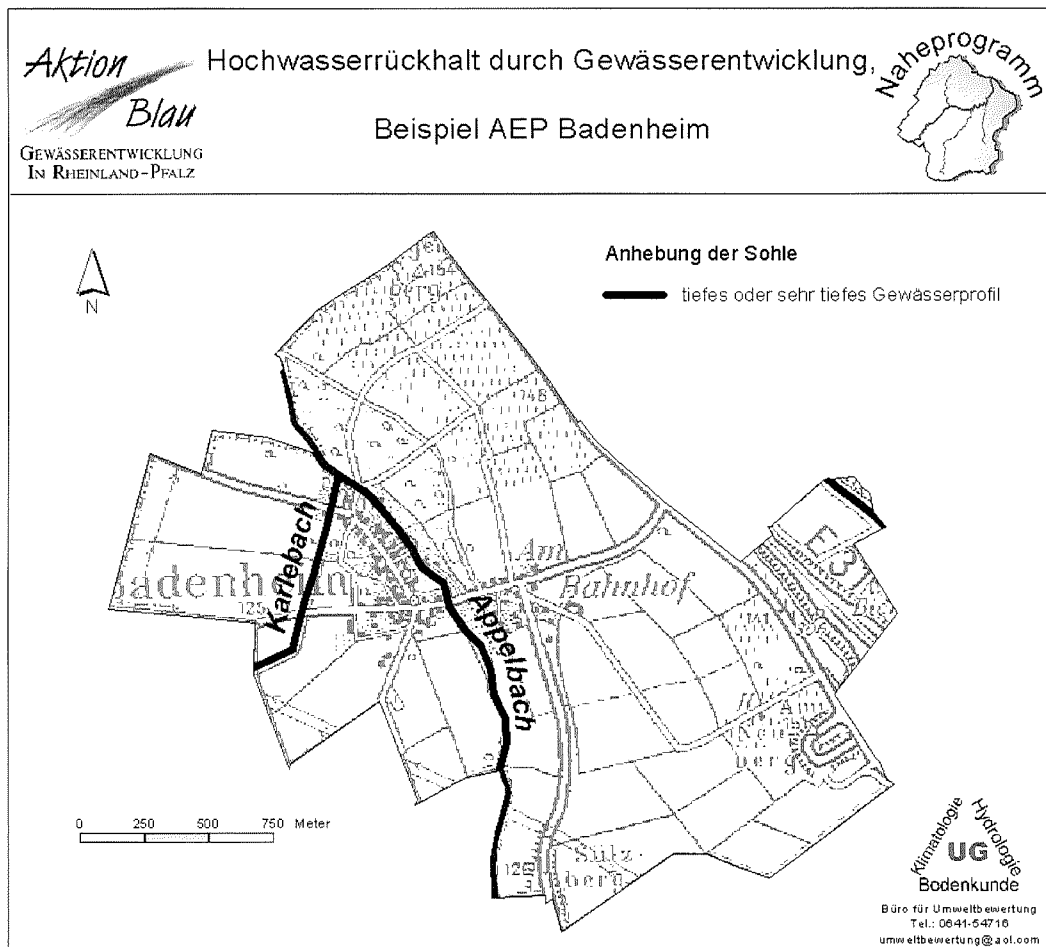


Karte 3: Hochwasserrückhalt in Talauen

#### Karte 4: Hochwasserrückhalt durch Gewässerentwicklung (1)

Die Daten der Gewässerstrukturkartierung weisen für den Bereich der AEP Badenheim die Gewässerstrecken am Wiesbach, Appelbach und Karlebach als durchgehend stark eingetieft aus. Dadurch haben die Gewässer ein großes Abflussvermögen.

Hochwasser wird schnell talabwärts verfrachtet und dem Unterlieger überlassen. Durch die fehlende Ausuferung wird eine schadlose Hochwasserretention auf Auenflächen verhindert. Es wird Gewässerentwicklung mit Breitenerosion und Sohlanehebungen oder eine Verminderung des Gefälles durch Laufverlängerung oder Laufverlegung vorgeschlagen (siehe auch Karte 6).



Karte 4: Hochwasserrückhalt durch Gewässerentwicklung (1)



Abb. 1: Tiefenerodiertes Gewässer ohne Randstreifen und mit großer Abflusskapazität

### Karte 5: Hochwasserrückhalt durch Gewässerentwicklung (2)

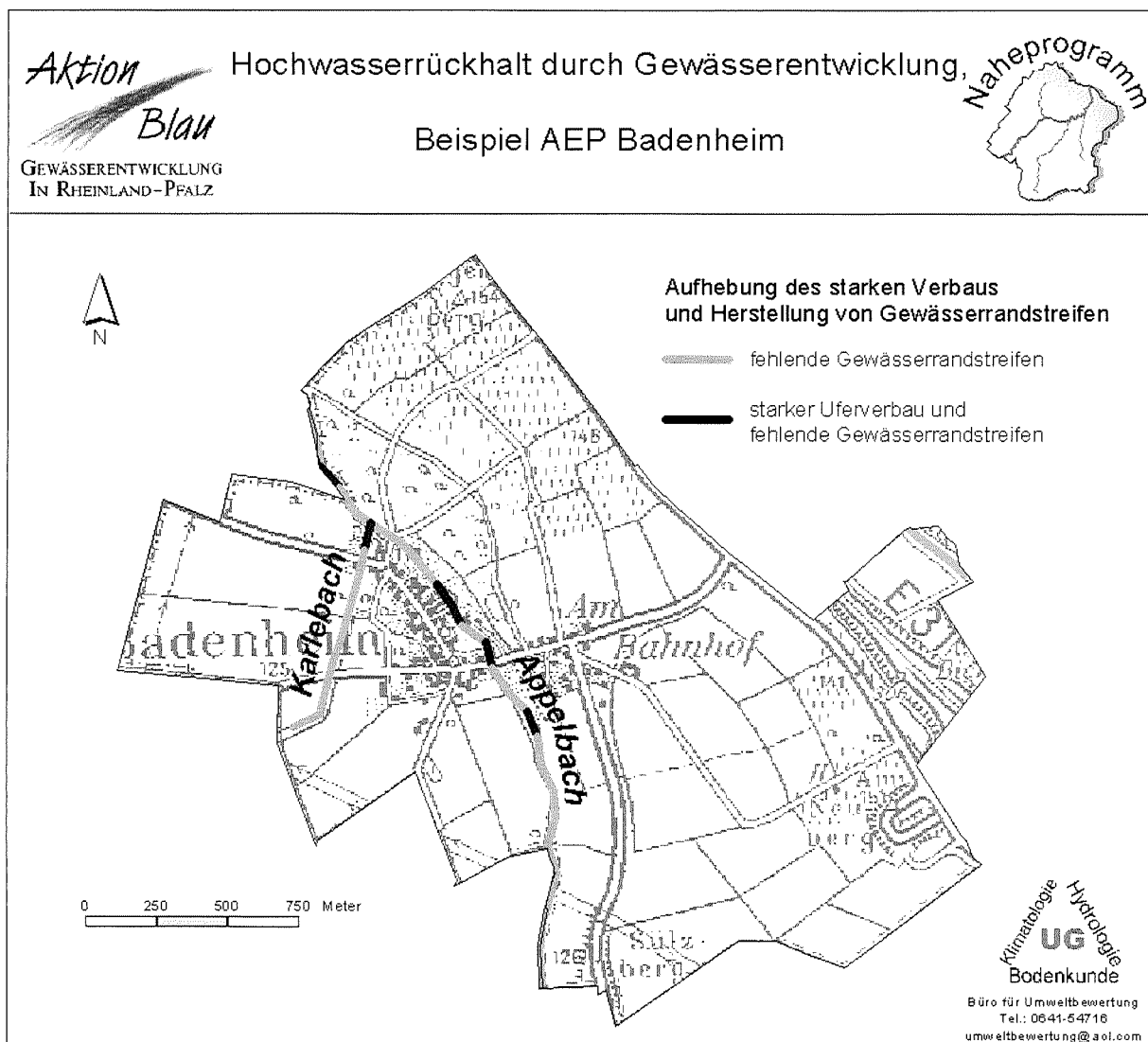
Begradigung und Uferverbau führen zur Beschleunigung der Abflüsse und fördern die Tiefenerosion. Im Bereich der Ortslage Badenheim tritt Uferverbau auf. In wie weit dieser erforderlichen Sicherungszwecken dient, muss geprüft werden.

Durch Uferverbau ist die Retention auf Auenflächen vermindert. Durch eine natürliche Ufergestaltung in Verbindung mit Gewässerrandstreifen oder Auwaldentwicklungstreifen kann die Breitenerosion

begünstigt und die schadlose Verteilung von Hochwasser gefördert werden.

Alle betroffenen Gewässerabschnitte des Wiesbachs, Appelbachs und Karlebachs sind durch fehlende Gewässerrandstreifen gekennzeichnet. Durch naturnahe Gestaltung der Ufer und Schaffung von Gewässerrandstreifen wird die Breitenerosion gegenüber der Tiefenerosion gefördert.

Damit wird weitere Tiefenerosion verhindert und eine häufigere Überflutungstätigkeit der Gewässer initiiert.



Karte 5: Hochwasserrückhalt durch Gewässerentwicklung (2)

### Karte 6: Hochwasserrückhalt durch Gewässerentwicklung (3)

Die Begradigung der Bäche im Bereich der AEP Badenheim fördert die Tiefenerosion und die schnelle Abführung des Wassers.

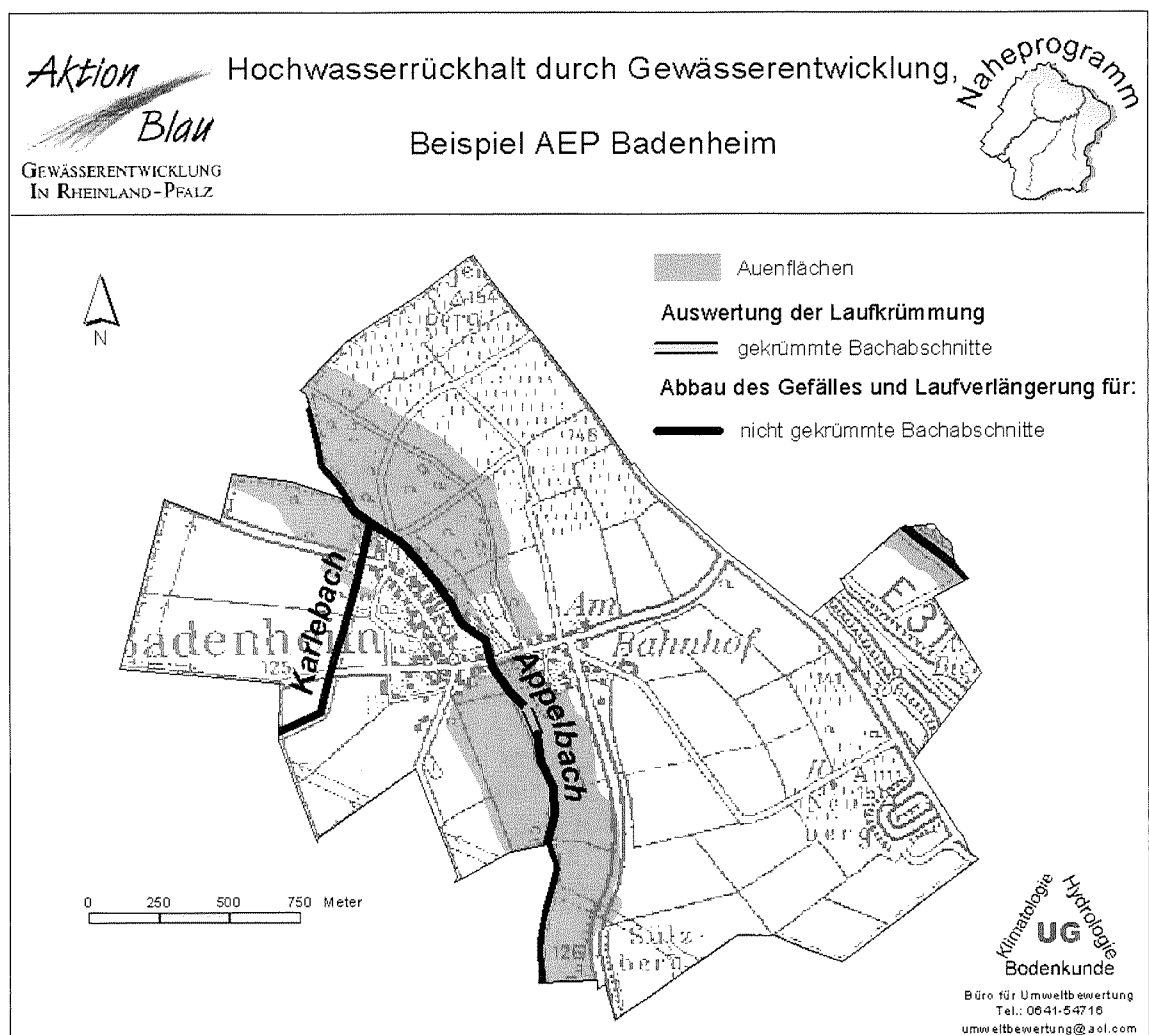
Das vergleichsweise hohe Gefälle durch Laufverkürzungen muss reduziert werden. Eine Laufverlängerung in Form von Mäandern wird vorgeschlagen, da am Appelbach für eine geschwungene Linienführung breite Auenflächen vorhanden sind. Als planerische Variante könnte der Appelbach südlich der Ortslage Badenheim nach links geschwungen verlaufen und oberhalb des Sportplatzes eine Schleife nach rechts bilden. Dann wäre auch der Verbau im Bereich der Ortslage (siehe Karte 5) nicht mehr notwendig.

Der begradigte Verlauf des Karlebaches kann auf Grund der fehlenden Talniederung nicht ohne weiteres verlängert werden. Im Bereich der Ortslage Badenheim wäre eine Mäandrierung möglich.

### Schlussfolgerungen

Die Anwendung des Informationspaketes am Beispiel der AEP Badenheim zeigt, dass eine Vielzahl von Maßnahmen für den Hochwasserrückhalt möglich ist. Besonders deutlich wird, daß solche Maßnahmen in der Fläche oft mit Maßnahmen am Gewässer verbunden sind, damit der gewünschte Effekt eintritt. Deshalb sollte eine AEP oder ein Bodenordnungsverfahren möglichst mit einem Gewässerentwicklungskonzept gekoppelt werden.

Vor der Umsetzung vorgeschlagener Maßnahmen sollte eine örtliche Überprüfung an den Gewässern und auf den Flächen des Bearbeitungsgebietes stattfinden, um präzise, beispielsweise schlagbezogene Maßnahmen abzuleiten. Die Möglichkeiten finanzieller Förderungen sollten ebenfalls im Vorfeld abgeklärt werden.



Karte 6: Hochwasserrückhalt durch Gewässerentwicklung (3)

# AUS DER RECHTSPRECHUNG

## Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zu § 58 Abs. 4 FlurbG

GG Art. 14 Abs. 1: VwGO §§ 42, 47; FlurbG §§ 19, 39, 42, 44, 47, 58; RUO § 61, BayStrWG Art. 14

1. **§ 58 Abs. 4 FlurbG** trägt dem Gedanken der Nachhaltigkeit der Flurbereinigung Rechnung, der auch für das Wegenetz gilt, das im Zuge der Flurbereinigung als „Gerippe“ für darauf bezogene Bodenneuordnung geschaffen worden ist.
2. Eine **Änderungssatzung nach § 58 Abs. 4 Satz 2 FlurbG** setzt voraus, dass die Interessenlage, die für die Satzung bindenden Festsetzungen des Flurbereinigungsplans maßgeblich war, nicht unverändert fortbesteht. Bei dem Wegenetz kann eine Änderung der Interessenlage daraus resultieren, dass Straßen oder Wege die ihnen ursprünglich zugedachte Verkehrsbedeutung nicht erlangen oder nachträglich verlieren, so dass eine Einziehung in Betracht kommt.
3. Soll die **Einziehung** die Veräußerung einer Wegeparzelle an einen Anlieger vorbereiten, der sie ausschließlich für seine Zwecke nutzen will, so sind bei Erlass der Änderungssatzung insbesondere die damit verbundenen Betroffenheiten seiner Anlieger in den Blick zu nehmen, die an der Flurbereinigung teilgenommen haben. Diese können gelten machen, dass die der Entwidmung nachfolgende Veräußerung der Wegeparzelle ihre rechtlich geschützten Interessen berührt.
4. Anders als bei der Entscheidung über die Einziehung braucht sich ein Anlieger, dem ein Verzicht auf ihm nach dem Flurbereinigungsplan bestimmungsgemäß zukommende Erschließungsvorteile zugemutet werden soll, im Rahmen der **Anwendung von § 58 Abs. 4 Satz 2 FlurbG** nicht enthalten zu lassen, dass seine Grundstücke weiterhin „hinreichend“ erschlossen bleiben.

**BVerwG, 9. Senat; Urteil vom 18.11.2002 - BVerwG 9 CN 1.02**

### Aus den Gründen:

- I. Der Antragsteller wendet sich gegen die Änderung eines Flurbereinigungsplans durch eine Satzung der Antragsgegnerin.

Der Antragsteller ist ein Landwirt, dessen Betrieb sich auf den Flurstücken 228 und 234 der Gemarkung L. befindet. Er ist Nachbar der Firma H., die auf dem Flurstück 231 dieser Gemarkung eine Asphaltmischanlage betreibt. Seit mehr als 10 Jahren benutzt die Firma H. dazu auch Teilflächen der Flurstücke 230 und 232. Die zuletzt genannten Flurstücke sind im Wegebestandsverzeichnis der Antragsgegnerin als Teile von öffentlichen Feld- und Waldwegen aufgeführt. Nach den Angaben der Antragsgegnerin werden beide Flurstücke nicht mehr als öffentliche Wege benutzt. Nur dem Antragsteller dient das Flurstück 232 zum Teil noch als Zufahrt zu den auf seinem Flurstück 234 gelegenen Gebäuden. In einer Vereinbarung vom 30.11.1987 verzichtete der Antragsteller darüber hinaus gegenüber der Firma H. gegen eine jährliche Entschädigung von 100 DM auf die Nutzung des Flurstücks 230 als Zufahrt zu seinem als landwirtschaftliche Anbaufläche genutzten Flurstück 228. In der Vereinbarung heißt es, er benutze künftig als Zufahrt zu diesem Grundstück „die geradlinige Verbindung vom Weg 232 nach Norden“.

Die Flurstücke 230 und 232 sowie ein weiteres Flurstück 122/8, das nicht Gegenstand des Normenkontrollantrags geworden ist, sind im Flurbereinigungsplan Teil II der Flurbereinigung L. vom 29.11.1978, der am 30.11.1979 von der Flurbereinigungsdirektion A. genehmigt wurde, wie folgt verzeichnet:



„M. gemeinschaftliche und öffentliche Anlagen: (I - Straßen und Wege, 1 - Eigentum).

Es verbleiben oder werden: 1,4 - Eigentum der Gemeinde E. die Ortsstraßen in L.: Flurstücke 122/8.15 - Eigentum der Gemeinde E. die öffentlichen Feld- und Waldwege: Flurstücke 230, 232.

Die Gemeinde kann über das Eigentum an den Straßen und Wegen nur in Übereinstimmung mit den Interessen der an der Flurbereinigung beteiligten Grundeigentümer oder deren Nachfolger verfügen.

## 2. Straßenbaulast, Gemeindegebrauch und Widmung.

b) Der Gemeindegebrauch der öffentlichen Straßen und Wege richtet sich nach den straßen- und wegerechtlichen Bestimmungen. Die Benutzung der von der Teilnehmergemeinschaft ausgebauten öffentlichen Feld- und Waldwege darf außer Gewichts- und Geschwindigkeitsbeschränkungen, die zum Schutz der Wege notwendig sind, nicht eingeschränkt werden.

d) Soweit die vorgenannten Straßen und Wege im Zuge des Flurbereinigungsverfahrens ausgewiesen und noch nicht gesondert gewidmet sind, werden sie nach Maßgabe der in Abschnitt M I Ziff. 1.3 - 1.9 getroffenen Regelung hiermit zu den jeweiligen Straßenklassen gewidmet.

O. Festsetzungen mit der Wirkung von Gemeindegesetzen: Die Festsetzungen in den Abschnitten M und N. haben nach § 58 Abs.4 FlurbG die Wirkung von Gemeindegesetzen“.

In den letzten Jahren kam es zwischen dem Antragsteller und der Firma H. zu Unstimmigkeiten. Der Antragsteller verlangte von der Firma H. die Räumung der Flurstücke 230 und 232. Die Firma H. ihrerseits beantragte bei der Antragsgegnerin den Erwerb der von ihr genutzten Teilflächen dieser Flurstücke.

Am 2.5.2000 beschloss der Gemeinderat der Antragsgegnerin das Flurstück 122/8 vollständig, das Flurstück 230 in einer Länge von 145 m und das Flurstück 232 in einer Länge von 27 m gemäß Art. 8 des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG) mangels Verkehrsbedeutung einzuziehen. Zugleich beschloss der Gemeinderat der Antragsgegnerin eine Satzung, deren § 1 folgenden Wortlaut hat: „§ 1 Änderung des Textteils zum Flurbereinigungsplan L. Abschnitt M I Nr. 1.4 und 1.5 des Textteils zum Flurbereinigungsplan Teil II vom 30.11.1979 wird dahin geändert, als das Grundstück Fl. Nr. 122/8 vollständig und die Fl. Nr. 230 und 232 teilweise aufgrund eines Verfahrens nach den Bestimmungen des BayStrWG aus dem Flurbereinigungsplan herausgenommen werden“.

Nach Erteilung der Genehmigung durch das Landratsamt A. machte die Antragsgegnerin die Satzung sowie - getrennt davon - die beabsichtigte Einziehung der dort genannten Flurstücke in ihrem Mitteilungsblatt vom 30.5.2000 öffentlich bekannt.

Der Antragsteller hat daraufhin am 9.6.2000 gegen diese Satzung einen Normenkontrollantrag gestellt. Nachdem der angerufene BayVGh zu erkennen gegeben hatte, dass hinsichtlich der Bestimmtheit der Satzung Bedenken bestehen könnten, änderte die Antragsgegnerin ihre Satzung nach Beschlussfassung des Gemeinderats vom 6.3.2001 wie folgt:

„1. Satzung vom 15.3.2001 zur Änderung der Satzung vom 30.5.2000 Änderung des Textteils zum Flurbereinigungsplan L.:

§ 1 Die Satzung wird wie folgt ergänzt: Aus dem Flurbereinigungsplan herausgenommen wird

- a) das Grundstück Fl.Nr. 122/8 Gemarkung L. in vollem Umfang,
- b) das Grundstück Fl.Nr. 230 Gemarkung L. in einer Länge von 24-32 m wie im beigefügten Lageplan vom 9.11.1999 schraffiert eingezeichnet.

Der Lageplan vom 19.11.1999 ist Bestandteil dieser Satzung.

§ 2 Diese Satzung tritt eine Woche nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.“

Die Änderungssatzung wurde vom Landratsamt A. mit Bescheid vom 13.3.2001 genehmigt und von der Antragsgegnerin im Mitteilungsblatt vom 15.3.2001 öffentlich bekannt gemacht. Der Antragsteller hat seinen Normenkontrollantrag nach Erlass der Änderungssatzung aufrechterhalten und zur Begründung im Wesentlichen vorgetragen: Er werde durch die Satzung in seinem Recht auf wertgleiche Abfindung nach § 44 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) verletzt. Die beim Erlass des Flurbereinigungsplans ursprünglich maßgebenden landeskulturellen Belange seien nicht hinfällig geworden. Der Weg auf dem Flurstück 230 diene weiterhin der Erschließung seiner nördlich gelegenen Grundstücke. Gegenleistung für den Landabzug nach § 47 FlurbG sei die bessere Erschließung der Abfindungsgrundstücke und die Entlastung der Straßen vom überörtlichen Verkehr gewesen. Durch den nachträglichen Wegfall des Erschließungsvorteils wird die Frage der wertgleichen Abfindung neu aufgeworfen. In Sonderheit gelte das für das Flurstück 230, für das - anders als für das Flurstück 232 - von der Antragsgegnerin keine Wegegrundstücke als Einlage eingebracht worden seien.

Der Antragsteller hat beantragt, die Satzung zur Änderung des Flurbereinigungsplans L. vom 30.5.2000 in der Fassung der Änderungssatzung vom 15.3.2001 insoweit für nichtig zu erklären, als dort die Grundstücke Fl. Nr. 230 und 232 der Gemarkung L. enthalten sind.

Die Antragsgegnerin hat beantragt, den Antrag abzulehnen. Der Antragsteller habe in den letzten zehn Jahren durch konkludentes Handeln zu erkennen gegeben, dass er die Wegeflächen für seinen Betrieb nicht mehr benötige. Die streitbefangenen Wegeflächen hätten auch keine anderweitige Verkehrsbedeutung mehr. Sie habe deshalb in Übereinstimmung mit den Interessen der an der Flurbereinigung beteiligten Grundeigentümer über die Wegegrundstücke verfügt. § 47 FlurbG sei nicht berührt, weil der Wertanteil für die beiden streitbefangenen Grundstücke bereits durch gemeindliche Einlage vorheriger Wege eingebracht worden sei. Der Wertausgleich sei also im Rahmen des Flurbereinigungsverfahrens erfolgt. Die Einziehung der Wege nach Art. 8 BayStrWG sei danach ebenfalls zulässig.

Der BayVGh hat den Normenkontrollantrag abgelehnt.

Gegen dieses Urteil wendet sich der Antragsteller mit der vom Senat zugelassenen Revision.

Der Antragsteller beantragt, unter Abänderung des Urteils des BayVGh vom 8.8.2001 die Satzung der Antragsgegnerin vom 30.5.2000 in der Form der Satzung vom 13.3.2001 insoweit für nichtig zu erklären, als dort die Grundstücke Fl. Nr. 230 und 232 der Gemarkung L. enthalten sind.

Die Antragsgegnerin beantragt, die Revision zurückzuweisen.

II. Die zulässige Revision des Antragstellers ist begründet. Das den Normenkontrollantrag ablehnende Urteil beruht auf einer Verletzung von Bundesrecht. Wegen der vom BayVGh bisher nicht geprüften Tatsachenfragen ist die Sache zurückzuverweisen.

1. Die Normenkontrolle ist entgegen der Ansicht der Vorinstanz zulässig. Wenn die Vorinstanz die Zulässigkeit mit der Begründung verneint, dem Antragsteller fehle die Antragsbefugnis nach § 47 Abs. 2 Satz 1 VwGO, liegt darin ein Verstoß gegen Bundesrecht, weil die Anforderungen an die Geltendmachung einer Rechtsverletzung im Rahmen der genannten Vorschrift überspannt werden.

Das Erfordernis, mit der Normenkontrolle eine Rechtsverletzung geltend zu machen (vgl. § 47 Abs. 2 Satz 1 VwGO), ist § 42 Abs. 2 VwGO entlehnt. Erforderlich, aber auch ausreichend ist es daher, dass der Antragsteller hinreichend substantiiert Tatsachen vorträgt, die es zumindest möglich erscheinen lassen, dass er durch die Norm in seinen Rechten verletzt wird (vgl. BVerwG, Urteil vom 10.3.1998 - BVerwG 4 CN 6.97 - UPR 1998, 348 f). Nur dann, wenn eine Rechtsverletzung offensichtlich und eindeutig nach jeder Betrachtungsweise ausscheidet, kann die Antragsbefugnis verneint werden (vgl. BVerwG, Urteil vom 24.9.1998 - BVerwG 4 CN 2.98 - BVerwGE 107, 215 [217]). Schon Art und Umfang der Ausführungen, die die Vorinstanz im vorliegenden Fall zur Antragsbefugnis gemacht haben, entsprechen der Sache nach einer Prüfung der Begründetheit der Normenkontrolle. Diese Ausführungen bilden nämlich den Schwerpunkt des vorinstanzlichen Urteils, während die hilfsweisen Erwägungen zur Begründetheit vergleichsweise geringen Raum einnehmen. Es gilt aber der Satz, dass sich eine prozessuale Handhabung des § 47 Abs. 2 Satz 1 VwGO verbietet, die im Ergebnis dazu führt, die an sich gebotene Sachprüfung als Frage der Zulässigkeit des Antrags zu behandeln (vgl. BVerwG, Urteil vom 24.9.1998, a.a.O., S. 218).

unter Hinweis auf den Beschluss vom 18.3.1994 - BVerwG 4 NB 24.93 - Buchholz 310 § 47 VwGO Nr. 88, S. 6 zum Nachteilsbegriff in § 47 Abs. 2 Satz 1 VwGO a.F.).

Im vorliegenden Fall reicht es für die Annahme einer möglichen Rechtsverletzung zunächst aus, dass der Antragsteller zu den Teilnehmern der Flurbereinigung L. zählt, zu deren Gunsten in Abschnitt M 11 des Flurbereinigungsplans Teil II vom 29.11.1978 eine Verfügungsbeschränkung angeordnet ist der nach § 58 Abs. 4 Satz 1 FlurbG die Wirkung einer Gemeindegatsung zukommt. Diese Verfügungsbeschränkung betrifft das Eigentum an den Straßen und Wegen, die im Rahmen der Flurbereinigung nach § 58 Abs. 1 Satz 2 FlurbG abgemarkt und gewidmet worden sind. Die mit der Normenkontrolle angefochtene Satzung der Antragsgegnerin hat das Ziel, die darin genannten Wegeparzellen von dieser öffentlich-rechtlichen Verfügungsbeschränkung und den sonstigen Bindungen als gemeinschaftliche Anlagen zu befreien, indem sie teilweise „aus dem Flurbereinigungsplan herausgenommen werden“. Der Hinweis im Satzungstext, dass dies „auf Grund eines Verfahrens nach den Bestimmungen des BayStrWG“ geschehe, ändert daran nichts. Er stellt - im Sinne eines Erwägungsgrundes des Satzungsgebers - klar, dass der Satzung eine wegerechtliche Einziehungsentscheidung nachfolgen soll. Die von der Vorinstanz ausführliche behandelte Frage, ob die Satzung rechtlich notwendige Voraussetzung für diese Entscheidung ist, hat mit der die Gemeinde bindenden Verfügungsbeschränkung nichts zu tun.

Fraglich mag sein, ob jedem beliebigen Teilnehmer des Flurbereinigungsverfahrens die Befugnis zugesprochen werden kann, eine Änderungssatzung nach § 58 Abs. 4 Satz 2 FlurbG im Normenkontrollverfahren anzugreifen. Zur Darlegung einer möglichen Rechtsverletzung dürfte ein Vortrag zu erwarten sein, aus dem sich eine gesteigerte tatsächliche Betroffenheit des Teilnehmers entnehmen lässt. Das hat der Antragsteller berücksichtigt, indem er das Flurstück 122/8 nicht in seinen Antrag einbezogen hat. Hinsichtlich der Wegeparzellen 230 und 232 liegt die Betroffenheit des Antragstellers auf der Hand. Diese Wege dienen bestimmungsgemäß der Erschließung der Grundstücke, die ihm in dem Flurbereinigungsplan als Hofstelle und landwirtschaftliche Nutzfläche zugewiesen worden sind.

Es spricht vieles dafür, dass die genannten Wegeparzellen dem Antragsteller ursprünglich einen konkreten Erschließungsvorteil verschaffen sollten (vgl. § 44 Abs. 3 Satz 3 1. Halbs. FlurbG). Von der Hofstelle aus konnte er auf kürzestem Wege über die Parzelle 230 mit landwirtschaftlichen Maschinen und Fahrzeugen auf seinen Acker (Flurstück 228) gelangen. Dabei war er nicht darauf angewiesen - wie zukünftig am „Kopfende“ aufzufahren. Er konnte bei der Feldarbeit also Überfahrten auf dem Acker vermeiden, was für einen Landwirt nennenswerte Bewirtschaftungsvorteile erbringen kann. Die Parzelle 232 ermöglichte es ihm dagegen, hinter seinem Wohnhaus an jeder Stelle auf das Flurstück 234 aufzufahren. Dementsprechend konnte er dieses Flurstück an nahezu jeder beliebigen Stelle mit Wirtschaftsgebäuden bebauen. Zukünftig würde seine Zufahrt auf eine bestimmte Stelle festgelegt sein, wodurch die restliche Bebaubarkeit des Flurstücks - zu seinem Nachteil - nicht unerheblich eingeschränkt sein dürfte. Zwar mag sich der Antragsteller dieser Erschließungsvorteile zwischenzeitlich freiwillig begeben haben. Denn er duldet es seit langer Zeit, dass die streitigen Flächen von der Firma H. zur Lagerung von Materialien zweckentfremdet werden. Hinsichtlich des Flurstücks 230 hatte er gegenüber der Firma H. sogar gegen Entgelt vertraglich bis auf weiteres auf sein Nutzungsrecht verzichtet. Es ist aber nicht offensichtlich, dass diese Entwicklung unumkehrbar wäre.

Die möglichen Nachteile, die der Antragsteller infolge der Änderungssatzung hinsichtlich seiner Erschließungssituation hinnehmen muss, betreffen auch seine rechtlich geschützten Interessen. Für das Wegenetz haben die Teilnehmer der Flurbereinigung L. - so auch der Antragsteller - einen Landabzug hinnehmen müssen, der in Teil I Abschnitt F 1 des Flurbereinigungsplans in Höhe von 6,6 % festgesetzt worden war (vgl. § 47 Abs. 1 Satz 1 FlurbG). Dementsprechend ist aus der Gesamtmasse der Einlagen aller Teilnehmer vorweg Land für das Wegenetz ausgesondert worden. Der Landabzug war von den Teilnehmern entschädigungslos hinzunehmen. Das ist mit der Eigentumsgarantie (Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG) nur dann vereinbar, wenn mit dem Entzug bestehender Rechtspositionen der Ausgleich privater Interessen beabsichtigt ist, weil das Wegenetz überwiegend den Interessen der Teilnehmer zugute kommt (vgl. zur Baulandumlegung BVerfG, Beschluss vom 22.5.2001 - 1 BvR 1512/97 und 1677/97 - DVBl. 2001, 1427 [1428]). Nur deswegen, und weil die Teilnehmer durch das neue Wegenetz in den Genuss konkreter Erschließungsvorteile gelangen, ist der entschädigungslose Landabzug als zulässige Inhalts- und Schrankenbestimmung nach Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG anzusehen. Ebenso steht der Landabzug nach § 47 Abs. 1 Satz 1 FlurbG in einem unlösbaren Zusammenhang mit dem (einfachrechtlichen) Grundsatz der wertgleichen Abfindung nach § 44 Abs. 1 Satz 1 FlurbG (vgl. BVerwG, Beschluss vom 9.7.1964 - 1CB43.64 -

Buchholz 424.01 § 44 FlurbG Nr. 16). Nur wenn der Landabzug „im Rahmen der die Umlegung kennzeichnenden Interessenrichtung“ (so BVerwG, Beschluss vom 9.11.1954 - BVerwG 1 B 145.53 - BVerwGE 1, 225 [228]; auch Beschluss vom 20.2.1956 - BVerwG 1 B 97.55 - BVerwGE 3, 156 [157]) bleibt, ist auch die wertgleiche Abfindung der Teilnehmer gewährleistet. Der mit der Flurbereinigung angestrebte Interessenausgleich wird gefährdet, sobald eine Satzung nach § 58 Abs. 4 Satz 2 FlurbG Maßnahmen vorbereitet, die darauf hinauslaufen, einem Teilnehmer nachträglich den durch die Flurbereinigung erlangten Erschließungsvorteil wieder zu entziehen. Wenn die Vorinstanz dem Antragsteller entgegenhält, er habe nicht substantiiert vorgetragen, durch die Herausnahme der Teilflächen aus den Flurstücken 230 und 232 in seinem Recht auf wertgleiche Abfindung verletzt zu sein, werden damit überspannte Anforderungen an die Darlegungslast gestellt. Die Antragsbefugnis des Antragstellers ist danach zu bejahen.

2. Ob der Normenkontrollantrag begründet ist, lässt sich im Revisionsverfahren nicht klären, weil dazu erforderliche Tatsachenfeststellungen von der Vorinstanz nicht getroffen worden sind. Die Erwägungen, mit denen die Vorinstanz die Begründetheit der Normenkontrolle verneint hat, beinhalten einen weiteren Verstoß gegen Bundesrecht.

Die Regelung des § 58 Abs. 4 FlurbG, die im Wesentlichen unverändert aus § 61 Abs. 4 der Reichsumlegungsordnung (RUO) vom 16. Juni 1937 (RGBl. I S. 629) übernommen worden ist, soll die mit der Flurbereinigung erzielten Ergebnisse sichern. Dahinter steht der Gedanke, dass der angestrebte volks- und betriebswirtschaftliche Erfolg der Flurbereinigung (vgl. §§ 1, 37 Abs. 1 FlurbG) sich erst einstellt, wenn die Flurbereinigung nachhaltige Ergebnisse hat. Es soll insbesondere nicht der Fall eintreten, dass binnen kurzem eine erneute Flurbereinigung erforderlich wird. Veränderungen, die die Ergebnisse der Flurbereinigung in Frage stellen können, sollen erschwert werden.

Dies bewirkt § 58 Abs. 4 FlurbG. Die im gemeinschaftlichen Interesse der Beteiligten oder im öffentlichen Interesse getroffenen Festsetzungen des Flurbereinigungsplans haben nach Satz 1 dieser Vorschrift „die Wirkung von Gemeindecatsungen“. Wie Satz 2 klarstellt, tritt damit eine Bindung an die Festsetzungen ein, von der sich die Gemeinde nur lösen kann, indem sie eine Änderungssatzung erlässt. Im Interesse der Nachhaltigkeit der Flurbereinigung ist die kommunale Satzungshoheit zusätzlich - abweichend von den geltenden Gemeindeordnungen - dadurch eingeschränkt, dass eine Änderungssatzung nur mit Zustimmung der Gemeindeaufsichtsbehörde ergehen darf.

Der Gedanke der Nachhaltigkeit gilt auch für das Wegenetz, durch das im Zuge der Flurbereinigung das „Gerippe“ für die darauf bezogene Bodenneuordnung geschaffen worden ist (vgl. BVerwG, Urteil vom 6.3.1986 - BVerwG 5 C 36.82 - BVerwGE 74, 84 [89]). Er findet insoweit vor allem in der nach Abschluss der Flurbereinigung fortdauernden Unterhaltungspflicht Ausdruck. Die gemeinschaftlichen Anlagen, zu denen das Wegenetz zählt (vgl. § 39 Abs. 1 FlurbG), sind von der Teilnehmergeinschaft zu unterhalten, wenn sie dieser vom Flurbereinigungsplan zu Eigentum zugewiesen worden sind (vgl. § 42 Abs. 2 Satz 1 FlurbG). Für die Unterhaltung können in diesem Fall nach Maßgabe von § 19 FlurbG von den Teilnehmern Beiträge erhoben werden. Sollen die gemeinschaftlichen Anlagen dagegen der Gemeinde zugeteilt werden, darf dies nur mit deren Zustimmung geschehen (vgl. § 42 Abs. 2 Satz 2 FlurbG). Durch dieses Zustimmungserfordernis soll die Gemeinde vor einer übermäßigen Unterhaltungslast geschützt werden (vgl. BVerwG, Urteil vom 6.3.1986 - BVerwG 5 C 36.82 - a.a.O., S. 90). Um die Gemeinde insoweit in die Pflicht zu nehmen, wird die Flurbereinigungsbehörde, soweit es sich um private Straßen und Wege handelt, im Flurbereinigungsplan der Gemeinde die Unterhaltungslast auferlegen müssen (vgl. Schwantag in: Seehusen/Schwede, Flurbereinigungsgesetz, 7. Aufl. 1997, § 58 RdNr. 30). Derartige Regelungen sind dagegen entbehrlich, wenn Straßen und Wege im Flurbereinigungsplan wegen ihrer Verkehrsbedeutung dem Gemeingebrauch gewidmet werden. Denn damit unterfallen sie automatisch der im Straßenrecht geregelten Unterhaltungspflicht für öffentliche Straßen und Wege (vgl. Art. 9 BayStrWG). Dies erklärt, warum im vorliegenden Flurbereinigungsplan Unterhaltungsregelungen fehlen. Dass eine Änderungssatzung nach § 58 Abs. 4 Satz 2 FlurbG - wie die Vorinstanz angenommen hat - überflüssig ist, folgt daraus jedoch nicht. Dies verdeutlicht ein Blick auf die inhaltlichen Anforderungen, die an eine Änderungssatzung zu stellen sind.

Materielle Anforderungen nennt § 58 Abs. 4 Satz 2 FlurbG nicht ausdrücklich. Wie die Revision zutreffend anmerkt, hat das Bundesverwaltungsgericht in einem Fall, der sich nicht nach dieser Vorschrift beurteilen ließ, bereits angedeutet („Es spricht aber vieles dafür“), dass Änderungssatzungen nur ergehen dürfen, wenn öffentliche Interessen oder wichtige wirtschaftliche Bedürfnisse der Beteiligten dies erfordern und nicht enteignungsähnlich in die Rechte der Beteiligten eingegriffen wird (vgl. BVerwG, Urteil vom 26.8.1976 - BVerwG 5 C 41.75 - BVerwGE 51, 104 [109]). Für eine dahingehende, freilich im Hinblick auf die veränderte Rechtsprechung des BVerfG zur Abgrenzung von Eigentumsunterhaltsbestimmung und Enteignung (BVerfGE 58,300) anzupassende Einschränkung des Satzungsermessens lässt sich der Wortlaut des § 58 Abs. 4 Satz 1 FlurbG anführen. Dort ist von den Festsetzungen die Rede, „die im gemeinschaftlichen Interesse der Beteiligten oder im öffentlichen Interesse getroffen werden“. Damit werden die öffentlichen und privaten Belange angesprochen, die die Flurbereinigungsbehörde mit den Festsetzungen verfolgt hat. Die Schlussfolgerung aus dem systematischen Zusammenhang, den diese Regelung mit § 58 Abs. 4 Satz 2 FlurbG aufweist, kann nur sein, dass eine Änderungssatzung erst dann ermessensfehlerfrei ergehen kann, wenn die ursprünglich für die Festsetzungen maßgebende Interessenlage nicht unverändert fortbesteht.

Bei dem durch die Flurbereinigung geschaffenen Wegenetz kann eine Änderung der Interessenlage daraus resultieren, dass Straßen oder Weg die ihnen ursprünglich zuge dachte Verkehrsbedeutung nicht erlangen oder nachträglich verlieren, so dass eine Einziehung in Betracht kommt (vgl. Art. 8 Abs. 1 Satz 1 BayStrWG). Wie die Vorinstanz zutreffend angenommen hat, bleibt die sich aus dem Straßen- und Wegerecht ergebende Behördenzuständigkeit für die Einziehung von der Flurbereinigung unberührt. Dies ändert indes nichts daran, dass in einem derartigen Fall die Entlassung solcher Wegegrundstücke aus den Bindungen, die der Flurbereinigungsplan für sie als gemeinschaftliche Anlagen (§ 39 FlurbG) vorsieht, nur durch die Gemeinde mittels einer Satzung nach § 58 Abs. 4 Satz 2 FlurbG erfolgen kann. Hierbei hat die Gemeinde die berechtigten Interessen der Teilnehmer der Flurbereinigungsgemeinschaft am Fortbestand der sie begünstigenden Festsetzungen des Flurbereinigungsplans mit den für die Änderung sprechenden öffentlichen oder sonstigen Belangen abzuwägen.

Soll wie hier die im Flurbereinigungsplan festgelegte Möglichkeit der Nutzung von Grundstücken als Erschließungswege beseitigt werden, hat die Gemeinde insbesondere die Stellung des dadurch besonders betroffenen Anliegers in den Blick zu nehmen. Dem steht nicht entgegen, dass der Anlieger nach dem Wegerecht keinen Anspruch auf die Aufrechterhaltung des Gemeingebruchs (Art. 14 Abs. 3 BayStrWG) und damit nicht auf den Bestand des öffentlichen Weges hat. Der Einziehung wird er sich schon deshalb nicht mit Erfolg widersetzen können. Seine von der Gemeinde bei Erlass der Satzung nach § 58 Abs. 4 Satz 2 FlurbG in der Abwägung zu berücksichtigende - möglicherweise auch erhebliche Zeit nach Ende der Flurbereinigung schutzwürdige Rechtsposition folgt daher nicht aus der wegerechtlichen Rechtsstellung als Anlieger einer öffentlichen Straße, sondern aus den Festsetzungen des Flurbereinigungsplans, sofern sie ihn begünstigen sollen. Dies ist der Fall, wenn Wege und Straßen als gemeinschaftliche Anlagen im Rahmen eines Flurbereinigungsverfahrens geschaffen worden sind. Dieses Wegenetz dient speziellen Interessen der Teilnehmer des Flurbereinigungsverfahrens und unterliegt - trotz einer Widmung für den Gemeingebruch - weiterhin einem flurbereinigungsrechtlichen Sonderregime. Letzteres äußert sich gerade darin, dass bezüglich der Wege und Straßen im Flurbereinigungsplan getroffene Festsetzungen, die im gemeinschaftlichen Interesse der Teilnehmer oder im öffentlichen Interesse getroffen worden sind, die Wirkung einer Gemeindegatzung haben, zu deren Änderung oder Aufhebung eine Gemeindegatzung erforderlich ist.

Das Satzungsermessen der Gemeinde ist danach nicht nur an formale Erfordernis der Zustimmung der Gemeindeaufsichtsbehörde gebunden. Ungeschriebenes materiell-rechtliches Erfordernis ist es, dass die Gemeinde bei Erlass einer Satzung, die darauf abzielt, eine als Weg oder Straße gewidmete Fläche ganz oder teilweise aus dem flurbereinigungsrechtlichen Sonderregime zu entlassen, die öffentlichen Interessen die gemeinschaftlichen Interessen der Beteiligten (vgl. § 10 FlurbG) sowie die rechtlich schutzwürdigen Interessen einzelner Teilnehmer abwägend berücksichtigt.

Das Interesse eines Teilnehmers ist im Rahmen der Ausübung des Satzungsermessens abwägungsbeachtlich, wenn und solange er geltend machen kann, dass die in Rede stehenden Flächen für seine Hofstelle und/oder die zu seinem landwirtschaftlichen Betrieb zählenden Nutzflächen bestimmungsgemäß Erschließungsfunktionen haben, die für seine wertgleiche Abfindung von Bedeutung waren. Anders als bei der Entscheidung über eine wegerechtliche Einziehung braucht sich dieser Anlieger, wenn ihm

ein Verzicht auf fortbestehende Erschließungsfunktionen zugemutet werden soll, nicht entgegenhalten zu lassen, dass seine Grundstücke weiterhin „hinreichend“ erschlossen bleiben. Das flurbereinigungsrechtliche Sonderregime schützt nämlich nicht nur den Weg oder Wegeteil, auf „dessen Vorhandensein der Grundeigentümer für die Zugänglichkeit seines Grundstücks angewiesen ist“ (so BVerwG, Urteil vom 25.6.1969 - BVerwG 4 C 77.67 - BVerwGE 32, 222, S. 226), sondern den konkreten Erschließungsvorteil, den der Teilnehmer als einen Ausgleich für den entschädigungslosen Landabzug betrachten darf.

Ausgehend von ihrem Rechtsstandpunkt, das Satzungsermessen der Gemeinde unterliegen jedenfalls keinen weitergehenden Einschränkungen als der Wahrung des wegerechtlichen Erschließungsstandards, hat die Vorinstanz keine Tatsachenfeststellung dazu getroffen, ob der Antragsteller zutreffend geltend macht, die Veräußerung der Wegeparzelle, die mit der Einbeziehung vorbereitet werden soll, entziehe ihm einen konkreten Erschließungsvorteil, der ihm im Rahmen seiner wertgleichen Abfindung zugelassen sei, um den von ihm hinzunehmenden Landabzug abzugelten. Dahin gehende Feststellungen würden sich allerdings erübrigen, wenn feststünde, dass in dieser Beziehung die Festsetzungen des Flurbereinigungsplans funktionslos geworden sind. Dies wäre der Fall, wenn eine Nutzung der in Rede stehenden Flächen als Weg auf unabsehbare Zeit ausgeschlossen erscheint und die Teilnehmer der Flurbereinigung - insbesondere der Antragsteller - auf die Fortgeltung der Festsetzungen des Flurbereinigungsplans insoweit nicht vertrauen durften (vgl. zur Funktionslosigkeit bei Bebauungsplänen BVerwG, Urteil vom 29.4.1977 - BVerwG 4 C 39.75 - BVerwGE 54,5 [11]; Beschluss vom 17.2.1997 - BVerwG 4 B 16.97 - NVwZ-RR 1997; 512). Tatsächliche Feststellungen zu diesen Voraussetzungen für eine Funktionslosigkeit der Festsetzungen des Flurbereinigungsplans hat die Vorinstanz - von ihrem Standpunkt aus folgerichtig - ebenfalls nicht getroffen. So steht vor allem nicht fest, ob der Antragsteller sich weiterhin auf die der Antragsgegnerin dort auferlegte Verfügungsbeschränkung berufen kann, obwohl er über einen langen Zeitraum eine Zweckentfremdung der Wegeparzellen durch die Firma H. hingenommen hat.

Sollte die Vorinstanz feststellen, dass der Antragsteller weiterhin ein rechtlich geschütztes Interesse an der vom Flurbereinigungsplan festgelegten Erschließung seiner Flurstücke 228 und 234 hat, wird von ihr Folgendes zu beachten sein: Für den Wunsch der Antragsgegnerin, ihr nach § 42 Abs. 2 Satz 2 FlurbG als Eigentum zugeteilte Flächen an einen anderen Anlieger zu veräußern, streitet zumindest dann kein überwiegendes öffentliches Interesse, wenn dem Antragsteller für einen Verzicht auf den ihm im Flurbereinigungsplan eingeräumten Erschließungsstandard kein angemessener finanzieller Ausgleich in Aussicht gestellt wird. Für die Wertgleichheit der Abfindung gilt zwar das Stichtagsprinzip. Nach § 44 Abs. 1 Sätze 3 und 4 FlurbG ist Stichtag entweder der in der Ausführungsanordnung festgesetzte Zeitpunkt (vgl. § 61 Satz 2 FlurbG) oder - im Regelfall - der Zeitpunkt der vorläufigen Besitzeinweisung (vgl. §§ 65 ff. FlurbG). Diese Stichtage sind im Wertermittlungsverfahren (vgl. §§ 27 ff. FlurbG) zugrunde zu legen, in dem die Bemessungsgrundlagen für den mit der Flurbereinigung bewirkten Landtausch - u. a. also auch für den Landabzug - ermittelt werden. Änderungen der Wertverhältnisse, die nach dem maßgeblichen Stichtag eintreten, bleiben unberücksichtigt. Dies besagt aber nicht, dass die später durch den Flurbereinigungsplan festgelegte Gewichtung zwischen Einlage und Abfindung nachträglich durch eine Verwaltungsentscheidung ohne einen Wertausgleich zu Lasten eines Teilnehmers verändert werden darf (vgl. zu § 73 BauGB BVerwG, Urteil vom 22.3.1990 - BVerwG 4 C 24.86 - RdL 1990, 152).

# EHRUNGEN

## Zum Gedenken an AUGUST TRIMPE, 1919 - 2003



Am 19. April verstarb leitender Regierungsdirektor a.D. August Trimpe in seinem 93. Lebensjahr. Er leitete in der Nachkriegsphase des zweiten Weltkrieges von 1952 bis zu seinem altersbedingten Ausscheiden aus dem aktiven Berufsdienst Ende 1973 das Kulturamt Simmern.

Nach 7 Jahren Kriegsdienst und russischer Kriegsgefangenschaft nahm der im heute niedersächsischen Oldenburg geborene Bauernsohn seine Berufstätigkeit in Rheinland-Pfalz auf. Über den beruflichen Lebensweg des allseits anerkannten und geschätzten Landeskulturbediensteten ist anlässlich seines 75. Geburtstages im 5. Heft der NLKV von 1986 berichtet, auf das verwiesen werden darf.

Die Familie Trimpe wohnte insgesamt 40 Jahre in Simmern, davon 20 Jahre über die Pensionierung hinaus. Die letzten 11 Jahre seines Lebens verbrachte der Ruheständler mit seiner Frau in ihrem gemeinsamen Herkunftsland Oldenburg, wo ihre beiden Zwillingssöhne in der Diözese Osnabrück ihren jeweiligen Dienst in verschiedenen Gemeinden als Priester ausübten.

Sehr groß war die Anzahl der Mitmenschen aus einer Geburtsheimat, die an der Beerdigung am 25. April teilnahmen. Aus Rheinland-Pfalz und dem Hunsrück begleiteten Herrn Trimpe der heutige Amtsleiter Paul Frowein mit Amtsbediensteten, ehemalige Amtsangehörige und verbunden gebliebene Nachbarn und Freunde auf seinem letzten Gang. Seine Ruhestätte teilt Herr Trimpe mit seiner Gattin, mit der er über 60 Jahre gemeinsam den Lebensweg ging und die er in den letzten Jahren wegen ihrer eingeschränkten Gesundheit fürsorgend umhegte, auf dem Friedhof in Lage/Rieste in einer früheren Klosteranlage des Johanniterordens aus dem 13. Jahrhundert. Frau Trimpe war einige Monate zuvor abberufen worden.

Aufmerksam und sichtlich wohlthuend ergriffen, folgten die Trauergäste den Worten, mit denen Herr Frowein die Verdienste des Verstorbenen in Rheinland-Pfalz würdigte. Länger als jeder andere bisherige Amtsvorsteher habe Herr Trimpe das Kulturamt Simmern mit seinerzeit bis zu 100 Personen geführt. Die Personalgemeinschaft, meist junge Menschen, die aus dem Krieg zurückgekehrt waren, folgten bereitwillig seinen hohen Anforderungen, die er auch an sich selbst stellte. Die Landwirtschaft zwischen Mosel, Nahe und Rhein sei in dieser Zeit wesentlich gefördert worden: durch Bodenneuordnung (mehr als die Hälfte der erstmals flurbereinigten landwirtschaftlichen Fläche der Dienststelle Simmern seit ihrer Gründung Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Pensionierung Trimpe, also in 75 Jahren, fällt in die 22 Jahre lange Amtsleiterzeit von Herrn Trimpe), durch zahlreiche Aussiedlungen von Hofstellen, die in den Dörfern beengt lagen, und durch Neusiedlungen für geflüchtete und vertriebene Landwirte aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Durch Einbeziehung der Ortslagen in die Bodenordnungsverfahren, worauf Herr Trimpe gesteigert Wert legte, wurde zur Entwicklung der Hunsrückdörfer beigetragen und somit auch den außerlandwirtschaftlichen Bürgern geholfen. Noch heute würde anerkennend von Herrn Trimpe in den Dörfern gesprochen.

Herr Trimpe zeichnete sich besonders durch seine Bereitschaft aus, in hohem Maße Eigenverantwortung zu übernehmen. Die innere Freiheit, mit der er schwierige Aufgaben selbst bzw. auf Amtsebene löste und so den Aufsichtsstellen manches übergeordnete Tätigwerden ersparte, wurde regelrecht gespürt. Rationelle Aufgabenerledigung war seine Maxime.

Seinen Mitarbeitern gegenüber war Herr Trimpe aber nicht nur ein fordernder, sondern auch ein väterlicher Vorgesetzter. Den jungen Mitarbeitern, die zu der Zeit ihre eigene Familie gründeten, bedeutete das verständnisvolle Entgegenkommen des Amtsleiters sehr viel.

Selbst erhebliche Entbehrungen in seiner Soldaten- und Gefangenschaftszeit erlebt, half er gerne in Notsituationen weiter. „Ich hätte meine Kinder nicht durchbekommen, wenn Herr Trimpe mir keine Arbeit verschafft hätte“, sagte jüngst noch eine heute über 90jährige Kriegerwitwe. Der Dank, den nahe stehende Personen seines Umfeldes für empfangene Hilfe empfinden, kam auch in der Teilnahme von Personen an der Beerdigung zum Ausdruck, deren Familie Herr Trimpe weiterhalf.

Herr Trimpe hat in hohem Selbstverantwortungs- und Pflichtbewusstsein seinen Beruf ausgeübt und sein Leben geführt. Alle, die ihn miterleben durften, werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Reinhold Engelmann

## **Ltd. Vermessungsdirektor a.D. Franz-Josef Neuser verstorben**



Am 30.07.2003 verstarb plötzlich und unerwartet der ehemalige Leiter des Referates 53 „Ländliche Entwicklung“ bei der Bezirksregierung Koblenz im Alter von 74 Jahren.

Herr Neuser wurde am 29.05.1929 in Oberwesel geboren. 1950 legte er die Reifeprüfung ab und absolvierte vom Wintersemester 1951/52 - Sommersemester 1955 das Geodäsiestudium.

Nach dem Staatsexamen als Diplomingenieur für Vermessungswesen war er vorübergehend als Vermessungspraktikant beim Katasteramt Boppard und als Angestellter beim Vermessungsamt in Ludwigshafen tätig, bis er dann am 01.03.1956 in den Vorbereitungsdienst als Regierungsvermessungsreferendar bei der Katasterverwaltung Rheinland-Pfalz eintreten konnte.

Am 15.01.1959 legte er die Große Staatsprüfung ab und nach einer vorübergehenden Beschäftigung bei einem öffentlich bestellten Vermessungsingenieur wurde er am 01.10.1959 beim Kulturamt Simmern zum Regierungsvermessungsrat zur Anstellung ernannt und als planender technischer Beamter eingesetzt. Diese Funktion übte er beim Kulturamt Simmern bis Mai 1965 aus. Parallel hierzu absolvierte er von 1963 - 1965 eine zusätzliche Ausbildung, die ihn mit dem erfolgreichen Abschluss zur Laufbahn der Kulturamtsvorsteher befähigte. Zum 01.06.1965 wurde er an das Kulturamt Kaiserslautern versetzt und mit den Aufgaben des beigegebenen höheren Verwaltungsbeamten betraut. 1971 erfolgte seine Versetzung an das Kulturamt Mayen. Hier hatte er die gleiche Funktion inne, bis man ihn am 30.04.1974 die kommissarischen Leitung des Kulturamtes Mayen übertrug; die offizielle Bestellung zum Kulturamtsleiter erfolgte zum 01.02.1975.

Zum 30.11.1989 wechselte Herr Neuser zur Bezirksregierung Koblenz um dort die vakante Stelle des Referatsleiters des Referates 53 „Ländliche Entwicklung“ zu besetzen. Er leitete das Referat mit sehr viel Verantwortungsbewusstsein und -gefühl bis zu seinem Ausscheiden am 31.07.1992.

Franz-Josef Neuser war vor allem ein fröhlicher Mensch. Seine „rheinische Frohnatur“ hat er sich stets bewahrt.

Aufgeschlossenheit für die Belange der Landwirtschaft und Freude am Beruf haben Franz-Josef Neuser ausgezeichnet. Nicht zuletzt war er als leidenschaftlicher Jäger sehr naturverbunden. Viele ehemalige Kollegen und Kollegen, die auch heute noch im Dienst der Landeskulturverwaltung stehen, wurden durch ihn geprägt. Er war bekannt dafür, Verantwortung zu delegieren. Er hat seinen Mitarbeitern Freiräume geschaffen und selbständiges Arbeiten und Verantwortungsbewusstsein des einzelnen intensiv gefördert.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Hubert Müllen



## **Frau Unger im Ruhestand / Ministeriumsgeschichte geschrieben**

„Mit Paula Unger geht eine Frau in den Ruhestand, die buchstäblich Ministeriumsgeschichte geschrieben hat“, sagte der Leiter des Referats Presse und Öffentlichkeitsarbeit im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (MWVLW) des Landes Rheinland-Pfalz, Jörg Wagner.

Die 1940 in Bierstetten geborene Sekretärin habe vom 26. Oktober 1994 bis 1. Juni 1999 einen außerordentlich anspruchsvollen Job im Referat geleistet, so Wagner. Als „Kern“-Aufgaben zählten dazu das Erfassen und Versenden von Pressemitteilungen, die Vorbereitung von Pressekonferenzen sowie die Organisation von Journalistenfahrten. Dabei ist besonders der jährliche Besuch der Internationalen Grünen Woche in Berlin hervorzuheben.

„Frau Unger hat in ihrer Ministeriumszeit seit 1977 sechs Minister erleben dürfen und dabei die Zusammenführung der Ministerien für Wirtschaft und Verkehr sowie für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten zum MWVLW mitgeprägt“, so Wagner. Ihre Umsicht, ihre soziale und emotionale Kompetenz hätten maßgeblich dazu beigetragen, dass das neue Haus diese Umstellungsphase in der Öffentlichkeit ohne große Verwerfungen überstanden habe.

„Die passionierte, preisgekrönte Fotografin hat bei ihrem Wechsel in die Fachabteilung im Referat eine schmerzliche Lücke hinterlassen“, sagte Wagner. Durch ihre überaus freundliche Art, ihre absolute Zuverlässigkeit und ihr ausgeprägtes Gefühl für die deutsche Sprache und Rechtschreibung sei sie immer eine Stütze des Referats gewesen. Aber dank zahlreicher Pressemeldungen aus dem Bereich Bodenordnung sei der Kontakt nie abgerissen.

„Im Namen aller Kollegen wünsche ich Frau Unger für ihre private und berufliche Zukunft alles Gute. Sie möge aus der Vogelperspektive des Lerchenbergs immer den Überblick und ihre gute Laune behalten“, so der Sprecher des Ministeriums.

Jörg Wagner



Aus datenschutzrechtlichen Gründen Personaldaten entfernt  
S. 128



# LITERATURÜBERSICHT

Ministerialrat Prof. Axel Lorig, Mainz

## Recht der Landwirtschaft

- Haselhoff, J.: Windenergieanlagen in Flurbereinigungsverfahren, Heft 2, Februar 2003, Seite 29
- Weiß, E.: Zur Rechtsnatur der Bodenordnungsmaßnahmen nach dem FlurbG, Heft 4, April 2003, S. 85

## Landnutzung und Landentwicklung

- Thiemann, K.-H.: Wertgleiche Landabfindung in Zusammenführungsverfahren nach § 64 Landwirtschaftsanpassungsgesetz (LwAnpG), Heft 44 (2), 2003, S. 77
- Haberstock, W. und Werner, A.: Landschaftsentwicklung und Gebietswasserhaushalt - Wechselwirkungen und Ansprüche an die Landnutzung, Heft 44 (3), 2003, S. 97
- Riss, W.: Erfahrungen bei der Umsetzung des Entwicklungskonzeptes des größten Süddeutschen Niedermoors bei Ingoldstadt, Heft 44 (3), 2003, S. 114
- Weppler, K., Fischer, J. und Krause, M.: Neue Rahmenbedingungen für Land- und Wasserwirtschaft - Beispiele aus dem Pilotprojekt „Bewirtschaftungsplan Mittelrhein“, Heft 44 (3), 2003, S. 118
- Strotdrees, J.: Landwirtschaftliche Nutzungskonzepte für Überschwemmungsgebiete in Kontext der Gewässerentwicklungsplanung mittlere Leine, Heft 44 (3), 2003, S. 129
- Meier, K.: Die Fließgewässer Ostwestfalens - Eine Bilanz der Gewässerrandstreifen, Heft 44 (3), 2003, S. 134
- Thiemann, K.-H.: Expertengespräch zur 23. DLKG-Tagung: „Nutzungskonflikte in Flussauen“, Heft 44, (3), 2003, S. 139

## Flächenmanagement und Bodenordnung

- Thiemann, K.-H.: Hat die ländliche Bodenordnung noch Zukunft?, Heft 1, Februar 2003
- Magel, H.: Landmanagement - die neue Herausforderung an Bodenordnung und Landentwicklung, Heft 1, Februar 2003
- Weiss, E.: Stellungnahme zur Novellierung des sächsischen Vermessungsgesetzes, Heft 1, Februar 2003

## Zeitschrift für Vermessungswesen (ZfV)

- Bertling, H. und Lütke-meier, H.: Umsetzung des ländlichen Wegekonzeptes in Sachsen-Anhalt, Heft 1, 2003, S. 17

# NACHRICHTEN UND PRESSEMELDUNGEN

## Laut FH Bingen rechnet sich die Ackerzweitbereinigung

Jörg Wagner, Mainz

In den Gemarkungen Mörsstadt, Pfeddersheim, Monsheim, Kriegsheim (Landkreis Alzey-Worms) wurde kürzlich eine an den Kriterien „einfach, schnell, kostengünstig, umweltschonend“ orientierte Ackerzweitbereinigung durchgeführt, um die Flurstrukturen an die heutigen agrartechnischen Erfordernisse anzupassen. Das hat der rheinland-pfälzische Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister Hans-Artur Bauckhage mitgeteilt.

„Die Fachhochschule Bingen, Studienrichtung Agrarwirtschaft, hat in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt Worms eine wissenschaftliche Untersuchung bei größeren Ackerbaubetrieben im südlichen Wonnegau durchgeführt.

Denn es gibt immer mal wieder Zweifel, ob sich solche Bodenordnungsverfahren trotz derzeit 90-prozentiger Bezuschussung durch das Land finanziell rechnen“, sagte der Minister.

Die wichtigste Erkenntnis dieser Untersuchung lasse sich in einem Satz zusammenfassen, so der Minister und zitierte: „Für die Betriebe ist die Beteiligung an Bodenordnungsverfahren eine der wirtschaftlichsten Investitionen überhaupt, da die Kosten innerhalb von ein bis zwei Jahren kompensiert werden können und zusätzliche Entwicklungspotenziale bestehen, die nicht monetär zu bewerten sind.“

Diese Aussage werde belegt durch „Vorher-Nachher-Berechnungen“ bezüglich Zahl und Durchschnittsgröße der Besitzstücke, Zusammenlegungsverhältnis, Größe und Länge der Parzellen, Hof-, Feldentfernung, Fahrzeiten, Arbeitszeitbedarf, Kosten der Arbeitserledigung, Randverluste, Kraftstoffverbrauch, variable Maschinenkosten etc., erläuterte Bauckhage. Daneben würden auch die positiven ökologischen Auswirkungen des Bodenordnungsverfahrens dokumentiert.

## „Bodenordnung rechnet sich“

Untersuchung der Fachhochschule Bingen

mpf. RHEINHESSEN – Landwirtschaftsminister Hans-Artur Bauckhage (FDP) hat die Ackerzweitbereinigung mit dem Hinweis auf eine wissenschaftliche Untersuchung der Fachhochschule Bingen gegen Kritik verteidigt. „Für Betriebe ist die Beteiligung an Bodenordnungsverfahren eine der wirtschaftlichsten Investitionen überhaupt“, stellen die Autoren der Studie fest. Die Kosten könnten innerhalb von ein bis zwei Jahren kompensiert werden. Zudem ergäben sich zusätzliche Entwicklungsmöglichkeiten, die mit Geld nicht aufzuwiegen seien.

Diese Aussage wird nach den Worten des Ministers durch „Vorher-Nachher-Berechnungen“ belegt, in die unter anderem die Zahl und Durchschnittsgröße der Parzellen,

Feldentfernung, Fahrzeiten, Arbeitskosten und Maschinenkosten eingeflossen seien. Daneben habe die Fachhochschule auch „positive ökologische Auswirkungen“ dokumentiert.

Damit würden Zweifel widerlegt, ob sich solche Bodenordnungsverfahren trotz derzeit 90-prozentiger Zuschüsse aus dem Topf des Landes rechnen, sagt Bauckhage.

Die Fachhochschule Bingen hat in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt Worms eine Ackerzweitbereinigung in den Gemarkungen Mörsstadt, Monsheim und Pfeddersheim (Landkreis Alzey-Worms) untersucht. Dieses Bodenordnungsverfahren war nach Bauckhages Worten an den Kriterien „einfach, schnell, kostengünstig und umweltschonend“ orientiert.

Abb. 1: Rhein-Main-Presse vom 26.06.2003

## Bodenordnungsverfahren unterstützen ländliche Entwicklung im Entwicklungsschwerpunkt Puderbach

Jörg Wagner, Mainz

Nach Mitteilung des rheinland-pfälzischen Wirtschafts- und Landwirtschaftsministers Hans-Artur Bauckhage bringen die großräumige Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung (AEP) Puderbach (Landkreis Neuwied) und ihre laufende Umsetzungsmoderation durch Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in verschiedene Arbeitskreise die nachhaltige Entwicklung in der Verbandsgemeinde weiter voran.

Hauptergebnis der AEP Puderbach soll ein mit allen Belangen abgestimmtes Maßnahmen- und Förderkonzept mit den Schwerpunkten Gewässerentwicklung, Tourismus, Landwirtschaft und Ortsentwicklung sein.

Die Ländliche Bodenordnung bilde ein wichtiges Umsetzungsinstrument der angestrebten Ziele, so der Minister weiter. In den Ortsgemeinden Hanroth, Raubach und Döttesfeld-Dürholz wurde in den beiden letzten Jahren schon mit Bodenordnungsverfahren begonnen.

Jetzt kommt in der Ortsgemeinde Puderbach noch ein vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren hinzu.

Eine Zielsetzung aller vier Verfahren mit einer Fläche von rund 2 000 Hektar sei die Verbesserung der Bewirtschaftungsverhältnisse für die landwirtschaftlichen Betriebe in der Feldflur, erläuterte der Minister. Die derzeitigen Schlaggrößen und Furchenlängen entsprächen nicht mehr den zukünftigen betriebswirtschaftlichen Anforderungen und müssten auch im Hinblick auf den noch schneller fortschreitenden Strukturwandel in der Landwirtschaft angepasst werden. Angestrebt seien durchschnittliche Schlaggrößen von rund zehn Hektar, sagte Bauckhage.

Die Verfahren dienen auch dem Naturschutz und der Landschaftspflege. Beispielsweise sollen das ökologisch verarmte Grenzbachtal und seine Nebentäler zukünftig dauerhaft offen gehalten und die bestehenden störenden Fichtenaufforstungen in der Talaue entfernt werden. Die bisher beeinträchtigte Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts im Talbereich soll hierdurch verbessert werden. Hier biete die Bodenordnung gute Möglichkeiten, um durch Austausch, Zusammenfassung und Ankauf von Flächen bestehende Konflikte und Hemmnisse aufzulösen.

Als Ergebnis sollen größere Bewirtschaftungsflächen für eine angepasste extensive Grünlandnutzung im Umfeld verbleibender partieller Feuchgrünlandbereiche den zukünftigen Nutzer bereitgestellt werden.

Im Holzbachtal sollen breitere Gewässerrandstreifen die natürliche Entwicklung des Gewässers fördern und nachhaltig sichern.

„Inzwischen stehen für die Umsetzung der landespflegerischen Ziele bereits beträchtliche Zuwendungen aus Mitteln der „Aktion Blau“ sowie Ausgleichszahlungen aus dem Neubau der ICE-Strecke bereit“, sagte Bauckhage.

Auch im nördlichen Teil der Verbandsgemeinde Puderbach seien beim Kulturamt Westerbürg weitere Bodenordnungsverfahren auf der Grundlage des im örtlichen Arbeitskreis erstellten Konzepts in Vorbereitung.

„Die Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung mit ihren gebündelten, abgestimmten und mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam erarbeiteten Lösungsvorschlägen ist ein wirksames Instrument für eine koordinierte Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen und für einen wirksamen Einsatz öffentlicher Mittel auch bei knappen Kassen“, schloss der Minister seine Ausführungen.

## Vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren Mörschbach-Frankenthal mit Vorstand

Jörg Wagner, Mainz

Nach Mitteilung des rheinland-pfälzischen Landwirtschaftsministers Hans-Artur Bauckhage hat im vereinfachten Flurbereinigungsverfahren Mörschbach-Frankenthal (Kreisfreie Stadt Frankenthal) vor kurzem die Wahl des Vorstandes der Teilnehmergemeinschaft stattgefunden.

Das Kulturamt Neustadt a. d. W. hatte bereits im November vergangenen Jahres das Vereinfachte Flurbereinigungsverfahren Mörschbach-Frankenthal eingeleitet. Die Stadt Frankenthal beantragte zuvor beim Kulturamt zu prüfen, ob in der Gemarkung Mörsch entlang des Mörschbaches mittels eines Bodenordnungsverfahrens ein Randstreifen ausgewiesen werden könne. Flächen dieser Art seien aus Sicht der Stadt unbedingt nötig, um einen landespflegerischen, vor allem aber wasserwirtschaftlichen Ausgleich leisten zu können. „Sie hat sich von vornherein bereit erklärt, sowohl die Kosten für den Grunderwerb als auch die durch Zuschüsse nicht gedeckten Eigenleistungen zu übernehmen“, sagte Bauckhage.

In einer längeren Moderationsphase im Rahmen der Agrarstrukturellen Entwicklungsplanung (AEP) mit der Landwirtschaft habe man sich auf ein umsetzungsfähiges Konzept einigen können, in dem die Zielsetzungen des Landschaftsplanes der Stadt Frankenthal, aber auch das Erfordernis nach einer Agrarstrukturverbesserung zur Deckung gebracht werden könnten, so der Minister.

Dabei sei auch ein Gebietsteil der Nachbargemarkung Bodenheim-Roxheim in das Verfahren mit einbezogen worden, in dem ebenso die Vorstellungen über einen Biotopverbund verwirklicht werden könnten. Das Konzept sehe in dem Verfahrensgebiet von insgesamt 70 Hektar auch eine Gemarkungsgrenzänderung zwischen den Gemarkungen Mörsch und Bodenheim-Roxheim vor, die eine bessere Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen einerseits und eine bessere Ausnutzbarkeit des von Bodenheim-Roxheim geplanten Gewerbegebiets ermögliche, schloss Bauckhage.

## Landespflegeverfahren Aumühle-Geinsheim abgeschlossen

Jörg Wagner, Mainz

Wie der rheinland-pfälzische Landwirtschaftsminister Hans-Artur Bauckhage mitteilt, ist das Landespflegeverfahren Aumühle-Geinsheim im Stadtgebiet von Neustadt a. d. W., das mit landespflegerischen Zielsetzungen angeordnet worden war, vor kurzem zum Abschluss gekommen.

Anlass für das Verfahren sei der Erwerb von rund 35 Hektar Acker- und Grünlandflächen durch die Stiftung Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz gewesen. Diese Flächen seien in die landespflegerischen Zielgebiete im Rahmen des Bodenordnungsverfahrens transferiert und arrondiert worden, sagte Bauckhage.

Zur Sicherung und Entwicklung des Arten- und Biotopschutzes seien nach dem Besitzübergang im Jahr 1998 durch den Träger der Maßnahme bauliche Veränderungen der Oberflächengestalt in Form von flachen Gewässermulden vorgenommen wor-

den; großflächige Laichgewässer und Schilfgebiete seien entstanden. Neben dieser ökologischen Aufwertung des Gebiets seien auch die agrarstrukturellen Verhältnisse durch Zusammenlegung von Streubesitz verbessert worden. In Absprache mit der Landespflege sei es so möglich gewesen, Wildwuchsstreifen aus Baum und Strauch zu entfernen, um so zusammenhängend bewirtschaftbare Grundstücke der Landwirtschaft zur Verfügung stellen zu können. Weiter hätten durch den in Bodenordnungsverfahren üblichen Flächentausch die Besitzstände von zwei Hausanwesen entflochten und arrondiert werden können, erläuterte der Minister.

„Ein Verfahren, von dem nicht nur der Naturschutz, von dem die Initiative ausging, sondern auch die Landwirtschaft und private Hauseigentümer profitiert haben, also ein Beitrag zur Landentwicklung, ganz im Sinne der Leitlinien für die Ländliche Bodenordnung“, schloss Bauckhage.



## Flurbereinigungsverfahren Rorodt eingeleitet

Jörg Wagner, Mainz

Das Flurbereinigungsverfahren für die Gemarkung Rorodt (Landkreis Bernkastel-Wittlich) wurde vom Kulturrat Bernkastel-Kues noch im Dezember vergangenen Jahres eingeleitet.

Das teilte der rheinland-pfälzische Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister Hans-Artur Bauckhage mit. „Mit dieser Anordnung eines Bodenordnungsverfahrens werden die Bodenordnungsmaßnahmen, die im Entwicklungsschwerpunkt Hochwald in der Einheitsgemeinde Morbach begonnen wurden, in der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf fortgeführt“, sagte der Minister.

Entsprechend der Ergebnisse der Agrarstrukturellen Entwicklungsplanung für die Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf werden folgende Ziele verfolgt:

Durch Maßnahmen der Bodenordnung könnten die Sicherung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe, eine nachhaltige und umweltgerechte Landbewirtschaftung und der Erhalt des Marktfruchtbaus gefördert werden. Die Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen für die Betriebe werde durch die Schaffung größerer und besser zu bearbeitender Bewirtschaftungseinheiten durch Flächenarrondierung, Zuschnittverbesserung und Ausdünnung des Wegenetzes erreicht.

Auch die Pachtflächen würden in die Neugestaltung mit einbezogen, erklärte Bauckhage.

Im Naturschutz und in der Landschaftspflege soll im Bereich der ackerbaulich genutzten Hochflächen eine an den Landschaftscharakter angepasste Mindeststrukturierung erreicht werden. Weitere Ziele seien die Förderung einer extensiven Bewirtschaftung mittels Ausweisung von FUL-Zielflächen und die Förderung des Erosionsschutzes, so der Minister weiter.

Zur Sicherung der im Verfahrensgebiet vorhandenen Bachläufe und der Förderung der Eigendynamik dieser Gewässer sollen ausreichend breite Uferschutzstreifen angelegt und die Grünlandflächen entlang der Fließgewässer so zugeteilt werden, dass sie weitestgehend extensiv bewirtschaftet werden könnten.

In der Ortslage würden die Rechtsverhältnisse im Bereich der Dienstbarkeitswege und die Verbesserung der Grundstückszuschnitte reguliert. Die Vorgaben des Dorferneuerungsplans würden berücksichtigt und weitestgehend umgesetzt.

Auch die Aufforstung als Arrondierung bestehender Waldflächen und die Beseitigung von Aufforstungen in Talbereichen würden durch bodenordnerische Maßnahmen unterstützt.

„Mit der Umsetzung der vorstehenden Maßnahmen wird die dauerhafte Offenhaltung der Kulturlandschaft, die durch ihren Wechsel von Offenland und Wald maßgeblich zur Vielfalt der Landschaft und zu ihrer Erholungseignung beiträgt, gesichert, schloss der Minister.

## Nutzungstauschverfahren in Albessen durchgeführt

Jörg Wagner, Mainz

„In der Gemarkung Albessen (Landkreis Kusel) wurde zur Verbesserung der Agrarstruktur im Vorfeld auf die laufende Zusammenlegung ein Nutzungstauschverfahren mit 18 beteiligten Landwirten, darunter neun Ausmärker, über eine Fläche von 291 Hektar durchgeführt“. Das teilte der rheinland-pfälzische Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister Hans-Artur Bauckhage heute in Mainz mit. Der Besitzübergang habe bereits im Herbst 2002 stattgefunden.

„Somit konnten die Verbesserungen für die Agrarstruktur innerhalb von nur einer Wirtschaftsperiode umgesetzt werden, sagte Bauckhage“.

Die Wirtschaftsflächen wurden von rund 2,5 Hektar auf rund neun Hektar vergrößert und die Schläge von 250 Metern auf 600 Meter verlängert. Die Arrondierung und die Furchenverlängerung bringen bei der Ackerbewirtschaftung eine Zeit- und Kosteneinsparung von rund 25 Prozent.

Die zusammenhängenden Wirtschaftsflächen haben nun Größen bis zu 50 Hektar. Dabei bleiben die befestigten Wege sowie die parallel zur Furchenrichtung verlaufenden Erdwege als auch Wege mit besonderer ökologischer Funktion wie Hohlwege unverändert bestehen, sie trennen die Wirtschaftseinheit nicht. „Soweit zur Verlängerung der Furchen Erdwege durchgewirtschaftet werden sollen, erfolgt eine Verpachtung durch die Ortsgemeinde Albessen“, erläuterte der Minister.

Durch eine landespflegerische Bestandsaufnahme vor dem Nutzungstausch wurden landespflegerische Strukturveränderungen erfasst, wie sie zum Beispiel durch den Wegfall von ökologisch wertvollen Erdwegen entstehen können. Sie werden in Ab-

stimmung mit der unteren Landespflegebehörde durch landespflegerische Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen in dem laufenden beschleunigten Zusammenlegungsverfahren ausgeglichen; ebenso sollen die Verbesserungen der Haupteinschließung durch Wegebaumaßnahmen durchgeführt werden. Damit kann das künftige Wegenetz stärker an den Erfordernissen der Bewirtschaftung ausgerichtet werden, was zu weniger Wegen und geringeren Kosten führt.

„Die verpachtenden Eigentümer der Flächen erhalten bei einer Pachtdauer von zwölf Jahren eine einmalige Prämie von 100 Euro/Hektar. Insgesamt werden 17 298 Euro Verpachtungsprämie gezahlt“, sagte Bauckhage abschließend.

## Beginn des vereinfachten Flurbereinigungsverfahrens Gönnersdorf/Lissendorf

Jörg Wagner, Mainz

Nach Mitteilung des rheinland-pfälzischen Wirtschafts- und Landwirtschaftsministers Hans-Artur Bauckhage wird im vereinfachten Flurbereinigungsverfahren Gönnersdorf / Lissendorf (Landkreis Daun) Ende Januar der Wege- und Gewässerplan offengelegt.

Bereits im Mai 2000 wurde der Auslaufbereich der Dollendorfer Kalkmulde zwischen Gönnersdorf und Lissendorf als Flora-Fauna-Habitat (FFH)-Gebiet seitens des Landes Rheinland-Pfalz an die Europäische Union in Brüssel gemeldet. Zur Auflösung drohender Nutzungskonflikte zwischen Landwirtschaft und Naturschutz ist vom Kulturamt Prüm im Mai 2002 ein vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren eingeleitet worden. Die Sorgen der Landwirte hätten im so genannten Verschlechterungsverbot gelegen, wonach bestimmte Nutzungen nicht mehr zulässig oder nur unter erschwerten Bedingungen möglich seien. Den unterschiedlichen Nutzungsanforderungen soll durch die Ausweisung bestimmter Nutzungsbereiche in enger Abstimmung mit den Fachbehörden und den betroffenen Eigentümern entsprochen werden. Hierbei erfülle das Kulturamt Prüm auch die Rolle des Moderators, sagte Bauckhage.

Das Verfahrensgebiet in der Verbandsgemeinde Obere Kyll erstreckte sich etwa je zur Hälfte auf die Gemarkungen Gönnersdorf und Lissendorf.

Zur Abrundung sei eine kleine Teilfläche der Gemarkung Birgel mit einbezogen worden. Im Hinblick auf die geringe Verfahrensfläche von rund 100 Hektar soll die Bodenordnung sehr zügig abgeschlossen werden. Die Neuzuteilung sei bereits für 2003 vorgesehen, so der Minister.

Bei der Wahl des Teilnehmervorstands sei auf ein ausgewogenes Verhältnis der Vertretung der beiden Gemeindegebiete geachtet worden. Auch die Bewertung der Flächen durch landwirtschaftliche Sachverständige sei zwischenzeitlich erfolgt. Ebenso würden neben der Flächenzusammenlegung wichtige ökologische Belange beachtet, unter anderem sei ein Konzept zur Renaturierung von Fließgewässern erstellt worden. Auch Infrastrukturbelange und der Fremdenverkehr würden in die Planung mit einbezogen.

Die Kosten werden durch Zuschüsse der EU, von Bund und Land übernommen; die anteilige Eigenleistung der Eigentümer von hier zehn Prozent wird wegen der Vorreiterrolle im Bereich FFH-Managementplanung in vollem Umfang vom Land Rheinland-Pfalz übernommen. Verbunden mit dieser Zusage ist allerdings eine umwelt- und FFH-verträgliche Planung, die die intensive Mitarbeit aller Betroffenen erfordern wird, sagte Bauckhage abschließend.

## Weinbergsflurbereinigung Gleiszellen-Gleishorbach eingeleitet

Jörg Wagner, Mainz

Noch im Dezember 2002 wurde das Weinbergsflurbereinigungsverfahren Gleiszellen-Gleishorbach (Landkreis Südliche Weinstraße) eingeleitet. Dies teilte der rheinland-pfälzische Landwirtschaftsminister Hans-Artur Bauckhage mit.

Die Winzer selbst hatten sich für die Neuordnung der noch nicht flurbereinigten Weinbergsflächen entschieden. Eine Reihe von Besprechungen und Informationsveranstaltungen seien nötig gewesen, um einen Aufbauplan für diese Gebiete zu erstellen. Dieser sieht für das insgesamt rund 110 Hektar große Verfahrensgebiet vier Aufbauabschnitte vor: Mit dem ersten Abschnitt soll im Jahr 2005 begonnen, der vierte im Jahr 2016 angegangen werden.

Zwischenzeitlich ist die Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung (AEP) fertig gestellt. „Die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer Neuordnung wurde durch diese Untersuchung eindeutig bestätigt, sodass der Einsatz öffentlicher Mittel gerechtfertigt ist“, sagte Bauckhage.

Um in die konkrete Arbeit einsteigen zu können, werde in Kürze das Gebiet des Aufbauabschnitts 1 als selbstständiges Flurbereinigungsverfahren aus dem Gesamtverfahren abgetrennt.

Der Minister betonte, dass es mit dieser Neuordnung endlich möglich sein werde, den Betrieben zu den so dringend benötigten zeitgemäßen Bewirtschaftsstrukturen zu verhelfen.

## Vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren Winterbach eingeleitet

Jörg Wagner, Mainz

Das schon vor längerer Zeit beantragte Bodenordnungsverfahren für die Gemarkung Winterbach (Landkreis Bad Kreuznach) wurde noch Ende Dezember 2002 eingeleitet. Dies teilte der rheinland-pfälzische Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister Hans-Artur Bauckhage mit.

Das Kulturamt Simmern hatte in den vergangenen Jahren schon in den Nachbargemeinden Allenfeld und Gebroth vereinfachte Flurbereinigungsverfahren in Feldflur und Dorf durchgeführt. Die positiven Auswirkungen einer modernen Bodenordnung für die Landwirtschaft und die Gemeindeentwicklung sind dort bereits spürbar und haben das Verfahren Winterbach erst möglich gemacht.

Im Rahmen der Agrarstrukturellen Entwicklungsplanung wurden unter Beteiligung der Landwirte, Gemeindevertreter und vieler Planungsstellen wichtige Entwicklungsziele ausgearbeitet. Die Notwendigkeit einer Bodenordnung für die Stabilisierung der landwirtschaftlichen Betriebe, insbesondere die Chancen, die sich für die Gemeinde Winterbach bieten, wurden darin sichtbar.

Das Verfahrensgebiet Winterbach schließt auch Teile von Ippenschied und Winterburg ein und hat eine Größe von insgesamt 360 Hektar.

Ziel des vereinfachten Flurbereinigungsverfahrens sei eine möglichst großzügige Arrondierung der Grundstücke unter Anpassung des vorhandenen Wegenetzes, um den Landwirten künftig eine rationellere und kostengünstigere Bewirtschaftung ihrer Flächen zu ermöglichen, erläuterte Bauckhage. Angestrebt werden Wirtschaftsstücke mit Größen von fünf bis zehn Hektar bei Schlaglängen von rund 500 Metern, wobei Pachtflächen berücksichtigt werden sollen.

Ein weiteres Ziel ist die Verbesserung der ökologischen Verhältnisse und des Orts- und Landschaftsbildes; Gehölze, Baumreihen und Streuobstwiesen sollen neu angelegt und das Naheprogramm mit der Ausweisung von Uferrandstreifen am Ellerbach und seinen Seitenarmen bodenordnerisch unterstützt werden. Durch Teilnahme an der freiwilligen Aktion „Mehr Grün durch Flurbereinigung“ könnten die beteiligten Grundstückseigentümer auch

selbst an der Verschönerung des Ortsbildes mitwirken, ermunterte Bauckhage.

Darüber hinaus sollen Maßnahmen der Dorferneuerung gefördert oder überhaupt erst ermöglicht werden.

Die Dorfkirche soll rückwärtig durch einen Ortsrandweg erschlossen, die Grundstücke der Gartenlage neu geordnet, der historische Obstbaumgürtel wieder hergestellt und die Ortseingänge eingegrünt werden.

Im Rahmen der Ortsregulierung würden die Grundstücke neu vermarktet, in ihrem Zuschnitt und damit in ihrer Nutzung verbessert und die oftmals unklaren Grenz- und Eigentumsverhältnisse neu geordnet. Dies bedeute auch Rechts- und Planungssicherheit für die nächsten Generationen. Nicht zuletzt hätten ländliche Gemeinden mit Bodenordnung einen deutlichen Entwicklungsvorsprung vor Gemeinden im „Urkataster“. Wie der Minister abschließend mitteilte, findet am 12. Februar 2003 die Wahl zum Teilnehmervorstand statt.

## Zusammenlegungsplan Minderlittgen-Hupperath vorgelegt

Jörg Wagner, Mainz

Nach Erarbeitung einer agrarstrukturellen Entwicklungsplanung (AEP) für die Gemarkungen Minderlittgen-Hupperath (Kreis Bernkastel-Wittlich) durch das Kulturamt Bernkastel-Kues hatten beide Gemeinden ein Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz beantragt. Wie der rheinland-pfälzische Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister Hans-Artur Bauckhage mitgeteilt hat, wurde vom Kulturamt jetzt der Zusammenlegungsplan vorgelegt.

Die gesamte Verfahrensfläche umfasst 738 Hektar und setzt sich aus rund 580 Hektar landwirtschaftlicher Nutzflächen, 90 Hektar Forstflächen sowie Hof-, Gebäude- und Wegeflächen zusammen.

Ziel des Verfahrens sei die Zusammenfassung landwirtschaftlicher Nutzflächen, um eine rationelle und langfristige Bewirtschaftung sicherzustellen.

Des Weiteren sei eine Reihe von gemeindlichen Belangen zu berücksichtigen gewesen, die zu einer Verbesserung der gesamten Infrastruktur beider Gemeinden führen sollen. Ein Anliegen aller Beteiligten sei auch eine landespflegerische Aufwertung der vergleichsweise stark ausgeräumten Landschaft gewesen.

Besondere Erwähnung verdiene die Ausweisung eines Wirtschaftsweges parallel zur Kreisstraße 45 (Ortsverbindung Minderlittgen-Hupperath), der auch als Rad- und Fußweg gern genutzt werde, erklärte Bauckhage.

Der Ausbau der gemeinschaftlichen Anlagen wurde in den Jahren 2001 und 2002 durchgeführt und mit der Vorlage des Zusammenlegungsplans nun weitgehend abgeschlossen. Die Kosten hierfür belaufen sich auf rund 660 000 Euro. Bei einer Förderung durch das Land von 89 Prozent verbleibt somit für die Beteiligten eine Eigenleistung von elf Prozent.

Zwar sei unter Berücksichtigung der Tatsache, dass im Jahr 1929 bereits ein Bodenordnungsverfahren durchgeführt worden sei, das jetzige Zusammenlegungsverhältnis von 3,5 : 1 durchaus beachtlich; auch die Schlaglängen wurden von rund 125 auf rund 350 Meter vergrößert. Jedoch habe auf der Basis der neuen Flurstücke eine optimale Zusammenfassung der Flächen für die Bewirtschaftung nicht vollständig und in allen Fällen erreicht werden können, sodass das Kulturamt Bernkastel-Kues den Landwirten nun anbiete, nochmals eine pachtweise Zusammenführung von Bewirtschaftungsblöcken herbeizuführen, so der Minister.

Die geplante Aktion „Mehr Grün durch Flurbereinigung“, für die die Landwirte bereits jetzt lebhaftes Interesse signalisieren, werde voraussichtlich noch im Jahr 2003 durchgeführt.

„Es kann davon ausgegangen werden, dass dadurch für die beiden Gemeinden Minderlittgen und Hupperath in den nächsten 20 bis 30 Jahren die Voraussetzungen für eine rationelle Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Nutzflächen gegeben sind“, schloss Bauckhage seine Ausführungen.

## Bodenordnung im Zeichen des UNESCO-Welterbes

Jörg Wagner, Mainz

Ganz im Zeichen des UNESCO-Welterbes steht das erste Musterprojekt der Bodenordnung im Rhein-Hunsrück-Kreis. Jetzt wurde das Vereinfachte Flurbereinigungsverfahren Oberwesel-Oelsberg eingeleitet, wie der rheinland-pfälzische Wirtschafts- und Weinbauminister Hans-Artur Bauckhage mitgeteilt hat.

Das Bodenordnungsgebiet in den Gemarkungen Oberwesel und Urbar umfasst rund 73 Hektar Fläche. Aus dem kulturhistorisch bedeutenden Südhang Oberweseler Oelsberg hat sich der Weinbau wegen der schwierigen Bedingungen nach und nach zurückgezogen, Auswirkungen auf die Natur und das Landschaftsbild waren die Folge.

Das Kulturamt Simmern hat auf kommunalen Antrag im Jahr 2002 die projektbezogenen Arbeiten aufgenommen.

„Jetzt liegen die Ergebnisse vor. Ein ausgewogenes und finanzierbares Projekt mit den Facetten Natur und Landschaft, Weinbau, Tourismus und Naherholung, Kultur und Kommunalentwicklung nimmt Gestalt an“, stellte Minister Bauckhage fest.

In dem nun angeordneten Bodenordnungsprojekt stehen die Entwicklungsziele von Natur- und Landschaftsschutz an erster Stelle. Bereits Anfang Februar ist mit den umfangreichen Freistellungsarbeiten begonnen worden. Weitere Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung der wertvollen Fels- und Trockenmauerbiotope im Umfang von etwa 15 Hektar werden in den Jahren 2003 bis 2005 folgen.

„Aus Weinbaulicher Sicht wird der teilweise extreme Steilhang mit Pfaden, Wegen und Monorackbahnen erschlossen und damit die für den Qualitätsweinbau förderliche Klein-Terrassierung und das kulturhistorische Landschaftsbild erhalten“, erläuterte der Minister. Die Weeginfrastruktur als Voraussetzung für die nachhaltige Bewirtschaftung durch die Winzer diene gleichzeitig dem lokalen und regionalen Wanderwegekonzept. So würden ein lokaler Weinlehrpfad, ein reizvoller Rundwanderweg unter Einbezug der Drehstätte und des Filmhauses des Edgar-Reitz-Epos 2004 „Heimat III“ sowie ein anspruchsvoller Klettersteig im Rahmen des regionalen Rhein-Burgen-Wanderweges entstehen. Eine Besonderheit stelle die Anlegung eines Aktienweinbergs und eines Schulweinbergs im Rahmen der aktuell eingeführten Ganztagschule des Heuss-Adenauer-Schulzentrums Oberwesel dar, führte Bauckhage weiter aus.

Die Konzepterstellung und Projektdurchführung werden in enger Abstimmung mit den Landespflegebehörden und -verbänden umgesetzt. Die Finanzierung des Projektes wird durch Eigenleistung der Winzer und Kommunen, staatliche Fördermittel und vor allem die Trägerschaft der Deutschen Bahn Netz AG aufgebracht. „Diese leiste damit einen Teil ihres landespflegerischen Ausgleichs für die Hangsanierungsmaßnahmen zur Sicherung der Bahntrasse am Mittelrhein“, so der Minister.

Die geplanten Kosten betragen insgesamt 750 000 Euro. Der Besitzübergang sei für das Jahr 2004 vorgesehen, erklärte Bauckhage abschließend.

## Wertvoller Dienstleister im ländlichen Raum

Jörg Wagner, Mainz

Nach Auffassung des Staatssekretärs im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Günter Eymael, ist der Verband der Teilnehmergemeinschaften Rheinland-Pfalz (VTG) zu einer Institution im ländlichen Raum geworden, die als nichtstaatlicher Dienstleister einen wertvollen Beitrag zur Verbesserung der Agrarstruktur und damit zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Bauern und Winzer leiste.

Auf der Mitgliederversammlung des Verbandes in Emmelshausen sagte der Staatssekretär, dass auch die Bodenordnung vom notwendigen Sparkurs auf Grund der allgemeinen Lage der öffentlichen Haushalte nicht unberührt bleiben werde. Gleichzeitig bleibe die Verbesserung der Agrarstruktur angesichts der ungünstigen Flurverfassung in Rheinland-Pfalz eine Daueraufgabe in der Landwirtschaft und im Weinbau.

„Vor dieser Kulisse wird die Bedeutung des VTG in Zukunft noch zunehmen“, sagte Eymael.

Nur wettbewerbsfähige Strukturen sicherten den Unternehmen auf Dauer ein ausreichendes Einkommen, erhielten die Kulturlandschaft und seien die Gewähr dafür, dass die Landwirtschaft und der Weinbau auch in Zukunft einen Beitrag zur Lebensfähigkeit des ländlichen Raumes leisten könnten.

Der Staatssekretär dankte dem VTG für seine konstruktive Rolle im Lenkungsausschuss zur Umsetzung der Agrarverwaltungsreform. „Am Ende des Reformprozesses werden wir in Rheinland-Pfalz regional orientierte Dienstleistungszentren haben, die ein umfassendes Angebot in Lehre, Beratung, Agrarstrukturverbesserung und Entwicklung des ländlichen Raumes anbieten. Wir werden durch die neuen Strukturen langfristig 40 Millionen Euro pro Jahr einsparen können“, so Eymael. Dieses Geld werde angesichts der Haushaltssituation dringend für Programme und Projekte gebraucht.

#### Weitere Infos zum VTG

Der VTG wurde 1996 als Dachverband der rheinland-pfälzischen Teilnehmergeinschaften in der

Rechtsform einer Körperschaft des öffentlichen Rechts gegründet. Der Verband vertritt mittlerweile 435 Teilnehmergeinschaften in Rheinland-Pfalz und nimmt damit die Interessen von über 150 000 Grundeigentümern wahr, die an Bodenordnungsmaßnahmen teilnehmen.

Die Verbandsgründung war Teil der Reform der Landeskulturverwaltung und hat insbesondere die weitere Entstaatlichung der Verwaltung und eine Aufgabentrennung zwischen Kulturamt und Teilnehmergeinschaft, die Stärkung der Eigenverantwortung der Teilnehmergeinschaften und die Übernahme der Wasser- und Bodenverbände zum Ziel. Der VTG übernimmt das Kassen- und Rechnungswesen und die Buchführung für seine Mitglieder und organisiert das Bau- und Vergabewesen.

Dazu gehören insbesondere Wegebauarbeiten, Gewässer- und Rückhaltebauten sowie landespflegerische Arbeiten. Knapp 15 000 Hektar Verfahrensfläche und damit über 80 Prozent der in Rheinland-Pfalz laufenden Bodenordnungsverfahren werden vom VTG bearbeitet.

Der VTG finanziert sich über eine jährliche Umlage und über Beiträge aus dem Eigenregiebetrieb.

## Freiwilliger Landtausch in Bechtheim im Eiltempo

Jörg Wagner, Mainz

Vom Kulturamt Worms wurde in der rheinhessischen Gemeinde Bechtheim (Landkreis Alzey-Worms) in nur drei Monaten der freiwillige Landtausch als einfachste Form behördlich geleiteter Bodenordnung nach dem Flurbereinigungsgesetz umgesetzt. An dem rund 15 Hektar umfassenden Verfahren in der Gemeinde Bechtheim waren 14 Tauschpartner mit 20 Grundstücken beteiligt. Das hat der rheinland-pfälzische Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister Hans-Artur Bauckhage mitgeteilt.

Der freiwillige Landtausch erfreue sich im Kulturamtsbezirk reger Nachfrage, so der Minister. Das Verfahren werde vorrangig von Landwirten und Winzern zur Verbesserung der Agrarstruktur genutzt. Es könne darüber hinaus jedoch auch für alle Maßnahmen, die den ländlichen Raum neu ordnen und gestalten, eingesetzt werden. In diesem Sinne verstehe sich der freiwillige Landtausch als „kleiner Bruder“ sonstiger Bodenordnungsverfahren auch als Instrument der Landentwicklung, so Bauckhage.

In Abstimmung mit den zuständigen Stellen konnten gleich drei Ziele realisiert werden:

Die Agrarstruktur ist durch die Schaffung größerer Wirtschaftseinheiten mit längeren Furchen unter Herausnahme eines entbehrlichen Wirtschaftsweges verbessert worden. Die Flächenbereitstellung ermöglicht den Ausbau des gefährlichen Kreuzungsbereichs zweier Landesstraßen mit künftigen Kreisverkehr. Schließlich konnten für den Bau eines markungsübergreifenden Radweges zwischen Mettenheim und Osthofen die erforderlichen Flächen bereitgestellt werden. Wie der Minister weiter mitteilte, werde mit dem Bau dieses Teilstücks ein weiterer Lückenschluss im regionalen Radwegenetz möglich.

Im Rahmen dieses Landtauschs sei auch den Erfordernissen der Landespflege durch Ausweisung entsprechender Ausgleichsflächen Rechnung getragen worden, schloss Bauckhage.

## Weinbergsflurbereinigung Freinsheim erfolgreich beendet

Jörg Wagner, Mainz

Nach Mitteilung des rheinland-pfälzischen Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister Hans-Artur Bauckhage wurden in der Gemarkung Freinsheim (Landkreis Bad Dürkheim) die Winzerbetriebe vor kurzem in Besitz und Nutzung ihrer neugeordneten Weinbergsflächen eingewiesen. „Nachdem in den 60er Jahren zwei Abschnitte neu geordnet worden sind, ist mit dem Verfahren Freinsheim III die Wiederaufnahme der Weinbergsflurbereinigung nach der Unterbrechung in beeindruckender Weise erfolgreich gelungen“, sagte der Minister.

Die Ergebnisse dieses Weinbergsflurbereinigungsverfahrens von insgesamt 122 Hektar können sich nach Ansicht von Bauckhage sehen lassen. Hervorstechend seien die für Weinbergverfahren außergewöhnlich großen Besitzstücke, so der Minister. Insgesamt 24 Bewirtschaftungseinheiten von über einem Hektar Größe konnten ausgewiesen werden - davon ein Stück mit rund 4,5 Hektar, acht Stücke zwischen zwei und vier Hektar. Das Zusammenlegungsverhältnis habe im Schnitt 3:1 betragen und sich bei größeren Besitzständen bis zu 8:1 gesteigert. Es zeige sich, dass der Trend zu größtmöglicher Zusammenlegung weiter anhalte, so dass man auch bei diesem Bodenordnungsverfahren in Freinsheim dieses Interesse der Betriebe berücksichtigt worden sei, erklärte Bauckhage.

Beachtlich sei ferner, dass im Rahmen der Bodenordnung rund 18 Hektar mit einem Gesamtwert von rund 970 000 Euro den Eigentümer gewechselt haben. „Durch diese Bodenmobilität konnte die Konzentration der Eigentumsverhältnisse beschleunigt werden“, erläuterte der Minister. Die Zahl der Eigentümer habe sich von 315 auf 230 reduziert. Ferner seien rund zwölf Kilometer befestigter und unbefestigter Weg ausgebaut und somit eine zeitgemäße Erschließung des Geländes vorgenommen worden. Die notwendigen wasserbaulichen Maßnahmen wurden mit 1 300 lfdm Gräben und vier Rückhaltebecken mit einem Volumen von 4 000 cbm durchgeführt.

Zum Ausgleich für die Eingriffe konnten 4,25 Hektar neue Landespflegeflächen in Form eines vernetzten Systems neu angelegt werden. „Auch die Verkehrsinfrastruktur konnte durch die Verbreiterung der Friedhofsstraße verbessert werden“, so Bauckhage. Abschließend sei zudem für die Stadt Freinsheim ein Hektar Grünfläche im Anschluss an das bestehende Naturdenkmal „Hahnenplatz“ als Ökokontofläche ausgewiesen worden. Der Minister kündigte an, dass fünf weitere Weinbergverfahren - wie in der Aufbauplanung vorgesehen und von der Winzerschaft beschlossen - noch folgen werden.

## Moderation erfolgreich verlaufen

Jörg Wagner, Mainz

Die Region um die Stadt Wittlich am Kreuzungspunkt der Autobahnen A 1 / A 48 und A 60 / B 50 birgt ein großes wirtschaftliches Entwicklungspotenzial. Auf der anderen Seite ist der Naturraum *Wittlicher Senke* ein besonders günstiger Standort für landwirtschaftliche Produktion, wie die zahlreichen Sonderkulturen eindrucksvoll zeigen. „Diese unterschiedlichen Nutzungsansprüche - Flächen für Infrastrukturvorhaben und Gewerbegebiete einerseits und die landwirtschaftliche Nutzung andererseits - führten zu einem erheblichen Konfliktpotenzial“, erklärte der rheinland-pfälzische Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister Hans-Artur Bauckhage. Daher wurde unter Leitung des Kulturamtes Bernkastel-Kues ein Runder Tisch eingerichtet, um

im Dialog mit allen Beteiligten eine konsensfähige Lösung zu erreichen. „Dieser Moderations-Prozess ist zwischenzeitlich für alle Beteiligten erfolgreich beendet, sodass die Umsetzungsphase beginnen konnte“, fasste der Minister das Ergebnis der Gespräche zusammen.

Bei der Umsetzung der konkreten Infrastrukturprojekte insbesondere bei der B 50 mit allen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, beispielsweise großflächige wasserwirtschaftliche Projekte am Bieberbach und unter anderem umfangreiche Gewerbeflächen für die Stadt Wittlich, wurde das Kulturamt Bernkastel-Kues durch einen externen Moderator quasi als Vermittler zwischen öffentlicher Ver-

waltung und betroffenen Landwirten unterstützt.

Dank der guten Kooperation zwischen der Stadt Wittlich und dem Kulturamt Bernkastel-Kues konnte die Bodenordnung innerhalb des Gewerbegebietes Wengerohr-Süd im vollständigen Einvernehmen mit den Grundstückseigentümern und den betroffenen Landwirten - also mit 100-prozentiger Akzeptanz - durchgeführt werden, so Bauckhage. Die Erschließungsstraße im Gewerbegebiet sei zwischenzeitlich gebaut und einzelne Großbetriebe ha-

ben bereits Vorratsflächen für Erweiterungen erworben. Mit anderen ansiedlungswilligen Gewerbebetrieben stehe die Stadt Wittlich noch in Verhandlungen. „Es freut mich besonders, dass die Ergebnisse dieses Projektes auch von unseren kommunalen Partnern positiv bewertet werden“, resümierte Bauckhage. Durch die Bereitstellung von Infrastrukturflächen und Bauland auf attraktiven Standorten sei jetzt insbesondere die Ansiedlung von Dienstleistungs-, Handwerks- oder Gewerbebetrieben ermöglicht worden.

## Ausstellung: 100 Jahre Kulturamt Noch bis zum 28. März in der VoBa Gerolstein

**GEROLSTEIN (lfr).** Mit einer aufschlussreichen Ausstellung in den Geschäftsräumen der Volksbank Eifel Mitte in Gerolstein "Ein Jahrhundert Bodenordnung in den Landkreisen Bitburg-Prüm und Daun" feiert das Kulturamt Prüm sein hundertjähriges Bestehen und stellt seine umfangreichen Aufgaben dar. Wer die Ausstellung gesehen hat wird mit Sicherheit nicht mehr, wie Vorstandsmitglied Rainer Berlingen in seiner Begrüßungsansprache augenzwinkernd anmerkte, beim Kulturamt Prüm anrufen, um Karten für Theateraufführungen etc. zu bestellen. Anschaulich wird die vielfältige Arbeit dieser Landesbehörde auf großen Schautafeln mit aktuellem Fotomaterial dem Besuchern nahegebracht. Neben der wohl bekanntesten Aufgabe, der Flurbereinigung werden die Bereiche ländlicher Wegebau, einzelbetriebliche Förderung Gewässerschutz und



Rainer Berlingen begrüßte die Gäste.

Foto: Freyberg

Renaturalisierung an Beispielen dargestellt. Die Schautafel über das Bodenordnungsverfahren im Zuge des Baues der A1 wurde von den vielen anwesenden Kommunalpolitikern mit besonderem Interesse zur Kenntnis genommen. In seiner Ansprache betonte Hartmut Schmitt, der Leiter des Kulturamts, dass die Arbeit seiner Behörde besonders mit Blick in die Zukunft

gerichtet sei, um durch eine richtungsweisende Landesentwicklung die Voraussetzung zu schaffen zukünftige Generationen an die ländlichen Regionen zu binden. Die Ausstellung ist noch bis zum 28.3. während der Geschäftszeiten in den Räumen der Voba Eifel Mitte zu sehen. Für Schulklassen können unter Tel.: (06551) 944129 Führungen vereinbart werden.



# Einblicke in die vielfältigen Aufgaben des Kulturamtes

## Jubiläumsausstellung in der Volksbank Eifel Mitte in Gerolstein

Gerolstein(bo). Das Kulturamt Prüm präsentiert bis zum 28. März seine Jubiläumsausstellung »Ein Jahrhundert Bodenordnung in den Landkreisen Bitburg-Prüm und Daun« in der Volksbank »Eifel Mitte« in Gerolstein.

Eröffnet wurde die Ausstellung vergangenen Freitag im Beisein zahlreicher Vertreter aus Landes- und Kommunalpolitik durch Volksbank-Vorstand Rainer Berlingen und den Leiter des Kulturamtes Prüm, Hartmut Schmidt. In seiner Begrüßung machte Rainer Berlingen mit Blick auf die anstehende Agrarverwaltungsreform deutlich, wie wichtig es sei, dass die Behörde in der Region erhalten bliebe. Von der Ausstellung erhoffte sich der Bankvorstand einen Beitrag, dieses Bewusstsein in der Bevölkerung zu stärken. Kulturamtsleiter Hartmut Schmidt dankte der Volksbank für die Möglichkeit, einer breiten Öffentlichkeit Einblicke in die vielfältigen Aufgaben einer Bodenordnungsbehörde geben zu können. Gezeigt werden verschiedene Flurbereinigungsverfahren und aktuelle Projekte im Zuge des Weiterbaus der A1. Darüber hinaus werden damit verbundene



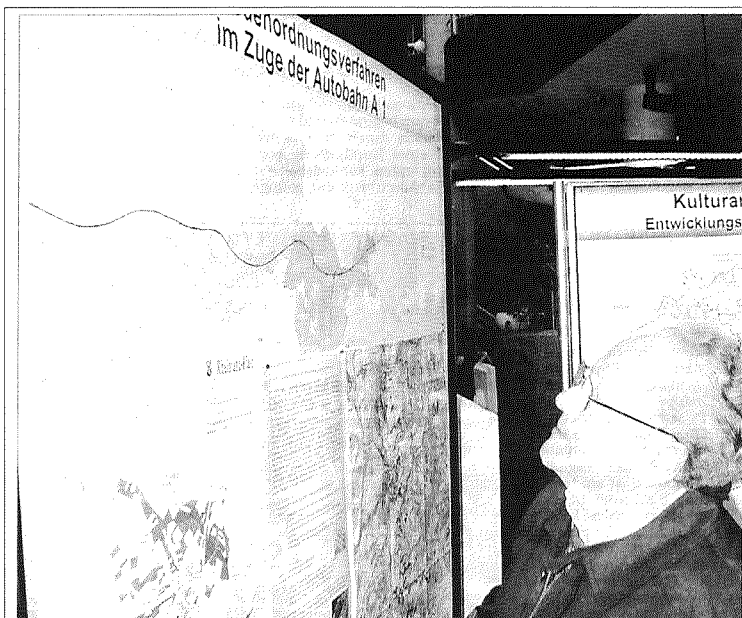
Begrüßung zur Ausstellungseröffnung durch Volksbank-Vorstand Rainer Berlingen.

-bo- ne Arbeitsbereiche wie Wegbau, Landespflege, Gewässerschutz, einzelbetriebliche Förde-

rung und Nutzungstausch anschaulich in Wort und Bild dargestellt. Die Ausstellung ist wäh-

rend der Öffnungszeiten der Volksbank montags bis freitags von 08.30 bis 16.30 geöffnet.

Abb. 2: Eifel Journal vom 13.03.2003



GEROLSTEIN. Eine Ausstellung des Kulturamtes Prüm über die 100-jährige Geschichte der Landesbehörde und eine Reihe von beispielhaften Bodenordnungsverfahren in der Region ist bis Ende März in der Volksbank Eifel Mitte in Gerolstein zu sehen. Bei der Eröffnung vor rund 40 Gästen, zu der Volksbank-Vorstandsmitglied Rainer Berlingen begrüßt hatte, betonte Behördenleiter Hartmut Schmidt, wie wichtig die stark vom Kulturamt geprägte ländliche Entwicklung sei. Schmidt sagte: „Wir müssen durch unsere Arbeit die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Jugend sieht, welche Chancen der ländliche Raum bietet, und dass die Jugend in der Region bleibt.“ Um jungen Leuten einen Einblick in Themen wie Bodenordnung oder ökologische und ökonomische Herausforderungen der ländlichen Entwicklung zu geben, bietet das Amt Schulklassen Führungen durch die Ausstellung an. Weitere Informationen und Anmeldung unter Telefon 06551/9440.

mhl/Foto: Mario Hübner

Abb. 3: Trierischer Volksfreund vom 10.03.2003

# Tafel macht Turm zum Denkmal

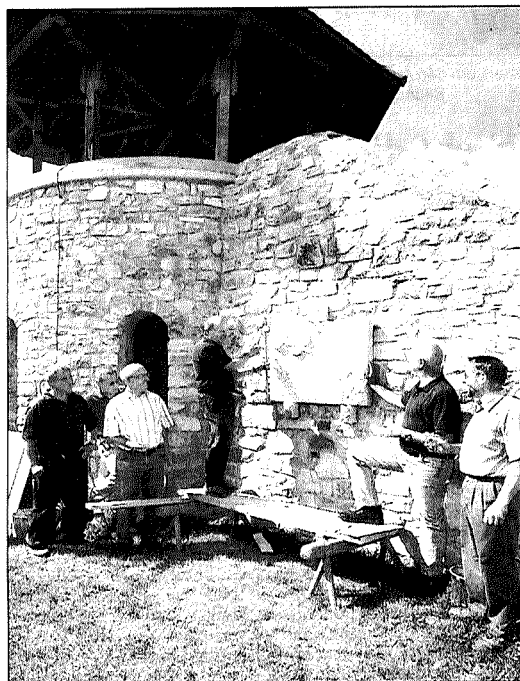
Wiedererkennungswert von Albig steigern

als. ALBIG – „Die Tafel macht den Turm erst zum Denkmal“, findet der Albiger Bürgermeister Günther Trautwein. Zum Abschluss von 30 Jahren Flurbereinigung bauten die Albiger den „Weinbergsturm auf dem Feld“, der 2001 eingeweiht wurde. Nun kam eine Gedenktafel hinzu, die dem Turm Denkmalcharakter verleiht und Informationen über die Flurbereinigung in Albig gibt. Auf der Tafel wird an die gute Zusammenarbeit von Kulturrat, Gemeinde und Grundstückseigentümern erinnert. „Hand in Hand und nicht gegeneinander, um ein Optimum zu bekommen“, wurde laut Trautwein gearbeitet.

Den Flomborner Künstler Florian Geyer beauftragte die Gemeinde mit der Erstellung

der Tafel. Von dessen künstlerischen und handwerklichen Fähigkeiten ist man in Albig überzeugt. Im Ort und der unmittelbaren Umgebung stehen inzwischen vier Werke des Künstlers. Alle Beteiligten zeigen sich mit der Arbeit von Geyer denn auch überaus zufrieden. Im unteren linken Teil der Tafel sind Weintrauben und -blätter zu erkennen, die die Weinbaugemeinde Albig symbolisieren. Die Tauben stehen für den ökologischen Fortschritt. Trautwein erläutert: „Bei uns gibt es wesentlich mehr Tiere seit der Flurbereinigung als zuvor.“

Der Turm als Denkmal gibt der Gemarkung einen besonderen Flair, der den für die Vermarktung des Weins wichtigen Wiedererkennungswert der Gegend steigert.



Bürgermeister Günther Trautwein weiht mit dem Flomborner Künstler Florian Geyer dessen Gedenktafel am Albiger Weinbergsturm ein.  
Bild: Axel Schmitz

Abb. 4: Allgemeine Zeitung Alzey vom 27.06.2003

## Neugliederung der ländlichen Bodenordnung und Landentwicklung im Zuge der Agrarverwaltungsreform

**Bauckhage: Optimale Aufgabenerledigung durch neue DLR**

Jörg Wagner, Mainz

„Landentwicklung und ländliche Bodenordnung, die Schwerpunkte der bisherigen Kulturämter, werden in den zum 1. September 2003 neu entstandenen sechs Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLR) eng miteinander verbunden und räumlich und organisatorisch neu gegliedert,“ sagte Landwirtschaftsminister Hans-Artur Bauckhage. Nicht nur das bisherige Nebeneinander von Schule, Beratung und Versuchswesen auf der einen sowie der Landeskulturverwaltung auf der anderen Seite sei nun aufgehoben, die Zuschnitte der neuen DLR garantierten nun eine optimale Aufgabenerledigung bei der ländlichen Bodenordnung.

Bei der Neugestaltung der DLR wurde berücksichtigt, dass bei der Durchführung von Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz in erheblichem Umfang (insgesamt circa 22 Prozent) örtlich zu erledigende Arbeiten anfallen. Dazu zählen Erhebungen für Planungen und Bewertung, Wertermittlung der Grundstücke, Feldvergleich, landespflegerische Erfassungen und Erhebungen, bautechnische Erfassungen und Erhebungen, örtliche Vermessungsarbeiten, Ortsregulierungen, Termine zu Legitimation der Beteiligten, Entgegennahme der Planwünsche, Planvereinbarungen, Rohplanverhandlungen, Termine mit dem Vorstand der

Teilnehmergemeinschaft sowie Widerspruchsverfahren, um nur einige Beispiele zu nennen. „Nicht zuletzt deswegen haben wir die sechs neuen DLR optimal in Rheinland-Pfalz platziert und damit auf Dauer eine gute Erreichbarkeit und optimale Arbeitsleistung auch bei der Landentwicklung und ländlichen Bodenordnung gewährleistet“, betonte der Minister.

Im **DLR Westerwald-Osteifel** mit Hauptsitz in Montabaur sind die bisherigen Kulturämter Mayen und Westerburg zusammengefasst. Etwa 130 Bodenordnungsverfahren mit rund 43 000 Hektar Verfahrensfläche werden in diesem großen DLR in Zukunft in den Abteilungen „Landentwicklung Westerwald“ und „Landentwicklung Untermosel/Ahr“ bearbeitet, die sieben regionalen Entwicklungsschwerpunkte werden von Mayen aus betreut.

Das **DLR Eifel** mit Hauptsitz in Bitburg führt die bisherige Arbeit des Kulturamtes Prüm in der Abteilung „Landentwicklung und ländliche Bodenordnung“ kontinuierlich fort. Die anhängigen und vorbereiteten 58 Bodenordnungsverfahren mit rund 35 000 Hektar Verfahrensfläche - insbesondere in den regionalen Entwicklungsschwerpunkten Arzfeld, Neuerburg und Ernstberg - werden mittelfristig weiter von Prüm aus bearbeitet.

Im **DLR Rheinpfalz** mit Sitz in Neustadt/Weinstraße wird die neue Abteilung „Landentwicklung und ländliche Bodenordnung“ die bisherige Arbeit des Kulturamtes Neustadt wegen der klar geregelten Wiederaufbauplanung zeitgenau weiterführen. Dabei handelt es sich um etwa 180 Bodenordnungsverfahren mit 25 000 Hektar Verfahrensfläche vor allem im Weinbau.

Im **DLR Mosel** sind - soweit es die ländliche Bodenordnung betrifft - die bisherigen Kulturämter Bernkastel-Kues und Trier mit Hauptsitz des DLR in Bernkastel-Kues zusammengefasst. Etwa 150 Bodenordnungsverfahren mit rund 55 000 Hektar Verfahrensfläche werden in diesem DLR in Zukunft in den Abteilungen „Landentwicklung Obermosel“ und „Landentwicklung Mittelmosel“ bearbeitet. Die sieben regionalen Entwicklungsschwerpunkte werden von Bernkastel-Kues aus betreut. Im DLR Mosel ist auch die zentrale Bewilligungsstelle für die einzelbetriebliche Förderung und Marktförderung als neue Abteilung integriert.

Das **DLR Rheinhessen-Nahe-Hunsrück** mit Hauptsitz in Bad Kreuznach und Oppenheim vereinigt in der Abteilung „Landentwicklung und ländliche Bodenordnung“ die Arbeiten des bisherigen Kulturamtes Simmern und eines Teils des bisherigen Kulturamtes Worms, die Flächen des Donnersbergkreises werden in Zukunft vom DLR Westpfalz betreut. Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit sind circa 140 Bodenordnungsverfahren mit rund 37 000 Hektar Verfahrensfläche, die erst teilweise in den neuen Entwicklungsschwerpunkten liegen. Die neun neuen Entwicklungsschwerpunkte dieses DLR werden von Simmern aus gesteuert, von Worms/Oppenheim aus werden vor allem die Bodenordnungsverfahren im Zusammenhang mit den Rheinpoldern und die Weinbergsflurbereinigung in Rheinhessen bearbeitet.

Das **DLR Westpfalz** in Kaiserslautern und Neumühle führt im Bereich der ländlichen Bodenordnung die Arbeit des bisherigen Kulturamtes Kaiserslautern fort und übernimmt im Donnersbergkreis die Arbeit des bisherigen Kulturamtes Worms. Den Schwerpunkt der Arbeit bilden 85 Bodenordnungsverfahren mit rund 31 000 Hektar Verfahrensfläche.

## Impressum

- Herausgeber: Der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland - Pfalz, Hans-Artur Bauckhage
- Schriftleitung: Ministerialrat Prof. A. Lorig,  
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau,  
Kaiser-Friedrich-Straße 5A, 55116 Mainz  
E-Mail: Axel.Lorig@mwvwlw.rlp.de
- Gestaltung: Kirsten Kaufmann
- Ständige Mitarbeiter: Hubert Müllen  
Rolf Greib  
Reinhard Lichtenthal  
Johannes Pick  
Hartwig Epping  
Gerd Kohlhaas  
Gerd Hausmann  
Gottfried Neumann  
Horst Semar  
Klaus Wagner  
Kirsten Kaufmann
- Abgabe: 1. Zur Ausbildung und Fortbildung der Bediensteten  
2. An Teilnehmergeinschaften (VTG)  
3. Im Schriftenaustausch der ArgeLandentwicklung  
4. An andere Interessenten, Stellen und Bibliotheken gegen Ersatz der Auslagen
- Gekennzeichnete Artikel: Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen die Meinung des Verfassers dar, die nicht unbedingt mit der von Herausgeber und Schriftleitung bzw. den nachgeordneten Dienststellen vertretenen Meinung übereinstimmt
- Abdruck: Abdruck ist nach vorheriger Erlaubnis der Schriftleitung mit Quellenangabe erlaubt
- Internetadresse: [www.landentwicklung.rlp.de](http://www.landentwicklung.rlp.de)

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Die Schrift wurde bis Heft 38 und Sonderheft 14 unter „Nachrichten aus der Landeskulturverwaltung“ herausgegeben.